Montag, 16. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 13 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Entschlossenheit: Präsident Reagan stellt die Notwendigkeit einer Politik der Entschlossenheit gegenüber Moskau heraus. Er sieht die „seit einer Generation vielleicht beste Ausgangslage" für die Verbesserung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses.

Haddad gestorben: Der libanesische Milizenführer Major Haddad ist am Wochenende 48jährig gestorben. Die Regierungen in Jerusalem und Beirut haben sich auf Oberst Hallil als Nachfolger geeinigt. (S. 5)

Stockholmer Konferenz: Bundeskanzler Kohl erwartet von der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) eine „historische Chance". Außenminister Genscher warnt vor zu großen Erwartungen. Kissinger: Im Sommer wird in Genf weiterverhandelt.

CSU gegen Kritik-Verzicht: Falsch sei eine Politik gegenüber dem SED-Regime, die darauf setze, durch Verzicht auf Kritik die „DDR"-Führung zu einer wohlwollenderen Haltung zu bewegen, heißt es in einem Thesenpapier der CSU-Landesgruppe zur Deutschlandpolitik. (S. 4)

Neue KP in Spanien: Neben der seit Francos Tod wieder zugelassenen spanischen KP hat sich eine zweite, auf strengere Moskau-Hörigkeit festgelegte, kommunistische Partei gebildet. Der Kreml will offenbar beide Gruppen unterstützen. (S. 5)

Arbeitszeit: Im Streit um die 35-Stunden-Woche kritisieren die Arbeitgeber, daß die Gewerkschaften schon vor Beginn der Tarifrunde mit Streik gedroht hätten. Aus dem DGB werden moderate Töne laut: Tarifexperte Zimmermann erklärt, nicht nur die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern auch alle anderen Wege – darunter die von der Bundesregierung empfohlene Früh-Verrentung – seien gangbar. (Kommentar S. 1)

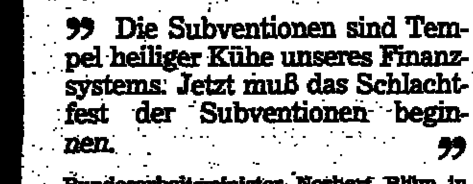
Falsch informiert: Die Führung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) hat Bundesverteidigungsminister Wörner im Fall des Generals Kießling offenbar falsch informiert. In Bonn wird mit personellen Konsequenzen gerechnet. (S. 1)

Waffen an Saudis: Frankreich und Saudi-Arabien haben einen Vertrag über „umfangreiche" Waffenlieferungen an das arabische Land geschlossen.

Dregger warnt: Vom demokratischen Standpunkt sei es nicht zu verantworten, die Grünen in Hessen zum Zünglein an der Waage zu machen, erklärt der CDU/CSU-Fraktionschef zu der bevorstehenden rot-grünen Zusammenarbeit in Wiesbaden. (S. 3)

Heute: Genscher und Stoltenberg zu Gesprächen über Europa-Problem nach Paris. – Grundsatzrede Präsident Reagans. – Athener Konferenz über atomwaffenfreien Balkan beginnt. – Islamische Gipfelkonferenz in Casablanca.

ZITAT DES TAGES



» Die Subventionen sind Tempel heiliger Kühe unseres Finanzsystems: Jetzt muß das Schlachtfest der Subventionen beginnen. «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem WELT-Interview (S. 8)
FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

OECD zu USA: Die Dollar-Hausse werde bald auch für die USA unerträglich, heißt es im OECD-Bericht zur amerikanischen Wirtschaftslage. (S. 9)

IDA-Hilfe reduziert: Die Weltbanktochter IDA kann für das neue Hilfsprogramm für die rund 40 ärmsten Entwicklungsländer nur neun statt der erhofften zwölf Milliarden Dollar ausgeben. Die USA wollen ein umfangreicheres Programm nicht mittragen.

EG-Agrarmarkt: Die bevorstehende Diskussion über die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise kann nicht von den Problemen einer grundlegenden Neuordnung der europäischen Agrarpolitik getrennt werden, erklärt die EG-Kommission. (S. 10)

Lateinamerika: Die Staaten der Karibik und Lateinamerikas haben ihre Gläubigerländer aufgefordert, von ihrer starren Haltung abzuweichen.

KULTUR

Filmförderung: Innenminister Zimmermann verteidigt beim Filmgespräch der Union seine Richtlinien: „Jeder kann drehen, was er will; allerdings den Anspruch auf Prämierung, den gibt es nicht mehr unbedingt."

Racine verunglückt: Die „Phädra"-Aufführung des französischen Klassikers im Berliner Schloßpark-Theater geriet zum langwierigen, lähmenden, dem deutschen Publikum fremd bleibenden Abend. (S. 15)

SPORT

Ski: Überraschender Sieger der klassischen Lauberhorn-Abfahrt in Wengen wurde der Amerikaner Bill Johnson vor den beiden Österreichern Steiner und Resch. Sepp Wildgruber (Oberaudorf) belegte den 12. Platz. (S. 14)

Biathlon: In der Besetzung Höck, Pichler, Angerer und Fischer erreichte die deutsche Biathlon-Staffel beim Weltcup in Pontresina hinter Norwegen und der UdSSR den dritten Platz.

Fußball: Im Achtelfinale um den DFB-Pokal schlug der Zweitliga-Klub Hannover 96 mit 3:2 Cupverteidiger 1. FC Köln. Die Amateur-Mannschaft des 1. FC Bocholt warf den Bundesliga-Klub Eintracht Braunschweig aus dem Pokal-Wettbewerb. (S. 12)

Ringen: Der KSV Aalen wurde nach einem 20:14-Rückkampfsieg über den VfR Schifferstadt deutscher Mannschaftmeister im Ringen.

AUS ALLER WELT

Orkan: Mindestens 18 Menschen sind bei den schweren Stürmen über West- und Nordeuropa ums Leben gekommen. Besonders betroffen waren Großbritannien und der Norden der Bundesrepublik Deutschland. Der Sachschaden geht in die Millionen. (S. 16)

Hamburger: Der Gründer der weltweit bekannten Hamburger-Restaurant-Kette McDonalds, Ray Croc, ist 81jährig gestorben.

Wetter: Atlantik-Tief von Westen bringt Schnee- und Schneeregen. Bis sechs Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan schickt den Sowjets ein versöhnliches Signal

Drei Bereiche der Zusammenarbeit angeboten / Rahmen für Treffen Shultz–Gromyko

TH. KIELINGER, Washington

Der amerikanische Präsident Reagan entfaltet ein breitgefächertes Kooperationsangebot an den Kreml. Im Gegensatz zu vielen pessimistischen Urteilen geht Reagan davon aus, daß die USA „zur Zeit in der seit einer Generation vielleicht besten Ausgangslage sind, eine Verbesserung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses zu erreichen". Nur wenige Stunden vor seiner für heute angekündigten Grundsatzrede begründete der Präsident seine Einschätzung mit den „Maßnahmen, die diese Administration ergriffen hat, um die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung wiederherzustellen, zusammen mit den Anstrengungen, die politische und wirtschaftliche Stärke der USA erneut zu etablieren".

Reagan gab ausdrücklich zu, daß seine Rede „den Rahmen für die Wiederaufnahme des Gesprächs zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko am Mittwoch in Stockholm" schaffen soll. Von der Begegnung erhofft sich Reagan eine „Vorwärtsbewegung" für die beiderseitigen Beziehungen.

In seiner Rede wird er darauf hinweisen, die größere Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschreckung schließe die Gefahr aus, „daß die sowjetische Führung unsere Stärke unterschätzt oder unsere Entschlossenheit in Zweifel zieht".

Die Ansprache, die sich vor allem „an das sowjetische Publikum" wendet, wie ein Regierungsmitglied bemerkte, hebt mehrfach auf die gemeinsamen Interessen der Sowjetunion und den USA ab, worunter am vordringlichsten dieses sei, „einen Krieg zu verhindern und den Stand der Waffenarsenale auf der Welt zu reduzieren". Es gäbe, so formuliert es der Präsident, „keine vernünftige Alternative zu einem Kurs, den ich glaubhafte Abschreckung und friedlichen Wettstreit nenne". Anknüpfend an die Sprache der Versöhnlichkeit, die Präsident Kennedy vor zwanzig Jahren, nach der Raketen-Krise um Kuba, gegenüber Moskau an den Tag legte, wird Reagan heute ausführen:

SEITE 2:
Die ausgestreckte Hand

„Vor mehr als zwanzig Jahren beschrieb John F. Kennedy einen Weg, der jetzt noch so gültig ist wie zur Zeit, als er verkündet wurde: Laßt uns nicht blind sein, so meinte Kennedy, gegenüber dem, was uns unterscheidet, aber laßt uns auch unsere Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen lenken und die Frage, wie wir unsere Differenzen beilegen können." Ausdrücklich bekräftigt Reagan, daß die USA nicht darauf aus seien, „die Sowjetunion zu bedrohen oder ihr System zu verändern".

In seiner Rede geht der Präsident der Frage nach dem Wie der Verbesserung der Beziehungen nicht aus dem Wege. Er skizziert drei prinzipielle Bereiche möglicher Zusammenarbeit.

1. Moskau und Washington sollten nach Wegen suchen, die Anwendung und Androhung von Gewalt als Mittel der Lösung internationaler Dispute auszumerzen. Diese Aufforderung zu einem Kurs allgemeinen Gewaltverzichts wiederholt einen traditionellen Gedanken des westlichen Bündnisses, mit dem die NATO regelmäßig den Ruf Moskaus zum Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen zu beantworten pflegt.

2. Beide Supermächte sollten ihre Anstrengungen zur Verringerung der Waffenarsenale, vor allem der nuklearen, verdoppeln. Jenseits der Hoffnung, daß die Sowjets an den Abrü-

● Fortsetzung Seite 8

MAD machte Wörner falsche Angaben

Staatssekretär Hiehle und zwei Generale geraten in die Schußlinie / „Merkwürdigkeiten"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Führung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) hat im Dezember vergangenen Jahres gegenüber Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner falsche Angaben über die Ermittlungsführung in der „Affäre Kießling" gemacht. MAD-Chef Brigadegeneral Behrendt hat in einem Geheim-Vermerk vom 6. Dezember 1983 an das Ministerium gemeldet, die vom MAD veranlaßten Ermittlungen „des Landeskriminalamtes (LKA) Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf bestätigten die behauptete Veranlagung des Dr. K. Er wurde in der Homo-Szene Köln eindeutig identifiziert". In Wirklichkeit war das LKA überhaupt nicht eingeschaltet, sondern nur ein Polizeibeamter in Köln.

In dem Vermerk von Behrendt war außerdem eine Zusage enthalten, die Wörner in seiner Entscheidung, Kießling zu entlassen, sicherer gemacht haben dürfte. Der MAD-Chef damals: „Das LKA ist gegebenenfalls bereit, durch polizeiliche Maßnahmen – Gegenüberstellung – die Beweisführung anzutreten." Auch davon konnte keine Rede sein. In einem Vermerk vom 10. Januar 1984 hat Behrendt dann selbst revoziert: „Form und Umfang der öffentlichen Erörterung" der Vorgänge um Kießling machten es jetzt unmöglich, die betreffenden Polizeibeamten zur Beweisführung heranzuziehen.

In Regierungskreisen hieß es, schon allein aufgrund dieser unbegreiflichen Vorgänge im MAD seien

SEITE 2
Spielregeln

personelle Konsequenzen notwendig. Minister Wörner schrecke jedoch noch davor zurück, weil er sich nicht auf Kosten Untergebener „exkulpieren" wolle. Aber in Bonn wird offen über die Entlassung von Staatssekretär Hiehle vom Verteidigungsministerium, des stellvertretenden Generalinspekteurs Generalleutnant Windisch und des erst im Herbst 1983 berufenen MAD-Chefs Behrendt gesprochen. In der Schußlinie sind außerdem die MAD-Obersten Kluss und Hüttelmeier, die jeweils in ihren Bereichen Aufsichtspflichten auszuüben hatten.

Inzwischen wird von politischen Beobachtern sogar die Frage gestellt, ob im MAD bewußt falsche Informationen nach oben gespielt worden seien. Ein Oberfeldwebel der in Düsseldorf stationierten MAD-Gruppe III hatte einen Kölner Polizeibeamten um „Amtshilfe" gebeten, in einschlägigen Lokalen Kießling zu identifizieren. Hierin liegt die erste Merkwürdigkeit, denn gemeinhin werden MAD-Ermittlungen gegen einen General zur „Chefsache" erklärt. Außerdem ist bisher unklar, wer im MAD den Auftrag zu diesen Ermittlungen erteilt hat. Es ist von Oberst Schröder die Rede, der im MAD für die Sicherheitsüberprüfungen zuständig ist. Minister Wörner hat von konkreten Ermittlungsergebnissen offenkundig lange nichts gewußt, ein bemerkenswerter Vorgang angesichts der exponierten Stellung von General Kießling. Am 9. 9. 1983 meldete Oberst Kluss, Kommandeur der MAD-Gruppe III, dem MAD-Chef in Köln die „eindeutige Identifizierung des Dr. K. in zwei Homo-Lokalen". Aber erst am 14. 9., und zwar auf eine Anfrage des Adjutanten des Ministers hin, erstattete der MAD-Chef auf der Hardthöhe Bericht.

Kanzler sprach von einer neuen Lage

rm/hy./ms. Bonn/Berlin

Im „Fall Kießling" sind neue Verdächtigungen aufgetaucht. Gleichzeitig machte die Kölner Polizei einen angeblichen Doppelgänger des vorzeitig entlassenen Generals in der „Homo-Szene" aus. Diese Entwicklungen haben in der Regierungskoalition die Unsicherheit darüber verstärkt, ob Bundesverteidigungsminister Wörner in der Generalsaffäre richtig gehandelt habe. Immer häufiger wurde deshalb in Kreisen der Unionsparteien die Frage gestellt, ob der Minister noch im Amt zu halten sei. Dem Vernehmen nach ist Bundeskanzler Kohl über die durch die Affäre ausgelöste Unruhe, die die Koalition zunehmend belastet, voller Sorge, will aber seinem Minister bei der Bereinigung der Affäre zur Seite stehen und ihn im Amt halten.

Der Bundeskanzler wurde auf dem Berliner Presseball von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsdident Johannes Rau über das Auftauchen des „Doppelgängers", eines „Jürgens von der Bundeswehr", der angeblich als Wachmann arbeitet und Kießling ähnlich sehen soll, informiert. Wie es hieß, hat Kohl das mit der Bemerkung quittiert: „Das ist eine neue Lage, aber es wirft mich nicht vom Hocker. Wir müssen das prüfen."

Heute will Wörner in Berlin den Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Affäre um den von ihm vorzeitig aus dem aktiven Dienst entlassenen General Kießling unterrichten. Gegenüber der „Welt am Sonntag" begründete der Minister abermals, daß er keine andere Wahl gehabt habe, als tätig zu werden: „Sobald hinreichend begründete Zweifel an einem Geheimnisträger auftauchen, muß der Verteidigungsminister handeln. Er kann nicht abwarten, ob aus dem Verdacht eine beweisbare Tatsache wird. Denn sonst könnte Schaden für die Sicherheit des Staates entstehen." Wörner stellte klar, die ihm über Kießling vorliegenden Erkenntnisse, die den General bei weiterem Umgang mit Verschlußsachen zu einem „Sicherheitsrisiko" gemacht hätten, hätten „sowohl von der Polizei als auch vom MAD" gestammt.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, bezeichnete das von Wörner den Experten der Fraktionen vorgelegte Material, das zur Entlassung Kießlings geführt hatte, als „gravierend genug" für die Maßnahmen des Ministers. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick wies im Deutschlandfunk darauf hin, die Entscheidungen Wörners seien von allen mit der Sache befaßten Generalen auf der Hardthöhe, allen voran vom Generalinspekteur Altenburg, mitgetragen worden.

Kießling selbst bestritt in Interviews mit der „Welt am Sonntag" und dem „Spiegel" in unveränderter Form, jemals homosexuelle Neigungen oder Beziehungen gehabt zu haben oder in einschlägigen Lokalen verkehrt zu sein. Auf die Frage, ob er in den vergangenen Monaten öfter in Köln gewesen sei, antwortete der General a. D.: „Ich war gelegentlich in Köln. Aber meine Köln-Besuche beschränkten sich auf das Umsteigen im Hauptbahnhof und auf Besuche im belgischen Klub ‚Astoria'. Ich bin dort seit zwölf Jahren Mitglied und habe dort wiederholt mit Gästen, die ich eingeladen habe, gegessen."

■ Fortsetzung Seite 8

Schnüffelaffäre: Mysteriöse Einbrüche

Wurde Giscards Finanzminister Boulin als Mitwisser geheimer Transaktionen ermordet?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Skandalchronik um die „Schnüffelflugzeuge" der staatlichen Erdölfirma Elf-Erap ist um einige neue Varianten bereichert worden. Eine Reihe von ungewöhnlichen Einbrüchen am Wochenende haben das Mysterium um die jetzt einen Monat alte Affäre noch verdichtet. *Hinzu* kommt die neu entbrannte Polemik um den angeblichen Selbstmord des ehemaligen Ministers Robert Boulin im Jahre 1979.

Nahe bei Paris wurde das Landhaus des Journalisten Pierre Péan von geheimnisvollen Emissären heimgesucht, die offenbar Akten fotografierten, aber nichts stahlen. Péan ist freier Mitarbeiter der Zeitung „Canard Enchainé", die als erste Mitte Dezember Ungereimtheiten um den Versuch der Firma Elf-Erap enthüllt hatte, Öl mit Hilfe von elektronikgespickten Flugzeugen zu finden. Fast gleichzeitig brachen Unbekannte nahe Brüssel in das Schloß des belgischen Grafen Alain de Villegas ein und entwendeten ebenfalls Unterlagen. *Villegas, unauffindbar,* ist Inhaber der offenbar windigen Firma, deren sich Elf-Erap von 1976 bis 1979 bei ihrer Ölsuche bediente.

Wußte der ehemalige Finanz- und Arbeitsminister Giscards, Robert Boulin, damals von den geheimen Transaktionen der Erdölfirma via Schweiz an die Firma Villegas? Am 29. Oktober 1979 wurde Boulin tot in einem Teich nahe Paris gefunden. Seine Hinterbliebenen wollen inzwischen ermittelt haben, daß er in Wahrheit ermordet wurde. Eine gerichtlich angeordnete Exhumierung und neue Autopsie der Leiche scheinen dies zu bestätigen. Das Gesicht wies Spuren von Gewalteinwirkung auf. An den Handgelenken ließ sich erkennen, daß der Minister gefesselt worden war. Warum wurde er, offenbar auf Weisung des damaligen Justizministers Alain Peyrefitte (Gaullist), so schnell bestattet?

Giscard d'Estaing beschuldigte seinen Nachfolger Mitterrand, mit der Duldung der Angriffe gegen ihn das Ansehen Frankreichs gefährdet zu haben. Mitterrand weigert sich bisher, auf diese Anschuldigung einzugehen.

Seite 2: Mißmutige Franzosen

DER KOMMENTAR

DGB denkt um

GÜNTHER BADING

Im DGB wird kräftig gerudert. Und zwar zurück zu alten Positionen. Nicht allein die 35-Stunden-Woche, nein, jede Form der Arbeitszeitverkürzung sei dem Gewerkschaftsbund recht, erklärt Vorstandsmitglied Zimmermann jetzt wieder. Die Sorge in den Chefetagen des Düsseldorfer DGB-Hauses ist groß, daß die Polarisierung der Arbeitszeitdiskussion zu einer Spaltung der 17 Einzelgewerkschaften führen könnte: hier die „Fünfunddreißiger" – da die Befürworter der Tarifrente; hier die „Unvernünftigen" – da die Vernünftigen im DGB.

Sicherlich sind alle Gewerkschaften ernsthaft daran interessiert, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Hört man sich allerdings die alltäglichen Sonntagsreden der Funktionäre an, vor allem jener auf dem Irrweg der Wochenarbeitszeitverkürzung, so glaubt man, daß hier aus tiefempfundener Solidarität mit den erwerbslosen Kollegen gehandelt werde – gleichsam von einer höheren moralischen Warte aus als die der nur auf Profit bedachten Arbeitgeber und „ihrer" Bundesregierung. Schiebt man den Wortschwall aber beiseite, so treten handfeste Eigeninteressen zutage. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit laufen den Gewerkschaften die Mitglieder weg. Die hohen Beiträge sind eine Last, tarifliche Erfolge haben die Gewerkschaften schon seit Jahren nicht mehr vorzuweisen. So betrachtet ist auch das Wort des IG-Metall-Vizevorsitzenden und Wortführers der „35er", Franz Steinkühler, richtig, daß die Gewerkschaften hier um ihre Existenz kämpfen.

Dem DGB geht es jetzt angesichts der Verschärfung des Konflikts durch die IG Metall und deren Tarifsatelliten offenkundig darum, nicht auf das *falsche Pferd zu setzen. Im Hinblick* auf die deutlichen Wünsche der in den letzten Wochen von allen interessierten Seiten befragten Arbeiter und Angestellten nach mehr Lohn (nach drei mageren Jahren) anstelle von 35 Stunden besinnt man sich im DGB auf die Generallinie. Jeder Weg zur Arbeitszeitverkürzung sei gangbar, auch der – von der Bundesregierung empfohlene – über die tarifliche Früh-Verrentung.

Ob nun Sorge vor Spaltung des DGB oder bessere Einsichten in volkswirtschaftliche Notwendigkeiten die neuen Töne aus Düsseldorf zustande gebracht haben, sei *dahingestellt.* Man ist der Auffangposition der Vernunft nähergerückt.

Kreml verstärkt Kontrolle über das Baltikum

AFP, Moskau

Während der voraussichtlich dreijährigen Dauer der morgen beginnenden Stockholmer Konferenz über Abrüstung in Europa werden die baltischen Republiken voraussichtlich unter verschärfter Aufsicht Moskaus stehen. Der Kreml ließ am Wochenende die amtliche Nachrichtenagentur Tass energisch gegen „*kriminelle Aktivitäten*" lettischer und estnischer Exilkreise zu Felde ziehen. Die in Helsinki ansässige „Organisation für die Befreiung Estlands" wurde von Tass beschuldigt, sie wolle „die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den *Ländern* verhindern".

Außerdem veröffentlichte die Agentur eine Reihe von Gerichtsurteilen gegen lettische Bürgerrechtler, deren Prozesse von den sowjetischen Medien niemals gemeldet worden waren. Die vier Regimekritiker, deren Strafmaß *offiziell nicht bekannt* wurde, hätten in der Lettischen Sowjetrepublik „das kapitalistische Regime wiederherstellen" wollen, erklärte Tass. Dabei seien sie von der in Bonn ansässigen Exil-Organisation „Aktion des Lichts" unterstützt worden, deren *Führer der „ehemalige Nazi Paul Kljavins"* sei. Über das weitere Schicksal der von Tass namentlich genannten Personen Janis Veveris (29), Janis Rozcalns (35), Lydia Doronina-Lasmane und Ints Calitis (52) schwieg der Agenturbericht.

Tass richtete auch einen heftigen Angriff gegen estnische Emigranten. Sie wurden bezichtigt, in Helsinki gedruckte antisowjetische Flugblätter in die Sowjetunion geschmuggelt zu haben.

Seite 6: Im Fadenkreuz

Grüne in Hessen stimmen für Bündnis mit SPD

dg. Usingen

Die hessischen Grünen haben die *Weichen für ein Bündnis mit* der SPD gestellt. Auf einer Landesmitgliederversammlung in Usingen (Taunus) billigte eine Zweidrittelmehrheit die bisher mit der SPD getroffenen Vereinbarungen „als Ausgangspunkt für eine kontinuierliche *parlamentarische Zusammenarbeit* von Grünen und SPD in Hessen". An der Versammlung beteiligten sich rund 1000 Mitglieder der hessischen Grünen.

In einem mit gleicher Mehrheit verabschiedeten Antrag von Mitgliedern *der Landtagsgruppe* werden *die* erzielten Verhandlungsergebnisse als „erste Schritte" zu einer „ökologischen und sozialen Neuorientierung der hessischen Landespolitik" bezeichnet. Die Verhandlungsdelegation wird beauftragt, zu weiteren „*tragfähigen Vereinbarungen*" *mit* der SPD zu kommen und speziell für den Frankfurter Flughafen einen „Zeitplan zur Realisierung eines umfassenden Nachtflugverbotes" zu vereinbaren.

Die Zustimmung der Grünen zum *überfälligen Haushalt 1983 der* geschäftsführenden Regierung Börner wird an die Voraussetzung gebunden, daß von den Grünen abgelehnte Projekte im Straßen- und Hochbau und in der Abfallverwertung nicht in Gang gesetzt werden. Über die end*gültigen Ergebnisse der* Verhandlungen und die Wahl eines hessischen Ministerpräsidenten wollen die Grünen auf einer weiteren Landesmitgliederversammlung entscheiden.

Seite 2: Signal
Seite 3: Grünes Licht

Anzeige



hölscher

KAUFT · BAUT · MODERNISIERT
VERMIETET UND VERWALTET
BÜROHÄUSER IN SPITZENLAGEN HAMBURGS

Ist Ihr Traum ein repräsentatives Geschäftshaus mit herrlichem Alsterblick?
Soll es Ihren Namen tragen?
Brauchen Sie ca 2000 m² mit bis zu 75 Räumen?
Ich kann Ihren Traum verwirklichen!
Rolf Hölscher

ROLF HÖLSCHER IN W. HÖLSCHER OHG · RDM · ERLENKAMP 27 · 2 HAMBURG 76 · TEL. 040/22 30 63



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die ausgestreckte Hand

Von Heinz Barth

Der Rahmen, den Ronald Reagan mit seiner Rede über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen für die Stockholmer KVAE-Konferenz abgesteckt hat, ist um ein Porträt der Außenpolitik Washingtons gelegt, das von frisch aufpoliertem Selbstbewußtsein glänzt. Man würde dem Präsidenten Unrecht tun, wollte man bestreiten, daß die Vereinigten Staaten seit langen – genau gesagt seit Trumans – Zeiten nicht mehr in einer besseren Ausgangslage waren, um einen „realistischen Dialog" mit den Sowjets zu führen.

Die Frage ist nur, was die in ihrer Handlungsfreiheit beengte *Altherren-Riege im Kreml unter einem realistischen Dialog* vesteht. Die Reagan-Administration hat die USA international aufgewertet. Das heruntergewirtschaftete Abschreckungspotential Amerikas hat an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Die Gefahr, Moskau könnte die Stärke und Entschlossenheit Washingtons unterschätzen und sich auf Grund einer Fehlkalkulation bis zur äußersten Kante des Abgrundes vorwagen, ist nicht mehr so akut wie zur Zeit Jimmy Carters. Nur kann auch heute noch ein Dialog der Supermächte nicht gleichgewichtig *und „realistisch" sein, solange Reagans Angebot, nicht auf* Veränderungen des kommunistischen Systems hinzuarbeiten, ohne Entsprechung bleibt.

Dem Präsidenten ist zu unterstellen, daß ihn nicht nur die taktischen Erfordernisse des Wahljahres zu seiner neuen Versöhnlichkeit bewegen. Er ist offenbar überzeugt, daß jetzt der psychologische Augenblick erreicht ist, da sich Amerika eine Geste der ausgestreckten Hand leisten kann. Nur darf man sich nicht darüber täuschen, daß die sowjetische Mentalität auf die Stärkung der US-Präsenz in Europa wohl anders als erwartet reagiert. Nachdem das Konzept der einseitigen Vorrüstung versagte, bleibt dem Kreml keine andere Wahl, als langfristig auf die Abkoppelung der NATO-Partner umzuschalten.

Mehr als zum Sowjetvolk, das er ohnehin mit seiner Rede nicht erreichen kann, sprach der Präsident zu den Europäern, denen seine neue Flexibilität willkommen ist. Doch bei der Richtungssuche, die heute die Sowjetführung beschäftigt, wird sie für den sanften Reagan-Ton wenig Verwendung haben. *Atmosphärisches ist keine Dauerware.*

Signal auf Grün

Von Dankwart Guratzsch

In Hessen bahnt sich zum erstenmal an, was in Hamburg in Vorgesprächen steckengeblieben ist: eine „kontinuierliche Zusamenarbeit" zwischen SPD und Grünen. Tausend Mitglieder der hessischen Umweltpartei (Durchschnittsalter 25 bis 30 Jahre) haben am Wochenende mit Mehrheit entschieden, daß sie „tragfähige Vereinbarungen" wollen. Willy Brandts Modell von der „neuen Mehrheit links von der CDU" findet Zulauf.

Bei den Grünen hat es heftigen innerparteilichen Streit um diese Weichenstellung gegeben. Dabei hatte sich die „radikalökologische" Fraktion, die jede Kooperation mit „etablierten" Parteien ablehnt, mit den „Stamokaps" und den Platzhaltern des Kommunistischen Bundes (KB) liiert. Diese Gruppierungen rechnen die SPD zum „herrschenden Block", lehnen Gewaltfreiheit ab und suchen die Konfrontation mit dem Staat, um durch Mobilisierung eines „massenhaften Widerstandes" *zu einer Veränderung des „kapitalistischen Wirtschaftssystems"* zu kommen. In Hessen hatten sie, gemeinsam mit der DKP, starken Einfluß in der Startbahnbewegung gewonnen.

Wie es scheint, sind die Grünen wenigstens in diesem Bundesland jetzt dabei, diese auch von ihrem Bundestagsabgeordneten Bastian diagnostizierte Infektion auszuschwitzen. Nach Fertigstellung der Starbtbahn West ist ihr sogenanntes Protest-Potential rapide geschwunden. Gleichzeitig erstarkte der „reformistische", „realpolitische" Flügel der Partei, der auf parlamentarischem Weg zu einer „ökologischen und sozialen Neurorientierung" kommen will.

Die Erfolge, die er auf diesem Weg jetzt in Hessen verbucht, werden als politische und gesellschaftliche Veränderungen freilich erst noch spürbar werden. Nach den Vereinbarungen der Grünen mit SPD-Chef Holger Börner werden beispielsweise zum erstenmal „kritische Wissenschaftler" Einblick in Sicherheitsprobleme bestehender Kernkraftwerke erhalten. Wie die Grünen einräumen, dient das Wiederaufrollen der Sicherheitsfrage nicht nur der öffentlichen „Bewußtseinsbildung", sondern auch der Verteuerung dieser Anlagen bis zur Unwirtschaftlichkeit. Das von Börner propagierte „Gegenmodell zu Bonn" zeigt seine Physiognomie.

Mißmutige Franzosen

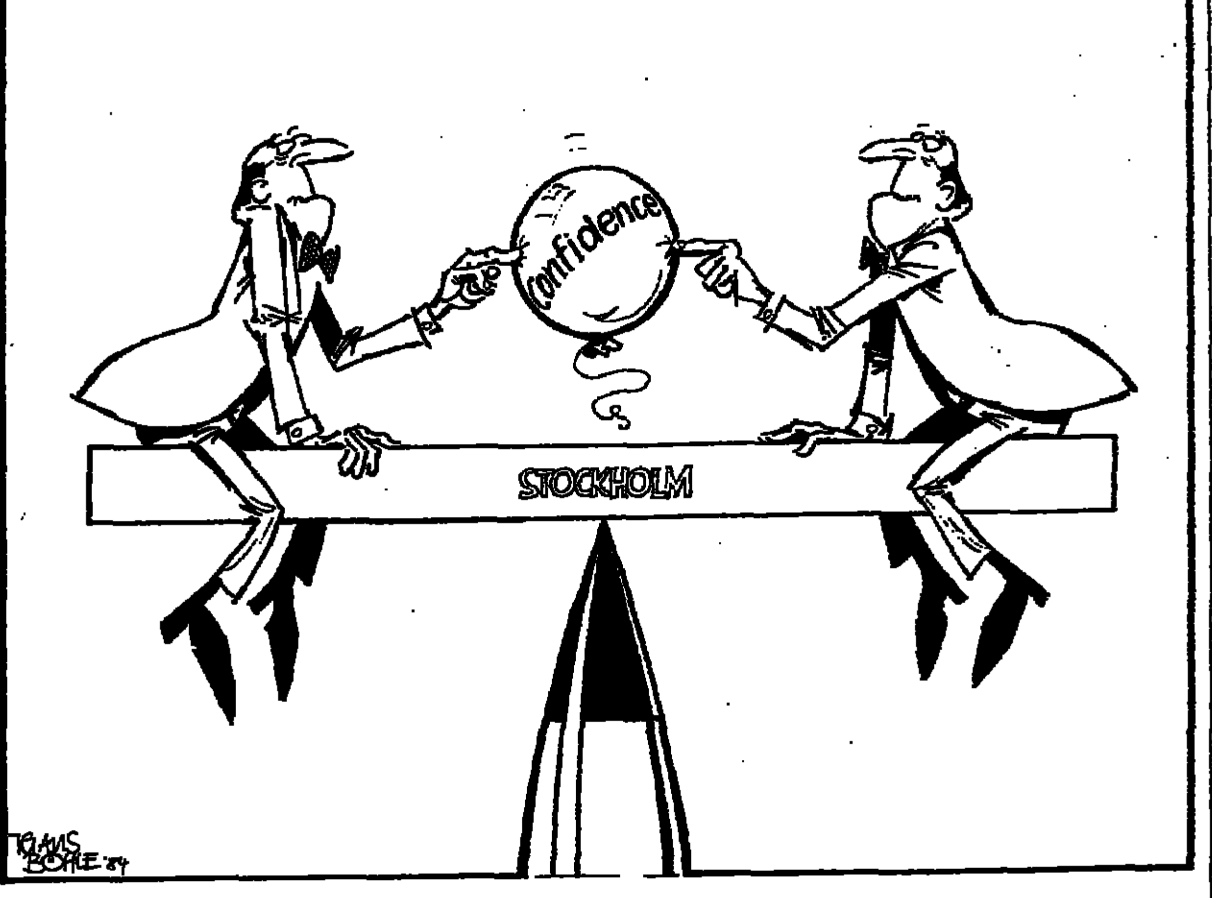
Von August Graf Kageneck

Frankreich ist in eine doppelte, von A bis Z selbst gestrickte Krise geraten, die an seiner staatlichen und gesellschaftlichen Substanz zu zehren beginnt. Während seine Wirtschaft und Währung nach zweieinhalb Jahren Sozialismus an den Rand des Bankrotts geraten sind und die Linkskoalition an der Mauer einer sozial nicht zu verkraftenden Umstrukturierung der Industrie zu zerschellen droht, haben eine Reihe von Skandalen die Vertrauensbasis von Regierungsmehrheit und Opposition im Volke zerstört und gefährden die nationale Einheit.

Zauberlehrlinge von allen Seiten türmen immer neue Enthüllungen auf. Tonnen von Schmutz ergießen sich über die verblüffte Öffentlichkeit. Der Ex-Staatschef beschuldigte seinen amtierenden Nachfolger der Lüge und des Amtsmißbrauchs. Das Unberührbare – die Autorität des Staatspräsidenten als Schlußstein des Verfassungsgebäudes – ist angefaßt worden, die tragende Säule des Staates erschüttert.

Seit langem nicht war das Klima in Frankreich so schlecht. Die Vertrauenskrise schlägt sich in Meinungsumfragen nieder. Alle Parteien, die Linke wie die Rechte, verlieren rapide an Glaubwürdigkeit. Eine große Müdigkeit breitet sich aus, in der auch der Appell des Finanzministers an die übrigen Europäer, das Regnum des Dollars durch einen Transferboykott europäischer Gelder nach den USA zu beenden, auf ungläubiges Staunen stößt. Von wo soll, fragt sich der von Steuerlast und Arbeitslosigkeit erdrückte Bürger, die Rettung kommen? An fernen Horizonten erst, 1986, zeichnet sich der nächste Wahlgang ab.

Man lese die Zeichen der Zeit. Es ist die rechtsextreme Partei der „Nationalen Kräfte" des Ex-Fallschirmjägers Le Pen, die jetzt den stärksten Stimmenzuwachs verzeichnet. Am Wochenende versprach Le Pen von Lyon aus dem Volke den Ausweg aus der Misere – vor dem akustischen Hintergrund antifaschistischer Umzüge der Linksparteien. Ob Le Pen Gehör findet, wird man am 17. Juni wissen. Er tritt mit einer eigenen Liste zu den Europawahlen an.



Bloß nicht plötzlich bewegen! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Spielregeln

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

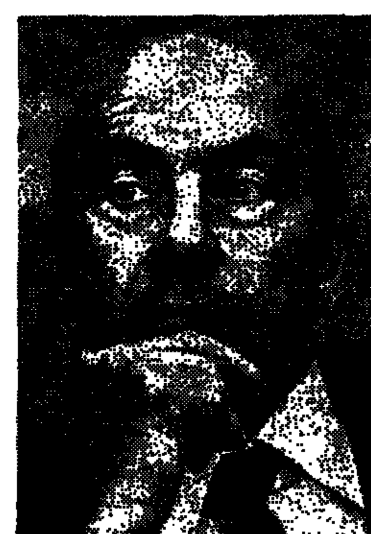
Der Fall Kießling gibt Anlaß zu grundsätzlichen Gedanken. Noch ist unklar, was das Ende der Affäre sein wird. Keinen Augenblick darf jedoch unklar sein, was zu geschehen hat, wenn die weiteren Ereignisse entweder nach dem *Denkmodell A oder nach dem Mo*dell B oder C ablaufen. Im folgenden sprechen wir von der Institution des Bundespräsidenten und nicht von der Person Karl Carstens. Wir sprechen von der *Institution* des Bundeskanzlers und nicht von der Person Helmut Kohl. Wir sprechen von der Institution des Bundesverteidigungsministers und nicht von der Person Manfred Wörner. Ebenso sprechen wir von der Institution des Vier-Sterne-Generals in der Dienststellung des Stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers und nicht von der Person Günter Kießling.

Modell A: Der Bundesverteidigungsminister ist mit dem nicht abweisbaren Verdacht konfrontiert, daß der Vier-Sterne-General zu einem hohen Sicherheitsrisiko geworden sei. Der Minister muß handeln. Neben anderen Möglichkeiten steht dem Minister eine gesetzliche Vorkehrung zur Verfügung. Er kann den Bundespräsidenten bitten, den Vier-Sterne-General nach Paragraph 50 des Soldatengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Es entspricht diesem gesetzlichen Verfahren, Gründe nicht mitzuteilen; jedoch kann der Minister klarstellen, daß *dem General kein Dienstvergehen* vorgeworfen wird. Den Betroffenen steht der Rechtsweg offen.

Dieses vollauf korrekte Verfahren setzt voraus, daß es von allen Beteiligten *als* Spielregel eingehalten wird. Das hätte auch der Vier-Sterne-General ohne allzugroße Empfindlichkeit tun können, zumal da er schon mit seiner Beförderung zum Brigadegeneral (ein Stern) die Möglichkeit einer Anwendung des Paragraphen 50 auch auf ihn selbst akzeptiert hat. Solange der Minister über ihn nichts offenkundig Unwahres und nichts Ehrenrühriges öffentlich mitteilt, geschieht den Persönlichkeitsrechten des Generals Genüge. Erst im Streitfall vor Gericht muß der Minister seine Gründe offenlegen.

Zunächst schien es so, als werde auch so verfahren. Doch dann unterlief dem Parlamentarischen Staatssekretär Würzbach der Fehler, Spekulationen über angebliche Homosexualität des Generals in der Öffentlichkeit nicht eindeutig genug abzublocken. Nun waren den Gerüchten erst recht Tür und Tor geöffnet. Der General selbst bestätigte *öffentlich, daß ihm Homo*sexualität vorgehalten worden sei. Noch zu diesem Zeitpunkt hätte der Minister kategorisch erklären können, daß er seine Gründe keinesfalls *öffentlich mitteilen werde.* Statt dessen hat er sich darauf eingelassen, vom „Sicherheitsrisiko" zu sprechen, und er hat wissen lassen, daß zwischen ihm und dem General das Vertrauensverhältnis zerstört sei. Somit ist der weitere Ablauf nach dem Denkmodell A nicht mehr vorstellbar.

Modell B: Da der Fall des Vier-Sterne-Generals – wie geschildert – unaufhaltsam zum aufregendsten Thema des aktuellen politischen Prozesses geworden ist, der dem gerichtlichen Verfahren vorauseilt, steht der Minister von Tag zu Tag mehr in der Not, vor aller Welt den lückenlosen Beweis dafür anzutreten, daß er dem General kein Unrecht angetan habe. Damit verschiebt sich die öffentliche Diskussion; sie vernachlässigt den ursprünglichen Zwang, unter dem der Minister handeln mußte, und bauscht die Affäre zum skandalumwitterten Krimi auf. Der Ausgangspunkt ist, daß der Minister sich überhaupt auf eine Diskussion der Gründe eingelassen hat.



Helm ab zum Gebet? - Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner FOTO: DIE WELT

Nun kommt alles darauf an, ob der Minister unter dem Druck wachsender Ungeduld der Politiker und der Öffentlichkeit schnell genug seine Entscheidungsgründe mit lückenlosen Beweisen untermauern kann. Gelingt ihm das, so wäre dies das Ende der Affäre. Der Fall des Vier-Sterne-Generals würde nur noch die juristischen Instanzen beschäftigen.

Modell C: Angenommen, der Minister müßte den Politikern und der Öffentlichkeit den überzeugenden Beweis schuldig bleiben, dann würde der General „freigesprochen", noch ehe gegebenenfalls ein Gericht in die Beweislage eingetreten wäre. Aus dem Fall des Generals wäre ein Fall des Ministers geworden. Es ergäbe sich dann folgendes Bild:

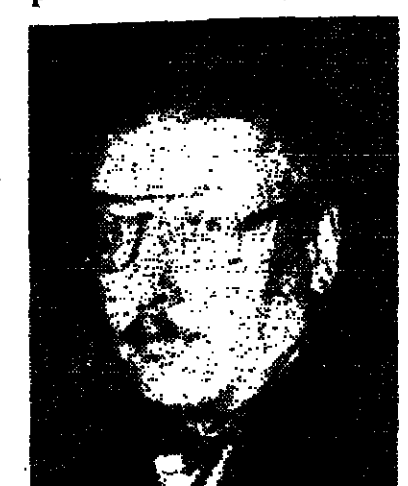
Noch immer müßte dem Minister zugutegehalten werden, daß er unter dem ursprünglichen Zwang, ohne unnötigen Verzug zu handeln, nach dem ihm damals zugänglichen Stand der Erkenntnisse subjektiv richtig entschieden habe. Doch objektiv hätte sich herausgestellt, daß die sachliche Grundlage seiner Entscheidung unzureichend oder sogar falsch gewesen sei – aus welchen Ursachen im einzelnen auch immer. An der persönlichen Redlichkeit und Integrität des Ministers wäre nicht zu zweifeln. Niemals hätte er wider besseres Wissen den Bundeskanzler mit unkorrekten *Informationen* dessen Zustimmung entlockt, noch hätte er den Bundespräsidenten wissentlich zu einer nicht hinreichend begründeten vorzeitigen Verabschiedung des Generals veranlaßt. Schließlich mußte er auch wissen, daß er seine Gründe unter Umständen vor Gericht zu vertreten haben werde.

Gleichwohl: De facto hätte der Minister den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten zu Beteiligten einer Fehlentscheidung gemacht, die er, der Minister, politisch verantworten müßte. In einem solchen Fall gäbe es, was die eigene Karriere als Politiker betrifft, im Interesse der verfassungsmäßigen Spielregeln und Institutionen unserer Republik nur eine akzeptable Konsequenz des Ministers: Helm ab zum Gebet.

IM GESPRÄCH Peter Schamoni

Nicht nur Nabelschau

Von Margarete v. Schwarzkopf



Debüt mit Schonzeit für Füchse: Peter Schamoni FOTO: DIE WELT

Er gehört zu den Unterzeichnern des „Oberhausener Manifestes" von 1962, in dem die damals noch wirklich jungen deutschen Filmemacher ihre Absicht erklärten ‚dem deutschen Film neue Impulse zu verleihen. „Opas Kino ist tot" lautete das Motto der Geburtsstunde des neuen deutschen Films. Als Peter Schamoni dieses Manifest mitunterschrieb, war er gerade 28 Jahre alt und hatte seine ersten Kurzfilme abgedreht: „Brutalität in Stein". Sein Spielfilmdebüt gab Schamoni, 1934 in Berlin geboren, im Jahre 1965 mit „Schonzeit für Füchse". Dieses stark autobiographisch geprägte Werk brachte ihm bei den Berliner Filmfestspielen von 1966 den „Silbernen Bären" ein.

Fast 20 Jahre sind seitdem vergangen. *Heute sagt Schamoni* über sein Debüt als Spielfilmregisseur: „Nach diesem Film sah ich keinen Grund mehr, das Kinopublikum mit meiner Nabelschau zu belästigen. Ich habe mich deshalb entschlossen, die eigene Verdrossenheit, das eigene Unbehagen nicht weiter filmisch zu reproduzieren". Statt der eigenen Seelennöte – so Schamoni – interessierte ihn *vielmehr*, wie sich anders geartete Temperamente verwirklichen, sei es im Film oder in der bildenden Kunst.

So haben viele seiner Kurzfilme, die in den letzten Jahren entstanden, das Wirken lebender Künstler zum Thema. Um Kunst, um „die Selbstzerstörung und die Selbstbehauptung des Künstlers" dreht sich auch Peter Schamonis dritter und bisher letzter Spielfilm, der 1983 in unseren Kinos anlief. Für diesen Film erhielt Peter Schamoni jetzt den „Bayerischen Filmpreis". „Frühlingssinfonie" ist die Geschichte der Beziehung zwischen dem jungen Robert Schumann und Klara Wieck, jener hochbegabten Pianistin, die der junge Komponist Schumann 1840 geheiratet hat. Filme dieser Art sind für das deutsche Kino ungewöhnlich. Schamoni hat auch lange um das Projekt gekämpft. Jahrelang beschäftigte sich der Regisseur und Produzent, der ursprünglich einmal Literatur, Kunst- und Theatergeschichte in München studierte, mit dem Leben und dem Werk des Komponisten.

Schamoni: „Schumanns Leben war ein einziger Kampf – um Klara, um die eigene Kreativität, um künstlerische Anerkennung. Diese permanente Kampfsituation des Künstlers hat mich mehr interessiert als die nostalgisch-romantische Liebesgeschichte zwischen dem Komponisten und der jungen Pianistin. Denn im Grunde ist Schumanns Kampf symbolisch für das Ringen fast jedes Künstlers". Bis zu seiner nächsten Regie arbeitet Schamoni für andere Regisseure wie etwa für seinen Bruder Ulrich, dessen Film „Alle Jahre wieder" er 1967 produzierte oder für May Spils, deren Komödie „Zur Sache Schätzchen" (1968) auch ihrem Produzenten Peter Schamoni zu Ruhm verhalf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Das Pariser Blatt merkt zur Affäre Kießling an:

Der Skandal ist vollkommen, die Bundeswehr lächerlich gemacht und ihr Ansehen beschmutzt. Aber es ist nicht zu erwarten, daß diese Affäre selbst im Fall eines ministeriellen Irrtums den Verteidigungsminister den Sessel kosten könnte. Die Schande würde vor allem den MAD und seine Gegenspione treffen. Die Rehabilitierung Kießlings wäre nötig. Aber der Übergang vom gegenwärtigen tragikomischen Skandal zur politischen oder Regierungskrise ist kaum möglich. Vor allem, weil Kanzler Kohl große Mühe hätte, einen Minister vom Format Wörners zu finden. In Bonn sind die Generäle noch zahlreich, aber die guten Minister viel seltener. Das sind gute Gründe, um Regierungssessel nicht in Schleudersitze zu verwandeln.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die Zeitung befaßt sich mit den Strauß-Äußerungen über die Beziehungen zur „DDR":

Franz Josef Strauß ist immer für eine Überraschung gut. Seine Erklärung in Kreuth, die DDR habe ihre Zusagen im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit eingehalten, kann nur verwundern. Sie steht im klaren Gegensatz zu Äußerungen des Kanzlers, des Ministers für Innerdeutsche Beziehungen und Abgeordneten seiner eigenen Partei. Alle haben immer wieder zumindest die Erwartung weiterer Gegenleistungen geäußert oder sie sogar energisch angemahnt. Auch die Öffentlichkeit wird jetzt erneut und zu Recht fragen, ob das Lächeln der Grenzposten, der sehr begrenzte Abbau von Selbstschußanlagen und die Senkung des Zwangsumtausches für Kinder alles gewesen sein soll. Gewiß dürfen die kaum meßbaren Auswirkungen, wie die mäßigende Haltung der DDR in der Nachrüstungsphase, nicht unterbewertet werden. Trotzdem wird Strauß mit diesem Urteil seine Partei, die schon einmal energisch aufbegehrte, nicht zufriedenstellen können. Denn er läßt *wiederum die Maßstäbe, die er früher* an solche Transaktionen anlegte, nicht für sich gelten. Die eigenen Worte vom ausgewogenen Verhältnis zwischen Geben und Nehmen holen *den CSU-Chef immer wieder ein.* So klingen seine Kreuther Beteuerungen vor allem wie eine erneute Selbstrechtfertigung. Überzeugender wirken sie dadurch nicht.

Deutsche Tagespost

In der in Würzburg erscheinenden katholischen Zeitung heißt es zum umstrittenen „Song-Buch 2" der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG):

Nicht zum ersten Mal hat die KJG-Bundesleitung für Schlagzeilen gesorgt. Nur einiges sei in Erinnerung gerufen: beispielsweise das umstrittene KJG-Pfingsttreffen 1968 in Münster; die einseitige Option der KJG-Bundesführung für Hans Küng nach dem Entzug der „Missio canonica"; die Affäre um den KJG-Vorsitzenden Filsinger; die Kontroverse zwischen dem BDKJ-Bundesvorstand und dem KJG-Bundesausschuß wegen der Anti-Reagan-Demonstration am 10. Juni 1982 in Bonn oder der „Offene Brief" der Bundesleitung der KJG an die KJG – zur bundesweiten KJG-Aktion „Aufstehen für Abrüstung" vom Herbst 1982 ... Beim Studium solcher Dokumente werden Strategie und Taktik, die einige KJG-Verantwortliche offenkundig verfolgen, sehr wohl deutlich ... Konsequenzen müssen gezogen werden.

Noch pokert Assad kalt zwischen Krieg und Frieden

Syrien will die USA zum demütigenden Abzug aus Libanon zwingen / Von Peter M. Ranke

In der sicheren Gewißheit, daß weder die USA noch Israel einen Krieg gegen Syrien führen wollen oder können, erhöht Präsident Assad in Damaskus die Bedingungen für eine friedliche Lösung in Libanon. Deshalb blieb das erste Gespräch Assads mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Rumsfeld vorige Woche ohne jeden Erfolg. Rumsfeld hat in Damaskus so wenig Glück wie vor ihm Habib und McFarlane.

Alle Hoffnungen in Washington, die Freilassung des US-Piloten Goodman sei ein erstes Zeichen für syrische *„Flexiblität"* gegenüber den USA, haben, wie erwartet, den Realitäten nicht entsprochen. Assad fordert nicht nur die Annullierung des libanesisch-israelischen Abzugsvertrages vom 17. Mai vorigen Jahres, sondern auch den Abzug der alliierten Friedenstruppe aus Beirut und die Räumung Südlibanons durch Israel. Vorher will er den Libanesen kein Pardon gewähren. „Unsere syrischen Truppen sind die letzten, die Libanon verlassen werden", erklärte er.

Im letzten Oktober hatten sich die libanesischen *Konfliktparteien* in Genf geeinigt, das Abkommen mit Israel erst einmal auf Eis zu legen. Es half nichts. Damaskus blockiert mit seinen Forderungen nicht nur eine Friedensregelung, sondern es sabotiert mit Hilfe des Drusenchefs Walid Dschjumblatt und dessen Miliz auch den Sicherheitsplan. Nach ihm sollten Pufferzonen um Beirut und im Schuf-Gebirge eingerichtet werden, während die libanesische Armee und Gendarmerie an Stelle der Milizen – *auch der christlichen „Lebanese forces"* – das Gelände übernehmen und die Regierungsgewalt ausweiten sollten.

Dieser Plan, von den Saudis in wochenlanger Vermittlung ausgearbeitet, fand die Zustimmung in Riad, Beirut und Damaskus. Aber schon das ergebnislose Dreier-Treffen der Außenminister am Sonntag vor einer Woche zeigte, daß die Saudis ihren Plan nicht durchsetzen können, weil die Syrer mit dem alten Störenfried Dschumblatt zusammenarbeiten. Wenn es *nicht die Syrer waren, so stellte* eben Dschumblatt immer neue Vorbedingungen: Erst war es die Wiederaufnahme desertierter drusischer Offiziere und ihre Beförderung in der Armee, dann eine neue Armeestruktur und die Abschaffung des nächtlichen Ausgangsverbots sowie der Presse-Zensur.

Um die Regierung und die Friedenstruppe in Beirut unter Druck zu halten, setzten die Drusen-Milizen das Feuer auf Armee-Posten und christliche Wohnungsquartiere fort, während Kommandos der Schiiten-Miliz „Amal" (Hoffnung) nun schon wahllos die Frauen französischer Diplomaten wie amerikanische Zivilisten in Beirut unter Feuer nehmen. Auch die Soldaten der Friedenstruppe werden in dem täglichen Kleinkrieg immer wieder beschossen. Täglich gibt es Tote unter der Zivilbevölkerung.

Schlimmer noch: Die in der Opposition gegen Präsident Gemayel stehenden Schiiten und Drusen – beide von Syrien unterstützt – haben *sich in den südlichen Vororten* Beiruts zusammengetan und operieren oft auch gemeinsam gegen Armee und Friedenstruppe. Ihre Absicht ist es offensichtlich, die von Gemayel angestrebte Koalitions-Regierung der „Nationalen Einheit" zu verhindern, den Präsidenten zu stürzen und den Rückzug der Friedenstruppe zu erzwingen. Moskau, wo sich Dschumblatt gerade aufhält, dürfte dieses in Damaskus entworfene Konzept billigen. Denn Syrien will noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen die 1600 US-Marines zu einem schmählichen Abzug aus Beirut zu zwingen, ohne daß auch nur ein politisches Friedensziel oder nur eine gesicherte Waffenruhe erreicht wird.

Damit wären die Amerikaner als Friedensstifter für den Nahen Osten disqualifiziert, weil sie auch das von ihnen mit ausgehandelte libanesisch-israelische Rückzugsabkommen nicht mehr gegen den Willen Syriens durchsetzen könnten. Ein Abzug der Amerikaner aus *Beirut würde auf der anderen Seite* König Hussein von Jordanien veranlassen, wieder in Deckung zu gehen und alle vorsichtigen Versuche aufzugeben, über ein Vertretungsrecht für die Palästinenser eine Verhandlungslösung nach dem Reagan-Plan anzustreben.

Wieder einmal erweist es sich, daß die Einschätzung der syrischen Politik oder auch der Kreuz- und Querzüge Husseins oder des abgehalfterten Arafat in westlichen Hauptstädten viel zu optimistisch ist. Staatsmänner wie Pertini oder auch US-Senatoren haben unter dem Eindruck hoher Verluste dazu beigetragen, in Damaskus (und Moskau) die Erwartung zu stärken, Amerikaner, Franzosen, Italiener und Engländer würden Beirut schon bald aufgeben, wenn sie nur weiter unter Beschuß gehalten würden und wenn der Kleinkrieg gegen die libanesische Armee fortgesetzt werde.

Grünes Licht für Hessens Grüne

Die Weichen für eine rot-grüne Kooperation in Hessen sind gestellt. Eine klare Mehrheit der Mitgliederversammlung gab der Landtagsgruppe freie Fahrt. Usingen im Taunus kann für die Grünen ein historischer Begriff werden.

Von D. GURATZSCH

Ungewöhnlich für eine Mitgliederversammlung der Grünen: Schon eine Stunde vor Beginn im Eingang zum Versammlungsraum Gedränge. Lange genug haben Presse und Fernsehen vom „historischen Ereignis" berichtet, das in Hessen bevorstehe. Zum erstenmal seit dem mißglückten Versuch in Hamburg bahnt sich in einem Bundesland eine „kontinuierliche Zusammenarbeit" zwischen SPD und Grünen an, zum erstenmal sollen die Grünen Einfluß auf Regierungspolitik gewinnen, zum erstenmal müssen sie aber auch handfeste Abstriche von plakativen Positionen hinnehmen, zum Beispiel von ihren Zielen: Wiederaufforstung der Startbahn West, Stillegung aller Kernkraftwerke.

Schauplatz ist Usingen im Taunus, ein Pendlerstädtchen mit 11 000 Einwohnern, 25 Kilometer vor den Toren Frankfurts. Die Wolken hängen tief an diesem Wochenende, der Regen peitscht, auf den Taunusbergen schmelzen die Schneereste. In der Turnhalle, die zugleich als Stadthalle dient, hat der Hausmeister 600 Stühle aufgestellt, dazu 150 allein für Journalisten. Autos aus ganz Hessen treffen ein. Eine „einseitige" Zusammensetzung der Versammlung – zum Beispiel ein Übergewicht der Frankfurter „Fundamentalisten" oder der Startbahngegner – wird es also nicht geben.

Im Eingang Grußadressen. Horst Stern, Fernsehjournalist und „Natur"-Herausgeber, bittet „ebenso herzlich wie dringend, sich nicht von der politischen Vernunft zu verabschieden". Er empfiehlt, mit der SPD zusammenzuarbeiten, denn: „Die Verweigerung praktischer Politik wäre Selbstkastration." Die Grünen im Stuttgarter Landtag telegrafieren in ähnlichem Sinn: „Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann! Laßt euch von den pseudoradikalen Korinthenkackern und Erbsenzählern nicht irre machen." Gemeint sind die hessischen „Radöks", die Radikalökologen oder Fundamentalisten, die gegen den Pakt mit den Sozialdemokraten Sturm laufen.

Auch die Grünen von Niedersachsen, zahlreiche AStA-Gruppen von den hessischen Hochschulen und die große Umwelt-Lobby, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) raten zum rot-grünen Bündnis.

Aber auch kritische Stimmen: Die Grünen von Schleswig-Holstein „haben Angst um die grüne Identität in Hessen", und vor allem: Der Bundesvorstand der Partei hat auch Bonn einen warnenden Brief geschrieben: Die Grünen dürften nicht zum Anhängsel der SPD werden, ihre Bedingung für die Tolerierung eines SPD-Kabinetts müsse die „exemplarische Veränderung in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen" sein.

Dieser Brief, das erweist sich sehr bald in Usingen, hat den hessischen „Radöks" einen Bärendienst erwiesen. Er wird als Einmischung in die „autonomen Belange eines Landesverbandes" und als Mißachtung der Basisdemokratie empfunden. Seine Autoren und die hinter ihnen stehenden „Hamburger", besonders die angereisten Rainer Trampert und Thomas Ebermann, müssen Pfeifkonzerte über sich ergehen lassen.

Sieben Stunden debattiert die Versammlung nur den einen Punkt: Reichen die Ergebnisse der Verhandlungen mit der SPD als Grundlage für die Fortsetzung dieser Verhandlungen aus? Davon nämlich hängt ab, ob die grünen Landtagsabgeordneten dem überfälligen Haushalt 1983 endgültig über die Hürden helfen. Einen Ministerpräsidenten wollen sie erst dann mitwählen, wenn ihre Positionen hieb- und stichfest im Haushalt 1984 verankert sind – und dazu soll noch einige Wochen verhandelt werden.

Für die Landtagsgruppe, die mit breiter Mehrheit für diesen Kurs eintritt, plädiert der frühere Kaplan und Berufsberater Karl Kerschgens in dem inzwischen überfüllten Saal dafür, „keine Angst vor Experimenten" zu haben und mit der parlamentarischen Umsetzung einer „realen Utopie" zu beginnen. „Was soll ein Sauerteig bewirken, der im Kühlschrank liegen bleibt?" fragt er rhetorisch und erntet bei den über 1000 Stimmberechtigten im Saal stürmischen Beifall, der einen Vorgeschmack von den Mehrheitsverhältnissen bei dieser Turnhallenkonferenz gibt.

Dann spricht fast eine Stunde lang sein Kontrahent Jan Kuhnert von den „Radöks". Er verreißt die bisherigen Verhandlungsergebnisse, in denen er einen „Ausverkauf der wichtigsten Positionen" der Grünen und ihren „Abschied von der politischen Bühne" sieht. Wieder braust der Beifall auf, aber als Kuhnert sagt: „Mit Zustimmung der Grünen soll der Natur der Garaus gemacht werden", da werden auch Pfui- und Buhrufe laut.

21 Redner kommen zu Wort, elf sind gegen und zehn für den Kompromiß. Als die Debatte abgebrochen wird, stehen noch 112 Grüne auf der Redeliste. Dann werden die Abstimmungsanträge vorgestellt: elf gegen die Landtagsgruppe und ihren Verhandlungsweg und nur drei dafür. Um 20.15 Uhr fällt die Entscheidung: Eine breite Zweidrittel-Mehrheit gibt der Landtagsgruppe für die Verhandlungen mit der SPD grünes Licht. Die Weichen für die rot-grüne Kooperation in Hessen sind gestellt.

Mitten im Tumult und im Klatschkonzert – die Landtagsabgeordneten um Karl Kerschgens werden von Fotografen umlagert – geht noch einmal ein Mann ans Podium, der in Hessen Geschichte gemacht hat: Startbahnrebell Alexander Schubart. Aber sein Versuch, durch Zusatzanträge das Ergebnis doch noch zum Kippen zu bringen, mißlingt. Er darf seine Forderungen nach „Aufschub der Inbetriebnahme der Startbahn-West" und nach Einsetzung einer Expertenkommission, die ihre Erforderlichkeit und Tragbarkeit prüfen soll, nur als „Anhang" zu den Usinger Beschlüssen zu Protokoll geben. Fazit: Die Luft aus der Startbahnbewegung ist endgültig raus.

Am Ende Tränen, Austritte aus der Partei und eine theatralische „Aktion". Die beiden Osswalt-Brüder, Frankfurter „Radöks", zerreißen am Podium ein altes grünes Wahlplakat „Laßt Hessen ergrünen" und rollen das Symbolplakat des außerparlamentarischen Kampfes, den Hessenlöwen mit Polizeiknüppel, ein. Ein Grüner springt dazwischen, zerknüllt das Emblem. „So etwas", sagt einer der Osswalts, „hat es bei den Grünen noch nie gegeben."

„E + 1" soll die Formel der Post bleiben

Die Post ist schneller geworden – allen Unkenrufen zum Trotz. Das Versprechen: „Am Tag einwerfen, am nächsten Tag beim Adressaten" (E + 1), wird in der Regel eingehalten. Die angekündigte Abschaffung der Nachtbriefkästen, die nur den lokalen Briefverkehr schneller machten, soll daran nichts ändern, sagt die Post.

Von GISELA REINERS

Eine sentimentale getrocknete rote Rose kann man eben nicht durchtelefonieren, einen vergessenen Führerschein nicht per Fernkopierer nachschicken, einen Zeitungsausschnitt mit der Geburtsanzeige aus der Nachbarschaft nicht per Fernschreiber übermitteln. Dazu braucht man Brief, Umschlag, Briefmarke und einen Postkasten, der möglichst rasch geleert wird, damit die Sendung auf schnellstem Wege dem Empfänger zustrebt.

Was die Schnelligkeit der Post angeht, scheinen die Bundesbürger besonders sensibel zu sein. Kaum etwas hat die Deutschen in den ersten Tagen des neuen Jahres so beschäftigt, wie die Ankündigung, daß von Mitte des Jahres an die Nachtleerung der Briefkästen entfallen soll.

Dabei haben sich die Schreiber von Briefen und Karten kaum der Möglichkeit bedient, die die Nachtleerung des gelben Kastens, der durch einen roten Punkt seinen Sonderservice signalisiert, zu bieten hat. Und die meisten haben wohl auch folgendes nicht gewußt: Wer nämlich seinen Brief noch spät der Post überantwortet, kann nur damit rechnen, daß sein Schreiben am nächsten Tag einen Empfänger im selben Ort erreicht. Schon bei einem Brief von Bonn nach Köln hilft auch keine Nachtleerung mehr. Er wird erst am darauffolgenden Tag zugestellt.

Nach Angaben von Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) fallen Nacht für Nacht nur rund 300 000 Briefe durch den Schlitz in die Kästen von 190 Städten, die Nachtleerung anbieten. Nur 10 Prozent davon, also 30 000 Briefe, sind für die innerörtliche Zustellung bestimmt. Das sind lediglich 0,07 Prozent des gesamten Briefaufkommens von 42 Millionen Stück täglich. Die Post, ganz ordentlicher Kaufmann, rechnete aus: Das lohnt sich nicht mehr; der Dienst wird eingestellt.

Daß die Post ihren Service verringert ist nicht neu; und kritisiert wurde dies zunächst von den Benutzern auch. So wurde seit Anfang der 60er Jahre bis 1974 die zweite Zustellung am Nachmittag eingestellt. Doch auch hier folgte die Post nur dem Drang der Bundesbürger. Die schrieben einfach nicht so viel, daß sich eine zweite Zustellung noch gelohnt hätte. Als 1962 dann die Post mit Flugzeugen in der Nacht transportiert wurde, verkürzte sich die Laufzeit der Sendungen dermaßen, daß für die zweite Zustellung praktisch kaum etwas übrigblieb. 97 Prozent der Briefe und Karten erreichten den Empfänger schon mit der Frühzustellung am Vormittag. Für die restlichen drei Prozent mochte niemand mehr den Briefträger auf die Straße schikken, denn auch nachdem die Zustellbezirke auf das Doppelte vergrößert wurden, hatte der Briefträger selten mehr als eine Handvoll Kuverts in der Ledertasche.

Nicht nur das Flugzeug, auch die Eisenbahn hat geholfen, daß es bei der Post in der Regel ganz schön schnell geht. Briefe, Päckchen, Pakete, Wertsendungen etc. reisen von Süden nach Norden und umgekehrt mit eigenen Intercitys nächtens durch die Republik zwischen Basel und Hamburg. Für alle anderen Züge werden die Signale auf Rot gestellt. E + 1 heißt die Zauberformel – die Post soll



Der Briefkasten mit dem roten Punkt soll verschwinden
FOTO: KLAUS BARGE

einen Tag nach Einlieferung den Empfänger erreicht haben. Das führt dazu, daß der Liebesbrief mit der roten Rose, bis 17 Uhr in Basel aufgegeben, am nächsten Morgen in der Hamburger Innenstadt schon schöne Erinnerungen wecken kann.

Das war nicht immer so. 1950, als rund 49 Millionen Menschen in der Bundesrepublik lebten, mußte ein Brief in Bremen bis 23 Uhr eingeliefert sein, damit er zwei Tage später (E + 2) in Konstanz war. 1960 mußte der Brief noch bis 10 Uhr früh eingeliefert sein, um am nächsten Tag Konstanz erreicht zu haben. Heute genügt es – Ausnahmen bestätigen die Regel –, den Brief bis 19 Uhr aufzugeben, damit er am nächsten Tag ankommt.

Der große Durchbruch für E + 1 kam 1962 mit der Eröffnung des „Nachtsterns" von Frankfurt. Auf mit Tüchern abgedeckten Sitzen transportiert die Lufthansa seitdem Postsendungen aller Art von sechs Flughäfen nach Frankfurt und nimmt auf dem Rückflug andere Sendungen wieder mit. Die Maschinen treffen sich zwischen Mitternacht und zwei Uhr morgens im Halbkreis auf dem Frankfurter Rollfeld. Nach zwei Stunden ist alles aus- und umgeladen und die Maschinen starten wieder. Dieses Verfahren ist einmalig auf der Welt.

Von einem anderen Service haben sich die Bundesbürger im Laufe der Zeit still verabschiedet: vom Geldbriefträger. Der kam früher außerhalb der Zustellzeiten, um kleine oder größere Summen auszuzahlen, oft genug sehnlichst erwartet. Heute bringt der normale Briefträger das Geld mit, denn die Zahl der Aufträge ist zwischen 1971 und 1982 von 125 Millionen im Jahr auf 26 Millionen geschrumpft. Die Post bemüht sich also um rationelles Arbeiten. Das zeigt sich auch daran: Rund 60 Millionen Menschen leben heute in der Bundesrepublik, die Zahl der Briefsendungen hat sich seit 1950 mehr als verdreifacht (von 4 auf 13 Milliarden im Jahr), die Zahl der Zusteller ist aber nur um die Hälfte gestiegen – von 40 000 auf 62 000.



Tor zum Erfolg: ein naturwissenschaftliches Examen der Universität Stanford FOTO: AP

Stanford: Akademische Perle und Mutter des Silicon Valley

FDP-Chef Genscher ruft nach Elite-Universitäten. Die Bildungspolitikerin, seine Parteifreundin Frau Hamm-Brücher, und Bayerns Kultusminister Maier (CSU) lehnen sie – aus unterschiedlichen Gründen – ab. Wie erfolgreich so eine Universität sein kann, zeigt das Beispiel Stanford in Kalifornien.

Von A. v. KRUSENSTIERN

Vor einigen Jahren sah man häufig Studenten der Stanford-Universität in Kalifornien in T-Shirts mit der Aufschrift „Harvard: das Stanford der Ostküste". Heute sind diese T-Shirts verschwunden. Stanford-Studenten haben es nicht mehr nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Universität ebenso renommiert ist wie das von Glorien umrankte Harvard. Heute weiß das jedermann.

Stanford, 1885 durch eine Millionenstiftung des kalifornischen Eisenbahnkönigs Leland Stanford als vom Staat unabhängige Universität gegründet, schaffte es in den letzten Jahrzehnten durch Ehrgeiz und glückliche Umstände, zur Elite-Universität zu werden. Die beiden wichtigsten der glücklichen Umstände sind das paradiesische Klima Nordkaliforniens – und Geld. Das Klima gab oft den Ausschlag, wenn Stanford anderen Universitäten Professoren der Spitzenklasse abwarb. Und Geld floß in Strömen, weil das wohlhabende Bildungsbürgertum Kaliforniens eine Universität haben wollte, die sich vor den drei Superuniversitäten der Ostküste – Harvard, Yale und Princeton – nicht zu schämen braucht.

Stanford hat heute ein Stiftungskapital von rund 600 Millionen Dollar (etwa 1,7 Milliarden Mark). Damit kann die Universität es sich leisten, akademische Stars aus der ganzen Welt anzuheuern und bei der Ausstattung von Forschungsstätten größer als großzügig zu sein. Nur ein Beispiel: In der Bibliothek der noch nicht hundert Jahre alten Hochschule stehen über vier Millionen Bände, und sie abonniert 18 000 verschiedene Zeitschriften.

Die üppige finanzielle Ausstattung ermöglicht es Stanford, sich die fähigsten Professoren und Studenten auszusuchen. Unter den Professoren sind gegenwärtig 14 Nobelpreisträger. Allerdings ist keiner von ihnen ein Stanford-Absolvent. Dazu ist Stanford noch zu jung. Erst seit etwa 20 Jahren wird die Universität zur Super-Liga gezählt.

Dank seines Reichtums kann Stanford sich auch die fähigsten Studenten auswählen. Niemand wird vom Studium in Stanford ausgeschlossen, weil er die hohen Studiengebühren von jetzt 9027 Dollar (über 25 000 Mark) im Jahr nicht aufbringen kann. Wer es sich leisten kann, zahlt die Gebühren in voller Höhe und muß bis zur Promovierung 150 000 bis 200 000 Mark hinlegen. Aber nur weniger als die Hälfte der Studenten kann dieses Geld aufbringen. Für die übrigen gibt es einen breiten Fächer von Stipendien, Zuschüssen und Gebührenerleichterungen.

Die akademischen Anforderungen von Stanford sind sehr hoch. Voriges Jahr wurden von 14 029 Bewerbern nur 2489 akzeptiert. Um überhaupt Aussicht zu haben, angenommen zu werden, muß ein Bewerber einen Standard-Eignungstest (SAT) mit Auszeichnung bestehen. Eine immerhin so renommierte staatliche Universität wie Berkeley verlangt Mindestnoten von 530 im verbalen und 600 im mathematischen Teil der Prüfung. Stanfords Mindestanforderungen sind 625 verbal und 675 mathematisch. Harvard verlangt 700 verbal und 675 mathematisch – ein Hinweis darauf, daß Stanford im naturwissenschaftlichen Bereich fast genauso rigoros ist wie Harvard, in den humanistischen Fächern aber etwas weniger erwartet und verlangt.

Wegen der strengen Aufnahmebedingungen ist der Prozentsatz derjenigen, die ihr Studium vorzeitig abbrechen, vergleichsweise gering. Von denen, die als „freshmen" mit dem Studium beginnen, erwerben 87 Prozent nach vier Jahren den Grad eines B. A. oder B. S.; neunzig Prozent von diesen studieren weiter, um ihren M. A. (Magister) zu machen oder zu promovieren.

Wie alle amerikanischen Spitzen-Universitäten legt Stanford bei Bewerbern nicht nur auf gute Noten, sondern auf Charakter und Persönlichkeit Wert. Bei der Entscheidung über die Aufnahme wird berücksichtigt, was für Spezialinteressen oder Hobbys der Bewerber hat, was für Empfehlungen er beibringen kann und was er außerhalb des akademischen Bereichs geleistet hat – in der Sozialarbeit zum Beispiel oder als Mitglied eines Schulorchesters.

Wenn es nach Abschluß des Studiums darum geht, einen Job zu suchen, hat der Stanford-Absolvent von vornherein eine Vorgabe, so wie diejenigen, die aus Harvard, Princeton oder Yale hervorgegangen sind. Vor allem wer in Stanford in Biologie, Chemie, Geologie oder Physik promoviert hat, dem steht in der Regel eine glänzende Karriere offen.

Kalifornien hat in den letzten Jahren erfahren, wieviel es wert ist, eine Spitzen-Universität wie Stanford zu haben. Das „Silicon Valley", das „Tal des Siliziums", ist heute das Weltzentrum der Computer-Wissenschaft, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Gewitzte Stanford-Absolventen ließen sich nach Abschluß ihres Studiums vor den Toren der Universität nieder und begannen, Computer zu basteln. Die Bedingungen waren ideal: San Francisco, die Weltstadt mit Charme, ist weniger als eine Autostunde entfernt, Klima und Verkehrsverhältnisse sind ausgezeichnet, und Stanford versorgt die schnell wachsende Computer-Industrie mit immer neuen Jahrgängen hochqualifizierter junger Wissenschaftler.

Während der Staat Kalifornien zweifellos viel von Stanford profitiert hat, braucht Stanford als private Universität keine staatliche Gängelung zu fürchten. An der Spitze der Universität steht ein „Board of Trustees", ein Treuhänder-Rat, der die Stiftung verwaltet und letzte Instanz in allen wichtigen Entscheidungen ist. Die Treuhänder werden nicht vom Staat ernannt, sondern zum Teil kooptiert und zum Teil von den Absolventen der Universität gewählt, so daß akademische Unabhängigkeit und Kontinuität gewahrt bleiben.

Stanford legt Wert darauf, keine Regional-Hochschule zu sein, sondern Studenten aus allen Teilen des Landes zu haben. Über die Hälfte der Studenten sind außerhalb Kaliforniens aufgewachsen, 15 Prozent gehören Minderheiten an (d. h. Schwarze und Nachkommen von Einwanderern aus Asien), vier Prozent sind Ausländer. (SAD)



Karl-Theodor-Straße Nr. 6

Das ist nicht nur für Düsseldorf eine gute Adresse. Die Unternehmerbank hat das Vertrauen vieler Kapitalanleger im In- und Ausland.
In der Karl-Theodor-Straße legt man Wert darauf, eine gute Adresse zu bleiben und das Vertrauen, das man ihr entgegenbringt, zu mehren.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

Hernu: Reliefs der Siegessäule zurück an Berlin

hrk. Berlin

Frankreichs Verteidigungsminister Charles Hernu beendete bei seinem Berlin-Besuch einen jahrelangen Streit *um die Rückführung* sämtlicher Bronzereliefs an der Berliner Siegessäule, die an die Feldzüge von *1870/71* erinnern. Sie befinden *sich* seit Kriegsende in Paris. Hernu hat jetzt nach der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Berlin Richard von Weizsäcker persönlich zugesagt, daß auch das im Pariser Militärmuseum lagernde Bronzewandbild nach Berlin zurückkehren werde. Es zeigt den Einzug der siegreichen preußischen Truppen nach dem Frankreichfeldzug von 1870/71 durch das Brandenburger Tor und trägt die Inschrift: „Das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere".

Der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac hatte Weizsäcker bei seinem Besuch an der Spree im Herbst 1983 bereits die Rückgabe eines anderen Reliefs fest versprochen. Im Pariser Stadtmuseum lagert außerdem das ebenfalls auf der Rückgabeliste stehende Relief mit Szenen aus der Sedan-Schlacht, das auch Motive vom Einzug der deutschen Truppen in Paris zeigt.

Verteidigungsminister Hernu hat auf die bisher von Frankreich geforderte Gegenleistung verzichtet, ein in Berlin befindliches Gemälde nach Paris zurückzubekommen, das General Bonaparte beim Übergang über die Alpen zeigt. Die „großzügige Geste gegenüber Berlin" unterstreiche das feste Fundament der deutsch-französischen Freundschaft, sagte der Regierende Bürgermeister zu Hernus Ankündigung.

Anzeige

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Beruf: ______
Telefon: ______ Datum: ______
Unterschrift: ______

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

01-549

Unterschrift: ______

Moskau befördert Erdölminister

AFP/DW. Moskau

Der sowjetische Minister für den Bau von Betrieben der Erdöl- und Gasindustrie, Boris Schtscherbina, ist überraschend zum stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert worden. Politische Beobachter in Moskau meinen, damit solle der Erfolg bei der Fertigstellung der sibirisch-europäischen Erdgasleitung dokumentiert werden, den zahlreiche westliche Experten allerdings bestreiten.

Moskau hatte am Neujahrstag offiziell die erste Metangaslieferung aus Urengoi durch die 4451 Kilometer lange Pipeline nach Frankreich bekanntgegeben. Nach Ansicht westlicher Kreise ist jedoch von insgesamt 41 Kompressorstationen erst eine in Betrieb. Das Prestige-Projekt *könne* deshalb erst mit mindestens einem Jahr Verspätung Ende 1985 fertiggestellt sein. *Die Sowjetunion hat kürzlich* erstmals indirekt bestätigt, daß die Gaslieferungen an Frankreich nicht ausschließlich über die Ferngasleitung Sibirien–Europa, sondern offenbar auch über Parallelleitungen laufen (WELT v. 13. Januar).

Ungarn: Kritischer Philosoph muß gehen

AP, Budapest

Die ungarischen Behörden haben den in Rumänien geborenen Philosophen Attila Ara-Kovacs aufgefordert, Ungarn zu verlassen. Wie aus gutunterrichteten *Kreisen verlautete*, wurde dem 31jährigen mitgeteilt, sein Antrag auf Gewährung der ungarischen Staatsbürgerschaft sei abgelehnt worden, und er solle sich um die Ausreise in ein westliches Land seiner Wahl bemühen. Der in Dissidentenkreisen aktiv mitarbeitende Philosoph ist ungarischer Abstammung. Die rumänischen Behörden hatten ihm im Mai vorigen Jahres *zusammen mit seiner Frau die Ausreise* nach Ungarn erlaubt.

Hinter den Kulissen von Kreuth wurde die Kritik an Bonn laut

Strauß läßt geringe Einschätzung über Kompetenz der Koalitionsspitze erkennen

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist mit den bisherigen Leistungen der Bundesregierung nicht zufrieden. Zwar betonte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel *nach der Klausurtagung der* CSU-Bundestagsabgeordneten in Kreuth, die Zwischenbilanz sei positiv, das in einem Jahr Erreichte sei mehr, als von der Bevölkerung erwartet werden konnte, hinter den verschlossenen Türen des verschneiten Tagungszentrums aber waren heftige Worte der Kritik zu hören.

Die verbale Hauptattacke ritt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß. Ein Tagungsteilnehmer: „Aus ihm brach der Zorn über die eigene Ohnmacht heraus. Ihm war der Ärger dessen anzumerken, der es besser weiß, aber in dieser politischen Konstellation nicht die Rolle spielen kann, derer er sich besser als andere fähig fühlt." Der CSU-Vorsitzende verkniff sich persönliche Angriffe auf Kanzler Kohl und Außenminister Genscher, ließ aber seine geringe Einschätzung über die Kompetenz der führenden Koalitionspolitiker erkennen. Niemand, so Strauß, solle im Ernst annehmen, diese Regierung besitze die Kraft für die geistig-moralische Wende.

„Alle Optionen offengehalten"

Kein Zweifel: Der 68jährige Bayer spürt in sich die Stärke, die er in Bonn *vermißt, doch* er ließ die Abgeordneten im unklaren, ob er einen Wechsel an den Rhein anstrebt. Ein Kreuther Teilnehmer: „Er hält sich alle Optionen offen. Wahrscheinlich weiß er selbst noch nicht, wie er sich entscheiden soll."

Vorerst jedenfalls wird er an der Isar bleiben, das ließ er in Andeutungen erkennen. Wenn auch die Zuhörer seiner 160-Minuten-Rede in Kreuth den Eindruck hatten, einem Mann zu lauschen, der sich für den besseren Kanzler hält, so blieb ihnen jeder Hinweis verwehrt, ob der Redner gegebenenfalls bereit sei, das zweimal ausgeschlagene Angebot doch noch anzunehmen und nach 22 Jahren auf den Sessel des Verteidigungsministers zurückzukehren. Der Fall Kießling spielte nur insofern eine Rolle, als Strauß von seinem Telefonat mit dem General berichtete, eine weitergehende Personaldebatte wurde nicht geführt.

Auch Landesgruppenchef Waigel blockte anschließend alle Reporterfragen konsequent ab: Auf hypothetische Fragen über einen eventuellen Rücktritt Wörners gebe er nicht ein, die CSU habe in diesem Fall „kein hintergründiges Interesse".

Beeindruckt waren die christsozialen Politiker besonders von der außenpolitischen Analyse ihres Vorsitzenden: Strauß skizzierte den desolaten Zustand der EG *und mahnte* einen politischen Neubeginn der Sechs an; in Afrika werde die Sowjetunion *keine Erfolge erzielen, wenn Amerika* fest bleibe. Aber hier äußerte Strauß „dramatische Warnungen" (ein Teilnehmer) an die Adresse Bonn: Genschers Afrika-Politik schwäche die Position des Westens auf diesem Kontinent.

Gefahr durch die FDP sieht die CSU auch auf anderen Gebieten. Der bayerische Koalitionspartner fürchtet wegen der Notwendigkeit zu Kompromissen um die eigene Identität. Waigel mahnte nach der Tagung, *zu dieser Koalition gebe es keine* Alternative („Entweder wir haben alle gemeinsam Erfolg – alle drei Koalitionspartner – oder wir werden *alle* – auch jeder von uns – verlieren."), die Union dürfe aber bei Kompromissen nicht ihre Grundposition aufgeben.

„FDP ist mitschuldig"

Edmund Stoiber, Staatssekretär in der Münchner Staatskanzlei, formulierte die CSU-Befürchtungen gestern (Sonntag) bei einem CSU-Empfang in Erlangen deutlicher: Es sei nicht einzusehen, „weshalb ausgerechnet der kleinste Koalitionspartner, die FDP, die noch dazu mitschuldig an den Fehlentwicklungen der liberalsozialistischen Zeit ist, bestimmen kann, worin die Wende bestehen *darf* und *worin nicht*".

Worin die Wende auf jeden Fall nun kommen muß, erläuterte Strauß in Kreuth wie am Wochenende auf dem oberbayerischen CSU-Parteitag in Ingolstadt: „Wir brauchen wieder *mehr Kinderfreundlichkeit.*" *Die* wirtschaftliche Situation der jungen Familie mit Kindern sei das sozialpo*litische Problem Nummer* eins: „Hier muß die Wende in allernächster Zeit eingeleitet werden." Die CSU hat dafür auch schon den Termin: Die steuerliche Entlastung muß im Wahljahr 1987 wirksam sein und nicht erst, wie nach Plänen des Bundesfinanzministers, 1988.

Die CDU vollzieht den Stabwechsel in NRW

Worms neuer Vorsitzender des Landespräsidiums

E. VIETINGHOFF, Essen

Mit deutlich dokumentierter Geschlossenheit will die CDU-Nordrhein-Westfalen in den Europa- und Kommunalwahlkampf dieses Jahres so wie in die Landtagswahlen im Frühjahr 1985 gehen. Das haben der Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, *Worms*, der Landesvorsitzende in der CDU Westfalen-Lippe, Biedenkopf, und auch der Bundesvorsitzende der *Partei, Bundeskanzler Kohl*, am Wochenende in Essen bekundet.

Bei der Wahl des rheinischen Parteivorsitzenden Worms auch zum Vorsitzenden des *nordrhein-westfälischen* CDU-Präsidiums, stimmten auf der gemeinsamen Landesversammlung der Rheinländer und Westfalen 227 von 256 Delegierten (88,7 Prozent) für den Nachfolger von Kurt *Biedenkopf. Stellvertretender* Vorsitzender des Landespräsidiums wurde Biedenkopf, für den 212 von *257 oder 82,5 Prozent der Delegierten* votierten. Mit dieser Wahl ist auch der letzte Akt des „Stabwechsels" innerhalb der CDU des Landes im Hinblick auf die Landtagswahl 1985 vollzogen, nachdem Worms im Mai *vergangenen Jahres zum Spitzenkandidaten* bestimmt worden war und auch die Rolle des Oppositionsführers im Landtag übernommen hatte.

Der Klarheit des Votums für Biedenkopf kommt besondere Bedeutung zu, weil in den zurückliegenden Wochen zunehmend eine Personaldiskussion in die Partei hineingetragen wurde, durch die die Spitzenkandidatur von Worms in Frage gestellt werden sollte. Dem rheinischen Vorsitzenden wurden fehlende *Führungsqualitäten* und *mangelnde* politische Aussagekraft vorgehalten.

Diese Vorgänge dürften nun ein Ende gefunden haben, zumal der innerparteiliche Kontrahent des rheinischen Parteivorsitzenden, der Westfale Biedenkopf, ein „persönliches Versprechen" abgab, als Stellvertreter *„mit aller Kraft"* für das gemeinsame Ziel kämpfen zu wollen. Dazu zählte Biedenkopf u. a. die Bekämpfung der „Gefahr einer rot-grünen Mehrheit" in NRW. Worms selbst zeigte sich nach seiner Wahl „stolz und glücklich". Rheinländer und Westfalen stünden „wie eine Eins zusammen!".

Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte in Essen, Worms sei „der richtige Mann". Er selbst werde sich bei den Landtagswahlen an Rhein und Ruhr engagieren. Im außenpolitischen Teil seines Grundsatzreferates betonte der Kanzler, „das elementare Interesse" der Bundesregierung habe *nach* der Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses „die moralische Kraft" *gegenüber den USA, auf eine* Abrüstung zu drängen, die in den Verhandlungen mit der UdSSR erreicht werden müsse. Dabei ergäbe sich bereits in dieser Woche eine Chance, wenn in Stockholm die Außenminister beider Länder zusammenträfen. Stockholm sei zwar nicht Genf, meinte der Kanzler, doch sei zwischen den zwei Verhandlungspartnern das „Tischtuch nicht zerschnitten".

US-Soldat gibt Behörden Rätsel auf

dpa, Stuttgart/Miesbach

Der seit Freitag abend in Schwäbisch Gmünd vermißte 21jährige US-Obergefreite Liam Fowler ist gestern morgen gegen 6.15 Uhr schlafend auf einem *Bauernhof in Miesbach* (Bayern) entdeckt worden. Er wurde nach Angaben der Polizei mit starken Unterkühlungen in ein Miesbacher Krankenhaus gebracht und dort von zwei amerikanischen Offizieren und deutschen Polizeibeamten verhört. Fowler, der möglicherweise entführt worden war, konnte gegen Mittag entlassen werden und wurde dem Vernehmen nach nach Stuttgart ge*flogen. Es war unklar, ob es sich* tatsächlich um eine Entführung handelte. Einzelheiten über die Verhöre wurden *nicht mitgeteilt*.

Nach unbestätigten Berichten soll Fowler ausgesagt haben, er sei in den frühen *Morgenstunden* in der Nähe von Miesbach von vier Personen aus seinem Auto geworfen worden. Fowler gehörte der 56. *Artillery* Group an, die als erste in der Bundesrepublik mit den neuen Pershing-2-Raketen ausgerüstet worden ist. Nach seinem Verschwinden hatte er zweimal bei seiner Frau angerufen und erklärt, mehrere Deutsche hätten ihn in ihre Gewalt gebracht. Sie verlangten, daß seine Frau seine Eltern *dazu* bewegen *solle, in den amerikanischen Medien* eine Erklärung zu veröffentlichen, wonach Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland unerwünscht seien.

„DDR"-Kirchen appellieren an KVAE

AP, Berlin

Mit der Bitte, dem Entspannungsprozeß neue Impulse zu geben, hat sich die evangelische Kirche in Mitteldeutschland in einem Schreiben an die Teilnehmerstaaten der morgen in Stockholm beginnenden Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) gewandt. In dem von Landesbischof Johannes Hempel und Bischof Armin Härtel unterzeichneten Brief, über den die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN berichtete, äußerten sich der Bund der Evangelischen Kirche und die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen *in der „DDR" besorgt über den* Stand der Entspannungspolitik.

SPD ändert Haltung zur neuen Technik

DW. Koblenz

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat bestätigt, daß sich das Verhältnis seiner Partei zur neuen Technik wandele. Dies beziehe sich aber *nur auf wirklich zukunftsträchtige* Entwicklungen, schränkte Glotz in der „Rhein-Zeitung" ein. Die SPD sei der *Meinung*, daß die Probleme der wirtschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik Deutschland gemeistert werden können, wenn diese bei den Schlüsseltechnologien, insbesondere der Informationstechnik, gegenüber anderen großen Industrienationen konkurrenzfähig bleibt. „Wir sind darum für eine durchdachte und konsequente Politik der Modernisierung der Volkswirtschaft", sagte Glotz.

Der arabische Israel-Boykott und der Besuch von Kohl in Jerusalem

Kritik am Verhalten der Bundesrepublik / Die Praxis in den USA und in Frankreich

BERNT CONRAD, Bonn

In Bonn wird es für möglich gehalten, daß Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem am 24. Januar beginnenden Besuch in Jerusalem auch mit dem Problem arabischer Boykottmaßnahmen gegen den Israel-Handel konfrontiert werden wird. Arabische Staaten verlangen von deutschen Firmen bei allen Geschäftsabschlüssen eine schriftliche Versicherung, daß *der betreffende Partner keinen Handel* mit Israel treibt.

Während Firmen in den USA, die sich solchen Praktiken unterwerfen, aufgrund der „Export Administration Act" bestraft werden, gibt es in der Bundesrepublik keine Anti-Boykott-Gesetzgebung. Besondere Aktualität hat das Thema dadurch erhalten, daß die französische Regierung Ende letzten Jahres ihre seit 1977 gültigen Anti-Boykott-Bestimmungen verschärft hat. Israelische Experten fragen sich, weshalb Bonn dem Beispiel seines engsten EG-Partners nicht folgt.

In Frankreich sieht ein Gesetz vom *7. 6. 1977*, ergänzt durch eine Verordnung des Premierministers vom 17. 7. 1981, strafrechtliche Sanktionen gegen jeden vor, der dazu beiträgt, die Ausübung wirtschaftlicher Aktivitäten unter normalen Umständen zu erschweren. Darunter fällt besonders der Versuch wirtschaftlichen Boykotts. In Bonner Regierungkreisen wird allerdings darauf hingewiesen, daß nach diesem Gesetz praktisch noch niemand wegen der Teilnahme an einem Israel-Boykott angeklagt worden sei, weil es sehr viele Ausnahmeregelungen gebe. Die französische Regierung hat jedoch im *letzten Herbst verfügt, daß die Anti-*Boykott-Bestimmungen ausdrücklich bei der Gewährung von Export-*Ausfallbürgschaften* angewendet werden sollen.

Erheblich konsequenter geht die amerikanische Regierung vor. Auf ihre Veranlassung wurden im Haushaltsjahr 1983 genau 53 amerikanische Firmen wegen Boykottbeteiligung zu Geldstrafen von insgesamt 1,375 Millionen Dollar verurteilt. Im Haushaltsjahr 1982 waren nur 43 Urteile mit insgesamt rund 550 000 Dollar Geldstrafe verhängt worden. Unter den Bestraften befanden sich 1983 so prominente Gesellschaften wie die *Bank of America, die Citibank und* die Chrysler Corporation. Andere Firmen, wie beispielsweise Xerox und Columbia *Pictures*, trafen Arrangements mit den Behörden, die ihnen für eine gewisse Zeit die Genehmi*gung zum Handel* mit arabischen Ländern entzogen und ihnen Geldbußen zwischen 17 000 und 22 000 Dollar auferlegten.

Die meisten Verstöße gegen die Anti-Boykott-Bestimmungen der „Export Administration Act" bestanden darin, daß Firmen die Fälle, in denen sie von Arabern nach ihren geschäftlichen Beziehungen mit Israel gefragt worden waren, gar nicht oder nicht rechtzeitig meldeten. An zweiter Stelle rangierten amerikanische Betriebe, die *Arabern die* angeforderten Auskünfte über Israel-Kontakte lieferten, darunter die Firma *Rockwell International, die* für 118 Verstöße insgesamt 71 000 Dollar zahlen mußte.

In der Bundesrepublik Deutschland dagegen droht Firmen, die sich an Anti-Boykott-Maßnahmen beteiligen, keine Strafe und kein Tadel. Von israelischer Seite ist deswegen mehrfach bei der Bundesregierung interveniert worden. Die Antwort lautete stets, daß aus grundsätzlichen und verfassungsrechtlichen Erwägungen nicht an eine staatliche Reglementierung des Handels gedacht sei. Bonner Fachleute versichern: „Wir gehen pragmatisch vor und helfen, wenn es Schwierigkeiten gibt. Dabei sind wir *auch recht erfolgreich. Eine gesetzli*che Regelung würde alle Araber gegen uns aufbringen und die Sache somit nur komplizieren." Praktisch habe Israel dadurch, wie man an der Steigerung des deutsch-israelischen Warenaustausches sehe, keine Nachteile.



Valentinsorden für den Kanzler

W. Z. München

Das hätte sich der Karl Valentin nicht im Traum einfallen lassen, daß *anno 1984* ein ausgewachsener Bundeskanzler mit seinem Valentin-Orden dekoriert werden würde. Aber die *Zeiten haben sich geändert, seit* der erste Valentin-Ordensträger, Werner Finck, formulierte, er stehe hinter jeder Regierung, bei der er nicht sitzen müsse, wenn er nicht hinter ihr stehe. So nahm denn am vergangenen Freitag Helmut Kohl aus den *Händen von Narhalla-Präsident* Paul Stengel den vergoldeten Valentin in München entgegen (Foto). „Für die Gesamtheit seines Humors", wie es Stengel in Anwesenheit von Franz Josef Strauß formulierte. Und einen *Spruch, der schon das Büro des da*maligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kohl zierte, hatten die Frohsinns-Funktionäre auch ausgegraben: „Männer sind wie Kohl, am besten sind sie leicht abgebrüht zu genießen."

Moskau, Orwell und die USA

dpa, München

Nach jahrzehntelangem Schweigen macht auch in den sowjetischen Medien das Thema „Orwell 1984" Schlagzeilen. Nach der außenpolitischen Zeitschrift „Nowoje Wremja" verkündete jetzt die Regierungszeitung „Iswestija", daß Orwells Zukunftsstaat bereits in den USA verwirklicht sei. Die Reden von US-Präsident Ronald Reagan seien genau das, was Orwell als „Neusprache" (Newspeak) bezeichnet habe.

Wenn man an Grenada und die Pershing-Raketen in Europa denke, erhalte man die Orwellsche Lösung: „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Knechtschaft, Unwissenheit ist Stärke". Reagans „Neusprache" komme in seinen Äußerungen *zum* Ausdruck, daß er Abrüstung durch Aufrüstung erreichen wolle. Nach Reagans Lesart sei auch *der Mißerfolg* der Genfer Gespräche ein Erfolg.

In den USA sei es in Wirklichkeit noch *schlimmer*, als Orwell das in seinem Buch beschrieben habe, hieß es weiter. Davon zeuge der unermüdliche Strom des Antikommunismus in den Medien. Das Bewußtsein und die internationale Atmosphäre würden dadurch vergiftet. Das schlimmste von allem sei aber die Vorbereitung des Imperialismus auf die „atomare Schlacht".

Orwells Buch ist in der Sowjetunion verboten. Touristen müssen „1984" oft bei der Einreise abgeben. Offenbar soll vermieden werden, daß der sowjetische Leser *Parallelen zu* Orwells Zukunftsstaat im eigenen Land entdeckt. Lediglich Orwells *Novelle „Die Farm der Tiere"* war anfangs auch nach Moskau gelangt. Die Zensoren hatten das Buch irrtümlich für ein landwirtschaftliches Sachbuch gehalten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Berlin: Lummer räumt Panne der Behörden ein

Abschiebung eines „Zeugen" sorgt für neue Mißstimmung

F. DIEDERICHS, Berlin

In Berlin hat die Abschiebung eines Ausländers, der als wichtiger Zeuge des Brandunglücks vom Silvesterabend gilt, für neue Mißstimmung gesorgt. Die Berliner Polizei hatte den Mann zusammen mit fünf weiteren Ausländern in die Heimatländer ausfliegen lassen. Es handelte sich bei allen Häftlingen um Personen, die das Feuer in der Abschiebehaftanstalt Steglitz überlebt hatten. Im Gegensatz zu den fünf Häftlingen hatte die Staatsanwaltschaft bei dem ausgewiesenen Mann jedoch noch keine Entscheidung getroffen, ob seine Anwesenheit in einem möglichen *späteren Strafverfahren gegen das* Wachpersonal erforderlich sein wird.

Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) räumte am Wochenende dazu ein, den Behörden sei hier offensichtlich „eine Panne" unterlaufen. Lummer selbst wird sich am kommenden Donnerstag bei der ersten Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses im neuen Jahr einer Rücktrittsforderung der Alternativen Liste gegenübersehen, die die Ausländerpolitik des Innensenators als Ursache für den Tod der sechs Abschiebehäftlinge betrachtet.

An einem derartigen Mißtrauensantrag, wird sich nach längerer Bedenkzeit die Berliner SPD nicht beteiligen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten entfällt für einen Mißtrauensantrag zu diesem Zeitpunkt die Geschäftsgrundlage, da der CDU-FDP-Senat nur drei Wochen später, am 9. Februar, wegen der Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters oh*nehin* geschlossen zurücktreten wird, um sich erneut dem Votum des Parlamentes zu stellen. Parlamentarisch behandelt wird das Thema ebenfalls am kommenden Donnerstag durch eine große Anfrage der SPD im Abgeordnetenhaus, die Auskunft über die bisherigen Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände fordert.

Die Haftunterbringung der momentan 84 Abschiebehäftlinge bereitet den Berliner Sicherheitsbehörden derzeit immer noch Probleme. Die brandbeschädigte Abschiebehaftanstalt Steglitz und ein weiteres Gebäude im Bezirk Tiergarten wurden geschlossen, um deren feuertechnische Ausstattung zu verbessern. Während der Renovierungszeit wird das Gros der Abschiebehäftlinge deshalb in Hafträumen von fünf Polizeiabschnitten untergebracht – eine Maß*nahme, die in den betroffenen Direk*tionen nicht auf Wohlwollen stieß.

Auch wenn Berlins Landespolizeidirektor Gerhard Kleineidam hier besänftigend von einer „Notlösung" spricht und bisher keine offenen Proteste der Dienststellenleiter aufkommen, sprach doch der Berliner Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GDP), Günther Brosius, den betroffenen Abschnittsleitern aus dem Herzen: „In den Gewahrsamsstellen der Polizei sind sachgerechte Haftbedingungen nicht gegeben, ebenfalls steht kein ausreichendes Wachpersonal zur Verfügung."

Eine Entschärfung der Problematik erwarten die Behörden frühestens in zwei bis drei Monaten: Bis dahin soll die Abschiebehaftanstalt in Tiergarten soweit „provisorisch" eingerichtet sein, daß sie rund 100 Ausländern neben ausreichendem Platz auch bessere Feuersicherheit bietet.

Polizeipräsident von Augsburg unter Beschuß

lz, München

Mit einem Disziplinarverfahren, das mit seiner Ablösung enden könnte, muß der Leiter der Augsburger Polizeidirektion, Polizeidirektor Franz Xaver Giglberger, rechnen. Er steht unter dem Verdacht, Daten aus dem Meldecomputer abgerufen und für private Zwecke verwendet zu haben. Der bayerische Datenschutzbeauftragte Konrad Stollreither forderte das Ministerium zu Konsequenzen auf. Der Betroffene selbst fühlt sich keiner Schuld bewußt und erklärte, die Art und Weise, wie er mit den Meldedaten umgegangen ist, sei nicht ungewöhnlich.

Die Affäre steht im Zusammenhang mit dem Parteiausschluß von 14 *Augsburger CSU-Mitgliedern*, die sich zur „Christlich-Sozialen Mitte" (CSM) zusammengeschlossen haben. Der Augsburger Werkreferent Werner Pusinelli entging dem Ausschluß, da er seinen Hauptwohnsitz außerhalb Augsburgs und damit außerhalb des Wirkungskreises des örtlichen CSU-Schiedsgerichts hat.

Giglberger, Mitglied der CSU wie des CSU-Schiedsgerichts, versuchte über den ihm möglichen Zugriff zum Meldecomputer die Wohnangaben des Referenten zu entkräften und das Ausschlußverfahren dadurch voranzubringen. Stollreither sieht einen zweifachen Verstoß gegen Bestimmungen des Datenschutzes. So dürfe ein Polizeibeamter nur solche Daten einer anderen Behörde *abrufen, die* er „zur Erfüllung seiner konkreten polizeilichen Aufgaben benötigt".

Die SPD will den Fall in den Landtag bringen, der betreffende Werkreferent stellt inzwischen Strafantrag gegen den Polizeidirektor.

„Größerer Stellenwert für Wirtschaftsfragen"

Rudolf Dreßler soll neuer AfA-Vorsitzender werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD will sich in den kommenden Monaten verstärkt dem Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität zuwenden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Dreßler, der auf dem AfA-Kongreß am Ende des Monats zum neuen Vorsitzenden der Organisation gewählt werden soll, sprach in diesem Zusammenhang vom „Geld, das auf der Straße liegt, und das die Politiker nur aufheben müssen". Pro Jahr werde die Bundesrepublik nach vorsichtigen Schätzungen durch Steuerhinterziehung im großen Stil, Subventionsschwindel und betrügerische Machenschaften um 50 bis 100 Milliarden Mark geschädigt.

In einem Gespräch mit der WELT kündigte Dreßler an, daß der AfA-Kongreß vom 27. bis 29. Januar in *Karlsruhe „Signale setzen" solle für* den Bundesparteitag der SPD im Mai in Essen, der ebenfalls unter dem Schwerpunktthema Wirtschaft stehen soll. Die Arbeitnehmer in der Partei wollten in Karlsruhe „Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft offenlegen" und die „Partei ermutigen, gewisse Dinge deutlicher zu machen". Es sei wichtig, daß die AfA „nach der Stationierungs-Diskussion *mithilft, daß die Fragen von Wirt*schaft und Beschäftigung wieder einen größeren Stellenwert" in der *SPD bekommen.*

Dreßler kritisierte scharf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer „sich alle unterhalb der Sozialversicherungs-Grenze abspielen". Es gehe bei einem derartigen Wirtschafts- und Finanzkurs auch um die „Frage der sozialen Akzeptanz". Viele Bürger, denen die Folgen der Bonner Maßnahmen noch nicht so richtig klar seien, würden *„große Augen* machen, wenn sie Ende Januar ihre Lohnabrechnungen erhalten".

Dreßler machte in dem WELT-Gespräch deutlich, daß die Bonner Opposition offensichtlich darauf setzt, daß es zu einer stärkeren Unzufriedenheit der Bürger über den Sparkurs der Bundesregierung kommt, daß das Verständnis für diesen Weg in der Bevölkerung dadurch abnehmen könnte und sich dies in absehbarer Zukunft meßbar in Unterstützung für die SPD umsetzen läßt.

Auch vom DGB erwarten die Sozialdemokraten einen deutlich härteren Gegenkurs *zur Bonner Regie*rungslinie. Der zukünftige AfA-Vorsitzende erinnerte in diesem Zusammenhang an die *harsche* Kritik der Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren der sozialliberalen Koalition. Im Verhältnis zu dem „Schaden", den die Gewerkschaftsmitglieder dagegen jetzt erleiden, sei heute „sehr wenig Protest vom DGB zu hören".

Er, Dreßler, „prohezeie, daß es in der Bundesrepublik Deutschland Unruhe geben wird". Bundeskanzler Helmut Kohl werde es nicht nur in *naher Zukunft*, sondern auch bei der Bundestagswahl 1987 „sehr schwer haben". Denn die „Rechnung, die bei Frau Thatcher aufging", werde bei Kohl angesichts der anders beschaffenen sozialdemokratischen Opposition, „im Vergleich zur zerstrittenen Labour Party", und der ebenfalls anders strukturierten Gewerkschaftsbewegung „nicht aufgehen".

Für die Italiener zählt nur das individuelle Wohlbefinden

Wie ihre Politiker die Krise verwalten / DC strebt nach Posten des Staatspräsidenten

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Jedesmal wieder beginnt in Rom das neue Jahr mit der Diskussion über eine Reihe von Preisfragen. Ungeachtet der Erfahrungstatsache, daß kaum je in der Vergangenheit die richtigen Lösungen gefunden worden sind, versuchen sich auch diesmal wieder Minister, Politiker, Wirtschaftler und Kommentatoren an den Quizaufgaben: Wie lange wird die Regierung noch halten? Wie hoch wird *das effektive Haushalts*defizit sein? Welchen Stand wird die Inflationsrate erreichen? Wie sind die Erfolgsaussichten beim Kampf gegen das organisierte Verbrechertum? Und schließlich – als Summe aller Fragen: Wo blieb Italien am Ende des soeben begonnenen Jahres stehen?

Alle Voraussagen erscheinen gewagt. Grund besteht wohl lediglich zu der Annahme, daß Italien nach weiteren zwölf Monaten unverändert schlecht, die Mehrzahl der Italiener aber unverändert gut leben wird.

Ein Ballett der Zahlen

Als erste Preisfrage wurde dem Publikum in diesem Jahr das Haushaltsdefizit mit einem atemberaubenden Zahlenballett präsentiert. In schwindelerregender Akrobatik tanzten dabei die Stars der römischen Staatsbühne um ein schwarzes Loch, das sich – je nachdem, welcher Tänzer sich ihm gerade näherte – verbreiterte oder verengte. Die Milliarden wurden dabei nur so aufgewirbelt. Die Regierung hatte das Defizit zunächst mit 150 Milliarden Mark programmiert. Der christdemokratische Schatzminister Goria kam aber, nachdem er genauer nachgerechnet hatte, auf 165 Milliarden Mark, und die Republikaner des Verteidigungsministers Spadolini sprachen sogar von 180 Milliarden Mark. Ministerpräsident Craxi und seine Sozialisten wiesen dies als „Übertreibung" zurück. Schließlich bildete man einen Kreis um das Loch und bemaß gemeinsam seinen Umfang auf 160 Milliarden Mark. Das wären 10 Milliarden Mark mehr als vorgesehen, die man noch einzusparen hofft.

So ganz ernst nimmt diese Zahlen freilich kaum jemand, da sie von einigen gerade in Italien besonders schwer zu bestimmenden Faktoren (vermutliche Steuereinnahmen, unvorhergesehene Staatsausgaben) abhängig sind. Der Regierung scheint es ja auch vor allem nur darum zu gehen, überhaupt Zahlen in der Hand zu haben, um diese bei dem Gespräch mit den Gewerkschaften für die Notwendigkeit einer Abbremsung der gleitenden Lohnskala in die Waagschale werfen zu können.

Von der Entwicklung der Lohnkosten wiederum wird – ebenso wie von der Höhe des Haushaltsdefizits – die diesjährige Inflationsrate maßgebend beeinflußt werden. 1983 hatte man sie von 16 auf 13 Prozent senken wollen. Erreicht wurden 15 Prozent. Für dieses Jahr sind eigentlich 10 Prozent programmiert.

Was für die Mehrzahl der Italiener wirklich zählt, ist das individuelle Wohlbefinden. Und darum war es im vergangenen Jahr keineswegs schlecht bestellt. Mag auch eine Minderheit hart unter Arbeitslosigkeit und Preisexplosion zu leiden, die Mehrheit scheint sich recht gut zu arrangieren – dank des kostspieligen sozialen Netzes, das den Staat an den Rand des Bankrotts gebracht hat, dank aber auch der „untergetauchten Wirtschaft" mit ihren unzähligen Privatinitiativen, die sich der Staatskontrolle und damit auch der Steuer weitgehend entziehen.

Sichtbarer Beweis dafür sind die an den Wochenenden seit Monaten fast immer überfüllten Trattorien am Rande der Großstädte. In den von einem Kleinbürger- und Arbeiterklientel frequentierten Gaststätten der Castelli romani beispielsweise sind neuerdings Austern „in".

Das Verhältnis zwischen diesem „Paese reale" zum „Paese legale" der staatlichen Institutionen ist für Italien bezeichnend: Der Bürger stellt an seinen Staat immer größere Erwartungen, da er aber aus Erfahrung zu wissen meint, daß diese Erwartungen angesichts der notorischen staatlichen Dysfunktionen gar nicht erfüllt werden können, enthält er ihm nach Möglichkeit die Mittel zur Bewältigung seiner Aufgaben vor. Damit entsteht materiell und mehr noch psychologisch ein Circulus vitiosus, den auch die Regierung Craxi in den fünf Monaten ihrer Amtszeit nicht zu durchbrechen vermochte.

Die Basis ist frustriert

Außer um die Wirtschafts- und Finanzpolitik geht es bei den Scharmützeln der Politiker hauptsächlich um parteipolitische Machtfragen. Die Democrazia Cristiana als die mit Abstand stärkste Koalitionspartei bereitet für Ende Februar ihren Parteitag vor. Ihre Basis ist frustriert durch die Wahlniederlage des vergangenen Jahres und durch den Verlust des Ministerpräsidentenpostens. Das um so mehr, als auch das höchste Staatsamt nicht mit einem Christdemokraten, sondern mit dem Sozialisten Pertini besetzt ist. Parteisekretär De Mita muß daher Aufbruchstimmung erzeugen, wenn nicht Resignation überhandnehmen soll. Als erstes provozierte er eine Polemik um den 87jährigen Pertini, der sich bei seiner Silvesteransprache in undifferenzierter Weise zu den Friedensdemonstranten und generell zur Protestbewegung der Jugend bekannt hatte.

De Mita sprach kritisch von „Personalisierung der Macht" und einer „Logik, die diktatorischen Systemen den Weg öffnet", versicherte dann aber, er habe Pertini damit nicht gemeint. In Verbindung mit der Forderung des christdemokratischen Parteipräsidenten Piccoli, daß die DC bei der Staatspräsidentenneuwahl im Sommer 1985 eine „ernsthafte und unverzichtbare" Kandidatur anmelden müsse, scheint diese von De Mita vorgetragene Kritik der Partei immerhin das nächste Operationsziel zu weisen: die Wiedererringung des Präsidentenpostens.

Rumsfelds Syrien-Mission ohne Ergebnis

AFP/DW. **Damaskus**

Der Syrien-Besuch des amerikanischen Sonderbotschafters für Nahost, Donald Rumsfeld, hat zwar zu einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Washington und Damaskus geführt, aber nicht die von den USA erhofften Ergebnisse für die Libanon-Krise gezeitigt. Das „Ergebnis" blieb für Rumsfeld wohl vor allem die Tatsache, zum ersten Mal seit seiner Ernennung von Syriens Staatschef Assad empfangen zu werden.

Das Treffen mit Assad hat die Regierung Reagan in ihrer Libanon-Politik nicht viel weitergebracht. Der syrische Präsident forderte ausdrücklich die Rücknahme des am 17. Mai 1983 unter amerikanischem Schutz geschlossenen israelisch-libanesischen Abkommens. Der Vertrag steht nach Ansicht Assads im Gegensatz zu den Interessen Syriens und Libanons, konträr auch zu den Beziehungen Beiruts zur arabischen Welt. Eine Lösung der Krise muß nach Vorstellung der syrischen Führung libanesisch und arabisch sein, nicht aber israelisch und amerikanisch.

Der syrische Präsident forderte von seinem US-Gesprächspartner nicht ausdrücklich den Abzug der Marine-Soldaten aus Beirut. Im Gespräch mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe hatte Assad jedoch am Donnerstag erklärt, die Aufgabe der amerikanischen Truppen sei nicht mehr die Friedenswahrung, da sie zu einer „beteiligten Partei" bei den Kämpfen geworden seien. Assad ließ gegenüber Rumsfeld anklingen, daß die USA seiner Meinung nach durch die Wahrung einer strikten Neutralität eine positive Rolle im Nahen Osten spielen könnten.

Seite 2: Assads Poker

Beirut und Jerusalem einigen sich auf einen Nachfolger für Haddad

Christliche und israelische Politiker würdigen den „Patriotismus" des verstorbenen Majors

PETER M. RANKE, **Beirut**

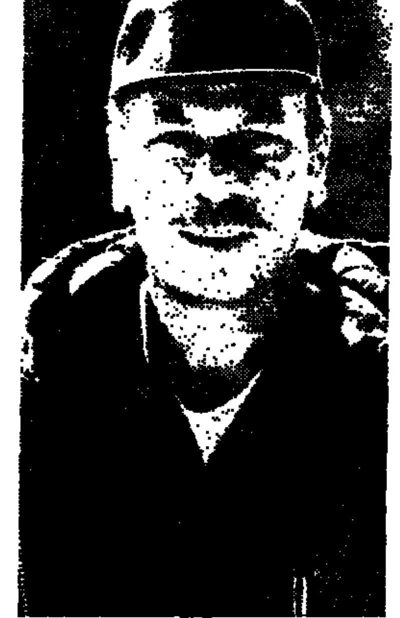
Der libanesische Major Saad Haddad war kein Politiker, sondern ein Frontsoldat, der wegen seines rauhen und dennoch fürsorglichen Wesens bei seiner Miliz in Südlibanon beliebt war. Aus den Wirren der libanesischen Kriegshandlungen trug er eine Erkenntnis und ein Ziel mit nach Hause in das christliche Städtchen Mardsch Ajun: Zwischen Libanon und Israel muß Frieden werden. Nur die Christen in Libanon können und wollen diesen Frieden für ihr Land herbeiführen. Haddad hat ihn nicht mehr erlebt. Er starb, 48jährig, am Samstag in seinem Heimatort an Hautkrebs.

Der libanesische Ex-Präsident Chamoun, der Chef der Katalb-Partei, Pierre Gemayel, der israelische Oppositionsführer Peres und Ministerpräsident Shamir haben Haddad als „Patrioten" bezeichnet. Denn der Major sammelte nach dem Krieg von 1975/76 die Reste der Truppe in Südlibanon und bildete nach 1978, nach dem ersten israelischen Vorstoß gegen PLO-Basen, eine christlich-schiitische Miliz von kaum 1500 Mann. Aber sie reichte dank israelischer Bewaffnung aus, um den von der PLO und den Israelis geräumten etwa 15 Kilometer breiten Grenzstreifen in Südlibanon zu schützen.

Haddad sicherte dieses „freie Libanon" gegen Terroristen und schuf eine Zivilverwaltung. Er organsierte den Verkauf der Tabakernte und sorgte für Krankenbetreuung und Schulunterricht. Die Israelis halfen dabei. Der rührige Major versuchte, friedliche Verhältnisse herzustellen. Er bekam auch Finanzhilfe aus Bei*rut und wurde formell wegen seiner* Zusammenarbeit mit den Israelis aus der Armee „verstoßen". Seinen Wehrsold zahlte das Oberkommando aber weiter.

Beim zweiten Vorstoß der israelischen Armee nach Libanon im Juni 1982 richtete sich Major Haddad in Sidon ein und verstärkte seine Miliz. Doch viele Schiiten kündigten ihm die Mitarbeit, da der Druck aus Beirut im letzten Jahr zu stark wurde. Im israelisch-libanesischen Abzugsvertrag war vorgesehen, daß Haddads Miliz als Territorialtruppe weiter bestehen sollte. Der Major erwartete eine Wiederverwendung in der Armee. Kurz vor seinem Tod bekam er eine kleine Genugtuung. Ein Gericht in Beirut wies die „Verratsvorwürfe" gegen Haddad zurück. Er wurde in *allen Ehren als Offizier rehabilitiert.*

Major Haddad soll nach übereinstimmendem Beschluß der Regierungen in Beirut und Jerusalem nun durch den libanesischen Armee-Oberst Alias Halil ersetzt werden. Das meldete der israelische Rundfunk am Samstagabend, ohne Einzelheiten über das Zustandekommen der Entscheidung zu nennen. Oberst Halil stammt aus dem Dorf Adusha nahe der südlibanesischen Hafenstadt Sidon und diente früher zusammen mit Haddad in der libanesischen Armee. In einer Erklärung der israelischen Regierung nannte Ministerpräsident Yzhak Shamir den Verstorbenen als einen „großen libanesischen Patrioten, einen Freund und einen treuen Alliierten Israels". Shamir zufolge hatte Haddad erkannt, daß die Kooperation zwischen Libanon und dem südlichen Nachbarn Israel „für beide Völker vorteilhaft ist". Es sei zu hoffen, daß dieses Verständnis und *die Bereitschaft zur Zusammen*arbeit auch unter den Nachfolgern Haddads anhielten.



Schwierig zu ersetzen: Major Saad Haddad FOTO: DPA

In einer an den Rundfunk übermittelten Erklärung von Verteidigungsminister Mosche Arens hieß es unter anderem: „Israel und die israelischen Streitkräfte senken die Flaggen. Libanon hat einen seiner besten Offiziere und Israel einen seiner besten Freunde verloren." Haddad habe mit seinen Einheiten „jahrelang gegen die Infiltration von Terroristen nach Südlibanon" gekämpft.

Nach Bekanntwerden der Nachricht über den Tod Haddads begannen die Glocken in allen Kirchen Südlibanons zu läuten: Hunderte südlibanesischer Maroniten kamen nach Mardsch-Ajoun, wo sie sich zu einer stillen Trauerkundgebung versammelten.

Israels Oppositionschef Schimon Peres, der in den Jahren 1974 bis 1977 als israelischer Verteidigungsminister erste enge Kontakte zu Major Haddad geknüpft hatte, meinte am Samstag, die von dem Milizen-Führer kontrollierte Enklave im Südlibanon sei während der letzten Jahre die ruhigste des Landes gewesen. Es gebe keine schäbigere Lüge, wenn man Haddad als „Söldner im Dienste Israels" darstelle. Dieser habe immer betont, im Dienste seines Landes zu stehen und immer seine Unabhängigkeit gegenüber Israel bewahrt. Der frühere Oberkommandierende der israelischen Streitkräfte, General Rafael Eytan, nannte Haddad einen „Helden im wahrsten Sinne des Wortes".

„Rückkehr zu den Katakomben" in Madrid

Die neue kommunistische Partei Spaniens ist für Leninismus und Diktatur des Proletariats

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

„Die Rückkehr zu den Katakomben" nannte der Chef der Kommunistischen Partei Spaniens, Gerardo Iglesias die Gründung einer zweiten, betont prosowjetischen Kommunistischen Partei am Wochenende im Madrider Kongreß-Palast. Unter dem Motto „Einheit der Kommunisten" versucht der am Sonntag gewählte Generalsekretär der neuen Partei, Ignaacio Gallego, alle jene Splittergruppen unter den spanischen Kommunisten zusammenzufassen, die mit der offiziellen Kommunistischen Partei nicht zufrieden sind.

Reaktion auf Fehlleistungen

Unter den gewaltigen Porträts von Marx und Lenin vereinten sich im Kongreß-Palast Junge und Jugendliche mit über 60jährigen Altkommunisten aus der Zeit des Bürgerkrieges. Die Mitte in der Alterspyramide fehlte weitgehend.

Mit der Gründung einer neuen KP reagierten Dissidenten der Kommunistischen Partei und andere Linksradikale auf die Fehlleistungen des ehemaligen inzwischen aber auch in der offiziellen KP als Sekretär abgelösten Altkommunisten Santiago Carrillo.

Sein eurokommunistisches Manöver hatten die wenigsten Kommunisten Spaniens verstanden. Die Jungen glaubten darunter die Demokratisierung der Partei selbst verstehen zu dürfen. Die älteren Genossen sahen darin einen Verrat an den in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr haltbaren Idealen der Diktatur des Proletariats und an der Mutterpartei in der Sowjetunion. Tatsächlich meinte Santiago Carrillo mit dem Eurokommunismus aber nur die äußere Anpassung an die demokratischen Verhältnisse Westeuropas, während er die Partei selbst weiterhin nach stalinistischen Befehlsprinzipien zu führen gedachte.

In seiner Anpassung an die demokratischen Strukturen gelang ihm zwar der Einbruch bis in den Staats*apparat* – Verwaltung, Polizei, vor allem staatliches Fernsehen. Sein diktatorisches Führungssystem aber ließ ihn an der Parteiwirklichkeit scheitern.

Abgesehen von ein paar spektakulären und in ihrer wahren Absicht keineswegs geklärten Absagen an die Abhängigkeit aller kommunistischen Parteien vom Obersten Sowjet in Moskau, blieb das Verhältnis der spanischen *KP zur Sowjetunion* vor und nach dem Abtritt Santiago Carrillos im wesentlichen bestehen. Zwar schickte das ZK aus Moskau zum Parteikongreß der offiziellen PCE nicht zu hochkarätige Funktionäre wie jetzt zum Gründungskongreß der neuen KP. Es fiel jedoch auf, daß der Sowjetbotschafter in Madrid, Dubrinin, dem Kongreß der offiziellen KP im September lange beiwohnte und sein gutes Einverständnis mit dem ZK und den Delegierten auch offen demonstrieren konnte.

Auf dem Parteikongreß der neuen prosowjetischen KP dagegen fehlte Dubrinin. Offensichtlich schätzt man in der sowjetischen Botschaft die neue Partei richtig ein: ein Konglomerat von ganz Alt- und ganz Jungkommunisten, das sich für die Friedensbewegung als einem Tagesziel der sowjetischen Führung gut einsetzen läßt.

Tänzer im Vorstand

Die in Westeuropa nur noch im benachbarten Portugal propagierten *Primitivforderungen des Kommunis*mus werden jedoch nur dann Bedeutung gewinnen, wenn größere soziale Unruhen wegen wachsender Arbeitslosigkeit die soziale Situation Spaniens ohnehin gefährdet. Hierauf hat sich aber auch schon die offizielle KP eingestellt. Die Wahl des zuletzt durch den Carmen-Film weltbekannt gewordenen Tänzers Antonio Gades neben Altproletariern in den Vorstand bestätigt den Widerspruch zwischen marxistisch-leninistischer Disziplin und spanischem Anarchismus in dieser neuen Partei.

Die neue Partei wirft der sozialistischen Regierung „kapitalistische Frondienste" vor – darin einig mit der offiziellen KP – und setzt sich für eine Republik, das heißt für die Abschaffung des Königshauses ein. Darin steht sie klar im Gegensatz zur KP Iglesias.

Rheinische Synode revidiert Beschluß

epd, **Bad Neuenahr**

Die evangelischen Kirchengemeinden im Rheinland können künftig Kirchensteuern für den Sonderfonds des „Programms zur Bekämpfung des Rassismus" beim ökumenischen Rat der Kirchen zur Verfügung stellen, müssen dabei aber bestimmte Bedingungen erfüllen. Das beschloß die in Bad Neuenahr tagende Landessynode und revidierte damit Beschlüsse aus dem Jahr 1982. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß der mit 300 000 Mark ausgestattete „Namibia-Fonds" zunächst „eingefroren" wird, bis zwischen den Kirchen in Namibia und im Rheinland „Einvernehmen über seine bestimmungsgemäße Verwendung gefunden werden kann".

Demokratie bei Wahl in Polen verlangt

AFP, **Warschau**

Die von der polnischen Regierung eingesetzte „Bewegung für die nationale Wiedergeburt" (Pron) hat Kritik am Entwurf für ein neues Wahlgesetz für die kommenden Parlamentswahlen im Frühjahr geübt. In einer am Sonntag von der amtlichen Polnischen Nachrichtenagentur PAP verbreiteten Erklärung fordert Pron „mehr Demokratie" bei den Wahlen. Die Wähler müßten sich „wirksamer an der Ausstellung der Wahllisten beteiligen" können und die Möglichkeit haben, frei zwischen mehreren Kandidaten zu entscheiden.

Ferner müsse es „juristische und organisatorische Garantien" dafür geben, daß das Wahlgeheimnis „nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis" gewahrt bleibe, verlangt Pron. Der Entwurf für das neue Wahlgesetz unterscheidet sich nicht wesentlich vom bisher geltenden Wahlgesetz. Die polnische Opposition hatte sich schon offen für einen Boykott der Wahlen ausgesprochen.

Jaruzelski genehmigt Stiftungsgesetz

Der Streit um das kirchliche Hilfsprojekt für private Bauern ist noch nicht beendet

A. PRADETTO, **Berlin**

Das kirchliche Hilfeprojekt für Polens private Bauern wirft eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen auf. Soll jener „Fonds" eingerichtet werden, aus dem die Landwirtschaft mit den von kirchlichen Institutionen im Westen aufzubringenden Mitteln unterstützt werden soll, müssen erst wieder die juristischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies scheint mit der Billigung eines Stiftungsgesetzes durch den polnischen Ministerrat nun geschehen zu sein.

Die Konsequenzen

Die juristischen Fragen, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen werden, sind jedoch abhängig von den ökonomischen und politischen Erwägungen, die sich für die Staatsseite mit Blick auf das kirchliche Projekt ergeben. Welche Auswirkungen wird die Förderung der privaten Landwirte in einer Wirtschaftsstruktur haben, in der 70 Prozent der Landwirtschaft in privaten Händen sind, die aber gleichwohl in vieler Hinsicht mit der staatlichen Wirtschaft eng verknüpft ist? Welche Konsequenzen ergeben sich für jene staatlichen Betriebe, Einrichtungen, Institutionen, Genossenschaften, von denen die privaten Landwirte beliefert werden oder an die sie ihre Produkte abliefern? Welcher Umtauschkoeffizient soll für die Auslandswährung Geltung haben? Was passiert, wenn nun viel Auslandskapital in die Hände privater Unternehmer und Gewerbetreibender gelangt? Wird das Projekt in dem vorgesehenen Umfang realisiert, nimmt es geradezu Ausmaße an, die in die Größenordnung des polnischen Staatshaushaltes reichen.

Das Stiftungsgesetz ist also ein untergeordneter Teil einer Problematik bei der Verwirklichung des kirchlichen Landwirtschaftsprojektes. Es wird noch eine ganze Weile dauern, ehe sich die staatlichen Vertreter über alle damit verbundenen Fragen und Probleme im klaren sind und die Konsequenzen des Projektes absehen können.

Vor diesem Hintergrund spielen sich die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Kirche und ihren Wirtschaftsexperten auf der einen Seite, der staatlichen Vertreter auf der anderen Seite ab. Dabei geht es eben nicht nur um den Umfang der Hilfe, ihren Gegenstand und um die Bereiche, in denen sie wirksam werden soll, sondern auch um jene Fragen, die sich aus der Verzahnung der privaten mit der staatlichen Wirtschaft und aus dem System der zentralen Planwirtschaft ergeben.

Wer bestimmt die Preise, nicht nur für die Produkte der Landwirte, sondern auch für die anderen Güter, die zwischen Staat und Bauern im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion ausgetauscht werden? Nach welchen Kriterien soll die Besteuerung der Bauern festgesetzt werden? Was ist mit der Enteignung, zu der der Staat im Falle „unproduktiven Wirtschaftens" die gesetzliche Möglichkeit hat?

Politische Vorbehalte

Das alles sind komplexe Bereiche, innerhalb derer die staatliche Wirtschaftsbürokratie ihren Einfluß geltend machen, die wirtschaftliche Entwicklung in eine bestimmte Richtung lenken kann. Hinzu kommen noch grundsätzliche politische Vorbehalte. Moskau verfolgt mißtrauisch die Entwicklung beim Nachbarn. Die sowjetische Presse äußert oft genug und unmißverständlich ihre Überzeugung, daß gerade der große Anteil des Privatsektors in Polen, insbesondere aber der „schädliche ideologische Einfluß der katholischen Kirche" die wirkliche Ursache des Zusammenbruchs des ökonomischen und politischen Systems in Polen sei.

Die Regierung will der Kirchenführung möglichst viele Zugeständnisse für die Erlaubnis abhandeln, das seit eineinhalb Jahren geplante Projekt endlich in die Praxis umzusetzen. So hat Primas Glemp in seiner Weihnachtsbotschaft die Priester aufgerufen, sich jeglicher politischer Betätigung zu enthalten. Er kam damit einer entsprechenden Aufforderung der Regierung nach.

DELTA FLIEGT NONSTOP VON FRANKFURT NACH ATLANTA UND WEITER NACH 80 US-STÄDTEN.

Nehmen Sie Deltas Wide-Ride (TM) TriStar von Frankfurt nach Atlanta, und ohne die Fluggesellschaft zu wechseln, erreichen Sie Ihr Reiseziel an der Ost- oder Westküste. Delta fliegt nonstop von Frankfurt nach Atlanta.

Nonstop fliegen Deltas Wide-Ride Lockheed L-1011 TriStars, die von Rolls-Royce-Motoren angetrieben werden, nach Atlanta. Genießen Sie die ausgezeichnete internationale Feinschmeckerküche und Unterhaltung an Bord.

Die Medallion-Business-Klasse ist Deltas spezielle Klasse für Geschäftsleute. Sie genießen Luxus zum Sparpreis.

Für Informationen und Buchungen wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder rufen Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer 0611/ 23 30 24, Telex 416233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

DELTA



Tarife und Flugpläne können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.

DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®

Die Ballung der Militärmacht des Kreml von Karelien bis Ostpreußen – Eine Dokumentation

Skandinavien im Fadenkreuz der Sowjets

Vertrauen und Abrüstung sind zwei Schlüsselbegriffe der „Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa", die morgen in Stockholm beginnt. Seriöse Verhandlungen in diesem Bereich setzen eine umfassende Kenntnis vom Stand der Rüstung des Gegners voraus. Zu diesem Zweck hat der Baltische Weltrat Daten und Fakten über die militärische Konzentration der Sowjet-Streitkräfte im Baltikum zusammengetragen. Die WELT veröffentlicht exklusiv wesentliche Elemente dieses Reports.

Von INGO URBAN

Die „Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KVAE), die am 17. Januar in Stockholm beginnt, soll in der ersten Phase ihrer Verhandlungen zu konkreten Schritten im Bereich der Vertrauensbildung führen und damit das militärische Verhalten aller Teilnehmerstaaten berechenbarer machen. Darüber hinaus rechnet man in westlichen Hauptstädten damit, daß sich während der Konferenz in Stockholm Gelegenheiten ergeben könnten, die einen Neuanfang der von sowjetischer Seite abgebrochenen Verhandlungen über eine nukleare und konventionelle Abrüstung in Europa und über die strategischen Waffen ermöglichen.

Voraussetzung für eine tatsächliche Abrüstung ist, daß den Verhandlungspartnern Möglichkeiten der Kontrolle eingeräumt werden. Dies wurde bisher von den Warschauer-Pakt-Staaten abgelehnt. Teil einer Vertrauensbildung, die militärisches Verhalten berechenbar macht, sollten die schon 1975 in Helsinki getroffenen Vereinbarungen der KSZE sein. Hierzu gehörte unter anderem die Ankündigung von Manövern ab einer Truppenstärke von 25 000 Mann. Ab solchen Größenordnungen sollten auch Manöverbeobachter aus den KSZE-Staaten eingeladen werden. Von sowjetischer Seite und den anderen Staaten des Warschauer Paktes wurde dies mehrfach nicht eingehalten, zum Beispiel während eines fast viermonatigen geheimgehaltenen Großmanövers in Estland im Jahre 1981, in dessen Verlauf die Besetzung Skandinaviens geübt wurde. Auf diese Verstöße gegen die KSZE-Schlußakte von Helsinki weist der „Baltische Weltrat" hin.

Welche und wieviel militärische Einheiten die Sowjetunion allein in einem ihrer drei westlichen Militärbezirke, dem Militärbezirk Baltikum (MBB), stationiert und zusammengezogen hat, dokumentiert eine Veröffentlichung des „Baltischen Weltrates", die heute in Stockholm vorgelegt wird. Die Dokumentation stützt sich bei ihren Angaben auf Erkenntnisse westlicher Nachrichtendienste und die Ergebnisse einer mehrmonatigen Befragung von Zeugen aus und im Baltikum. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Zielsetzung der militärischen Konzentrationen rein offensiven Charakter hat. Auf Grund der in diesem Raum stationierten Waffengattungen, Waffensysteme (Anzahl und Art) sowie der Truppenstärke muß davon ausgegangen werden, daß die sowjetische Militärplanung im Ernstfall eine Besetzung ganz Skandinaviens vorsieht. Sie ist demnach auch jederzeit dazu in der Lage, die Herrschaft über die dänische Meerenge zu übernehmen. Alle Truppen in diesem Gebiet gehören zur zweiten strategischen Staffel, deren Ziel im Ernstfall die Besetzung Mitteleuropas ist.

Der MBB umfaßt die seit 1940 von der Sowjetunion besetzten drei baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und das Gebiet Königsberg (Kaliningrad), den unter sowjetischer Verwaltung stehenden nördlichen Teil von Ostpreußen.

Von insgesamt acht sowjetischen Luftlandedivisionen befinden sich allein zwei – ein Viertel – im Baltikum. Jede Division besteht aus drei Fallschirmjäger-Regimentern, einem Artillerie-Regiment und einem Luftabwehr-Bataillon. Diese Einheiten verfügen über das gleiche militärische Gerät wie Artillerie- und motorisierte Schützendivisionen. Außerdem sind im MBB Angehörige der „Spetsnaz" und der „Reydoviky" stationiert. Aufgaben dieser Einheiten sind gemäß der Dokumentation Sabotageeinsätze in der Tiefe des feindlichen Hinterlandes sowie die Ermordung gegnerischer Führungskräfte. Die Luftlandetruppen und Sondereinheiten sind nicht dem Chef des Militärbezirks Baltikum, sondern direkt der Moskauer Befehlsgewalt unterstellt.

Die im MBB stationierte „Baltische Rotbannerflotte" ist Teil der sowjetischen Marine und hat ihr Flottenkommando in Pillau (Batijsk) bei Königsberg. Hauptstützpunkte der „Rotbannerflotte" sind Libau (Liepaja), Riga, Reval (Tallinn) und Kronstadt. Die „Rotbannerflotte" verfügt in der Ostsee über mindestens 30 U-Boote, wovon 11 mit Nuklearwaffen ausgerüstet sind, mehr als 40 großen und mindestens 300 kleineren Schiffseinheiten, wovon 19 mit taktischen Atomwaffen bestückt sind. Ferner verfügt sie für ihre Sturmlandungstruppe über 50 Landungsschiffe, 19 größere Hilfs- und Transportschiffe und 120 Bomber, darunter die Atombomber des Typs TU 16 und TU 22. Der „Rotbannerflotte" ist auch ein Marine-Infanterie-Regiment mit ewa 2500 Mann unterstellt.

Die „Baltische Rotbannerflotte" ist die bei weitem größte Seemacht in der Ostsee. In den Auftragsbereich dieser Marineeinheiten fällt auch die Unterstützung der sowjetischen Nord-Flotte. Ein Teil ihrer Schiffe befindet sich außerhalb ihres eigentlichen Operationsbereiches (vornehmlich der östliche Teil der Ostsee), das heißt außerhalb der Ostsee.

Die Überlegenheit der „Rotbannerflotte" ergibt sich nach Ansicht des „Baltischen Weltrates" nicht nur aus dem seit Jahren massiv betriebenen Ausbau dieser Flotte sowie aus der Anzahl und der Art der ihr zur Verfügung stehenden taktischen und strategischen Nuklearwaffen, sondern auch aus dem gleichzeitigen Abbau der westlichen Seestreitkräfte in diesem Gebiet. Dabei spielt das Potential der Marinen Schwedens und Finnlands auf Grund ihres reinen Defensivcharakters eine untergeordnete Rolle.

Die dem MBB unterstehenden Landstreitkräfte bestehen aus der circa 80 000 Mann starken 11. Gardearmee mit ihrem Hauptquartier in Königsberg; aus drei Panzerdivisionen mit etwa 30 000 Mann; aus fünf motorisierten Schützendivisionen mit mindestens 50 000 Mann und aus zwei Artilleriedivisionen mit mindestens 20 000 Mann.

Der „Baltische Weltrat" weist besonders *darauf hin, daß die Personal*stärke der einzelnen Divisionen Auskunft über die sofortige Einsatzbereitschaft gibt. Hierzu ist zu sagen: *Die sowjetische Armee kennt drei* verschiedene Kategorien der Einsatzbereitschaft: Höchste Stufe ist die Kategorie I. Dazu heißt es in der Dokumentation: „Zur Kategorie I gehören Divisionen, die über eine volle Ausrüstung und eine Mannschaftssollstärke von 75 bis 100 Prozent verfügen." *Diese Divisionen sind sofort* einsatzbereit. Fast alle Divisionen der im MBB stationierten Landstreitkräfte gehören, so die Dokumentation, zur Kategorie I.

Die im MBB stationierte Luftarmee besteht aus drei Divisionen zu je drei Regimentern mit insgesamt 405 Flugzeugen der Typen MiG-21 (als Luftnahunterstützungsflugzeug), MiG-21/27 (als Jagdflugzeug) und die MiG-21 H (als Jagdaufklärer).

Die Anzahl der landgestützten Raketensysteme im MBB ist nach Ansicht des „Baltischen Weltrates" der deutlichste *Beweis für* den offensiven Charakter der sowjetischen Militärplanung in diesem Gebiet – siehe Statistik.

Auf Grund dieser militärischen Ballung im baltischen Raum sind zur Sicherung der derzeitigen sowjetischen Staatsgrenzen besondere Vorkehrungen getroffen worden, die über die allgemeine Praxis der Grenzsicherung der Sowjetunion hinausgehen. So ist das ganze Grenzgebiet von der südöstlichen Spitze Litauens bis zum Rigaischen Meerbusen über die Inseln Ösel und Dagö, einschließlich ihrem Hinterland, bis zum finnischen Meerbusen zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden, das teilweise auf eine Tiefe von 20 Kilometern ausgedehnt ist. Darüber hinaus sind um besondere Anlagen, die nicht im Grenz- und Küstengebiet liegen, ebenfalls weiträumige Sperrzonen errichtet worden.

Selbst Kinder müssen Schießen lernen

uu. **Stockholm**

Seit der Machtübernahme Jurij Andropows ist im Baltikum eine forcierte und gezielte Militarisierung der Kinder, der Schüler, der Studenten und der Arbeiterjugend festzustellen. Das berichtet der „Baltische Weltrat".

Die Heranwachsenden werden demnach von einem militärischen Ausbildungssystem erfaßt. Schüler, Studenten und jugendliche Arbeiter müßten sich bereits während ihrer schulischen und beruflichen Ausbil*dungszeit auf einen späteren militäri*schen Einsatz vorbereiten. Ziel dieses Konzeptes sei es, nach der Einberufung zum Wehrdienst in der Sowjetarmee, *weniger Zeit für die militäri*sche Grundausbildung zu verwenden.

Bereits 1967 waren auf Anweisung Breschnews „*Militärsport-Spiele*" für Kinder im Alter von elf bis 14 Jahren eingeführt worden. Die „Spiele" bekamen die Bezeichnung „Kavi" („Nordlicht") und werden seitdem dreimal im Jahr (im Herbst, Winter und Frühjahr) abgehalten. Außerdem müssen die Kinder seit dieser Zeit außerhalb des Schulunterrichts an Schießübungen, Exerzierstunden und Geländeübungen teilnehmen.

1972 wurde die militärische Unterweisung auf die Altersgruppe der 15- bis 18jährigen ausgedehnt und ein weiteres Jugendmanöver mit dem Namen „Erglens" („Die jungen Adler") für diese Jugendlichen eingeführt. Parallel zu dieser Entwicklung wurde schrittweise der Wehrkundeunterricht an den Schulen verstärkt.

In diesem Unterrichtsfach wird von der 10. Klasse an einmal in der Woche der Aufbau und die Funktion *von Handfeuerwaffen, Granaten und* Gasmasken erklärt und das Zerlegen und der Zusammenbau von Schnellfeuergewehren geübt. Weitere Themen beziehungsweise Übungen in diesem Unterrichtsfach sind der Zielweitwurf mit Handgranaten, die Zivilverteidigung und die Unterweisung in der Abwehr von chemischen Kampfstoffen und die Schutzvorkehrungen vor C-Waffen.

Außerdem werden neben dem Fach Wehrkunde auch im Geschichts- und Gesellschaftsunterricht folgende Themen behandelt: Die Theorie über „gerechte und ungerechte Kriege", Klassenbewußtsein, Theorie und Vorführung von Feindbildern, die besondere Sendungsaufgabe der Kommunistischen Partei „bei der Befreiung der unterdrückten Werktätigen in den kapitalistischen Ländern" (die Besetzung Afghanistans wird dabei als „die Erfüllung internationaler Aufgaben" bezeichnet). Als Richtlinie für den Wehrkundeunterricht gilt dabei „Das militärpatriotische Erziehungssystem für Mittel- und Berufschulen".

1983 wurde diese bisherige Praxis der militärischen Ausbildung abermals ausgeweitet. Dem „Baltischen Weltrat" liegen Unterlagen vor, wonach seit Februar letzten Jahres die Altersgruppe der 15- bis 18jährigen Mädchen und Jungen nicht mehr wie bisher an Luft- und Kleinkalibergewehren ausgebildet wird, sondern auch an dem sowjetischen Sturmgewehr AK 47 M („Kalaschnikow"). Unter der Losung: „Nur der internationale Kampf des Proletariats gegen das Bürgertum ist in der Lage, die Errungenschaften zu verteidigen und den unterdrückten Massen den Weg zur besseren Zukunft zu zeigen!" wird einmal in der Woche mit dem Sturmgewehr schießen geübt. Dabei wird *scharfe Munition verwendet.*

An den „Erglens"-Übungen müssen seit dem vergangenen Jahr neben Schülern von Mittel-, Berufs- und Technikerschulen auch junge Industrie- und Kolchos-Arbeiter teilnehmen. Die Jugendlichen werden als „Jungarmisten" bezeichnet. Jeder Schulklasse ist ein Reserveoffizier zugeteilt, der die Aufstellung von „Jungarmisten"-Bataillonen zu beaufsichtigen hat.

Die Aufstellung der „Jungarmisten"-Bataillone in Lettland wurde mit dem Befehl Nummer 34 vom 5. September 1983 von dem Generalmajor der Luftwaffe, dem *Russen Nicolai Groschew*, angeordnet (veröffentlicht in der lettischen Komsomolz-Zeitung „Padomju Jaunatne" vom 14. September 1983). Groschew ist in Lettland Kommandeur der dreimal im Jahr zentralorganisierten „Militärsport-Spiele", „Erglens" und „Kavi". *Gleichlautende Befehle zur Aufstel*lung von „Jungarmisten"-Bataillonen wurden auch in Estland und Litauen ausgestellt.

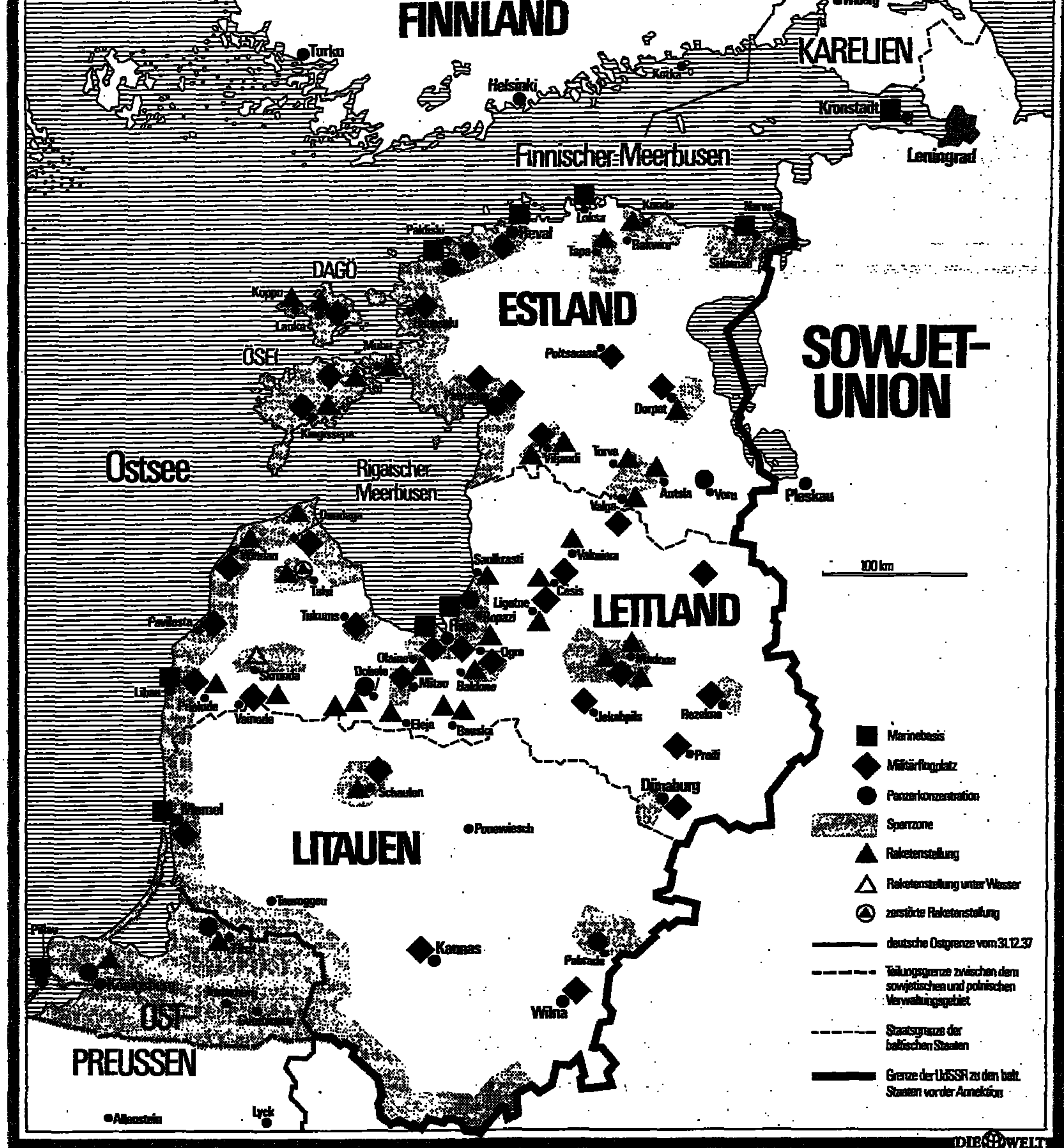
Die „*Militärsport-Spiele*", *an denen* in der Sowjetunion jährlich 12 Millionen Schüler teilnehmen, werden von einem Militärstab geleitet, der mit der *paramilitärischen Organisation* DOSAAF zusammenarbeitet. Die DOSAAF ist eine Wehrertüchtigungsorganisation für Jugendliche über 18 Jahre. Sie bereitet die Jugendlichen abschließend auf ihren Einsatz in der Armee, Luftwaffe und Marine vor.

Die Teilnahme an den „Militärsport-Spielen" ist für alle Schüler und Jugendlichen seit dem Herbst letzten Jahres obligatorischer Bestandteil der Ausbildung, wie es einer Veröffentlichung der Rigaer Lehrerzeitung „Skolotaju Avice" in der Ausgabe vom 23. November 1983 zu entnehmen ist.

Der „Baltische Weltrat" weist darauf hin, daß die Militarisierung der Kinder und Jugendlichen nach sowjetischen Vorstellungen anscheinend noch nicht ausreicht, denn in der Rigaer Lehrerzeitung vom 4. Januar dieses Jahres heißt es anläßlich der Vorstellung der geplanten Schulreform in der Sowjetunion: „Das Niveau und die Effektivität der militärischen Grundausbildung in den Schulen muß weiter erhöht werden."

„Baltischer Weltrat" – Vertreter der Balten

Der „Baltische Weltrat" wurde am 18. November 1973 gegründet. Vor der Öffentlichkeit will er die Interessen der baltischen Völker für die Dauer der sowjetischen Besetzung ihrer Heimatländer vertreten. Zu ihm gehören der 1951 gegründete „Estnische Weltrat" mit Sitz in New York, der 1955 gegründete „Weltbund freier Letten" mit Sitz in Washington *und das 1943 im Untergrund* von Litauen gegründete „Komitee zur Befreiung Litauens", das heute seinen Sitz in Washington hat. Der *Vorsitz im „Baltischen Weltrat"* wechselt jährlich. Bis Ende Januar '84 wird er von den Esten eingenommen, im Februar übernehmen ihn die Letten.



Raketensysteme im Baltikum – Ein Überblick

Im Militärbezirk Baltikum sind, nach der Dokumentation des „Baltischen Weltrats", folgende **landgestützte Raketensysteme** stationiert:

- 36 Raketen vom Typ Frog-7 mit einer Reichweite von 70 Kilometern und je einem nuklearen Gefechtskopf von *200 Kilotonnen*;
- 30 Raketen vom Typ SS 1 C mit einer Reichweite bis zu 300 Kilometern und nuklearen oder konventionellen Gefechtsköpfen;
- 12 bis 18 Raketen vom Typ SS 12 mit einer Reichweite von 490 bis 900 Kilometern und je einem nuklearen Gefechtskopf von 200 Kilotonnen.
- Etwa 10 Raketen vom Typ SS 21 mit einer Reichweite von 120 Kilometern, nuklear und konventionell einsetzbar.
- Etwa 100 Raketen vom Typ SS 22 mit einer Reichweite von 900 bis 1000 Kilometern und je einem nuklearen Gefechtskopf von 500 Kilotonnen.
- Etwa 10 Raketen vom Typ SS 23 mit einer Reichweite von 350 Kilometern, nuklear und konventionell einsetzbar.
- Etwa 100 Raketen vom Typ SS 4 mit einer Reichweite von 2000 Kilometern.
- 20 Raketen vom Typ SS 5 mit einer Reichweite von 4100 Kilometern.

Außerdem liegen Berichte vor, wonach in der Nähe von Tata und Koppu in Estland SS-20-Raketen disloziert worden sind.

Bei den **seegestützten Raketen** ist *auf U-Booten folgende Bewaffnung* zu verzeichnen:

- Auf 3 Schiffen vom Typ Juliet SSG gibt es insgesamt zwölf Raketen vom Typ SS-N-3 A mit einer Reichweite zwischen 180 und 450 Kilometern.
- Auf 2 Schiffen der Klasse Whisky LB SSG gibt es insgesamt acht Raketen vom Typ SS-N3 *mit der gleichen* Reichweite.
- Auf 6 Schiffen der Klasse Golf II SSB gibt es insgesamt 18 Raketen vom Typ SS-N-5 mit einer Reichweite von 600 bis 1200 Kilometern und nuklearen Gefechtsköpfen mit einer Sprengkraft von 4 Megatonnen.

Bei den Überwasser-Schiffen sind die Angaben wie folgt:

- Ein Kreuzer vom Typ Kresta II CG mit 8 Raketen *vom* Typ SS-N-14 *mit* einer Reichweite von 55 Kilometern mit nuklearen oder *konventionellen* Gefechtsköpfen.
- Ein Kreuzer vom Typ Kresta I CGGM mit 4 Raketen vom Typ SS-N-3B mit einer Reichweite von 180 bis 450 Kilometern und nuklearen Gefechtsköpfen von 350 Kilotonnen.
- Ein Zerstörer (Sovremenny DDG) mit 8 Raketen vom Typ SS-N-22.
- Ein Zerstörer vom Typ Udaloy DDG mit 8 Raketen vom Typ SS-N-14 mit einer Reichweite von 55 Kilometern.
- 8 Fregatten vom Typ Kriwak FFG mit insgesamt 32 Raketen vom gleichen Typ *wie bei dem Zerstörer* Udaloy DDG.
- 7 Raketenschiffe vom Typ Nanouchka PG mit insgesamt 42 Raketen vom Typ SS-N-9 *mit einer* Reichweite von 75 bis 110 Kilometern.

Atom-Unfälle, Häftlinge für Arbeiten im Reaktor

uu, **Stockholm**

Zu einem schweren, bisher unbekannten Unfall ist es im Sommer 1981 auf einem atomgetriebenen U-Boot der sowjetischen Flotte in der Ostsee gekommen. An den Folgen des Unfalls soll die gesamte, etwa 50 Personen starke Besatzung gestorben sein. Das berichtet der „Baltische Weltrat".

Der Atomreaktor des U-Bootes sei während einer Fahrt durch die Ostsee undicht geworden und hätte das gesamte U-Boot radioaktiv verseucht. Das Boot habe nach dem Reaktorunfall Riga angelaufen, die gesamte Besatzung sei unter größter Geheimhaltung in ein Militär-Krankenhaus eingewiesen worden.

Aus Briefen, die in den Westen gelangten und von dem 31jährigen Besatzungsmitglied des U-Bootes, dem Maat Vladimirs Kondracuks, stammen, *geht hervor, daß* die Besatzungsmitglieder bis zum Sommer des vergangenen Jahres an den Folgen der Strahlenkrankheit gestorben sind. Kondracuks ist – nach vorliegenden Berichten aus Lettland – als eines der letzten Besatzungsmitglieder dieses U-Bootes ebenfalls an den Folgen der radioaktiven Strahlung gestorben.

Ein Teil der atomgetriebenen U-Boote der weltweit operierenden sowjetischen Flotte wird in dem estnischen Hafen von Paldiski gewartet. Dort werden die Brennstäbe des Kernreaktors ausgewechselt. Die gebrauchten Stäbe kommen in die Wiederaufbereitungsanlage in Paldiski. Die Arbeit an den Reaktoren der U-Boote und in der Wiederaufbereitungsanlage werden nach Angaben des „Baltischen Weltrates" in den besonders hohen Gefahrenzonen von Häftlingen unter ungenügenden Schutzvorkehrungen ausgeführt. Regelmäßig würden die in der Folge an Strahlenerkrankungen leidenden Häftlinge von neuen Gefangenen ersetzt.

Nach weiteren Informationen des „Baltischen Weltrates" ist auch, unter *ebenfalls bisher* ungeklärten Umständen, ein Raketenstützpunkt nordwestlich von Talsi in Lettland zerstört worden. Das Gelände des Raketenstützpunktes war Anfang der 70er Jahre fertiggestellt worden. Noch während der anschließenden Stationierungsphase kam es auf dem Gelände zu einer Serie von Explosionen, die über mehrere Stunden dauerte. Der Raketenstützpunkt wurde vernichtet.

Wie jetzt Augenzeugen berichten, ist dieses Gelände bis zum heutigen Tag gesperrt, auch für Militär. Unmit*telbar nach der Zerstörung des Rake*tenstützpunktes hätten sich Sonderkommandos, die nicht dem Militärbereich des Baltikum angehören, hier aufgehalten.

Von den Vertretern des „Baltischen Weltrates" wird darauf hingewiesen, *daß* wegen der allgemeinen Nachrichtensperre über militärische Angelegenheiten aus der Sowjetunion oft erst nach Jahren derartige Unfälle bekannt werden. Nach bisher unbestätigten Meldungen hätten sich aber in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von Unfällen auf den Raketenstützpunkten im Baltikum ereignet.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die unhaltbare Evolution

„Pankraz, Darwin und das Ende eines Dogmas"; WELT vom 19. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Pankraz schreibt, daß das Buch von R. Taylor „The Great Evolution Mystery" den Theorien des Darwinismus und Neodarwinismus endgültig den Garaus zu machen scheint und daß ein gewaltiges Wissenschaftsdogma zu Grabe getragen wird.

Man reibt sich die Augen, wenn man das liest. Das kann ja wohl nichts anderes bedeuten, als daß die ihrer Natur nach materialistisch-atheistische Evolutionstheorie unhaltbar geworden ist.

Jahrzehntelang wurde (und wird noch immer) Generationen von Schülern und Studenten die „Tatsache der Evolution" eingetrichtert, jene Lehre, nach der die Entstehung des Lebens, der Arten und des Menschen durch intelligenzlose, geistlose, willenlose, absichtslose, planlose und ziellose Prozesse erklärt wird (siehe dazu: H. Schneider, „Biologische Systeme und Strukturen", Zeitschr. factum Okt. 83). Hingegen wird die biblische Erklärung durch die Schöpfung Gottes (also durch Logos) von Evolutionisten als undenkbar, unwissenschaftlich, ja als vernunftwidrig diffamiert. Dazu ein Beispiel von vielen. R. B. Goldschmidt schreibt in American Scientist Bd. 40, S. 84 (1952): „Die Evolution der Tier- und Pflanzenwelt wird von allen hierin Urteilsfähigen als Tatsache angesehen, für die kein weiterer Beweis nötig ist." Und jetzt schrumpft die „Tatsache" zu einem Dogma, also zu einem unbewiesenen Glaubenssatz zusammen. Wer hätte das gedacht? Die gesamte Evolutionstheorie war und ist nichts anderes als eine unwissenschaftliche Theorie, nämlich die Glaubenslehre des Atheismus bezüglich der Herkunft des Menschen, der Entstehung des Lebens, der Arten und in Erweiterung auch der Erde und des Weltalls. Duane T. Gish, amerikanischer Biochemiker, hat ihren unwissenschaftlichen Charakter in seinem vorzüglichen Buch „Fossilien und Evolution", Hänssler Verlag (1982) entlarvt. Gerade neuere Erkenntnisse in verschiedenen Disziplinen der Naturwissenschaft, zu der die Evolutionstheorie oft fälschlicherweise gezählt wird, lieferten die schwerwiegendsten Einwände gegen diese Lehre. B. Vollmert weist in seinem Buch „Polykondensation in Natur und Technik", E. Vollmert-Verlag (1983 die Unmöglichkeit chemischer Evolution nach. H. Schneider zeigt, daß radioaktive Datierungsmethoden nur Modellalter, keine tatsächlichen Alter liefern (H. Schneider, „Der Urknall und die absoluten Datierungen"). A. E. Wilder-Smith in „Die Naturwissenschaften kennen keine Evolution" und W. Gitt in „Logos oder Chaos" weisen in ihren Büchern auf eine Vielzahl unüberwindlicher Schwierigkeiten der Evolutionstheorie hin. E. Blechschmidt hat das „Biogenetische Grundgesetz" E. Haeckels widerlegt (E. Blechschmidt, „Die Erhaltung der Individualität"). Man könnte die Reihe der Bücher und Publikationen noch beliebig fortsetzen. Es ist an der Zeit, vor allem in den Schulen die einseitige, auf atheistischem Glauben, nicht auf naturwissenschaftlichen Tatsachen, beruhende Indoktrination aufzugeben und das andere Modell, das auf Schöpfung durch einen Schöpfer (Logos) beruht, als gleichwertig zu akzeptieren. Alle Behauptungen, Lebenserklärungskonzepte, die auf Schöpfung fußen, seien weniger wissenschaftlich als die Evolutionslehre, sind blanke Desinformation.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. J. Markert
Dülmen

*

Pankraz sei gepriesen, daß er uns auf G. R. Taylors Großtat „The Great Evolution Mystery" hinweist; denn die Zeit ist reif, die Evolutionstheorie von ihren ideologischen Übersteigerungen zu befreien. Freilich bedürften wir dazu nicht englischer Geistesblitze. Sowohl Adolf Portmann, besonders aber auch Joachim Illies in seinen beiden letzten Büchern „Das Geheimnis des Grünen Planeten" und „Der Jahrhundert-Irrtum" haben uns hier bereits wissenschaftlich korrekt klaren Wein eingeschenkt.

Priv.-Doz. Dr. E. J. Fittkau
Zoolog. Staatssammlung,
München

Nachzugsfrist

„Mehrheit: Gastarbeiterzahl verringern"; WELT vom 7. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten – wenn nicht seit Jahren – wird darüber gestritten, bis zu welchem Alter Kinder von Ausländern nachziehen dürfen. Zur Zeit wird ein Alter von 6 Jahren genannt. Bedeutet dies nun, daß eine Mutter ihr Kind in den ersten Lebensjahren zurückläßt, um in die Bundesrepublik zu reisen, um es dann kurz vor Erreichen des 6. Lebensjahres nachzuholen? Wir wissen doch alle, wie wichtig es ist – gerade in den ersten Monaten und Jahren – daß die Kinder die Wärme von Mutter und Vater spüren. Ist dies bei ausländischen Eltern anders? Warum entdecken sie erst nach Jahren, wenn eine Frist abläuft, daß sie Kinder haben? Hier stimmt doch etwas nicht! Ich hätte gern von einem Zuständigen in Bonn eine klare Antwort. Sie könnte eigentlich nur heißen: Kinder gehören vom ersten Schrei an zur Mutter. Wenn aber die Mutter sich schon jahrelang von ihrem Kind getrennt hat, dann sollte es auch dabei bleiben; ein Nachziehen – gleich bis zu welchem Alter – gibt es dann nicht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
G. Krems
Bad Pyrmont

Zu große Zahlen

Sehr geehrte Redaktion,

ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es den Begriff „Milliarde", wie er bei uns für 1.000 Millionen üblich ist, in den USA nicht gibt. Hier sagt man gleich Billionen, was bei uns aber 1.000 Milliarden bedeutet. Aus diesem Grund gibt es immer wieder so dumme Meldungen wie Billionen-Haushalt für Rüstung der USA, während es sich nach unserem Verständnis um einen Milliarden-Haushalt handelt.

Mit freundlichem Gruß
E. Weber
Überlingen

Naturschutz in Bayern

In einem am 5. 1. 1984 unter der Überschrift „Naturschutz und Realpolitik" abgedruckten Leserbrief meint Herr O. Foedtke, daß die von der Bayerischen Staatsregierung beabsichtigte Verfassungsänderung mit dem Ziel der Verankerung des Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung nichts mit Naturschutz zu tun habe.

Diese Auffassung verkennt gänzlich die Tragweite des Ministerratsbeschlusses, den in Bayern seit langem als notwendig erkannten und praktizierten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatszielbestimmung in die Verfassung aufzunehmen. Mit der Verwirklichung der auf Initiative von Umweltminister Alfred Dick geplanten Verfassungsänderung wird vielmehr der hohe Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes in Bayern nachdrücklich gefestigt.

Es kann und wird nicht unbeachtet bleiben, daß der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen an herausragender Stelle, nämlich zusammen mit anderen tragenden Aussagen der Verfassung, im ersten Abschnitt „Grundlagen des bayerischen Staates" (Art. 3 bv) verankert werden soll. Zudem sollen die Ziele des Natur- und Umweltschutzes in Artikel 141 Abs. 2 bv besonders ausführlich festgelegt werden. Weder Gesetzgeber *noch Verwaltung und Gerichte* werden an diesem deutlichen Signal vorübergehen können.

Der Vorwurf eines „Bevölkerungsbetrugs" im Zusammenhang mit der Ablösung der alten Landschaftsschutzverordnung „Spessart" durch die „Naturparkverordnung Spessart" ist so absurd und abwegig, daß er sich nur mit gänzlicher Unkenntnis erklären läßt. Die alte Landschaftsschutzverordnung hat mehr oder *weniger flächendeckend große Teile des* Spessarts erfaßt. Dies war jedoch kein Hemmnis für die natürliche Siedlungsentwicklung, weil die Bestimmungen der Landschaftsschutzverordnung durch den Erlaß eines Bauleitplanes durchbrochen werden konnten. Mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes im Jahre 1977 entfiel diese Möglichkeit. Um eine organische Weiterentwicklung der Gemeinden im Spessart zu ermöglichen, war es deshalb sachgerecht, die ohnehin zu erlassenden Naturparkverordnungen im Spessart alsbald zu schaffen. Wie in jeder Naturparkverordung ist auch in der für den „Naturpark Spessart" mehr als die Hälfte der Naturparkfläche als Schutzzone mit der Qualität eines Landschaftsschutzgebietes ausgewiesen.

Der Schreiber des Leserbriefs scheint ferner die „regionalen Grünzüge" mit sog. Trenngrün zu verwechseln. Im Gegensatz zu diesen sind regionale Grünzüge nicht dazu bestimmt, ein Zusammenwachsen von Siedlungseinheiten zu vermeiden. Sie sollen vielmehr ein zusammenhängendes Grünsystem erhalten und damit Grünbereich und Freiräume sichern. Dieser Zweckbestimmung widerspricht es deshalb nicht, wenn ein Teil der Grünzüge entlang einer Straße oder Schnellstraße liegt.

Bevor von „hohlen Phrasen der Übeltäter" und anderen verbalen Kraftakten die Rede ist, sollte doch zur Kenntnis genommen werden, daß mehr als ein Fünftel der Gesamtfläche Bayerns unter besonderem Schutz steht. Zwei Nationalparke, 245 Naturschutzgebiete, weit über 800 Landschaftsschutzgebiete, 19 Naturparke und mehrere tausend Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile zeigen, welch hohen Stellenwert Bayern dem Natur- und Landschaftsschutz einräumt. Dieses bundesweit vorzeigbare Ergebnis war gerade deshalb möglich, weil der zuständige Minister „hierzulande bezeichnenderweise Minister für Landesentwicklung und Umwelt heißt". Denn nur wer bereits bei der Entwicklung des Landes den Schutz seiner natürlichen Lebensgrundlagen berücksichtigt, wird dem heute zu Recht soviel apostrophierten Ziel eines vorbeugenden Umweltschutzes gerecht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Werner Schnappauf,
Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen

Wort des Tages

„Der wahre Reichtum besteht nicht im Besitz unermeßlicher Schätze, sondern in der Anspruchslosigkeit. Niemand ist so arm wie der Geizige."

Giovanni Rossi, ital. Kunsthistoriker (1822–1894)

Schulversuch

„Leserbrief: Erziehungsrecht und Reform"; WELT vom 31. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

der o. a. Leserbrief, der die Orientierungsstufe angreift, braucht einen Zusatz, der für Hamburg notwendig ist.

In Hamburg ist die Orientierungsstufe ein Schulversuch, der deshalb besteht, weil die betroffenen Schulen es freiwillig wollten und Eltern ihre Kinder ebenso freiwillig dorthin schicken und dafür teilweise sogar lange Schulwege für ihre Kinder in Kauf nehmen.

Mit Ausnahme der Heinrich-Hertz-Schule haben sich die Hamburger Schulversuche dem Modell der Orientierungsstufe Langenhorn angeschlossen. Es gibt dort keine Gruppen, die nach Leistungen der Schüler zusammengesetzt sind, und daher sind die im Brief geschilderten Nachteile *in den Hamburger Orientierungsstufen* kein Thema. Alle Schüler haben während der ganzen Zeit in Klassen 5 und 6 die Möglichkeit, sich gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten zu erproben, um nach Klasse 6 in die für sie „richtige" Schulform überzugehen. Dabei entspricht das Elternmitspracherecht demjenigen der übrigen Schulformen.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß endlich auch einmal vom Recht des Kindes die Rede sein sollte. Und dazu gehört unbedingt, daß es sich in seiner Schule glücklich oder zumindest wohl fühlt. Mit seinen Lehrern kann man an jeder Schulform Glück oder Pech haben, aber daß ein Kind durch übertriebenen Ehrgeiz der Eltern in der falschen Schulform sitzt und dort wegen der Überforderung nicht glücklich sein kann, ist ein Bruch des Kindesrechts. Um das zu verhindern, kann die Orientierungsstufe mithelfen, indem die Vorentscheidung über die Schullaufbahn nicht schom am Ende der 4. Klasse, sondern erst am Ende der 6. Klasse getroffen wird, wenn alle Beteiligten mehr über das Kind wissen.

Mit freundlichen Grüßen
Peter-Volker Dorn
(Leiter der Orientierungsstufe Langenhorn, Hamburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNGEN

Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird am kommenden Freitag mit der höchsten Auszeichnung des Großherzogtums Luxemburg, dem Großkreuz des Ordens der Eichenlaubkrone, dekoriert, wenn er sich auf Einladung von Ministerpräsident **Pierre Werner** zu politischen Gesprächen in Luxemburg aufhält.

*

Hans A. Lücker, Mitglied des Europäischen Parlaments, hat aus der Hand des Vertreters Venezuelas bei den Europäischen Gemeinschaften, Botschafter **Fernandez**, den Orden „El Liberator" bekommen. Der höchste Orden Venezuelas trägt seinen Namen nach **Simon Bolivar**. Lücker, der zuvor schon von Mexiko und Kolumbien ausgezeichnet worden ist, hat Anfang der siebziger Jahre die Interparlamentarische Konferenz Europäische Gemeinschaften – Lateinamerika mitbegründet und als ihr Co-Präsident zu einem wirksamen Instrument der Zusammenarbeit entwickelt.

*

Der Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Marburg hat die Ehrendoktorwürde an den Tübinger Juristen Prof. Dr. **Karl Peters** (80) und an den Lemberger Pädagogen Dr. **Fedor Naumenko** verliehen. Der bereits mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Prof. Peters erhält diese Ehrung für seine Mitwirkung bei der Gestaltung des modernen Jugendstrafrechts und der Kriminalpädagogik. Dr. Naumenko, der erste sowjetische Ehrendoktor einer hessischen Universität, wurde für seine Verdienste um die Makarenko-Forschung (Erziehung durch das Kollektiv) geehrt.

WAHLEN

Die 140 Vertreter der 12 700 bayerischen Kassenärzte haben am Wochenende mit überwältigender Mehrheit erneut Prof. Dr. **Hans Joachim Sewering** (Dachau) zu ihrem Ersten Vorsitzenden gewählt. Dr. Sewering ist seit 1955 auch Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, seit zwölf Jahren Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung und seit 32 Jahren in deren Vorstand. Zu seinem Stellvertreter wurde erstmals Dr. **Klaus Dehler** (Nürnberg) gewählt, als Vorsitzender der Vertreterversammlung Dr. **Fritz Seuss** (Gröbenzell) bestätigt.

---

†

Ursula (Uschi) Sermarini
geb. Schulen-Gossels-Romatzki

ist am 22. Dezember 1983 verstorben.

Im Namen aller Angehörigen
Mario Lorenzo Sermarini

Rothenbaumchaussee 60, 2000 Hamburg 13

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

Die Hamburger Turnerschaft von 1816 trauert um ihren Ehrenvorsitzenden

Hans Reip
* 29. 3. 1906 † 11. 1. 1984

Wir nehmen Abschied in Dank und Stolz, daß er einer von uns war.

Hamburger Turnerschaft von 1816
Dr. Hans-Georg Ilker
1. Vorsitzender

Trauerfeier am Freitag, dem 20. Januar 1984, um 16 Uhr in der St.-Johannis-Kirche in Eppendorf, Ludolfstraße.

Ruth Schreckenbach
geb. Cohn
* 9. August 1912 † 11. Januar 1984

Wir haben Abschied genommen von unserer lieben Mutter, Momo und Schwester.

Barbara Krumwiede geb. Schreckenbach
Dr. Thomas Schreckenbach
Klaus Krumwiede
Renate Schreckenbach geb. Zahler
Leslie, David, Franziska und Florian
Vera Elkan geb. Cohn
Gerda Munksholm geb. Cohn

2080 Pinneberg, Rethwiese 11
8000 München 70, Guardinistraße 24

Trauerfeier am Freitag, dem 20. Januar 1984, um 13.30 Uhr in der Kapelle des Groß Flottbeker Friedhofes, Stiller Weg.

Durch einen gnädigen Tod wurde mein geliebter Mann, unser lieber Vater, Großvater, Bruder und Onkel plötzlich und unerwartet von uns genommen.

Lothar Sagner
Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
* 12. 2. 1916 † 12. 1. 1984

In tiefer Trauer
Marlis Sagner geb. Meenenga
und Kinder

Bremerhaven, Bismarckstraße 37a

Die Beerdigung findet im engsten Familienkreis statt.
Bestattungsinstitut Koop, Bremerhaven, Grashoffstraße 8

Familienanzeigen und Nachrufe
können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30.
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Zivilschutzanzüge
Schutz gegen radioaktiven Fall-out und chemische Verseuchung. Preis in sämtl. Gr. DM 180/Stück. Auf Wunsch senden wir Prospektmat. m. Gutachten. Zuschr. u. R 3238 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
– Präsidium –
Alfredstraße 73
4300 Essen 1



Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe"



„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen."

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

111 Spendenkonto
Postscheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

Erbschaftsteilung Ausschneiden!
Wissen Sie, daß beim Todesfall kein steuerliches Bankgeheimnis besteht? Wie wird ein Erb-Voraus berücksichtigt? Was erhalten Sie für die Krankenpflege des Verstorbenen? Und ...? 28 Kapitel m. vielen Beisp., verständl. f. d. Laien, zeigen das Bescheid wissen – Vorteil nutzen! 2. Aufl., 140 Seiten, DM 29,–, Rückgaberecht.
Fachverlag Friedmann · 7967 Bad Waldsee 23

Der Uhu braucht unsere Hilfe
Einst Kopfgeldprämien, jetzt Überlebenstraining
Rettung für den König der Nacht
Auch er will leben –
Sie wollen wissen warum?
Sie wollen wissen wie?
Dann fordern Sie bei der Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus, Hertzweg 13, 5650 Solingen, die Info-Mappe an (3,50 DM in Briefmarken beilegen).
Die Veröffentlichung dieser Anzeige wurde durch die Spende des Verlages ermöglicht.

Papst: Großmächte sollen sofort wieder verhandeln

Neujahrsempfang / Heimat für Palästinenser „wünschenswert"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Wenige Tage vor Beginn der Abrüstungskonferenz in Stockholm hat Papst Johannes Paul II. die Großmächte zur sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Reduzierung der Atomwaffen aufgefordert. „Kein Tag darf verloren werden", sagte der Papst während des Neujahrsempfangs für das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps.

„Die Spannungen zwischen Ost und West sind real, voller Bedrohung", sagte der Papst. Der Heilige Stuhl weise darauf hin, „nicht um die Angst zu erhöhen, sondern um besser den Frieden zu garantieren". Wer sich solchen Verhandlungen entziehen sollte, „würde eine große Verantwortung vor der Menschheit und der Geschichte auf sich laden".

Vor den diplomatischen Vertretungen von 108 Ländern – darunter zum ersten Mal seit 1867 vor einem amerikanischen Botschafter – betonte der Papst das Recht jedes Volkes auf Souveränität und Unabhängigkeit. Er erwähnte dabei namentlich sowohl Namibia und das „palästinensische Volk", für das eine Heimat „wünschenswert" sei, da dies als eine „Bedingung für Frieden und Gerechtigkeit" in Nahost erscheine. Gleichzeitig müsse es aber Sicherheitsgarantien für alle anderen Völker – auch für Israel – geben.

Johannes Paul II. wandte sich gegen neue Formen der Abhängigkeit, denen einige Völker unterworfen seien. Souveränität müsse die Freiheit einschließen, „ohne fremde Einmischung das eigene politische Regime und diejenigen auszuwählen, die aufgerufen sind, die Staatsautorität so auszuüben, daß das Schicksal der Nation in die der nationalen Natur gemäßen Richtung gelenkt wird". Fast identische Worte hatte der Papst in der Vergangenheit mehrmals unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Polen verwendet.

In seiner Rede befürwortete Karol Wojtyla indirekt auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan: Er hoffe auf einen Botschafteraustausch „vor allem mit solchen Ländern, die als katholisch anzusehen sind".

Ein versöhnliches Signal

● Fortsetzung von Seite 1

stungsverhandlungstisch in Genf und Wien (MBFR) zurückkehren, gibt der Präsident keine Gedanken preis, was der Westen tun könne, um konkret eine Rückkehr Moskaus zu erleichtern. Reagan bekräftigt aber noch einmal die „Flexibilität" des Westens – eine Haltung, die nach seiner privaten Auffassung ausreicht, letzten Endes Erfolg zu erzielen.

3. Das Verhältnis zu Moskau müsse auf bessere „Arbeitsbeziehungen" gestellt werden, die sich durch mehr „Kooperation und gegenseitiges Verständnis" auszeichneten. Als Grundlage bedürfe es „gegenseitiger Maßhaltung und Achtung".

In diesem Zusammenhang enthält die Rede Ausführungen zu einem aktuellen Streitpunkt zwischen den beiden Supermächten: Der Frage sowjetischer Einhaltung von internationalen Verträgen. Am vergangenen Wochenende hatte die Reagan-Administration dem Kongreß einen 55 Seiten langen vertraulichen Bericht zugeleitet, der detailliert nachgewiesene oder annähernd nachweisbare Moskauer Verstöße gegen bestehende Rüstungskontrollverträge wie die ABM- und SALT-I-Verträge von 1972 sowie den SALT-II-Vertrag von 1979 aufzählt.

Das Weiße Haus ließ erkennen, daß es bewußt beide Themen – die Reagan-Rede und den Bericht an den Kongreß – zugleich ansprechen wolle. „Hätten wir den Report über sowjetische Vertragsverstöße drei Wochen später herausgebracht", so argumentierte ein Berater, dann hätte alle Welt gesagt, das sei jetzt das letzte Wort der Reagan-Regierung zum Thema Ost-West, die versöhnliche Reagan-Rede könne man also vergessen. Das Gegenteil aber ist der Fall. Das Ziel des Präsidenten ist erst recht, gerade wegen der Materie der Vertragsverstöße, den Dialog zu erweitern und zu vertiefen, in dem Bedürfnis, Spannungen zu mindern und zukünftige Probleme zu vermeiden."

„Neben den Subventionen müssen jetzt die Steuervorteile auf den Prüfstand"

WELT-Interview mit Blüm / „35-Stunden-Woche ist wie Rauhreif auf die Frühjahrsblüte unserer Konjunktur"

DW. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat in einem WELT-Interview eine drastische Veränderung im derzeitigen Subventionswesen verlangt. Eine weitere Forderung Blüms: Steuervorteile müssen auf den Prüfstand. Mit dem Bundesarbeitsminister sprach Manfred Schell.

WELT: Für den Konsolidierungskurs der Bundesregierung stehen die Namen Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm. Fühlen Sie sich wohl in der Rolle des Sparkommissars?

Blüm: Ich bin kein Sparkommissar. Wir sparen nicht aus Lust am Sparen, sondern wegen der Notwendigkeit, unser Sozialsystem zu sichern und Steuer- und Beitragszahler zu entlasten. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müssen zusammengehalten werden. Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kassen leer und die Wirtschaft *ruiniert* wären.

WELT: Sind die Grenzen für Sparmaßnahmen im Sozialbereich erreicht?

Blüm: Die Sozialpolitik hat ihre Haushaltsaufgaben erledigt. Was zu tun bleibt, ist die Stabilisierung der Sozialversicherung. Die Sozialpolitik hat noch nicht Feierabend.

WELT: Es gibt Spekulationen, Sie würden CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen?

Blüm: Bernhard Worms wird der neue Ministerpräsident, und ich bleibe der alte Arbeitsminister. Ich bin kein Fahnenflüchtiger, sondern ich erfülle meine Aufgabe in Bonn.

WELT: Gehört der Subventionsabbau zu Ihrem Forderungskatalog?

Blüm: Die Subventionen sind Tempel heiliger Kühe unseres Finanzsystems. Jetzt muß das Schlachtfest der Subventionen beginnen. Subventionen sollen, wenn sie gegeben werden müssen, zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet sein. Es gibt zu viele, die sich an die Subventionen gewöhnt haben wie die Alkoholiker an den Schluck aus der Pulle. Deshalb muß in die Subventionsgewährung gleichzeitig der Entziehungsmechanismus eingebaut werden.

WELT: Von Subventionen hängen Arbeitsplätze ab ...

Blüm: Wer Dauerarbeitsplätze mit Subventionen schaffen will, schafft ein Faß ohne Boden. Die Produkte müssen schließlich auch gekauft werden. Wenn sie nur mit Subventionen preiswert werden, sind diese Produkte weniger wert, als die Verbraucher für sie bereit zu zahlen wären. Natürlich bin ich für Übergangshilfen bei den Werften und beim Stahl. Man kann die Arbeitnehmer nicht ins Nichts fallen lassen. Aber prinzipiell gilt: Die Nachfrage darf auf Dauer nicht durch Subventionen korrigiert werden. Die deutschen Stahlarbeiter leiden im übrigen nicht unter zuwenig Subventionen in der Bundesrepublik, sondern unter zuviel Subventionen bei unseren europäischen Konkurrenten. Die Kohle ist eine Ausnahme, weil sie uns ein Stück energiepolitische Unabhängigkeit garantiert. Man kann leicht eine Zeche an einem Tag absaufen lassen. Aber wenn uns die Ölscheichs den Energiehahn zudrehen, kann man sie nicht über Nacht wieder teufen.

Eine vernünftige Steuerpolitik ersetzt eine ausufernde Subventionspolitik. Eine verrückte Steuerpolitik schafft die Anlässe und Vorwände für Staatsgeschenke. Neben den Subventionen müssen deshalb die Steuervorteile auf den Prüfstand. Die Arbeitnehmer sind die treuesten und ehrlichsten Steuerzahler. Sie können gar nicht anders. Andere dagegen brüsten sich damit, daß sie ihre Steuerschulden mit Tricks heruntermanipulieren können. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden.

WELT: Wie sehen Ihre Zielsetzungen für diese Legislaturperiode aus, zum Beispiel bei der Krankenhausreform?

Blüm: Die Krankenhausfinanzierung steckt voller Verrücktheiten. Das Krankenhaus, welches Geld spart, bekommt weniger Geld von den Krankenkassen. Der Pflegesatz wird nämlich nach dem Selbstkostendeckungsprinzip abgerechnet. Die Krankenhäuser dürfen nicht für ihre Investitionen zurücklegen. Aber wer spart schon gerne, wenn er nichts zurücklegen darf, wer spart schon gerne für andere? Nicht geklärt ist auch die Grenze zwischen Pflege und Krankheit. Wenn ein Arzt einen älteren Mitbürger ins Krankenhaus einweist, dann wird dieser Pflegefall von der Krankenversicherung bezahlt. Wenn derselbe ältere Mitbürger dagegen im Pflegeheim landet, zahlt er selbst, die Verwandtschaft oder die Sozialhilfe. Die Frage ist auch, ob wir noch immer zu viele Krankenhausbetten haben. Die Erfahrung lehrt, wo ein Bett ist, liegt auch einer drin. Und im Krankenhaus liegen zu viele und zu lange. Je länger, um so billiger wird der Patient für das Krankenhaus. Das Krankenhaus steht in der Versuchung, länger als zur Gesundung notwendig, die Verweildauer des Patienten auszudehnen. Wir wollen Gesundung und Wirtschaftlichkeit wieder näher zusammenbringen.

WELT: Sie wollen *auch im* Medikamentenbereich die Kosten senken?

Blüm: Ja. Der Konsum von Tabletten, Tröpfchen, Pülverchen und Pillen erreicht mancherorts die Funk*tion einer pseudo-religiösen* Tröstung. Gesundheit aber hat auch etwas mit eigenem Willen und Anstrengung zu tun. Ältere Patienten werden zunehmend mit Medikamenten abge*speist. Zuwendung* wäre besser. Und für den Pharma-Markt ist das Wort Markt eher Beschönigung als eine Beschreibung.

WELT: Also Kritik an Ärzten?

Blüm: *Die Ärzte haben den Schlüssel* zur Krankenkasse in der Hand. Zu meinem Verständnis von „ärztlichem Kundendienst" gehört auch, daß der Arzt dem Patienten nicht jeden Wunsch erfüllen *darf. Zu* ärztlichem Ethos gehört eine volkserzieherische Aufgabe.

WELT: Kommt die Reform der Lohn- und Einkommensteuer noch in dieser Legislaturperiode?

Blüm: Die Arbeitnehmer und die Familien sind die Lastesel unseres Sozialsystems. Deshalb stehen Familienlastenausgleich und Lohnsteuerreform an der Spitze unserer Entlastungsaufgaben. Wer Kinder hat, soll weniger Steuern bezahlen. Je mehr Kinder um so weniger Steuern. An der Lohnsteuerreform und dem Familienlastenausgleich kann sich niemand vorbeimogeln oder sich vordrängen. Beides muß noch in dieser Legislaturperiode neu geregelt werden.

WELT: Über die 35-Stunden-Woche steht eine Kraftprobe mit den Gewerkschaften bevor. Der Bundeskanzler hat die Forderung abgelehnt. *Wollte* er damit deutlich machen, daß er keinesfalls als politischer *Schlichter* zur *Verfügung* steht?

Blüm: Der Kanzler hat seine Meinung gesagt, das ist sein gutes Recht. Die Gewerkschaften sind gegen einen Tabu-Katalog. Wir auch. Auch die Tarifpolitik ist kein Tabu. Entscheiden allerdings müssen die Tarifpartner autonom. Wir wollen keine Staatswirtschaft. Nur in der Marktwirtschaft gibt es Tarifautonomie. Aber so wie Gewerkschaften Parlamentsbeschlüsse kritisieren, ohne damit die Parlamentssouveränität zu gefährden, sowenig gefährdet die Kritik an Absichten der Gewerkschaften die Tarifautonomie. Die 35-Stunden-Woche in dieser Zeit auf einen Schlag in allen Betrieben ist wie Rauhreif auf die Frühjahrsblüte unserer Konjunktur. Was den Tarifkonflikt angeht, so denke ich, es wird nichts so heiß gegessen wie gekocht. In den Gewerkschaften gibt es viele, viele vernünftige Leute. Ich weiß, daß es auch ein paar Zeitgenossen gibt, die das Thema 35-Stunden-Woche zur großen gesellschaftspolitischen Machtprobe machen wollen. Ich bin sicher, daß die Arbeitnehmer dies durchschauen und den alten Klassenkämpfern und ihren ideologischen Enkeln sagen, daß sie sich nicht als Zange für marxistische Kneifübungen mißbrauchen lassen.

WELT: Welche Forderungen erheben Sie gegenüber den Unternehmern?

Blüm: Sie sollen mehr Mut und Phantasie zeigen und nicht wegen jedem wirtschaftlichen Wehwehchen nach Vater Staat rufen und die Politik anklagen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wurde von Unternehmern und Gewerkschaftern aufgebaut, die nicht lange gefackelt haben und die nicht in der Theorie steckengeblieben sind. Hans Böckler, der erste DGB-Vorsitzende, hat nicht bei *Karl Marx* nachgelesen, was er machen sollte, und Ludwig Erhard hatte keine grünen Anwandlungen. Die Unternehmer müssen nach neuen Produkten suchen. Die Zukunft der Industriegesellschaft liegt nicht in alten Klamotten. Ein Teil der technologischen Entwicklung ist an uns vorbeigegangen, weil Unternehmer auf einem sehr hohen Roß geritten sind, vielleicht war es auch nur ein Schaukelpferd.

Kanzler sprach von einer neuen Lage

■ Fortsetzung von Seite 1

Auch Kießlings Fahrer, der in den Verdacht ungewöhnlicher Beziehungen zu dem General geraten war, Oberfeldwebel Letat, erklärte in seinem australischen Urlaubsort Brisbane, in einem NDR-Gespräch, der General sei nicht homosexuell. Der Soldat soll vier Jahre für Kießling tätig gewesen sein. Er erklärte am Telefon zu der angeblichen Neigung des Generals, „so etwas" könne man *nicht* so lange verbergen. Kießling habe auch keine zweifelhaften Lokale aufgesucht.

Trotz dieser Aussagen wurde von Kreisen der Sicherheitsbehörden *darauf* verwiesen, daß in dieser Affäre Fälschungen und aktive Bestechung nicht ausgeschlossen werden könnten. Es gebe sogar, hieß es weiter, neue Hinweise darüber, daß der General bereits in seiner Zeit als Divisionskommandeur in Sigmaringen homosexuelle Beziehungen unterhalten habe. Auf entsprechende Nachfragen der WELT weigerten sich die Informanten unter Hinweis auf laufende Ermittlungen, die Vorwürfe gegen Kießling zu konkretisieren.

Auch die Kölner Polizei war wegen des gefundenen „Doppelgängers" sehr zurückhaltend. Sie bestätigte lediglich, daß es ihr gelungen sei, in den Abendstunden des vergangenen Samstags eine Person ausfindig zu machen, die in Lokalen der „Homo-Szene" verkehrt habe und Ähnlichkeit mit Kießling aufweise. Diese Person sei „früher Wachmann bei der Bundeswehr" gewesen. Dieser Mann sei ein unbescholtener Bürger, dem nach gegenwärtigem Kenntnisstand „keinerlei strafrechtlicher Vorwurf" zu machen sei. Über die Identität des Mannes schwieg sich die Polizei aus.

Die CSU ließ es nach den Worten ihres *Landesgruppenchefs* Theo Waigel offen, ob sie im Falle eines Rücktritts von Wörner für Strauß das Amt des Verteidigungsministers beanspruchen würde. In den Unionsreihen *umlaufende* Spekulationen über theoretisch denkbare Nachfolger für Wörner besagen folgendes: Dann könnte Innenminister Zimmermann auf die Hardthöhe wechseln. Als In*nenminister* käme der *Frankfurter* Oberbürgermeister Wallmann nach Bonn. Als andere Möglichkeit gilt, Fraktionsführer Dregger übernäme Wörners Posten. An die Spitze der Fraktion würde der jetzige Fraktionsgeschäftsführer Schäuble aufrücken.

Themen der WELT

in der Woche vom 16.–21. Januar 1984

Erziehungsziele heute

Welches Wissen, welche Haltungen, welche Überzeugungen muß der Nachwuchs zur Selbsterhaltung und zum Fortbestand der Gemeinschaft erwerben? Antworten gibt Wolfgang Brezinka, Ordinarius für Erziehungswissenschaft in Konstanz.

Rückkehr zum islamischen Recht?

Im Islam lassen sich Begriffe wie Menschenrechte und parlamentarische Demokratie kaum vereinbaren. Wie sieht dieses Rechtssystem aus, was sieht es für die Muslims und Andersgläubigen vor?

Aufrüstung im Baltikum

Eine Dokumentation des „Baltischen Weltrates" über die militärischen Machtkonzentrationen der Sowjetunion in Estland, Lettland, Litauen und Teilen von Ostpreußen.

Forschung und Entwicklung

Motorkonstrukteure verbinden jetzt Diesel- und Dampfmaschinen zu Verbundmotoren.

Fußballklubs als Aktiengesellschaften

Die Bundesliga kämpft gegen Millionen-Schulden. Ein Weg, sie abzubauen, sollen Vereins-AGs sein.

Kreuzfahrt mit dem Vaporetto

Nur 18 von den 41 Laguneninseln um Venedig sind heute noch bewohnt. Alle Pläne für neue Besiedlungen scheinen zu scheitern, ein Stück Kulturgeschichte droht zu versinken. Monika von Zitzewitz gibt einen Situationsbericht.

Wer Was Wo

» Ein Wegweiser für WELT-Leser «

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 61, und 136 Plantain Road, Shailer Park Qld. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 50, Hanse-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 06 02

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 08

ELEKTRON. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 50, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440

EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 226, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel. 0 68 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20,–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogium, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 18–9
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen x Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5064 Hoffnungsthal, TÜ + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 52 25, Tel. 0 22 05 / 8 40 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!

LEASING
808 Dachau, Münchner Str., AMSR Leasing-Factoring- u. Kreditvermittlg.
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 46–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40

LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRÄF-Handelsvertretung, Körnzgenstr., 2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 26 27

MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 69, Tel. 0 71 34 - 60 31

ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

Informationen über den Wegweiser für WELT-Leser „WER–WAS–WO" erhalten Sie durch DIE WELT Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36, Telefon 0 40 / 3 47 44 40 und 0 40 / 3 47 41 28.

erscheint wöchentlich

Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen.

PAPST PAUL VI.



VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V.
35 KASSEL WERNER-HILPERT-STRASSE 2 POSTSCHECKKONTO HANNOVER 1033 60-01

Sie erhalten die WELT überall im Zeitungshandel. Oder Sie abonnieren die WELT. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung. Probelieferung kostenlos.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Telefon: (040) 347 47 17

Montag, 16. Januar 1984
Nr. 13

WELT DER WIRTSCHAFT

Teure Reparatur?

Wb. – Arbeitslose Akademiker sind eines der zahlreichen (unnötigen) Negativ-Ergebnisse einer verfehlten Bildungspolitik. Wenn auch viele von ihnen durch eine irrationale, wenig marktorientierte Wahl des Studiengangs durchaus zu ihrer jetzigen Misere beigetragen haben: Es gilt, das Problem anzupacken, mit vereinten Kräften sozusagen. Im Main-Taunus-Kreis im Nordwesten Frankfurts wurde dieser Gedanke ganz wörtlich genommen.

Die Kreisverwaltung mit ihrer Volkshochschule, die Arbeitsverwaltung, die Industrie- und Handelskammer und nicht zuletzt etliche Unternehmen haben sich zusammengetan, um Lösungsansätze zu finden. Das Ziel: Die Umschulung von Akademikern auf ein Berufsprofil, das den Markterfordernissen nachhaltig entspricht. Daß die Überlegungen, nicht nur wegen der maßgeblichen Beteiligung des Computerunternehmens Sperry, in Richtung Datenverarbeitung gingen, versteht sich fast von selbst.

Denn hier gibt es Bedarf an qualifizierten Kräften, hier bestehen Zukunftschancen. Einziges Dilemma: Anerkannte Berufsbilder, die dem Bedarf der Praxis entsprechen, gibt es noch nicht. Den Kompromiß, den das Wirtschafts- und Behördenteam schließlich erarbeitete, testen derzeit 21 arbeitslose Lehrer. In zwei Jahren werden sie zu „Wirtschaftsinformatikern" ausgebildet.

Die Kosten erschrecken auf den ersten Blick: 650 000 Mark, also rund 30 000 Mark pro Kopf. Doch die wird man wohl oder übel unter „Reparaturkosten fürs Bildungssystem" verbuchen müssen. Und die Arbeitsverwaltung, die dafür zur Kasse gebeten wird, kann es vorrechnen: Die Arbeitslosen kämen teurer.

Zukunftsmusik

Mk. – Die Bundesbahn soll schneller fahren. Verkehrsminister Werner Dollinger hat jetzt seinen Wunsch präzisiert. Danach soll der Zug mit 250 Stundenkilometern im nächsten Jahr bereits erprobt, zwei Jahre später sollen die Serienaufträge an die Industrie fließen, was sicherlich der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit dieses Industriezweiges dienen wird. Pate bei diesen Plänen haben auch die Erfahrungen in Frankreich und in Japan gestanden, wo die Schnellbahnsysteme zum Teil sogar wirtschaftlich betrieben werden. Aber läßt sich dies einfach auf die Bundesrepublik übertragen? Eine Versuchsstrecke gibt es, aber noch kein Netz, auf dem diese Züge eingesetzt werden können. An den Neubaustrecken, wo die Geschwindigkeiten möglich wären, wird gearbeitet. Die Bahn baut auch Gleiskörper so aus, daß hier zumindest ein Tempo 200 erreicht werden könnte. Aber all dieses ist noch nicht fertig. Letztlich entscheidet nicht der Verkehrs-, sondern der Finanzminister mit seinen Hilfen für die Bahn darüber, wann dies der Fall sein wird. Viel Zukunftsmusik also.

VEREINIGTE STAATEN / Haushaltsdefizit bedroht Entwicklung des Welthandels

OECD: Die Dollar-Hausse wird bald auch für die USA unerträglich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Dem stark überbewerteten Dollar wird eines Tages die Stunde der Wahrheit schlagen. Auch wenn sich Washington heute noch wenig um die nachteiligen Auswirkungen der Dollar-Hausse auf andere Länder kümmert, so kann die dadurch herbeigeführte progressive Verschlechterung der amerikanischen Leistungsbilanz auf die Dauer von den Amerikanern selbst nicht akzeptiert werden. Dies ist die wichtigste Aussage des OECD-Berichts zur amerikanischen Wirtschaftslage.

Für die Dollar-Hausse verantwortlich macht das OECD-Sekretariat das gewaltige und immer weiter zunehmende amerikanische Haushaltsdefizit und die zu seiner Finanzierung aufgenommenen Kredite, welche die Zinsen in die Höhe treiben und damit immer neues Auslandskapital anlokken. Der teure Dollar verschlechtert so die internationale Wettbewerbsfähigkeit und belastet die Leistungsbilanz in einer „unerträglichen Weise", heißt es in dem Bericht.

Bereits im letzten Jahr schrumpfte der Warenexport der USA auf 198 (211) Milliarden Dollar, während sich der Import auf 261 (248) Milliarden Dollar erhöhte. Für 1984 veranschlagt ihn die OECD auf 305 Milliarden Dollar, wobei sie einen unveränderten Dollar-Kurs unterstellt. Damit aber entstehe die Gefahr, daß die protektionistischen Tendenzen in den USA zunehmen – eine Perspektive, die in dem OECD-Bericht scharf verurteilt wird.

Die OECD-Experten geben allerdings zu, daß sie sich in ihrem letzten US-Bericht von vor einem Jahr in der Einschätzung der amerikanischen Wirtschaftslage schwer geirrt hatten. Deshalb weisen sie jetzt vorsichtshalber darauf hin, daß der amerikanische Export durchaus von der Konjunkturbelebung in den anderen Mitgliedsstaaten profitieren könne. Das Risiko weiterer Wettbewerbsverluste bliebe aber dennoch reell.

Nachdem die am Bruttosozialprodukt gemessene Expansionsrate der USA im ersten Halbjahr 1983 erst 2,5 Prozent erreicht hatte, schnellte sie in den folgenden sechs Monaten auf acht bis zehn Prozent, was für das Gesamtjahr 3,5 Prozent ergab, nach einem Minus von 1,9 Prozent 1982. Diese Entwicklung führen die OECD-Experten vor allem auf die stark reduzierte Inflationsrate (3,2 Prozent im ersten Halbjahr 1983 gegenüber 5,8 Prozent 1982) zurück sowie auf die expansive Haushaltspolitik und auf eine gewisse Lockerung der Geldpolitik.

Für dieses Jahr werden den USA eine Expansion von fünf Prozent und eine Inflation von 5,25 Prozent in Aussicht gestellt – dies allerdings bei nachlassendem Wachstum auf 4,5 Prozent im ersten und 3,5 Prozent im zweiten Halbjahr. Für das erste Halbjahr 1985 könnte sich die Expansionsrate auf drei Prozent abschwächen und damit nur noch leicht über dem OECD-Durchschnitt (2,5 Prozent) liegen, heißt es in dem Bericht. Angesichts der starken Rezession und Inflation der letzten Jahre wäre dies allerdings immer noch ein sehr günstiges Ergebnis.

Ob die Vereinigten Staaten in der Folgezeit zu einem dauerhaften und ausgeglichenen Wirtschaftswachstum zurückfinden, wie es für die Stabilisierung ihrer Arbeitslosigkeit, aber auch zur Unterstützung der Weltkonjunktur erforderlich wäre, wird von den OECD-Experten bezweifelt. Dafür lägen die derzeitigen *Haushaltsdefizit- und Zinsprognosen* viel zu hoch. Deshalb empfiehlt der Bericht den amerikanischen Behörden vor allem in diesen beiden Bereichen die Probleme zu lösen. Was speziell den Haushalt betrifft, so ist für dieses Jahr aber kaum noch etwas zu erreichen. Mittelfristig müssen sowohl die Staatsausgaben gekürzt als auch die Staatseinnahmen erhöht werden.

In dem OECD-Bericht werden die USA ausdrücklich an ihre weltwirtschaftlichen Verantwortungen erinnert. Der hohe Dollar und die hohen US-Zinsen würden nicht nur die anderen westlichen Industriestaaten, sondern auch die Entwicklungsländer zu Anpassungen zwingen, die eine allgemeine Schrumpfung des Welthandels zur Folge haben könnten. Unter den negativen Konsequenzen einer solchen Entwicklung hätten schließlich auch die Vereinigten Staaten selbst zu leiden.

US-AKTIENMÄRKTE

Zins-Sorgen und Volckers kalte Dusche stiften Unruhe

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine kalte Dusche hat nicht nur Notenbankchef Paul Volcker den Börsianern verabfolgt, als er auf einem Seminar in Miami, Florida, erklärte, das Federal Reserve System werde seinen Kampf gegen die Teuerung fortsetzen und nichts unternehmen, wenn der enorme öffentliche Kreditbedarf zur Finanzierung des Haushaltsdefizits mit der wachsenden privaten Geldnachfrage zusammenstoße und die Zinsen erneut in die Höhe treibe. Enttäuschung löste auch die nun deutlichere Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in Amerika aus, das sich *in stark gebremster Industrieproduktion* und einer erheblich verringerten Zunahme der Endverkäufe ausdrückt.

Auf diese unerwarteten Signale – Volcker war stets eine geldpolitische „Akkommodation" zur Absicherung *des Konjunkturaufschwungs* unterstellt worden – reagierten die US-Aktienmärkte mit Abgaben auf breiter Front. Nach dem kräftigen Spurt zum Jahresbeginn sackte der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf um 16,54 (Freitag: minus 9,21) *auf 1270,10, der breiter gestreute* Nyse-Index um 1,05 (0,39) auf 96,66 Punkte. Am letzten Börsentag mußten IBM und General Motors Einbußen um 2,50 und einen Dollar hinnehmen. Broker empfehlen ihren Kunden, Wartestellung zu beziehen.

Obwohl nicht neu, sind *viele* Investoren durch diese Volckerschen Warnsätze aufgeschreckt worden: „Wegen der 200-Milliarden-Dollar-Defizite sind in den USA die Zinsen höher als sie sein müßten"; „eine Lockerung der Kreditschraube heizt die Inflation an", und „die Vereinigten Staaten hängen zu sehr von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland ab". Laut Volcker muß die Notenbank einen Geldkurs steuern, der „Wirtschaftswachstum bei hoher Preisstabilität erlaubt".

Was Volcker den Finanzmärkten zuruft, ist dies: Rechnet nicht mit dem „Fed", wenn die Zinsen sinken sollen. Das ist Sache der Fiskalpolitik. Volcker forderte in seiner Rede den Kongreß und die Exekutive denn *auch auf, das riesige Haushaltsdefizit* im Finanzjahr 1985, das am 1. Oktober beginnt, um 50 Milliarden Dollar zu reduzieren. Wenn nichts geschehe, lasse sich eine weitere Verschlechterung der US-Außenposition ebensowenig vermeiden wie ein Rückgang der Investitionen.

Im Dezember hat sich in den USA die Industrieproduktion nur noch um 0,5 Prozent erhöht. Es war das geringste Plus in elf Monaten. Seit Jahresfrist betrug die Zunahme 16,1 Prozent; 1983 verbesserte sich der Index um 6,5 Prozent. Entgegen den hohen Erwartungen wuchsen die Einzelhandelsumsätze im selben Monat nur noch um 0,1 (Gesamtjahr 1983: 9,1) Prozent. Positiv ist andererseits der mit 0,2 (0,6) Prozent geringe Anstieg der US-Herstellerpreise – in der *Hauptsache* aber *das Ergebnis* der 1983 um neun Prozent gesunkenen Energiepreise.

Warten auf Agrar-Reform

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

In der europäischen Agrarpolitik geht nichts mehr. Die jüngsten Preisvorschläge der Brüsseler Kommission unterstreichen dies nur allzu deutlich. Null, exakter 0,8 Prozent, mehr ist im europäischen Durchschnitt nicht mehr drin. Dahinter verbergen *sich erhebliche Preissenkungen* in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kommission mußte sich nach der Decke strecken. Die Absicht des Durchwurschtens ist unverkennbar. Anders läßt sich die Absicht doch wohl kaum *deuten, beispielsweise* die staatlichen Aufkaufpreise für Butter kräftig zu senken, während bei Magermilchpulver noch etwas draufgelegt werden soll, obwohl auch hier die Vorratskammern überquellen. Aber für Butter gibt es kaum noch freie Lagerkapazitäten in den Kühlhäusern. Bei Magermilchpulver ist das anders. Rein technisch können hier noch höhere Berge verkraftet werden, obwohl dieses für viele Experten besonders ökonomisch unsinnig ist. Denn hier wird ein Produkt, das früher direkt in den Futtertrog floß, nunmehr zunächst mit einem gewaltigen Energieaufwand pulverisiert und dann zu einem Bruchteil des staatlichen Aufkaufpreises wieder an die Landwirte veräußert, die Wasser zusetzen, um es verfüttern zu können.

Je höher das Magermilchpulver-Gebirge wird, desto größer wird der Druck, die Einfuhr von Getreidesubstituten zu beschränken. Die Kommission verlangt dafür ein Mandat vor allem für die Verhandlungen mit den USA. Dafür muß die Gemeinschaft adäquate Import-Zugeständnisse an anderer Stelle machen, der Anpassungsdruck würde verlagert.

Mehr noch: Selbst diese Preisvorschläge, die bei den Betroffenen natürlich auf Ablehnung gestoßen sind, was zum Ritual gehört, sind finanziell nur zu verkraften, wenn die Reform der EG-Agrarpolitik so durchgezogen wird, wie sie von der EG-Kommission konzipiert wurde. Ohne Abstriche – einschließlich der Kontingentierung für Milch und andere Überschußprodukte – *müßte die Entscheidung* bis zum 31. März fallen. Nur dann kommt die EG mit den rund 37 Milliarden Mark aus, die für die Verwaltung der Überschüsse vorgesehen sind. Geschieht nichts, dann steigen die Kosten um mindestens zehn Prozent.

Im vergangenen Jahr konnte sich die EG mit zwei Nachtragshaushalten über die Runde retten. Dies geht jetzt nicht mehr. Der Haushalt wurde so konzipiert, daß erstmals alle potentiellen Mittel verplant wurden. Mehr Geld kann es nur geben, wenn alle zehn nationalen Parlamente eine Aufstockung der Mehrwertsteuer-Abführung beschließen. Dieses ist für 1984 unrealistisch, auch wenn Rom im Vorgriff auf Beitragserhöhungen in späteren Jahren auf den Trick der Kreditaufnahme zu setzen scheint. Hoffentlich bleibt die Bundesregierung in den bevorstehenden Verhandlungen, die heute mit der französischen Regierung beginnen, *bei ihrer Haltung, über eine Aufstockung* der Mehrwertsteuerabführung erst dann im Zusammenhang mit dem Beitritt Portugals und Spaniens zu reden, wenn Einsparungen vor allem im Agrarbereich unter Dach und Fach sind.

Sicher, wenn *alte Standpunkte* lediglich wiederholt werden, dann kann ein ähnliches Desaster wie auf dem letzten europäischen Gipfel in Athen nicht ausgeschlossen werden. Zur strategischen Größe wird für Bonn der Grenzausgleich, dieses Vehikel, mit dem die Wirkung von Wechselkursveränderungen auf die Agrarpreise verhindert werden sollen.

Dabei liegt das Hauptproblem beim Abbau des bestehenden Währungsausgleichs von rund zehn Prozent, der nach den *Plänen der* EG-Kommission in zwei Stufen erfolgen soll und worauf sich andere Länder kapriziert haben, obwohl es in die Gemeinschaftskasse kaum Mittel hineinspielt. Aber dagegen sperrt sich nicht nur der Bauernverband, sondern auch *Landwirtschaftsminister* Ignaz Kiechle, weil sie Preissenkungen ihrer Klientel nicht zumuten wollen. In der Argumentation werden dabei Preise und Einkommen gleichgesetzt, obwohl die Erfahrungen der jüngsten Zeit doch zeigen, *daß Ernten, Produktivitätsfortschritte*, niedrigere Betriebsmittelpreise und Zinsen mindestens ebenso entscheidend sind.

Der deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes hat bereits einen Ausgleich ins Spiel gebracht, nämlich die Aufstockung der nationalen Beihilfen, ein Weg, der mit der Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar wäre. Eine weitere Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik und noch mehr Dirigismus – dies kann doch wohl nicht das Rezept sein. Angesichts der steigenden unverkäuflichen Überschüsse kann es keine Reform nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" geben.

AUF EIN WORT




„Die Überschuß-Situation am Weltmineralölmarkt wird bestehen *bleiben, so daß der* Ölverbraucher angesichts dieser Marktkonstellation und bei Ausschließung politischer Zuspitzungen im Nahen Osten vor Ölpreissprüngen auch im neuen Jahr bewahrt bleiben wird."

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG, Hamburg FOTO: FRANK DARCHINGER

Delors: Bestrafung für Kapitalabfluß?

dpa/VWD, Paris

Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors hat am Wochenende die Möglichkeit einer *„Bestrafung"* des *anhaltenden europäischen* Kapitalflusses zum Dollar hin erörtert. Europa könnte im Extremfall „dieses Exempel" statuieren, wenn die US-Regierung nicht auf den für die europäische Wirtschaft verhängnisvoll steigenden Dollar-Kurs reagiere, meinte der Minister bei einer Versammlung der europäischen Sozialisten in Paris. Nach seinen Angaben hat allein im vergangenen Jahr europäisches Kapital von umgerechnet 150 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten Zuflucht gesucht. Im Februar wollen die zuständigen Fachminister der fünf größten westlichen Industrieländer sich bei einem Spitzentreffen in Paris auch mit dieser Frage befassen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Mit Washington droht nun ein neuer Handelskonflikt

dpa, Brüssel

Zwischen den USA und der EG droht ein neuer Handelskonflikt auszubrechen. Nachdem Washington Edelstahleinfuhren aus Europa eingeschränkt hatte, konterte die EG am Freitag mit Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen für bestimmte *Waren aus den USA. Die Entscheidung* der EG fiel, nachdem Verhandlungen über ein Selbstbeschränkungsabkommen über Edelstähle ergebnislos verlaufen waren.

Die von der EG der Gatt in Genf vorgelegte *Liste* von US-Waren, deren *Einfuhren beschränkt werden* sollen, gilt jedoch als milde. Das Vorgehen der EG entspricht außerdem den Gatt-Bestimmungen über die Regelung des Welthandels und gibt beiden Partnern noch dreißig Tage Zeit, sich zu einigen.

Die Einschränkung der Edelstahl-Einfuhren, die Washington im Juli vergangenen Jahres beschloß, trifft die Europäer mitten in ihrer Stahlkrise. *Schon vor zwei Jahren hatten sie* mit den USA eine Art „Stahlpakt" mit Selbstbeschränkungen geschlossen. Damals waren aber die Edelstähle ausgenommen worden, weil die US-Industrie den Bedarf an Edelstählen nicht voll decken konnte.

Die von der EG dem Gatt vorgelegte Liste sieht für eine Reihe von chemischen Erzeugnissen eine Zollerhöhung von rund sechs Prozent vor. Der Wert dieser Einfuhren betrug jährlich etwa 127 Millionen Mark. Für andere Waren, vor allem Sportgeräte, *wird eine Import-Höchstgrenze festgelegt.* Der Wert dieser Einfuhren betrug jährlich etwa rund 173 Millionen Mark.

Das von der EG im Gatt in Anspruch genommene Recht auf „Kompensationen" für Import-Beschränkungen *eines Handelspartners ist* nach den Gatt-Regeln auf vier Jahre befristet.

IDA-HILFE

Geberstaaten einigten sich auf sehr kleinen Nenner

H.-A. SIEBERT, Washington

Um zu vermeiden, daß vom Sommer an für die ärmsten Entwicklungsländer überhaupt keine zinslosen Kredite zur Verfügung stehen, haben die Geberstaaten den Vorschlag der Reagan-Administration akzeptiert. Danach wird die Kasse der International Development Association (Ida) in der 7. Wiederauffüllungsperiode, die am 30. Juni 1987 endet, mit insgesamt neun Milliarden Dollar (25,3 Milliarden Mark) ausgestattet. Verteilen kann die Weltbanktochter damit nur drei Milliarden Dollar jährlich, verglichen mit 3,5 Milliarden Dollar in Ida-6. Preisbereinigt schrumpfen die Zuwendungen sogar um ein Fünftel. Zusätzlich verknappt werden die Mittel noch durch die Ansprüche Chinas, das zum ersten Mal voll an den Ausschüttungen *teilnimmt*.

Ein Trostpflaster halten die Geberstaaten allerdings bereit: Die Weltbank, die 16 Milliarden Dollar beantragt hatte, soll sich in den kommenden Monaten um weitere Zuschüsse einzelner Länder bemühen. Außerdem soll das Paket bei verbesserter Konjunktur- und Haushaltslage überprüft werden. Vom Tisch scheint allerdings die Einrichtung eines Sonderfonds zu sein. Echte Fortschritte wurden bei der selektiven Kapitalerhöhung der Weltbank erzielt, die wahrscheinlich acht Milliarden Dollar ausmachen wird. Die Ministerstellvertreter einigten sich darauf, daß Japan als „Aktionär" künftig nach den USA auf dem zweiten Platz rangiert, gefolgt von der Bundesrepublik.

Gegenüber Ida-6 verringern die USA ihren Anteil von 27 auf 25, Deutschland von 12,5 auf 11,3 Prozent. Großbritannien, Schweden, Kuwait und Brasilien kürzen ebenfalls ihre Zusagen. Ihren Anteil erhöhen dagegen Japan – von *14,65 auf 18,7* Prozent –, Frankreich, Finnland, Italien, Norwegen, Spanien und Kanada.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Baugewerbe schon am Saison-Tiefpunkt

Bonn (dpa/VWD) – Der Tiefpunkt der Bausaison, der üblicherweise erst um die Monatswende Januar/Februar liegt, wurde in diesem Winter nach Ansicht vieler Bauunternehmen bereits Ende Dezember erreicht. Das hat der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes in seiner Dezember-Erhebung festgestellt. Abgesehen davon seien die Erwartungen der Betriebe allgemein von Zurückhaltung geprägt gewesen. Nur noch beim Wohnungsbau bezeichneten die Unternehmen die Nachfrage als befriedigend. Ansonsten ging die Bauproduktion nicht zuletzt aufgrund des einsetzenden Winters fast überall zurück.

Weg der Kurse

	13. 1. 84	6. 1. 84
Boeing	47	47,625
Chrysler	28,125	29,625
Citicorp	38,875	38,375
Coca-Cola	51,50	54,625
Exxon	37,50	37,25
Ford Motors	47,50	45
IBM	118,75	123,625
PanAm	8,625	8,75
US Steel	31,625	33,125
Woolworth	36,50	37,50

Übernahme-Gespräche

Trier (dpa/VWD) – Eine Entscheidung bei den Übernahmeverhandlungen für die im Anschlußkonkurs befindliche Zettelmeyer Maschinenfabrik GmbH, steht offenbar kurz bevor. Der Sprecher der Geschäftsführung dieses Tochterunternehmens der zusammengebrochenen Baumaschinengruppe IBH-Holding, Eberhard Röhlich, schließt eine endgültige Vereinbarung „im Verlauf der Woche" nicht aus. Gegenwärtig werde mit drei „echten Interessenten" verhandelt. Während sich der Straßenbaumaschinen-Hersteller Joseph Vögele AG, Mannheim, inzwischen selbst als potentieller-Kandidat zu erkennen gegeben hat, blieben die Namen der anderen Interessenten weiterhin unbekannt.

Ägyptisches Autoprojekt

Kairo (dpa) – Sieben internationale Automobilkonzerne, darunter das Volkswagenwerk, interessieren sich für den ursprünglich von Präsident Hosni Mubarak angeregten Plan, in Ägypten einen Pkw mit einem hohen Anteil im Lande hergestellter Fertigungsteile zu produzieren. Wie die Kairoer Presse berichtete, will die ägyptische Regierung noch im Januar eine internationale Ausschreibung für das Projekt veröffentlichen. Die für den internationalen Partner erforderlichen Investitionskosten werden in den Berichten auf 250 bis 300 Millionen ägyptische Pfund (rund 830 Millionen bis eine Milliarde Mark) beziffert.

Polens Verschuldung

Paris (rtr) – Vertreter der Gläubigerbanken Polens haben bei Gesprächen über die Polen-Umschuldung nach Angaben aus Bankenkreisen zwar Fortschritte gemacht, sind aber dabei noch zu keinem konkreten Ergebnis gekommen. Die Teilnehmer hätten versucht, den exakten Schuldenbetrag festzulegen, da Zahlenangaben aus unterschiedlichen Quellen nicht übereinstimmen. Die bis Ende 1987 fälligen Schulden Polens bei Geschäftsbanken dürften rund 1,9 Milliarden Dollar betragen.

Pöhl zu Dollarkurs

Hamburg (dpa) – Die deutsche Wirtschaft kann nach Ansicht des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, auch vom Kursanstieg des US-Dollar profitieren. In einem Interview der „WELT am SONNTAG" meinte Pöhl, die Wirtschaft könne die Entwicklung mit einem weinenden und einem lachenden Auge betrachten. Zwar verteuerten sich die Einfuhrkosten, insbesondere bei den Rohstoffen. Andererseits aber verbessere sich die Wettbewerbsfähigkeit im Export, vor allem, da die D-Mark nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern noch stärker gegenüber dem japanischen Yen an Wert verloren habe. Die Exportzahlen zeigten dies deutlich. So seien im Oktober/November 1983 die Exporte in die USA um 38 Prozent, nach Kanada um 54 Prozent und nach Japan um 26 Prozent gestiegen.

Londoner Kassapreise

	13. 1. 84	6. 1. 84
Kupfer (£/t)	973,25	1020
Blei (£/t)	283,25	294,25
Zink (£/t)	678,5	665,5
Zinn (£/t)	8637,5	8585
Gold ($/Unze)	371,625	375,125
Silber (p/Unze)	577,25	597,75
Kakao [1] (£/t)	1824	1934
Kaffee [2] (£/t)	2035,5	1979
Zucker (£/t)	132,50	124,50
Kautschuk (p/kg)	85,5	85
Wolle (p/kg)	442	440
Baumwolle [3] (cts/lb)	87,55	87,95

[1] Abladung Mai; [2] Abladung März;
[3] A-Index-Preis Liverpool

Mit TWA nach & durch die USA

TWA's 747 Ambassador Class. Komfort nach Maß.

Super Service. Nur 6 Sitze in einer Reihe. Rundherum viel Bewegungsfreiheit.
Und Sessel, in denen man sich bequem bis zu 45° zurücklehnen kann.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



EG-AGRARPOLITIK / Preispaket und Neuordnung

Keine Selbstbedienungsliste

WILHELM HADLER, Brüssel

Die bevorstehende Diskussion über die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise kann nicht von den Problemen einer grundlegenden Neuordnung der europäischen Agrarpolitik getrennt werden. Dies hat die EG-Kommission in den Erläuterungen zu ihren Preisvorschlägen an den Ministerrat klargestellt.

Vor der Presse unterstrich der zuständige dänische Kommissar Poul Dalsager, die Brüsseler Behörde sehe das Preispaket nicht als eine „Selbstbedienungsliste" an, aus der sich die Regierungen einzelne Teile herauspicken könnten. Das bedeutet, daß nach Ansicht der Kommission sowohl der Abbau des Währungsausgleichs über die Auflockerung der Preisgarantien für einige Überschußerzeugnisse oder die umstrittene Fettsteuer Teile eines politischen Gesamtkompromisses sein müssen.

Dalsager räumte ein, daß manche Teile des Kommissionspakets für die Landwirte schwer zu akzeptieren seien. Immerhin dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß die gemeinsame Agrarpolitik die europäischen Bauern bisher vor den schlimmsten Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise bewahrt habe. Wie aus den Preisvorschlägen hervorgeht, ist das Einkommen der Landwirtschaft in den USA 1980 real um 30 und 1982 um 27 Prozent zurückgegangen. In Kanada fiel es 1982 sogar um rund ein Drittel.

Demgegenüber nahm die Wertschöpfung in der europäischen Landwirtschaft 1982 (nach einem Rückgang von 6,4 Prozent im Jahre 1980 und einem Wachstum von zwei Prozent 1981) um durchschnittlich zehn Prozent zu. Im vergangenen Jahr allerdings mußten auch die Bauern der EG einen realen Einkommensverlust von etwa sechs Prozent hinnehmen.

Große Milch-Opfer

Die Kommission hofft im Haushalt 1984 mit ihren Vorschlägen 900 Mill. Ecu (rund 2 Mrd. DM) einsparen zu können. Dies entspricht etwa dem Betrag, um den die Marktordnungsausgaben inzwischen höher eingeschätzt werden als bei der Aufstellung des diesjährigen Etats. Eine bloße Verlängerung der bisherigen Preisregelungen – zum Beispiel, weil keine Einigung über das Preispaket möglich ist – würde nicht ausreichen. „Statt dessen würde es als Krisenmaßnahme erforderlich werden, sofortige und sogar drastische Senkungen im Stützungsniveau der landwirtschaftlichen Preise vorzunehmen."

Die Lage auf den Agrarmärkten hat sich nach Einschätzung der Kommission in den letzten sechs Monaten innerhalb wie außerhalb der EG eher weiter verschlechtert. Besondere Probleme bietet nach wie vor der Markt für Milcherzeugnisse. In diesem Sektor werden den Bauern folgerichtig auch die größten Opfer abverlangt.

Nach dem Kommissionsdokument ist die Milcherzeugung 1983 trotz der bisherigen Maßnahmen zur Produktionsdrosselung erneut um 3,9 Prozent angewachsen. Mit rund 103 Mill. Tonnen übertraf sie die vom Ministerrat für das laufende Wirtschaftsjahr festgelegte „Garantieschwelle" von 97,2 Mill. Tonnen um 6 Prozent. Für 1984 ist nach Schätzungen der Brüsseler Experten eine erneute Steigerung um mindestens 2 Prozent zu befürchten.

„Superabgabe" kommt

Die Preisvorschläge gehen deshalb davon aus, daß der Rat an der bisherigen Garantieschwelle (1981 plus 1 Prozent) festhält und für Mengen, die über 97,2 Mill. Tonnen hinaus produziert werden, die geplante „Superabgabe" erhebt. Dies war bereits beim Athener EG-Gipfel eines der wichtigsten umstrittenen Probleme. Mehrere Delegationen wollten die Garantiemenge bisher erheblich höher ansetzen. Einige andere forderten für ihre Landwirtschaft Sonderregelungen, die das politische Gleichgewicht des angestrebten Kompromisses in Frage gestellt hätten.

Bei Getreide beurteilt die Kommission die Situation weniger beunruhigend. So lag die EG-Ernte 1983 um 6,2 Prozent niedriger als die Rekordernte des Jahres 1982 und damit unter der Garantieschwelle. Der vorgeschlagene Preisstopp für Getreide ist vor allem auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Kosten für Exporterstattungen zu senken.

Die Brüsseler Behörde rechnet mit einem geringeren Wachstum der internationalen Nachfrage in den kommenden Jahren. Sie hat außerdem den Konkurrenten der EG zugesagt, den Subventionsbedarf der Gemeinschaft durch eine schrittweise Anpassung der europäischen an die Weltmarktpreise zu verringern.

Ein „Einfrieren" der Mindestpreise schlägt die Kommission außer für Milch und Getreide auch für Wein und Tomaten vor. Für Raps und bestimmte Tabaksorten sind sogar niedrigere Preise in Ecu vorgesehen als bisher.

LATEINAMERIKA / Hoffen auf den Aufschwung in USA und Europa

Aus Quito kamen alte Forderungen

WERNER THOMAS, Quito

Die Veranstaltung war ursprünglich mit großen Erwartungen verbunden. Sie sollte ein Wirtschaftsgipfel werden und in einer „Erklärung von Quito" Vorschläge für eine Lösung der schwierigen Probleme verkünden. Es ist anders gekommen: Neben dem Gastgeber Osvaldo Hurtado hatten sich nur drei weitere Staats- oder Regierungschefs (aus Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Jamaika und Kolumbien) in der ecuadorianischen Hauptstadt versammelt. Und das Kommuniqué der Konferenz riß keine der 28 Delegationen vom Stuhl. „Mehr Worte als Taten", urteilte ein westlicher Diplomat in Quito.

In Quito sind während der letzten Wochen alte Feststellungen und Forderungen wiederholt worden: Der Subkontinent befinde sich in einer tiefen Krise, die nur durch eine verständnisvollere Einstellung der Industrieländer überwunden werden könne. Die „Erklärung von Quito", mitunter auch als „Aktionsplan" deklariert, umfaßt 27 Punkte, von denen sich die wichtigsten auf das Schuldendilemma konzentrierten.

Die Tagungsteilnehmer betonten die Notwendigkeit von Umschuldungsverhandlungen, bei denen beide Seiten ein „Verantwortungsbewußtsein" demonstrieren. Lateinamerika ist mit 320 Milliarden Dollar die höchstverschuldete Region der Dritten Welt. Die Verhandlungen sollten mit dem Ziel neuer Rückzahlungstermine und niedrigerer Zinsen geführt werden. Die Gläubiger und der Internationale Währungsfonds (IWF) müßten bei ihren Auflagen Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Kapazität des jeweiligen Landes und die sozialen Verhältnisse.

Der Forderung nach einer „Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems, das die Voraussetzung für gleiche Chancen und eine ausgeglichenere Entwicklung der Weltwirtschaft bietet", schloß sich der Wunsch an die Industrie-Länder an, den anderen Nationen Handelserleichterungen zu gewähren. Ein peruanischer Vorschlag, die Zinsen von den Rohstoffpreisen abhängig zu machen, wurde nicht in das 22 Seiten umfassende Aktionsprogramm aufgenommen.

Von „Solidarität und Brüderlichkeit" und „gemeinsamen Schritten" war die Rede. „Wenn die Schwierigkeiten unüberwindbar erscheinen, entsteht eine Einheitsfront angesichts der Herausforderungen", betonte der ecuadorianische Präsident Hurtado in einer Schlußerklärung, die optimistischer klang als die meisten Kommentare.

Jedoch: Während in Quito die Gemeinsamkeit beschworen wurde, kümmerten sich Argentinien und Brasilien um ihre eigenen Probleme: Argentiniens neuer Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun verhandelte in Washington mit dem Internationalen Währungsfonds und die Brasilianer ließen in New York ein neues Kreditpaket schnüren, 6,5 Milliarden Dollar, von Privatbanken gewährt. Das Abkommen ist in den nächsten Tagen unterschriftsreif.

Mehr als Solidaritätsappelle und feierliche Erklärungen wird ein Ende der wirtschaftlichen Talfahrt bewirken. 1983 war eines der schlechtesten Jahre in der Geschichte Lateinamerikas mit einem Rückgang der Wirtschaftskapazität von fünf Prozent. 1984 sollte besser werden, wenn sich die Sogwirkung des Aufschwungs in den USA und Westeuropa auch in der Dritten Welt bemerkbar macht. In Quito wurde jedoch gelegentlich die Furcht geäußert, daß diese Aufwärtsentwicklung nicht lange genug anhalten könnte. (SAD)

Orenstein + Koppel mit leichtem Gewinn

dpa/VWD, Dortmund

Der Maschinen- und Anlagenbauer O + K Orenstein + Koppel AG, Dortmund, hat 1983 – nach deutlicher Verlustreduzierung im Geschäftsjahr zuvor – mit einem „leichten" Gewinn abschließen können. Wie das Unternehmen, an dem die Hoesch Werke AG, Dortmund, zu 50 Prozent beteiligt ist, mitteilte, hätten alle Bereiche im Rahmen des Rationalisierungsprogramms zur Ergebnisverbesserung beigetragen.

Insgesamt sei 1983 für O + K trotz harter Wettbewerbsbedingungen auf dem Baumaschinenmarkt ein erfolgreiches Jahr gewesen, heißt es, und habe der AG einen Umsatzanstieg um 25 Prozent auf 1,13 Mrd. DM gebracht. Die Zahl der Beschäftigten sei dagegen weiter – und zwar um 8 Prozent – auf 5900 gesunken. O + K hatte 1982 den Jahresfehlbetrag auf 10,1 (46,9) Mill. DM verringert. Das Bilanzergebnis war durch Inanspruchnahme von Rücklagen ausgeglichen worden.

RENTENMARKT / Zinsvorteil des Dollars kleiner

Keine Lombard-Erhöhung

Die Kapitalmarktzinsen sind weiter gestiegen. Auslöser des Zinsanstiegs war die Dollarhausse, die Befürchtungen nährte, die Bundesbank könnte mit einer Erhöhung des Lombardsatzes versuchen, Kapitalabflüsse zu bremsen, um auf diese Weise den Wechselkurs der Mark zu stabilisieren. Bisher gibt es jedoch nach Informationen der WELT keinerlei Überlegungen dieser Art in der Bundesbank, zumal der Zinsvorteil des Dollars gegenüber der Mark zuletzt geschrumpft ist. Ausländische DM-Anleihen profitieren von der vorsichtigen Emissionspolitik. (cd.)

Emissionen	13.1. 84	6.1. 84	30.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,92	7,88	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,83	7,74	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,93	7,83	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,19	8,33	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,98	7,88	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,70	7,61	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,72	8,31	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,97	7,88	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,99	8,01	8,08	8,45	10,32

FRANKREICH / Autozulassungen gingen leicht zurück

Auslandsmarken erfolgreich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilkonjunktur war 1983 vor allem für die ausländischen Marken günstig. Nach vorläufigen Angaben des Automobilverbandes – die detaillierte Statistik des Importeurverbands steht noch aus – erhöhten sich ihre Zulassungen um 4,7 Prozent auf 695 175 Wagen. Das waren 32,7 Prozent aller Zulassungen. Damit wurde ein neuer Rekord aufgestellt.

Dieses Ergebnis ist deshalb beachtlich, weil die Autonachfrage insgesamt zurückging, um 1,8 Prozent auf 2,02 Millionen. Sie hielt sich damit allerdings immer noch auf einem im internationalen Vergleich befriedigenden Niveau.

Allerdings wurden an französischen Wagen insgesamt weniger zugelassen als 1982. Die staatlichen Renault-Werke verbuchten einen Absatzrückgang von 11,9 Prozent, während der private Peugeot-Konzern 4,6 Prozent zulegte, und zwar 15,3 Prozent bei Peugeot-Wagen wegen des 205-Erfolgs und 4,1 Prozent bei Citroën-Wagen dank des BX. Zurück blieb Talbot mit einem Absatzrückgang von 19,5 Prozent. Das war auch dem Streik in dem Talbot-Werk von Poissy zuzuschreiben, welcher dieser Marke im Dezember gegenüber 1982 einen Zulassungsrückgang von 51 Prozent brachte.

Die schlechten Dezemberergebnisse auch der anderen französischen Marken (minus 13.1 Prozent für die Peugeot-Gruppe und minus 9,2 Prozent für Renault) werden in Fachkreisen darauf zurückgeführt, daß die Folgen des schweren Sozialkonflikts bei Talbot-Poissy auf sie „abfärbten".

Wieweit dies auch für den Export gilt, läßt sich noch nicht übersehen. In den ersten elf Monaten 1983 war der französische Pkw-Export um 10,2 Prozent (im November sogar um 16,3 Prozent) gestiegen.

Der staatliche französische Renault-Konzern meldet für 1983 eine Umsatzsteigerung von fünf Prozent auf 109 Milliarden Franc. Der Auslandsabsatz stieg um 15 Prozent auf 1,16 Millionen Fahrzeuge, davon 1,07 Millionen Pkw. Dies war vor allem dem um 165 Prozent auf 180 000 Wagen gestiegenen US-Absatz zu verdanken. Demzufolge konnte Renault trotz des zurückgehenden Inlandsabsatzes einen neuen Produktionsrekord von 2,05 Millionen Fahrzeugen erzielen. Die Nutzfahrzeugproduktion der Renault-Tochter RVI verminderte sich um 18,5 Prozent auf 37 000 Einheiten.

GROSSBRITANNIEN / Höhere Kosten der Industrie

Strompreise stark gestiegen

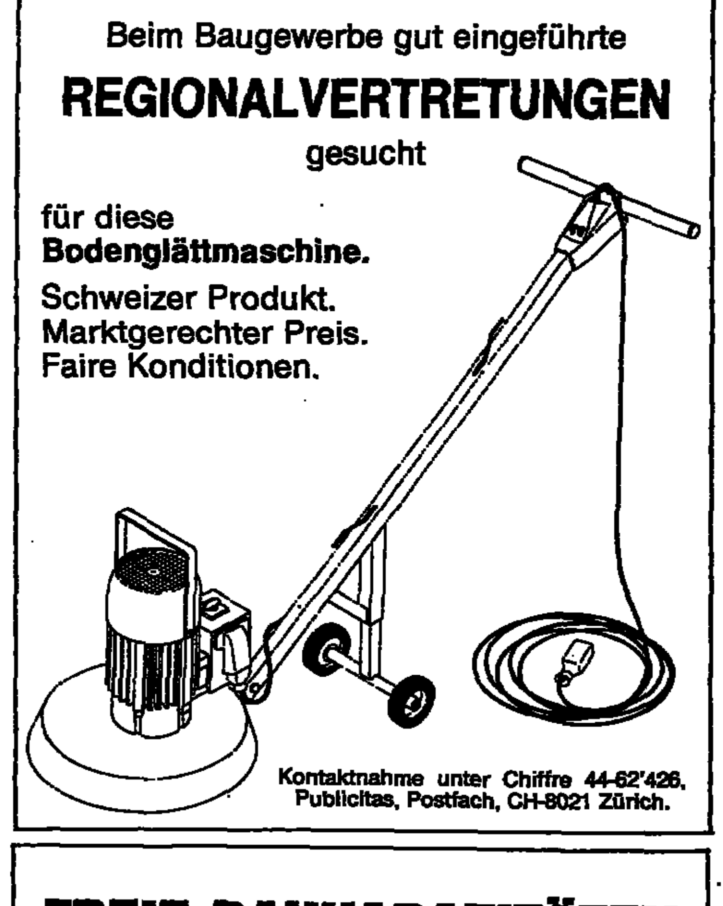
WILHELM FURLER, London

Die Kosten für die britische Industrie sind im Dezember letzten Jahres so stark gestiegen wie in keinem anderen Monat zuvor seit Oktober 1976. Nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie erhöhten sich die von der britischen Industrie zu zahlenden Preise für Rohmaterialien und Energie im Dezember gegenüber November um 3,4 Prozent.

Etwa die Hälfte des Anstiegs der Industriekosten geht auf höhere Strompreise zurück. Dies liegt daran, daß die Unternehmen während der kalten Monate zunehmend teureren Strom verbrauchen. Bedenklich hingegen stimmt der scharfe Anstieg der Preise für Rohmaterialien. Er wurde zum einen bedingt durch den anhaltenden Wertverlust des Pfundes gegenüber dem amerikanischen Dollar, da nahezu alle Rohstoffe in Dollar gehandelt werden. Aber auch die Preise für die Basis-Rohstoffe selbst sind an den Weltmärkten in den letzten Wochen und Monaten geklettert.

Wenn auch die scharfe Zunahme der Industriekosten im Dezember den Jahres-Anstieg von 7,1 Prozent (November) lediglich auf 7,2 Prozent veränderte, ist die Differenz zu den 4,9 Prozent von Dezember 1982 doch beträchtlich. Lediglich starke Produktivitäts-Verbesserungen haben die Unternehmen in die Lage versetzt, die höheren Industriekosten zu kompensieren. Entsprechend sind die Erzeugerpreise in Großbritannien auch im Dezember und damit im dritten Monat hintereinander nur um 0,4 Prozent gestiegen. Die Jahresrate ist damit leicht von 5,6 auf 5,5 Prozent zurückgegangen.

Dennoch dürfte dieser Satz zu hoch sein als daß das Ziel der Regierung Thatcher, nämlich ein Rückgang der Inflationsrate bis Ende des Jahres auf 4,5 Prozent, erreicht werden könnte.



FREIE BAUKAPAZITÄTEN

Orient, Nordafrika etc.

Portugiesische Baugesellschaft für:
allg. Hoch- und Tiefbau, Spezialbau, Stahlbaumontage, Rohrverlegungen etc.

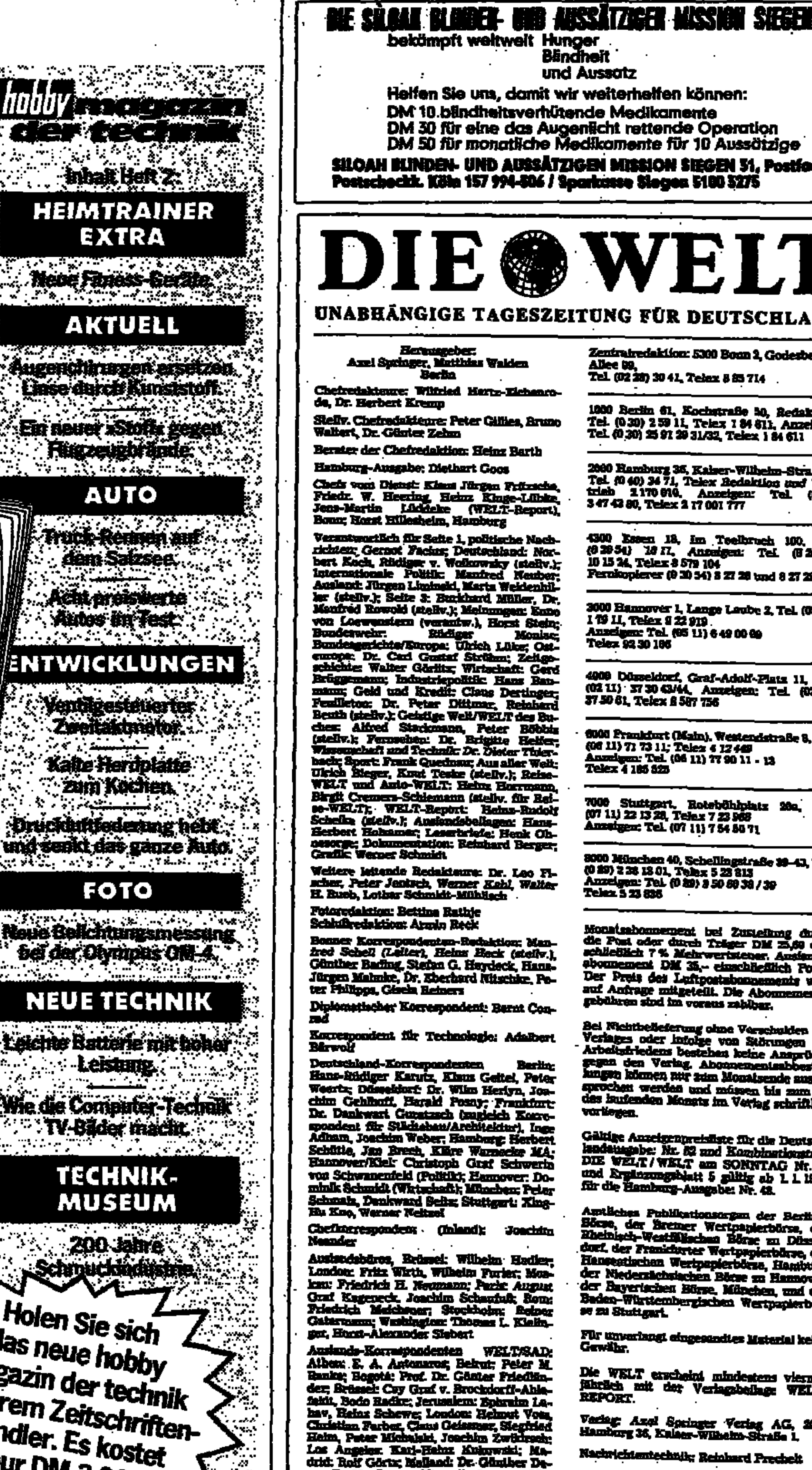
Sofortiger Einsatz möglich.
Wir lösen Ihre Terminprobleme.

LSI Luso Suiça Internacional Lda.
1200 Lissabon/Portugal
Tel. 00 35 11 / 32 22 91 / 32 22 94 / 32 70 77
Telex 1 6 386 lsi p

Deutsches Verbindungsbüro:
6370 Oberursel/Ts.
Tel. (0 61 71) 49 13 – Telex: 4 10 994 mlsi d







DIE SILOAH BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN
bekämpft weltweit Hunger
Blindheit
und Aussatz
Helfen Sie uns, damit wir weiterhelfen können:
DM 10 blindheitsverhütende Medikamente
DM 30 für eine das Augenlicht rettende Operation
DM 50 für monatliche Medikamente für 10 Aussätzige
SILOAH BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN 51, Postfach
Postscheckk. Köln 157 994-506 / Sparkasse Siegen 5180 5275



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

TEIGWAREN-INDUSTRIE / Export-Hemmnisse

Reinheitsgebot der Italiener

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Daß der Nudel-Handel über die Alpen in einer Art Einbahnstraße verläuft, ist den deutschen Teigwaren-Herstellern schon lange ein Dorn im Auge. Während nämlich rund ein Viertel der Nudeln in deutschen Kochtöpfen italienischer Herkunft ist, kommen die deutschen Produzenten in umkehrter Richtung nicht zum Zuge. Denn nach traditionellem deutschen Rezept werden Nudeln aus einer Mischung von Hart- und Weichweizen-Gries unter Verwendung von Eiern hergestellt. Ausfuhren deutscher Ware in die südlichen EG-Länder scheitern jedoch daran, daß nach dortigen Vorschriften nur der hierzulande rare Hartweizen für die Nudel-Produktion vorgesehen ist. Rolf Kickelhayn, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung Nordwürttemberg der CDU, – und nicht nur er – erblickt in dieser Praxis einen Verstoß gegen den freien Warenverkehr in Europa und hat in einem Schreiben (das Gros der Branche ist in Südwestdeutschland ansässig) die Bundesregierung aufgefordert, eine entsprechende Klage beim Europäischen Gerichtshof anzustrengen.

Dies läge ganz im Sinne des Bundesverbandes der Deutschen Teigwaren-Industrie. Geschäftsführer Wolfgang Hees: „Wir fühlen uns animiert." Das Thema sei ein Dauerbrenner. Andererseits sei es aber auch heikel, da man es mit dem „Teigwaren-Riesen" Italien zu tun habe, der schon mit Frankreich wegen Reinheitsfragen beim Hartweizen-Gries streite. Gegen den Strich geht den deutschen Nudel-Produzenten vor allem auch die Überheblichkeit von italienischer Seite, mit der man deutscher Ware begegne.

Die deutschen Hersteller haben im vergangenen Jahr rund 210 000 Tonnen Nudeln hergestellt, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine leichte Steigerung. Lediglich 10 000 Tonnen gingen in den Export. Die italienischen Importe haben inzwischen ein Volumen von 30 000 Tonnen erreicht, wobei der Markt insbesondere über niedrigere Preise geöffnet wurde.

Dabei tun sich die deutschen Produzenten vor allem deshalb schwer, weil der für die Nudel-Produktion benötigte Hartweizen-Gries aus teuren (durch EG-Abschöpfungs-Praxis) Erntelieferungen aus Nordamerika stammt. Die italienische (und französische) Konkurrenz deckt sich dagegen komplett aus heimischer Ernte ab.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Nudeln in der Bundesrepublik, der steigende Tendenz aufweist, beträgt derzeit 4 Kilogramm (Italien rund 25 kg,1,6 Mill. Jahrestonnen Produktion). Nach wie vor gibt es im Verbrauch ein Süd-Nord-Gefälle, doch verlagert sich der „Nudel-Äquator" weiter nach Norden. In der Bundesrepublik besteht die Branche aus etwa 25 Herstellerfirmen (mit insgesamt etwa 3000 Beschäftigten). Branchengrößter ist mit Abstand (rund ein Drittel Anteil) die Birkel-Firmengruppe, Weinstadt.

NÜRNBERGER BUND / Großer Nachholbedarf

Impulse vom Bauhandwerk

HEINZ STÜWE, Nürnberg

Im Eisenwaren- und Hausrat-Fachhandel zeigten die Erträge nach zwei schlechten Jahren 1983 wieder aufsteigende Tendenz. Das hat der Nürnberger Bund, Großeinkauf eG, Essen, registriert. Die Spuren der „großen Substanzverluste" vollends zu beseitigen, werde aber vor Ende dieses Jahrzehnts wohl kaum gelingen, meinte Vorstandsvorsitzender Helmut Behnken auf der 150. Einkaufsbörse in Nürnberg.

Die 1730 Mitglieder des größten Einkaufsverbandes der Branche hoffen nach seinen Worten, daß sich die bisher erst partiell spürbare Konjunkturbelebung auf breiter Basis fortsetze. Die Geschäftsführung erwartet eine wieder gespaltene Umsatzentwicklung. Nach ihrer – vorsichtigen – Prognose müssen sich die Fachhändler im Konsumbereich mit einem Umsatzplus von zwei bis drei Prozent zufriedengeben, während die übrigen Betriebe, die Industrie und Handwerk beliefern, mit einer Steigerung von 6 bis 8 Prozent rechnen können. Zahlen, die ziemlich genau der Entwicklung im vergangenen Jahr entsprechen.

Nachdem die Genossenschaft ihr Warengeschäft 1983 kräftig auf 2,1 Mrd. DM (plus 12 Prozent) ausgeweitet hat, hält der Vorstand eine weitere Steigerung von 8 bis 10 Prozent in diesem Jahr für möglich. Allein in Ein- und Zweifamilien-Häusern würden 1984 rund 300 000 Wohnungseinheiten fertiggestellt, rechnet Behnken vor. Das werde dem schon heute gut beschäftigten Ausbauhandwerk weitere Impulse geben. Die Eisenwaren mit 46 Prozent Umsatzanteil sind für den Nürnberger Bund die wichtigste Warengruppe, gefolgt von Hausrat (20 Prozent) sowie Glas, Prozellan, Keramik (18 Prozent).

ELRING / Umsatzeinbußen wettgemacht

Gedämpfte Erwartungen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit „verhaltenen Erwartungen" im Blick auf die voraussichtliche Mengenkonjunktur ist die Elring-Firmengruppe, Fellbach, in das Jahr 1984 gegangen. Unter der Voraussetzung, daß weitere Marktanteile erobert werden könnten, rechnet die Gruppe, die auf dem Gebiete der Dichtungen für den Fahrzeugbau tätig ist, mit einer leichten Umsatzsteigerung im neuen Jahr.

Im Geschäftsjahr 1983 hat der Gesamtumsatz der Elring-Gruppe, zu der neben der Muttergesellschaft Elring Dichtungswerke GmbH, Fellbach, noch die Töchter Procal S. A., Langres/Frankreich, und Elring Española S. A., Reus/Spanien, zählen, von 235 auf eine Größenordnung von 245 bis 250 Mill. DM zugenommen. Der Zuwachs habe bei der Erstausrüstung und im Ersatzteilgeschäft erzielt werden können.

Vor allem habe man die in einigen schwierigen Auslandsmärkten eingetretenen Umsatzeinbußen wieder wettmachen können. Das Stammhaus selbst verbuchte einen Umsatzanstieg von rund 8 Prozent auf etwa 200 Mill. DM. Die Auftragslage gewährleiste - mit Ausnahme des Bereichs Kunststoffe (Umsatzanteil 9 Prozent) - eine volle Auslastung der Kapazitäten im ersten Halbjahr 1984.

Höheres Umsatzvolumen und bessere Kapazitätsauslastung schlugen sich in einer Verbesserung des Ergebnisses nieder, das allerdings als „noch nicht voll zufriedenstellend" bezeichnet wird. Die Investitionen bewegten sich mit rund 10 Mill. DM auf dem Niveau der drei vergangenen Jahre. Mit einer Eigenkapitalquote von deutlich über 40 Prozent der Bilanzsumme bestehe eine gute Basis für die Fortsetzung der intensiven Investitionstätigkeit.

ÖSTERREICH / Probleme der verstaatlichten Industrie noch größer – Nur Mineralölgesellschaft zahlt Dividende

Bittsteller stehen wieder beim Finanzminister an

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Probleme in der österreichischen Großindustrie nehmen weiter zu. Diesmal ist die staatliche Industrieholding ÖIAG und die Creditanstalt mit ihren Firmenbeteiligungen betroffen. *Die ÖIAG-Gruppe mit den* größten Firmen des Landes an der Spitze hat 1983 nach vorläufigen Schätzungen einen Verlust von insgesamt rund sechs Milliarden Schilling (rund 860 Millionen Mark) erwirtschaftet. Davon entfallen auf die Voest-Alpine etwa 2,5 Milliarden Schilling und deren Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke (VEW) 2,4 Milliarden Schilling. Unter den sieben Großkonzernen ist lediglich die Mineralölgesellschaft ÖMV-AG imstande, eine Dividende zu zahlen. Auch die Staatsbeteiligung an Siemens-Österreich war bisher unproblematisch.

Obwohl die Firmengruppe seit 1980 etwa 12 500 Beschäftigte abgebaut hat (Stand 104 000), hat sich kaum etwas an der Ertragslage der Problembetriebe geändert. Seit 1975 mußten sie mit insgesamt fast 13 Milliarden Schilling gestützt werden; kürzlich wurde vom Parlament in Wien eine weitere Finanzhilfe von 16,6 Milliarden Schilling beschlossen.

Als Hauptproblem gilt derzeit nicht nur die Voest-Alpine, zu deren Sanierung die Schließung eines gesamten Stahlwerkes notwendig wäre, sondern vor allem die Voest-Tochter VEW. Dort wurde seit 1980 mit nahezu 6000 Beschäftigten fast ein Drittel der Belegschaft abgebaut. Ein Strukturbereinigungskonzept der Muttergesellschaft sieht den weiteren Abbau von nochmals zumindest 3500 Mitarbeitern und die Schließung ganzer Betriebsstätten vor. Dies gebieten, wie es heißt, rein betriebswirtschaftliche Grundsätze.

Die Belegschaftsvertreter haben noch im Herbst ein Gegengutachten bei Hochschulprofessoren in Auftrag gegeben, das in Wien seit Tagen für politischen Zündstoff sorgt. Denn die Professoren bestätigen zwar die Situationsanalyse der Voest-Manager, ziehen aber beinahe konträre Schlußfolgerungen. Demnach seien mit Innovationen und Alternativproduken alle Standorte zu halten und in acht bis zehn Jahren wieder ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Personalabbau und weitere Milliardenzuschüsse aus Steuergeldern sind aber *vorerst auf jeden Fall unerläßlich,* wobei es um zumindest 15 bis 20 Milliarden Schilling geht, die der VEW über die Runden helfen sollen.

Ebenfalls beim Staat als Bittsteller erscheint zum wiederholten Mal die ohnedies mehrheitlich im Staatseigentum stehende Creditanstalt. Die größte Bank des Landes hat seit Jahren Probleme mit verlustbringenden Industriebeteiligungen, und mehrere Firmen wurden bereits verkauft.

Für den Gummikonzern Semperit hat Finanzminister Herbert Salcher erst im November seinem Vorgänger Hannes Androsch, nunmehr CA-Generaldirektor, einen Zuschuß in Höhe von 1,2 Milliarden Schilling zugesagt. Jetzt geht es um die Zukunft des *Fahrzeug- und Rüstungskonzerns* Steyr-Daimler-Puch. Zwar konnte der Konzern im Dezember ein spektakuläres Geschäft mit China über die Lieferung von 45 000 Lastkraftwagen abschließen. Doch das lukrative Panzerexportgeschäft ist infolge ständiger politischer Querelen praktisch zum Erliegen gekommen, so daß das Unternehmen nun tief in der Verlustzone operiert. Vor wenigen Tagen wurde nun avisiert, daß einige hundert Beschäftigte in der Stadt Steyr gekündigt werden sollen, wo sich die Regierung in der letzten Woche zu einer mehrtägigen Klausur versammelte. Die österreichische Regierung hat dort aber lediglich beschlossen, die endgültige Entscheidung zu vertagen, die dem teilweise verstaatlichten Konzern, dessen Privatisierung sogar in Erwägung gezogen wird, den Weg aus der Krise ebnen soll. Die von der Geschäftsleitung geplante Entlassung von 895 Arbeitnehmern wurde aufgehoben.

Eine der politischen Lösungen, die Sozialminister Alfred Dallinger für die Industrie nun propagiert, heißt schlicht: Arbeitszeitverkürzung. Die Firmenmanager haben dagegen aber eindeutig Stellung bezogen.

FISCHWIRTSCHAFT

Anlandungen wieder gestiegen

dos. Cuxhaven

Der deutsche Markt für Fische hat 1983 seine Aufnahmefähigkeit unter Beweis gestellt. Zugleich zeigte sich, daß die nach den EG-Vorschriften bewirtschafteten Fanggründe durchaus ertragreich sind. Zu diesem Ergebnis kommt der Niedersächsische Landvolkverband nach Erhebungen in Cuxhaven, dem wichtigsten deutschen Seefischmarkt. Danach wurden 45 020 t frische Fische angelandet, 16,8 Prozent mehr als 1982. Der Umsatz erhöhte sich gleichzeitig um 13,7 Prozent auf 73,16 Mill. DM.

Während die Anlandungen deutscher Kutter um 13,9 Prozent auf 17 130 t im Wert von 26,12 Mill. DM erhöht wurden, verzeichneten die ausländischen Trawler einen Anstieg um 36,6 Prozent auf 17 598 t im Wert von 30,74 Mill. DM. Unter den Ausländern dominieren die Isländer mit dem hochwertigen Rotbarsch, gefolgt von den Briten (Seelachs), die ihre Anlandungen in Cuxhaven 1983 versiebenfachten. Dagegen verringerten sich die Anlandungen französischer Trawler um die Hälfte.

Einbußen mußte die deutsche Hochseefischerei hinnehmen. Sie brachte nur 7 548 (9055) t im Wert von 12,42 (15,23) Mill. DM zur Auktion. Die Ursache dürfte in den schlechteren Fangbedingungen vor Grönland zu suchen sein. Die in Cuxhaven beheimateten sechs Vollfroster, die vor Grönland und Kanada ihre Hauptfanggebiete haben, landeten aber mit 24 000 t 19 Prozent mehr als 1982 an.

Die Küstenfischerei, die von 13 kleineren Häfen an der Nordseeküste Niedersachsens aus betrieben wird, hat im Berichtsjahr mit 22,5 (23,5) Mill. DM nicht ganz den Umsatz des Vorjahres erreicht, weil die Krabbenfänge in den letzten Monaten 1983 nahezu völlig zum Erliegen kamen. Der Rückgang der Krabbenfänge auf 3,8 (6) Mill. kg wurde zum Teil ausgeglichen durch gute Fangergebnisse bei Seezungen, Aalen und Muscheln. Die Fänge von Seezungen und Muscheln haben sich gegenüber 1983 verdoppelt. Trotz des geringeren Krabbenangebots lag der Durchschnittspreis mit 2,55 DM je kg niedriger als im Vorjahr (2,73 DM pro kg).

Wibau schon lange zahlungsunfähig

dpa/VWD, Gründau

Das hessische Maschinenbauunternehmen Wibau AG, Gründau/Rothenbergen, das am 1. Dezember 1983 einen Antrag auf Anschlußkonkurs gestellt hatte, war schon lange zuvor zahlungsunfähig. Dieses Ergebnis der bisherigen Überprüfungen teilte Konkursverwalter Wilhelm Schaaf der Gläubigerversammlung mit. Trotz ihrer Finanznot sei die Wibau aufgrund falscher Angaben in den Bilanzen in den letzten Jahren „Nummer eins" an der Börse gewesen.

Nach dem Einstieg der inzwischen ebenfalls zahlungsunfähigen IBH-Holding, Mainz, die zum Schluß mit über 36 Prozent an Wibau beteiligt war, sei der ausgewiesene Wibau-Umsatz von 1980 auf 1981 um 70 Prozent auf 237 Mill. DM und 1982 auf 275 Mill. DM gestiegen. Der tatsächliche Umsatz habe jedoch viel niedriger gelegen. Allein 1983 habe Wibau bei einem Umsatz von 120 Millionen DM einen Verlust von rund 170 Millionen DM erwirtschaftet.

Schaaf erklärte, er führe den Betrieb mit rund 120 Mitarbeitern weiter, um die Chancen für die Übernahme in ein anderes Unternehmen zu verbessern. Gegenwärtig verhandele er mit verschiedenen Interessenten zum Teil auch aus dem Ausland.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Linde verkauft Turbos

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Linde AG, Wiesbaden, beabsichtigt, sich von der Sparte Kolben- und Turbomaschinen ihrer Werksgruppe Kälte- und Einrichtungstechnik, Köln, zu trennen. Sie könne nicht mit vertretbarem Aufwand zu einem tragenden Arbeitsgebiet ausgebaut werden. Nach Unternehmensangaben soll sie an das schwedische Maschinenbau-Unternehmen Atlas Copco AG übertragen werden. Für Linde sei die Sparte, die mit derzeit 760 Mitarbeitern rund 100 Mill. DM pro Jahr umsetzt, wegen ihres begrenzten Geschäftsvolumens im Vergleich zu den anderen großen Arbeitsgebieten eine Randaktivität. Atlas Copco, international tätiges Unternehmen mit rund 2,7 Mrd. DM Umsatz (1982) und 18 400 Beschäftigten, plant den Angaben zufolge, die von Linde zu übernehmenden Aktivitäten in ihre deutsche Beteiligungsgesellschaft Atlas Copco Saarbrücken GmbH einzubringen.

Rosing im Konkurs

Düsseldorf (Py.) – Das Amtsgericht Gelsenkirchen hat über das Vermögen der Möbel-Einzelhandelskette *Rosing GmbH, Gelsenkirchen, das* Konkursverfahren eröffnet, nachdem die erforderliche Vergleichsquote nicht erreicht worden war. Zuvor war u.a. die Übernahme durch das Möbelhaus Franz GmbH, Haiger, gescheitert. Franz wollte wohl nicht alle der 10 in Nordrhein-Westfalen angesiedelten Möbelhäuser und auch nicht die Gesellschafteranteile von Rosing übernehmen, weil damit die Übernahme sämtlicher der noch bei Rosing tätigen 150 Mitarbeiter verbunden gewesen wäre. Rosing, 1910 gegründet und in besten Zeiten mit 420 Mitarbeitern ausgestattet, hatte zuletzt mit einem Umsatz nahe 100 Mill. DM aber in den letzten beiden Jahren Verluste von 15 Mill. DM aufgehäuft.

Starkes Robeco-Wachstum

Düsseldorf (Py.) – Die niederländische Anlagegruppe Robeco, Amsterdam, hat 1983 das von ihr verwaltete Vermögen von 14,3 auf 19 Mrd. hfl (21,3 Mrd. DM) gesteigert. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Prof. Theodor Scholten waren an diesem Wachstum alle Gesellschaften (Robeco, Rolinco, Rodamco, Rorento, Roparco und die Vermögensverwaltung) gleichermaßen beteiligt. Zu verdanken war das Wachstum jedoch der günstigen Entwicklung an den internationalen Wertpapierbörsen und den erheblich gestiegenen Beträgen von privaten und institutionellen Anlegern.

NAMEN

Dr. Wolfgang Jordan, Geschäftsführer der Huehoco Bandeisen- und Metallwalzwerk GmbH, Wuppertal, wird heute 70 Jahre.

Dr. Joachim Meyer-Blücher, Vorstandsmitglied der Bank für Handel und Industrie AG, Berlin, vollendete am 13. Januar das 60. Lebensjahr.

Carl-Theoder Meinecke, *bislang* Vorstandsmitglied der Korf-Stahl AG, Baden-Baden, ist per 1. Januar 1984 als kaufmännischer Geschäftsführer in die Bison-Werke Bähre + Greten GmbH + Co. KG, Springe, eingetreten. Geschäftsführer **Berndt Greten** wurde zum Sprecher der Geschäftsführung ernannt.

Georg F. Rosenbauer, Präsident und Chief Executive Officer der Area I der R.J. Reynolds Tobacco International, Inc., gab sein Ausscheiden aus dem Unternehmen bekannt.

Prof. Dr. **Otto Pfleiderer**, früherer Präsident der Landeszentralbank, feiert am 17. Januar den 80. Geburtstag.

Karl W. Burmeister, Gründer und Senior der kwb Karl W. Burmeister GmbH & Co., Stuhr-Seckenhausen, ist im Alter von 86 Jahren gestorben.

ITALIEN / Rom legt der EG-Kommission heute Stahl-Stillegungspläne vor

26 000 Arbeitsplätze gehen verloren

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung wird heute der EG-Kommission die ersten Vorschläge zu den Kapazitäts-Stillegungen in den privaten und staatlichen Unternehmen der Stahlindustrie vorlegen. Die Kommission hatte im Juli vergangenen Jahres Italien die Auflage erteilt, 5,8 Millionen Tonnen *Walzstahl-Kapazitäten* zu streichen. Davon sollen zwei Millionen Tonnen auf den privaten und 3,8 Millionen Tonnen auf den staatlichen Bereich entfallen.

Der von der Bereichsholding für die staatlichen Stahlunternehmen, Finsider, ausgearbeitete Streichungsplan sieht u.a. die vollständige Aufgabe des Stahlwerks in Genua-Cornigliano (2,3 Millionen Tonnen) und Stillegungen in anderen sieben Werken vor. Uneinigkeit besteht bis zur Stunde dagegen über die von den italienischen Gewerkschaften erhobene Forderung, das in den letzten Monaten modernisierte und seit November 1982 stillgelegte Stahlwerk von Neapel-Bagnoli (zwei Millionen Tonnen) wieder in Betrieb zu nehmen. Die staatliche Bereichsholding Finsider hat sich zwar kürzlich zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen bereiterklärt, macht diese aber davon abhängig, daß die Kommission Italien eine zusätzliche Stahlproduktionsquote von 1,2 Millionen Jahrestonnen zugesteht.

Diese Forderung der italienischen Regierung hat in Brüssel bisher kein Gehör gefunden. Kommissionsexperten vertreten die Überzeugung, daß ein EG-Zugeständnis an Italien von den anderen Partnern nicht akzeptiert werden könnte und zu neuen Spannungen führen müßte. Dagegen wird in Rom darauf hingewiesen, daß das Werk Neapel-Bagnoli die modernste Walzanlage in Italien hat und der Raum Neapel beschäftigungspolitisch von solcher Brisanz ist, daß soziale Unruhen zu befürchten wären, falls es bei der Schließung bleiben sollte.

Insgesamt sind von den Streichungen in der italienischen Stahlindustrie 26 000 Arbeitsplätze betroffen, die bis 1986 aufgegeben werden müssen. Um dieses Entlassungsproblem zu bewältigen, will die italienische Regierung dem Parlament ein Sondergesetz vorlegen, *mit dem in der* Stahlindustrie vorzeitige Pensionierungen ermöglicht werden sollen.

Seit 1980 hat die von der Staatsholding Finsider kontrollierte Firmengruppe in der Stahlindustrie insgesamt bereits 16 000 Arbeitsplätze aufgegeben. Bis 1985 wird die Zahl auf insgesamt 42 000 steigen. Trotz diesem Abbau hinkt die italienische Stahlindustrie den Strukturanpassungen in den anderen Gemeinschaftsländern weit hinterher.

Das zeigt sich vor allem an der Ertragslage, die sich entgegen den ursprünglichen *Erwartungen so* verschlechtert hat, daß mittlerweile so gut wie keine Aussichten bestehen, ab 1985 – wie von der EG-Kommission vorgesehen – die staatlichen Zuschüsse einzustellen. Während der Sanierungsplan von Finsider für 1984 einen Verlust von „nur" 1200 Milliarden Lire (rund zwei Milliarden Mark) vorsah, bewegen sich die monatlichen roten Zahlen neuerdings bei 200 Milliarden Lire. Das heißt, daß im Jahre 1984 ein noch höherer Verlust eintreten könnte als im vergangenen Jahr, als der Fehlbetrag 2100 Milliarden Lire betrug (1436 Milliarden Lire im Jahre 1982). In der Dreijahresspanne *1981/83 verschlang Finsider* 5600 Milliarden Lire an Staatszuschüssen, die hauptsächlich zur Verlusttilgung und nur zu einem geringen Teil für Anlageinvestitionen verwendet wurden.



An alle mittelständischen Unternehmer, die über hohe Außenstände hinwegkommen müssen.

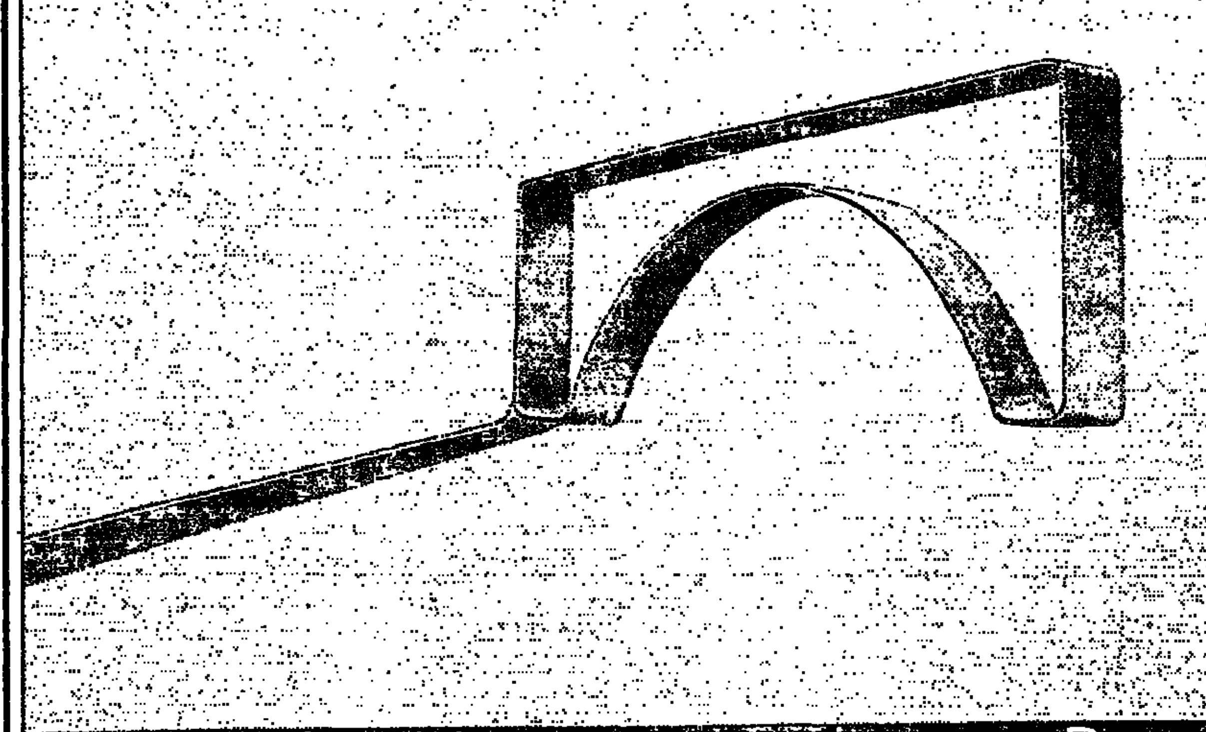
Sie kennen das Problem: Auf der einen Seite stehen hohe Debitoren, auf der anderen Seite Verbindlichkeiten. Aber kennen Sie auch alle Möglichkeiten, die eine große Bank hat, Ihre Außenstände zu überbrücken?

Sicher sind Sie vertraut mit dem Kontokorrentkredit und der Wechselfinanzierung. Doch es gibt noch andere Wege, sich einen Finanzierungsspielraum zu verschaffen. Zum Beispiel das Factoring: Sie verkaufen der Bank Ihre Warenforderung und bekommen sofort Geld.

Bei Forderungen mit längerem Zahlungsziel gegenüber ausländischen Abnehmern kann eine Forfaitierung empfehlenswert sein: Dabei kauft die Bank Wechsel oder Buchforderungen ohne Rückgriff auf den Verkäufer an.

Mit der Forfaitierung werden Ihnen die Risiken abgenommen, die sich aus Kursschwankungen, politischen Ereignissen oder einer nicht genau einschätzbaren Bonität Ihres Geschäftspartners ergeben.

In jedem Fall lohnt sich ein Gespräch mit den Fachleuten, deren Beruf es ist, täglich Finanzprobleme von Unternehmen zu lösen. Das grüne Band hilft Ihnen, solche Leute zu finden.



Dresdner Bank

In Berlin: BHI

ERGEBNISSE

Pokal, Achtelfinale

Bocholt – Braunschw. 3:1 (1:1, 0:0) n. V.
Hannover 96 – 1. FC Köln 3:2 (1:2)
Schalke 04 – Karlsruher SC 2:1 (1:0)
Stuttgart – HSV 1:1 (1:1, 0:1) n. V.
Uerdingen – München 0:0 n. V.
Aachen – Werder Bremen ausgef.
Fürth – Mönchengladbach 0:6 (0:3)
(Dieses Spiel fand bereits am 18. 12. statt)

DIE SPIELE

Bocholt – Braunschweig 3:1 (1:1, 1:0) n. V.

Bocholt: Tilner – Schulz – Niggemann, Mazzany, Schütte – Herbst (82. Reichel), Meyer, Holz, Heitkamp – Ricken, Tönnies. – **Braunschweig:** Josef – Hollmann, Geiger, Bruns, Ellmerich – Pahl, Tripbacher, Lux (54. Kindermann), Geyer – Zavisic, Worm (73. Keute). – **Schiedsrichter:** Boos (Friedrichsdorf). – **Zuschauer:** 7000. – **Tore:** 1:0 Ricken (1.), 1:1 Kindermann (67.), 2:1 Tönnies (100.), 3:1 Ricken (109.). – **Gelbe Karten:** Reichel, Bruns, Hollmann, Pahl. – **Rote Karte:** Bruns.

Hannover – Köln 3:2 (1:2)

Hannover: Rynio – Gorski – Giesel, Steiner, Thiele – Frercks, Lorant, Pieta – Surmann, Hartmann, Schaub. – **Köln:** Schumacher – Hönerbach – Prestin, Steiner, Zimmermann – Hartmann, Reif (46. Wilmer), Haas – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 1:0 Surmann (5.), 1:1 Allofs (13.), 1:2 Fischer (30.), 2:2 Lorant (63., Foulelfmeter), 3:2 *Hartmann (72.).* – **Zuschauer:** 21 000. – **Gelbe Karten:** Schaub, Steiner, Reif.

Schalke – Karlsruhe 2:1 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Kruse, Schipper – Jakobs, Opitz, Drexler, Dierßen, Täuber (75. *Abramczik*) – Thon, Abel (90. Stichler). – **Karlsruhe:** Fuhr – Theiss – Kleppinger, Roth – Boysen, Groß, Walz (60. Harforth), Schüler, Dittus – Günther, Bühler. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Thon (34.), 2:0 Abel (60.), 2:1 Kleppinger (80., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Täuber (2), Kruse.

Stuttgart – HSV 1:1 (1:1, 0:1) n. V.

Stuttgart: Roleder – Makan (78. Zietsch) – K.-H. Förster, Schäfer, Buchwald, Niedermayer, B. Förster, Sigurvinsson, Allgöwer – Kelsch, Corneliusson (78. Reichert). – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Jakobs, Wehmeyer – *Kaltz, Hartwig, Groh, Rolff,* Magath – Wuttke, Hansen (91. von Heesen). – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Hartwig (27.), 1:1 Buchwald (81.). – **Zuschauer:** 54 000. – **Gelbe Karten:** B. Förster, Stein, Hansen, Kaltz.

Uerdingen – München 0:0 n. V.

Uerdingen: Vollack – Herget – Hofmann (91. Klinger), Brinkmann, van de Loo – Thomas, Feilzer, Funkel, Raschid – Sackewitz (63. Jusufi), Gulich. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer – Grobe, Kraus, Pflügler, Nachtweih – Mathy (91. Del'Haye), M. Rummenigge (91. Hoeneß), K.-H. Rummenigge. – *Schiedsrichter: Barnick (Schenefeld).* – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Herget (2), Jusufi, Grobe, Mathy, Augenthaler.

So geht's weiter

● Das Viertelfinale des deutschen Fußball-Pokals wird am 3. März ausgetragen. Fritz Walter, Ehrenspielführer der Nationalmannschaft, zog die Lose. Er tat es so, daß nur dann eine reine Bundesligapaarung entstehen kann, wenn Werder Bremen sein ausgefallenes Spiel in Aachen gewinnt.

Das sind die Spiele: Hannover 96 – Borussia Mönchnengladbach, Sieger Aachen/Bremen – Sieger Hamburg/Stuttgart, Bocholt – Sieger München/Uerdingen, Hertha BSC – Schalke 04.

Die Wiederholungsspiele und die ausgefallene Begegnung sollen am 31. Januar/1. Februar ausgetragen werden.

VORSCHAU

BUNDESLIGA

Freitag, 20. Januar, 20.00 Uhr:

Düsseldorf – M'gladbach (1:1)

Samstag, 21. Januar, 15.30 Uhr:

K'lautern – Hamburg (2:3)
Dortmund – Frankfurt (2:2)
Uerdingen – Nürnberg (4:2)
Leverkusen – München (1:2)
Offenbach – Bochum (0:1)
Bremen – Mannheim (0:2)
Braunschweig – Stuttgart (0:3)
Bielefeld – Köln (3:2)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

ZWEITE LIGA

Samstag, 21. Januar, 14.30 Uhr: SCC Berlin – Schalke, Lüttringhausen – Saarbrücken; 15.30 Uhr: Köln – Solingen, Aachen – Osnabrück, Karlsruhe – Hannover, Essen – Ulm; **Sonntag,** 22. Januar, 14.30 Uhr: Freiburg – Duisburg, Stuttgart – Kassel; 15.00 Uhr: Wattenscheid – Hertha BSC, Oberhausen – *Darmstadt.*

● In einem Nachholspiel der Hinrunde erreichte der SC Charlottenburg Berlin ein 1:1 gegen Hessen Kassel.

FUSSBALL / Pokalsieger 1. FC Köln in Hannover ausgeschieden – Braunschweig ist auch nicht mehr dabei

Die profihafte Vorbereitung der Amateure des 1. FC Bocholt

Von ULRICH DOST

Ein bißchen abergläubig sei er schon, wie wohl jeder Fußballspieler. Die 14 Kerzen im Dom von Xanten, wie die „Bild am Sonntag" gestern meldete, hat er aber nicht selbst aufgestellt. „Ich werde doch nicht den lieben Gott brüskieren", sagt **Rolf Müller** (38), Trainer des 1. FC Bocholt, „die Kerzen muß jemand anders aufgestellt haben." Allein mit Gottvertrauen kommt man auch nicht weiter, wenn ein Amateurverein versucht, einen Bundesligaklub zu besiegen. Die Bocholter haben es geschafft: Der Zweite der Amateur-Oberliga Nordrhein besiegte Eintracht Braunschweig in der Verlängerung mit 3:1 und steht damit im Viertelfinale des deutschen Vereinspokals.

Purzelbäume haben sie anschließend geschlagen, sich geherzt und geküßt, bevor es auf die Ehrenrunde ging. Eine Feier („Ende offen") schloß sich an. Schon vor Weihnachten hatte ein Beiratsmitglied des Klubs zum 40. Geburtstag eingeladen. Rolf Müller: „Der Geburtstag wurde *kurzentschlossen* zu einer Siegesfeier über Braunschweig umfunktioniert." *Er selbst war um 2.00 Uhr nachts* wieder zu Hause, in Wuppertal. Und die Spieler? Rolf Müller: „Das kümmert mich nicht. Sie durften so richtig über die Stränge schlagen. Das ist bei uns nach jedem Spiel so. Die Entspannung nach dem Wett*kampf ist einfach notwendig."*

Die Braunschweiger dagegen legten einen ruhigen Abend ein, ihnen blieb nur der einzige Trost, den ihr Trainer **Aleksandar Ristic** (39) so formulierte: „Wir haben heute nicht gegen Amateure verloren." Im Trainingslager in Jugoslawien suchten sich die Braunschweiger in der vergangenen Woche extra Amateurklubs als Gegner, um sich auf die Bocholter einzustellen. Sie trafen aber auf Profis, nicht nur im Spiel, sondern auch, was die Vorbereitung auf dieses Spiel betrifft.

Nachdem feststand, daß Braunschweig zum 1. FC Bocholt reisen muß, hatte Trainer Rolf Müller den Bundesligaklub nicht mehr aus den Augen gelassen. Er sah Braunschweig in Dortmund gewinnen, reiste nach Leverkusen und Bremen, um den Gegner zweimal verlieren zu sehen. Als Test wurde in der Winterpause mit Borussia Dortmund ein Bundesligaklub verpflichtet. Müller: „Wir verloren 0:1, und meine Spieler machten alles falsch, was man nur falsch machen kann. Sie versteckten sich, ließen den Gegner agieren und kassierten auch prompt ein Tor."

Gegen Braunschweig müsse alles anders werden, hat Müller danach gesagt. Schließlich habe er lange genug spioniert, um die Eintracht zu kennen. Nur durch Forechecking, also durch frühes Angreifen noch in des Gegners Hälfte, so Müller, hat eine Amateurmannschaft eine Chance gegen einen Bundesligaklub: „Wer *sich in der eigenen Abwehr* verschanzt, darf sich nichts ausrechnen."

So werden Pokal-Überraschungen erdacht, geplant und durchgeführt. Nicht immer ist es die Überheblichkeit des *vermeintlich Größeren oder* einfach nur die Kampfkraft der Amateure, die den Pokal so reizvoll machen. Oft steckt auch ein kluger Kopf dahinter.



In Bocholt zahlen sie auch nicht die Unsummen, wie sie gerade in der letzten Zeit durch die Gütersloher Spieler **Volker Graul** (31) und **Roland Peitsch** (34) bekanntgeworden sind. Müller: „Wir versuchen eher einen Weg zu gehen wie Waldhof Mannheim." Die meisten Spieler des 1. FC Bocholt gehen einer täglichen Arbeit nach. Libero **Lothar Schulz** *(27) arbeitet als Maschinenbauschlosser,* **Michael Tönnies** (24), Torschütze zum 2:1, arbeitet bei seinem Vater in einer Gebäudereinigungsfirma. Mittelfeldspieler **Achim Herbst** (20) absolviert gerade eine Lehre als Industriekaufmann, **Paul Holz** (28), früherer Profi in Dortmund, Schalke und Bochum, ist selbständig und leitet in Bochum einen Jeans-Laden. Der Trainer: „Selbst wenn wir in die 2. Bundesliga aufsteigen, ändern wir nichts an diesem Konzept. Zuviel freie Stunden bringen die Burschen nur auf dumme Gedanken."

Jetzt rechnen die Bocholter damit, daß am 3. *März der FC Bayern* kommt. **Karlheinz Rummenigge** (28), der einen Erfolg im Wiederholungsspiel gegen Bayer Uerdingen fest eingeplant hat, meint: „Wir dürfen die Amateure keinesfalls unterschätzen." Er erinnerte sich dabei an den 4:1-Erfolg der Bayern im Mai des vergangenen Jahres in Bocholt. Aber Rolf Müller sagt: „Das war damals nur ein Freundschaftsspiel, wenn es ernst wird, sieht es anders aus." Eins ist für ihn jetzt schon klar: Ob Uerdingen oder die Bayern – den nächsten Gegner kennt er bis zum 3. März in- und auswendig.

Mit Hannover 96 schaffte ein Klub die zweite große Überraschung im Pokal, der eigentlich dem Amateurbereich verdächtig nahe steht. Nur zwei Punkte trennen die Hannoveraner in der zweiten Liga vom Tabellenletzten Oberhausen. Beim 3:2-Erfolg über den 1. FC Köln war jedoch von einem Klassenunterschied nichts zu spüren. Aber auch dieser Erfolg kommt nicht von ungefähr. Als **Werner Biskup** (44) Ende Oktober 1983 die Arbeit als Trainer für den entlassenen **Gerd Bohnsack** (45) übernahm, versprach er den Spielern eine harte Welle. Sieben Heimspiele hatten sie hintereinander verloren, dann kam Biskup und sagte: „Die freien Tage könnt ihr vergessen, die gibt es erst wieder, wenn wir im *Mittelfeld stehen."*

Vor dem Spiel gegen Köln zogen Trainer und Mannschaft nach langer Zeit wieder einmal in ein Trainingslager. Biskup: „Frauen, Bräute, Kinder, alles, was abblenken könnte, sollte weit vom Schuß gehalten werden." Er selbst hatte Frau und Kinder im belgischen Eupen seit den Weihnachtstagen nicht mehr gesehen: „Der Fußball *in Hannover ist jetzt* wichtiger."

Für Samstag morgen um 11.30 Uhr setzte der Trainer noch eine Mannschaftsbesprechung an. Alles wurde noch einmal durchgesprochen, jedem noch einmal die genaue Aufgabe erklärt. Im Spiel ging die Taktik später auf, *Kölns stärksten Abwehrspieler* **Paul Steiner** (25) abwechselnd durch andere Spieler ins Mittelfeld zu locken, um so Lücken in der Kölner Abwehr zu schaffen.

Wie sich die Bilder gleichen! Wie in Bocholt auch in Hannover: Ausgelassen tollten die Spieler auf dem Rasen herum, bevor sie auf eine Ehrenrunde gingen.

Doch damit hatte es sich dann. Wie üblich traf sich die Mannschaft von Hannover nach dem Duschen und Umziehen im Klubheim. Doch man saß nicht allzu lange beisammen, schon sehr früh waren die Spieler zu Hause. Schließlich hatte der Trainer für Sonntag vormittag um 10 Uhr schon wieder ein Training angesetzt . . .

*

Hannover hat uns heute gezeigt, daß man mit Siegeswillen Berge versetzten kann", meinte **Hannes Löhr** (39), Trainer des 1. FC Köln, der erst in der vergangenen Woche sein Arbeitsverhältnis mit den Kölnern um ein *Jahr* verlängerte. Löhr: „Mit halbem Herzen kann man nicht bestehen." Den Kölnern bleibt jetzt nur noch die Meisterschaft, und die Hoffnung *auf einen UEFA-Pokalplatz. In* den nächsten Tagen, so der Trainer, werde man sich in Köln zusammensetzen, um über die weitere Arbeit nachzudenken. Löhr: „Wer dann nicht mitzieht, hat bei uns keine Zukunft mehr."

Jubel und ein Tor, das keines war

Ausgelassen wie Kinder tollten die Spieler von Hannover 96 nach dem 3:3-Erfolg über den 1. FC Köln auf dem Rasen herum (Foto oben). Bedanken können sie sich auch bei Schiedsrichter Peter Corell, der ein einwandfreies Tor der Kölner (Foto links) nicht anerkannte. Die Kölner wären damit 3:1 in Führung gegangen, protestiert beim Schiedsrichter haben sie allerdings auch nicht. Torschütze wäre Klaus Fischer gewesen. FOTOS: BONGARTS/DPA

Unentschieden, das gar nichts beweist Hamburg auf dem Weg der Besserung, Stuttgart ist noch lange kein Meister

MARTIN HÄGELE, **Stuttgart**

Alles schien vom Los so schön arrangiert: Die Mannschaft von gestern (der Hamburger SV) trifft auf die Mannschaft der Zukunft (den VfB Stuttgart), und die Wachablösung findet gleich im ersten großen Spiel des neuen Jahres vor großer Kulisse und viel Prominenz statt. Doch dann erlebten 55 000 Zuschauer, die ganz auf einen schwäbischen Sieg eingestellt waren, eine Ernüchterung. Sie mußten begreifen, daß es noch ein langer Marsch sein wird, ehe sie im Sommer den VfB Stuttgart zum Meister ausrufen können. Es gab ein 1:1 nach einer Verlängerung, ein Unentschieden, das noch gar nichts beweist.

Der Hamburger SV „feierte seine Wiedergeburt". So das Zweite Deutsche Fernsehen. Hamburgs Manager *Günter Netzer hat dieses große Wort* gleich relativiert: „Das Unentschieden in Stuttgart war der erste Lichtblick seit Wochen und Monaten." Und noch *einmal* Netzer: „Wenn wir halbwegs komplett sind, können wir gar nicht so schlecht aussehen, wie wir zuletzt gemacht wurden."

Wer letztendlich der Sieger dieses Pokalspiels sein wird, das muß sich erst in der Wiederholungspartie (31. Januar oder 1. Februar) im Hamburger Volksparkstadion zeigen. Weil es in Stuttgart ein Patt gab, kochte die Erregung nach den 120 Minuten nur auf ganz kleiner Flamme. „Was wollt ihr, ich bin am besten Torwart der Liga gescheitert, na und. Mein Selbstvertrauen ist deshalb nicht im Eimer", erklärte zum Beispiel Walter Kelsch. Der ehemalige Nationalspieler hatte zwei Minuten nach der Pause einen Strafstoß vergeben. Und kurz vor Ende der regulären Spielzeit hatte er beim Duell mit Hamburgs Torwart Uli Stein alle Übersicht verloren und diesem den Ball ans Knie geschossen.

Oder Holger Hieronymus auf der Gegenseite. In der 50. Minute hätte er das 2:0 erzielen müssen. Unbedrängt kam er zehn Meter vor Stuttgarts Helmut Roleder zum Schuß. Der Stuttgarter parierte. Und in der 81. Minute ritt Hieronymus der Teufel. Am eigenen Strafraum vertändelte er den Ball gegen den bulligen Reichert. Der bediente Guido Buchwald. Und er, Stuttgarts bester Spieler, erzielte den Ausgleich. Aber was sagt Hieronymus? Niemand habe ihm einen Vorwurf gemacht. Er könne sich auch nicht erklären, wie ihm so etwas habe passieren können.

Nun, bei Hamburgs Libero ist dies nicht der erste Aussetzer dieser Art. Und wegen Walter Kelsch haben sich im Neckarstadion schon etliche Leute büschelweise Haare aus dem Kopf gerissen. „So etwas Dummes wie dieses Tor gibt es überhaupt nicht. Wir haben uns ja selbst bestraft." Das war schon alles an offizieller Schelte für Hieronymus. Wäre der HSV ausgeschieden, hätte Netzer wohl eine andere Tonlage für den leichtsinnigen Wiederholungstäter Hieronymus angeschlagen.

Von Ernst Happel gab es keine Statements. Weil die Hamburger ihr *Flugzeug* erreichen mußten, ließ sich Happel bei der Pressekonferenz entschuldigen. Durchaus eine Entschuldigung. Aber den Meistermacher hat die Talfahrt seiner Mannschaft mitgenommen. Er gab sich grantig, schroff und wortkarg. *Nun ist gerade Happel* auch nicht der Typ, der beim leisesten Stimmungsumschwung sofort die neue Melodie laut mitsingt. Vielleicht traut auch Happel dem ganzen Frieden noch nicht. Regisseur Felix Magath und Antreiber Groh zeigen zwar steil ansteigende Tendenzen, dafür war von Sorgenkind Wolfram Wuttke außer einem Freistoß an die Querlatte nicht viel zu sehen. Und Manfred Kaltz lief so pomadig herum, als sei es ihm peinlich, mit den Füßen im Dreck sein Geld verdienen zu müssen.

Eine noch schwächere Vorstellung erlaubte sich auf Stuttgarter Seite Nationalspieler Bernd Förster. Bei dem älteren der Brüder brach eine alte Schwäche wieder einmal schmerzlich auf. Ohne direkten Gegenspieler bekam er Angst vor dem freien Raum, der sich vor ihm auftat. Anstatt seine Freiheit zu nutzen, versteckte er sich. Als ein Journalist diese Tatsache in der Pressekonferenz feststellte, schwoll die Stimme von Trainer Helmut Benthaus an: „Wir wissen, daß Bernd Förster in der Manndeckung besser spielt, aber das gleiche gilt für seinen Bruder Karlheinz und für Günter Schäfer."

Das mag wohl nur zum Teil stimmen. Aber Benthaus wollte unter allen Umständen Ärger vermeiden und *auf gar keinen Fall dem* ehemaligen Kapitän weh tun. Denn Bernd Förster muß nicht nur in der Nationalmannschaft um einen Platz kämpfen, sondern auch im Klub. In beiden Fällen ist ihm in dem 21 Jahre alten Günter Schäfer, von dem sowohl DFB-Boß Neuberger wie auch Bundestrainer Jupp Derwall große Stükke halten, Konkurrenz erwachsen. „Ich glaube, so langsam läßt mich der Herr Benthaus nach guten Spielen in der Mannschaft", sagte Schäfer, schränkte aber *im gleichen Atemzug* ein, „wenn ich nächsten Samstag auf die Bank muß, wäre das für mich wieder eine Riesenenttäuschung."

Schäfer, Buchwald, die eingewechselten Junioren- und Jugendnationalspieler Peter Reichert und Rainer Zietsch – sie haben Stuttgart noch einmal vor dem Ausscheiden geret*tet, die Entscheidung hinausgezö*gert. Karlheinz Förster selbstverständlich auch. Aber einmal abgesehen von Stuttgarts Fußball-Idol waren es Leute aus dem zweiten Glied.

Vielleicht war auch ein Schuß Einbildung schuld, daß der VfB Stuttgart im neuen Jahr nicht mit dem Einsatz zur Sache ging wie in den letzten Monaten des alten. Vielleicht ist dies die Erklärung, daß die Wachablösung des Meisters nicht stattgefunden hat.

Und die Geburt eines neuen Meisters hat auch noch nicht stattgefunden. „Mit dem Hamburger SV muß wieder gerechnet werden", kommentierte Bundestrainer Jupp Derwall. Dafür darf er jetzt nicht mehr mit dem Hamburger Ditmar Jakobs rechnen. Derwall hatte den Vorstopper zum Trainingslager der Nationalmannschaft eingeladen, Jakobs sagte ab: „Ich will mich voll und ganz auf den Verein konzentrieren. Schließlich ist der Bundestrainer bisher auch ohne mich ausgekommen."

LEICHTATHLETIK / Das dritte Comeback von Brigitte Holzapfel

„Sie hat Sprungkraft für zwei Meter"

KLAUS BLUME, **Bonn**

„Über die Motivation von Leistungssportlern nach Operationen", so heißt das Thema ihrer Diplomarbeit, die sie in fünf Monaten abgeben muß. Autobiographisches wird sich bei der Abfassung wohl nicht vermeiden lassen, zumal die Hochspringerin Brigitte Holzapfel (25) nach beinahe chronischen Rückenbeschwerden, schweren Achillessehnenverletzungen und Operationen nun in Simmerath (Nordeifel) zum dritten Male in *ihrer Laufbahn einen Comeback-*Versuch unternahm. Bei der Veranstaltung des Kölner Hochspringers Carlo Thränhardt überquerte sie nach elfmonatiger Wettkampf-Abstinenz die Höhe von 1,91 m. Thränhardt mutmaßte: „Sie hat schon jetzt genügend Sprungkraft für zwei Meter."

Zur Vorgeschichte: Birgitte Holzapfel, die trotz der überragenden Europameisterin Ulrike Meyfarth als talentierteste deutsche Hochspringerin gilt, war am 25. Februar 1983 in Berlin beim ersten Versuch über die Anfangshöhe von 1,75 m nach drei Anlaufschritten zusammengebrochen. Eine in der Halle anwesende Ärztin diagnostizierte damals: *„Achillessehnenabriß, rechts."* Professor Hartmut Krahl behandelte anschließend in Essen einen etwa zwölf Zentimeter langen Riß mittels einer Klebetechnik. Eine Transplantation war nicht nötig. Ihre Karriere schien dennoch gefährdet, und so spielte sie mit dem Gedanken, mit dem Hochleistungssport Schluß zu machen. Schließlich war es nicht ihr erster Rückschlag. Schon 1980 hatte sie sich in Backnang eine Achillessehnenverletzung im linken Sprungfuß zugezogen, sich aber mit viel Mühe wieder nach oben gearbeitet. Und 1978, vor den Europameisterschaften in Prag, plagten sie fast schon chronische Rückenbeschwerden, die *noch* vor Ort mit schmerzstillenden Spritzen behandelt werden mußten. Trotzdem gewann Brigitte Holzapfel damals die Bronzemedaille.

Schon seinerzeit galt sie als potentielle *Zwei-Meter-Springerin* (Bestleistung: 1,95 m), und ihr früherer Trainer Harry Renter prognostizierte bei sorgfältiger, kontinuierlicher Steigerung *für das Jahr 1984 einen Sprung* über 2,06 m – das wäre neuer Weltrekord. Doch Brigitte Holzapfel dachte in den letzten zwei Jahren eher ans Aufhören, denn an große Sprünge.

Als sie nun in Simmerath ihr erfolgreiches Comeback wagte, verblüfften dabei zwei Dinge: Zum einen die selbstverständliche Sicherheit, mit der sie sich nach ihren Operationen an die Höhe von 1,91 m wagte, zum anderen ihre Sprungkraft. Denn mit ihrem (bisher *noch*) langsamen Anlauf, der sie obendrein zu dicht an die Hochsprunglatte herantreibt, scheinen im Grunde solche Sprünge kaum realisierbar. Thränhardt dazu: „Jeder von uns muß seinen eigenen Anlauf finden." Die angehende Diplom-Sportlehrerin Brigitte Holzapfel wird sich wohl dabei nicht schwertun.

TENNIS / Krise schon eingetreten: Beim Mastersfinale in New York kamen 20 000 Zuschauer weniger

John McEnroe fleht: „Ich vermisse Björn Borg"

H.-J. POHMANN, **New York**

Sechs Jahre hintereinander war das Masters-Turnier im New Yorker Madison Square Garden ein Selbstgänger. Der Tennis-Boom und das immer neue Verlangen, Superstars live zu erleben, brachte Zuschauerrekorde im Vorübergehen. Zuletzt strömten in sechs Tagen 135 000 Fans in den Garden. Jetzt aber, im siebten Jahr, schrillen bei den Veranstaltern die Alarmglocken. Über 20 000 Karten wurden in diesem Jahr weniger verkauft, was die Manager dabei besonders irritiert; nach wie vor gilt New York mit seinen beiden Großveranstaltungen, den US-Open und dem Masters als heimliche Tennis-Hochburg. Fast *sieht es so aus,* als ob beim Masters mit seinem nachlassenden Zuschauer-Interesse die schon lange herbeigeredete Krise im Profi-Tennis eingetreten ist.

Dieses Turnier provozierte bis zum Finale zwischen John McEnroe (USA) und Ivan Lendl (CSSR) – das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor – genau die *gähnende Langeweile,* die für jede Unterhaltung abträglich ist. Nie zuvor ist der Klassenunterschied im Herren-Tennis so deutlich geworden, wie in diesen Tagen. Bis zum Halbfinale verloren John McEnroe, Ivan Lendl, Mats Wilander (Schweden) und Jimmy Connors (USA) insgesamt nur einen Satz, den Connors gegen Tomas Smid (CSSR) fast freiwillig abgab.

Die auf der Computer-Rangliste folgenden Spieler wie Clerc, Kriek, Noah und Arias wurden zu Mitläufern und Statisten degradiert. Diese Tatsache hat für die gesamte Szene schlimme Folgen, da die Besten nicht mehr durchgehend gefordert werden und das spielerische Niveau zwangsläufig gedrückt wird.

John McEnroe formulierte dann auch nach seinem Sieg über Wilander auf einer Pressekonferenz recht deutlich, was der gesamten Branche fehlt: „Ich vermisse Björn Borg." Heute, genau ein Jahr nach dem Rücktritt des fünfmaligen Wimbledon-Siegers, *wird es erst richtig klar, was mit Borg* verlorenging.

Es gibt keine spielerischen und dramatischen Höhepunkte mehr. Fast wehmütig werden die unvergessenen Klassiker zwischen Borg und McEnroe in Wimbledon und bei den US-Open herbeigesehnt. Wie fasziniert waren die Zuschauer damals von den unterschiedlichen Spielertypen: Auf der einen Seite Borg mit seiner starken Vorhand und den unnachahmlichen doppelhändigen Rückhandpassierschlägen, auf der anderen dann McEnroe mit seinen Linkshänder-Assen und den kaum zu erreichenden Volleys. „Ich fühl mich nicht hundertprozentig fit, das war das letzte Mal 1981 im Finale der US-Open gegen Borg der Fall." Mit diesen Worten beschreibt McEnroe seine derzeitige Verfassung: „Ich sehne mich deshalb nach einer erneuten sportlichen Rivalität, wie ich sie mit Borg hatte."

Mit diesem Seitenhieb auf seine Kollegen umschreibt McEnroe *gleichzeitig* auch die spielerische Krise innerhalb der Topstars. Mit dem 31jährigen Jimmy Conners, in New York immer noch ein gefeierter Spieler, droht eine *weitere Ausnahmeer*scheinung sich mehr und mehr zurückzuziehen: „In Zukunft gehe ich nur noch auf den Platz, wenn es mir Spaß macht und ich dem Publikum eine gute Show bieten kann." Sein unbändiger Siegeswille wird demnach nur noch in Ausnahmesituationen zu sehen sein. Beim Masters war er mehr mit Frau Patti und Sohn Brad beschäftigt.

Ivan Lendl fehlt nach wie vor die große Ausstrahlung, um beim Publikum *anzukommen.* Es fällt schwer, sich mit dem kühl wirkenden 23jährigen aus Ostrau auf dem Platz zu identifizieren, dem zudem noch solange der Ruf eines *Verlierers anhaftet,* bis er einen Grand-Slam-Titel gewinnt.

Bleibt Mats Wilander als möglicher Borg-Nachfolger.

RINGEN

Aalen mußte lange zittern

sid/dpa, Stuttgart

Zu einem Spektakel, das in der deutschen Ringergeschichte seinesgleichen sucht, entwickelte sich der Endkampf um die Deutsche Mannschafts-Meisterschaft. Das Finale zwischen dem KSV Aalen und dem VfK Schifferstadt brach alle Rekorde: 8200 Zuschauer wollten den entscheidenden Kampf sehen. Weil die heimische Halle für so viele Zuschauer zu klein ist, zog der KSV Aalen kurzerhand um. Er mietete für 40 000 Mark die Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart und ließ es sich 14 000 Mark kosten, die 3000 Fans aus Aalen in zwei Sonderzügen kostenlos nach Stuttgart zu befördern.

Mit diesen Aktionen führte der KSV Aalen konsequent eine Strategie zu Ende, die am Anfang der Saison von der Konkurrenz teils bewundernd, teils beneidend als „Kraftakt" bezeichnet wurde. Innerhalb von zwei Jahren hatte Aalen sechs Neuzugänge gemeldet und damit die Anwartschaft auf den zweiten Meistertitel nach 1979 verdeutlicht.

Daß dies am Samstagabend gelingen würde, deutete sich bereits nach dem 21:15-Sieg aus dem Hinkampf an. In Stuttgart jedoch wurde Aalen wieder auf die Matte geholt: Beim Zwischenstand von 11:4 (Gesamtwertung 26:25) für Schifferstadt wurde es noch einmal ganz eng. Erst im 19. und damit vorletzten Kampf fiel die endgültige Entscheidung für Aalen, als der polnische Weltklasse-Ringer Czesla Kowalik den ehemaligen internationalen Spitzenringer Thomas Passarelli mit 10:0 Punkten besiegte.

Damit beendete Aalen das Finale in doppelter Hinsicht als Sieger, denn neben dem sportlichen Erfolg wurde mit einem Reingewinn von 80 000 bis 100 000 Mark auch der finanzielle Seiltanz überstanden.

MOTORSPORT

Jacky Ickx holte auf

sid/dpa, Tenba

Der mehrfache belgische Motocross-Weltmeister Gaston Rahier auf der 980-ccm-Zwei-Zylinder-BMW und der Franzose René Metge mit einem vierradangetriebenen Porsche 911 bestimmten die Wochenend-Etappen der 6. Rallye Paris–Dakar.

Das Porsche Team Metge/Lemoyne, das den vierradangetriebenen 911 erstmals einem Härtetest unterzieht, baute aufgrund dieses neuerlichen Erfolges den Vorsprung in der Gesamtwertung auf 2:18,29 Stunden vor dem italienischen Range Rover-Team Zaniroli/da Silva aus.

Jacky Ickx, der zu Beginn der Rallye vom Pech verfolgte belgische Vorjahressieger, verbesserte sich auf den sechsten Rang, liegt aber schon 5:15,29 Stunden zurück. Ausgezeichnet halten sich auch noch die Stuttgarter Porsche-Techniker Roland Kußmaul/Erich Lerner, die nach einem fünften und einem zweiten Platz am Samstag in der Gesamtwertung Platz sieben einnehmen. Während die Entscheidung im Automobil-Wettbewerb schon gefallen zu sein scheint, liefern sich in der Motorrad-Klasse die BMW-Werksfahrer Gaston Rahier (Belgien) und Hubert Auriol (Frankreich) ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Beide führen in der Gesamtwertung mit knapp zwei Stunden Vorsprung vor den Verfolgern.

Die härtesten Prüfungen stehen den noch verbliebenen 170 Teilnehmern (von 397 Startern in den nächsten fünf Tagen noch bevor. Urwald Fahrten ohne Straßen und gültige Karten sowie diverse Flußüberquerungen ohne Brücken gehören zu den besonderen Anforderungen.

EISKUNSTLAUF / Drei Medaillen und viel Optimismus für die Olympischen Spiele

● Silber für Manuela Ruben und Rudi Cerne, Bronze für Norbert Schramm – die Deutsche Eislauf-Union war bei den Europameisterschaften in Budapest erfolgreich wie selten zuvor. Zuletzt gab es 1962 in Zürich drei internationale Medaillen für die Bundesrepublik Deutschland. Eine Tatsache, die für die Spiele in Sarajevo Platz für Hoffnungen läßt.

● Die Querelen um Trainerwechsel im deutschen Aufgebot wurden vorerst einmal übertüncht. Besonders im Herren-Wettbewerb. Bundestrainer Erich Zeller, von Schramm und Ruben verlassen: „Alle Kritiker sollten sich eins überlegen: Nur wir haben fünf Jungen unter den ersten fünf. Keiner darf dabei Heiko Fischer vergessen, auch er ist großartig gelaufen."

● Katarina Witt, Rudi Cerne, Norbert Schramm waren zweifellos Stars in Budapest. Das Tanzpaar Torvill/Dean übertraf sie alle, mit elfmal 6,0, der Traumnote. Nur die Briten sind auch für Sarajevo klare Favoriten. In allen anderen Disziplinen müssen die Europäer gegen die Nordamerikaner kämpfen. Das gilt wohl vor allem für Fadejew, Cerne und Schramm.

Toller Cranstons Lob für Cerne: „Ein Stilist, einfach wundervoll . . ."

E. F. RAULF, Budapest

Es war wie so oft bei großen Meisterschaften im Eiskunstlauf. Das Publikum, das sich nur für die Kür interessiert und selten verstehen kann, daß nicht dem Gold umgehängt wird, der die schönste Kür läuft – diese Publikum pfiff auch in Budapest. Es pfiff, als der nur 1,65 m *große, 20 Jahre alte Sowjetrusse als* erster zur Siegerehrung gerufen wurde. In diesem Moment sagte Theo Neufer, seit 15 Jahren ständiger Begleiter der deutschen Eiskunstläufer: *„Wenn jetzt der zweite Platz ausgerufen wird, machen die Zuschauer aus der Halle eine Achterbahn."* Fast war es so – Rudi Cerne kam. Minutenlang wurde er mit stehenden Ovationen gefeiert, noch einmal wie zuvor kurz nach seiner Kür, als der Sprecher in der Halle mit der Verkündung der *Noten warten mußte* . . .

Rudi Cerne auf Platz zwei bei den Europameisterschaften – für viele war das ein Platz zu niedrig. Das soll nicht heißen, daß der Moskauer Student Fadejew zu Unrecht den Titel gewonnen hat. Er zeigte das mit Abstand schwierigste Programm – unter anderem als Weltpremiere den dreifachen Axel in Kombination mit einem doppelten Toeloop. Und weitere Premieren hat er in Arbeit. Den vierfachen Toeloop und den vierfachen Rittberger hat er im Training schon bewältigt. Sein Trainer Schuck: „Der kann auch schon den vierfachen Lutz."

Doch so ist es oft im Eiskunstlauf – zumindest bei den Zuschauern: Wer zählt schon die Drehungen, wenn er von der *künstlerischen* Leistung eines Läufers beeindruckt ist? Vor den Ovationen schwiegen die Zuschauer bei Rudi Cerne. Von den ersten Tönen an („Sizilianische Vesper" von Verdi) waren sie gefesselt von dieser Kür. Später redeten auch Experten vom „wahren Weltmeister Cerne": Emmerich Danzer, Ex-Weltmeister aus Österreich: „Eleganter kann man nicht laufen." Toller Cranston, der immer wieder gesagt *hatte,* Cerne laufe ihm zu altmodisch, Norbert Schramms Stil sei der Ausdruck der 80er Jahre: „Kein anderer läuft so rein und sauber wie Rudi. Ein wundervoller Stilist. Er war vollkommen an diesem Abend. Er muß wie ein Wahnsinniger trainiert haben, um so Eislaufen zu können. Die Sprünge von Fadejew sind einfach unglaublich. Daß man so etwas überhaupt *fertigbringt. Sein Lauf ist* ungeheuer athletisch, aber immer etwas unsauber. Im Grunde hat er eine ganz andere Idee vom Eiskunstlauf als Cerne und Schramm."

So redet der wohl größte Künstler, den es jemals auf dem Eis gab. Er hat Norbert Schramm mit in sein Lob eingeschlossen. Der Titelverteidiger erreichte noch den dritten Platz, weil der Tschechoslowake Sabovicz Sabovcik, nach *Pflicht* und *Kurzkür* noch Dritter, in der reinen Kürwertung noch von dem Russen Vladimir Kotin übertroffen worden war. In diesem *Moment* riß Schramm jubelnd die Arme hoch: „Ich freue mich, daß ich nach der Kür so viele Blumen erhalten habe. Das zeigt mir, daß meine Art zu laufen noch genauso ankommt wie im letzten Jahr. Das macht mir Mut für Sarajevo." Das ist richtig, aber in Budapest wurde diskutiert, ob Cerne nicht in der B-Note für den künstlerischen Eindruck eine 6,0 zugestanden hätte . . .

„Ich glaube, daß die Noten so gerechtfertigt waren. Es ging hier ja auch nicht darum, unbedingt Europameister zu werden, sondern wirklich mal eine gute Leistung in allen Wettkampfteilen zu zeigen. Vorher habe ich maximal auf Bronze gehofft und mir dann, als bis zur Kurzkür alles so gut lief, nur gewünscht, endlich mal eine Medaille zu gewinnen. Dieser Traum ist endlich in Erfüllung gegangen." So freut sich Rudi Cerne. Und diese Freude ist nach seinem steinigen Weg zum Erfolg allzu verständlich.

„Immer wieder aufstehen, immer wieder sagen, es geht doch." Diese Zeile aus dem bekannten Lied der Rockgruppe „Herne 3" paßt genau auf die Eislaufkarriere des Mannes aus Herne 2, dem alten Wanne-Eickel. Seit acht Jahren läuft er bei internationalen Meisterschaften. Seit acht Jahren läuft er auch einem großen Erfolg hinterher. Doch aufgesteckt hat er nie. Nicht nach seiner Schulterverletzung, nicht als der Umzug in die USA zu Carlo Fassi nicht den gewünschten Erfolg brachte. Er gab nicht auf, als große Ziele, die er sich gesteckt hatte, durch eigene Fehler, die ihm in jedem Wettbewerb hinterherzulaufen schienen, nicht erreicht wurden. Er machte weiter, als die Preisrichter seinen neuen Stil nicht akzeptieren wollten. Er hat nie resigniert, hat immer gekämpft und weitergemacht, wo andere die Schlittschuhe längst in die Ecke geschmissen hätten. Cerne ist wieder aufgestanden und hat gesagt: „Es geht doch."

Rudi Cerne war selbst sein größter Gegner, wenn er im endlosen Grübeln über Fehler schon die nächsten machte. Jetzt endlich hat er sich auch einmal selbst bezwungen: In der Pflicht gelang ihm alles, er schwebte auf einer Welle des Erfolgs durch die anderen Wettbewerbsteile, zerbrach nicht an Selbstvorwürfen.

Nicht durch die Siege wächst der Mensch, sondern durch seine Niederlagen – Rudi Cerne ist das beste Beispiel dafür. Und so ist er stets der bescheidene, zurückhaltende junge Mann geblieben. Auch in Budapest vergaß er nicht die Menschen, die ihm auf seinem Weg geholfen haben. Er dachte an seine Trainer, auch an die, von denen er sich wieder getrennt hat: „Denn jeder hat mir irgendetwas beigebracht und mitgegeben, was mir bei meiner Entwicklung geholfen hat. Besonders viel verdanke ich natürlich meinem jetzigen Trainer Günter Zöller, der mich in den letzten zwei Jahren im Mannheimer Leistungszentrum richtig angepackt und geführt hat."

Wer Rudi Cerne zu nächtlicher Stunde in Budapest so reden hörte, verstand die riesige Freude des Läufers. Verständlich wird da aber auch der Jubel in der deutschen Mannschaft und weit über diese hinaus. „Rudi, Rudi, noch einmal, es war so wunderschön, Rudi, Rudi, noch einmal, das wollen wir noch mal sehen."

Noch einmal? Es wäre wunderschön: Noch einmal in Sarajevo!



Zwischen Blumen und seinem strahlenden Trainer Günter Zöller, ein Mann, der sein Glück nicht zu glauben scheint: Rudi Cerne nach seiner Kür in Budapest, und nachdem er die Noten für seine Kür gesehen hatte. FOTO: SIMON

Weltrekord: Elfmal 6,0

DW. Budapest

Die britischen Eistanz-Weltmeister Jayne Torvill und Christopher Dean eröffnen dem Eiskunstlauf immer neue Dimensionen. Zum Abschluß der Europameisterschaften in der erstmals mit 9000 Zuschauern ausverkauften Stadionhalle zeichneten die 26 Jahre alte Jayne und ihr um ein Jahr jüngerer Partner Christopher den Bolero von Ravel in einer so faszinierenden Version auf das Eis, daß sich das Preisgericht zu einem neuen Noten-Weltrekord hinreißen ließ. Elfmal gab es die Ideal-Punktzahl 6,0 dazu kamen sechs Traumnoten aus dem freien Spurenbildtanz. So etwas hat es in der Geschichte des *Eiskunstlaufs noch nie gegeben.*

Der einzige Preisrichter, den die Briten nicht vollends zu überzeugen vermochten, war der Saarbrücker Heinz Müllenbach, der ihnen als einziger die 6,0 in der B-Note für den künstlerischen Wert verweigerte. Immerhin kann über die Kür von Torn-vill/Dean, so schön sie auch ist, so sehr sie die scheinbaren Grenzen dieses Sports auch sprengen mag, diskutiert werden. Schon die Tatsache, daß sie ein Musikstück durchziehen, ist eine Provokation des Preisgerichts. Vier Minuten lang nur der dumpfe Dreivierteltakt dieses spanischen Musikstücks, nicht ein einziger Rhythmuswechsel, keine andere Tanzform, wie es von jeher von allen Eistänzern gefordert wird – diese melodramatische Geschichte der Briten steht bei aller Schönheit eigentlich gegen die Regel.

Doch die Zuschauer, die in eine zunehmende Spannung versetzt werden, sind begeistert. Kein Wunder, hier gibt es ein Feuerwerk neuer Ideen und Figuren, die vorher noch nie zu sehen waren. Torvill/Dean werden nach dieser Saison Profis – sie werden die Stars einer jeden Eis-Show sein . . .

Europas Kampf mit den Amerikanern in Sarajevo

Die Europameisterschaften von Budapest müssen an dem gewertet werden, was jetzt kommt. Und so richteten sich auch die Blicke von Wolf-Dieter Montag, dem Präsidenten der Deutschen Eislauf-Union (DEU) nach vorne, auf die Olympischen Spiele in Sarajevo und auch auf die Weltmeisterschaften in Ottawa. Montag: „Nach anfänglichen Querelen, die wir von zu Hause mitgebracht hatten, gab es für unsere Mannschaft ein unerwartet gutes Abschneiden, das uns für die folgenden Aufgaben auf eine weitere Steigerung hoffen lassen kann."

In der Tat, drei Medaillen bei Europameisterschaften gab es für die DEU schon lange nicht mehr, zuletzt bei der EM 1962 in Genf. Und auch die Leistungen berechtigen durchaus zum Optimismus. Norbert Schramm sagt selbst, daß für ihn jetzt erst die Zeit beginne, in der er sich wohl fühle und in der er stärker werde: „Bei allen guten Vorsätzen: Über Weihnachten und Neujahr kommt man doch nicht zum absolut regelmäßigen Training. Im Februar bin ich wieder in Höchstform, wie schon in den letzten Jahren. In Sarajevo werde ich wieder derjenige sein, den man kennt."

Eine Leistungssteigerung wird für den Oberstdorfer notwendig sein. Bereits in Budapest hat Rudi Cernes Silbermedaille gezeigt, wie stark für Schramm allein die Konkurrenz im eigenen Lande ist. Bei den nun folgenden Wettbewerben kommen dann auch noch die Läufer aus Übersee hinzu. Weltmeister Scott Hamilton, Brian Boitano (beide USA) und Brian Orser (Kanada) müssen dabei am meisten beachtet werden. Jeder von ihnen hat die Klasse, Gold, Silber oder Bronze zu gewinnen.

Auch bei den Damen, wo die Münchnerin Manuela Ruben die verletzte Claudia Leistner – zumindest was die Plazierung angeht – würdig vertreten und die Stuttgarterin Cornelia Tesch einen sehr hoffnungsvoll stimmenden internationalen Einstand gegeben hat, werden die Hauptkonkurrentinnen in Sarajevo und Ottawa aus Übersee kommen. Lediglich Katarina Witt („DDR") und Claudia Leistner, die Zweite der Weltmeisterschaft von 1983, werden wohl mit den Amerikanerinnen ernsthaft mithalten können. Beobachter der nordamerikanischen Eiskunstlauf-Szene sprachen in Budapest von starken Leistungen der wiedererstarkten Elain Zayak, von Rosalynn Sumners und dem aufgehenden Stern Tifany Chinn.

Bei den Paaren dürfte es ebenfalls harte Auseinandersetzungen um olympisches Edelmetall geben. Zuwenig konnten die Welt- und neuen Europameister Walowa/Wasiliew überzeugen. Experten glauben, daß sie schwächer sind als die kanadischen WM-Dritten von 1983, Barbra Underhill und Paul Martini. Ihnen werden in Sarajevo und dann natürlich erst recht im heimatlichen Ottawa die größten Chancen eingeräumt. Aus Sicht der DEU kann hier nur gehofft werden, daß Claudia Massari und Leonardo Azzola schnell ihre Budapester Sturz-Kür vergessen und wieder zu Leistungen zurückfinden, wie sie sie in dieser Saison schon in London und Den Haag gezeigt hatten.

Petra Born und Rainer Schönborn sind beim Eistanz auf dem Weg in die Weltspitze. Diese Prognose, nach den deutschen Meisterschaften aufgestellt, scheint Wirklichkeit zu werden. In Budapest konnten sie erneut überzeugen und sich der absoluten Spitzengruppe annähern. In diesem Wettbewerb dürften die englischen Buchmacher aber das wenigste Geld verdienen. Die Welt- und Europameister Jane Torvill/Christopher Dean können hier mit Sicherheit auf Platz eins gewettet werden. E. F. RAULF

EISSCHNELLAUF

Langsamer als erwartet

sid, Alma Ata

Die 22jährige Gabi Schönbrunn aus Karl-Marx-Stadt ist neue Europameisterin im Eisschnellauf. Mit Weltrekorden im Großen Vierkampf (174,710 Punkte) und über 5000 m (7:39,44 Minuten) sowie dem Titelgewinn war sie die überragende Läuferin bei den Europameisterschaften der Frauen auf der Medeo-Bahn in Alma-Ata.

Die ersten sechs Plätze belegten ausschließlich Athletinnen aus der „DDR" und der UdSSR, die sich in Topform präsentierten. Vier Läuferinnen blieben im Sog der neuen Europameisterin noch unter dem Vierkampf-Weltrekord der Dresdenerin Andrea Schöne.

Die Vorjahressiegerin war in Medeo nicht am Start, da sie mit der Olympia-Mannschaft der „DDR" in Davos trainiert. Sie gilt als die große Verliererin dieser Meisterschaft, da sie neben ihrem Titel auch noch die beiden Weltrekorde im Vierkampf und über 5000 m an Gabi Schönbrunn verlor.

Zu den Verliererinnen gehörten aber auch die Teilnehmerinnen aus der Bundesrepublik. Die 20jährige Miriam Heruth (Berlin) und Angelika Hassmann (München) blieben mit ihren Plazierungen als 15. und 16. weit hinter den Erwartungen zurück. Beide Läuferinnen hatten jüngst mit guten Zeiten in Langstreckenwettbewerben aufhorchen lassen, blieben aber trotz der leistungsbegünstigenden Höhenbahn von Medeo um rund 15 Sekunden hinter ihren in Inzell erzielten Ergebnissen zurück. Bestes Resultat war der elfte Platz von Angelika Hassmann in 8:10,43 Min. über 5000 m.

HANDBALL

Mit einem Sieg ausgeschieden

dpa, Essen

Nur drei Tore fehlten TuSEM Essen zum Erreichen des Halbfinales im Handball-Europapokal der Pokalsieger. Nach einer 13:19-Niederlage im Hinspiel setzten sich die Essener im Rückspiel vor 6800 Zuschauern in der ausverkauften Essener Gruga-Halle zwar mit 15:12 (10:7) gegen den FC Barcelona, die Mannschaft von Erhard Wunderlich, durch – doch das genügte nicht.

Nach einem hervorragenden Start führte Essen in der 8. Minute bereits mit 5:0, ehe Wunderlich mit zwei Siebenmetern seine Mannschaft heranbrachte. Die Spanier begannen nervös und sehr verhalten und kamen gegen die zunächst sehr aggressive Essener Abwehr kaum zurecht. Erst in der 18. Minute erzielte Barcelona mit dem Treffer zum 4:8 das erste Feldtor nach drei vorausgegangenen Siebenmetern.

Nach dem Wechsel erhöhten die Essener bis zur 41. Minute auf 14:9 und es sah so aus, als sollten sie den Rückstand doch noch ausgleichen können. Doch in dieser Phase setzten die Spanier alle erlaubten und unerlaubten Tricks ein, wobei die ansonsten guten schwedischen Schiedsrichter Nilsson und Wester nicht mit einer den Regeln entsprechenden Härte durchgriffen. Außerdem verfügten die Essener über zu wenige torgefährliche Spieler.

Unter den Augen von Bundestrainer Simon Schobel vermochte Nationalspieler Wunderlich die Vorbehalte gegen seine derzeit nicht ausreichende Leistungsstärke zu widerlegen. Von seinen vier Treffern erzielte er zwei durch Siebenmeter. Wunderlich: „Wenn mich der Bundestrianer nicht aufstellt, wird er seine Gründe dafür haben."

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.
Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik". **Heft 18 der „Orientierungen" enthält Beiträge über die ordnungspolitischen Aufgaben heute, analysiert die Ergebnisse „neuer Wirtschaftspolitiken", befaßt sich mit Problemen der Schattenwirtschaft und der „Leistungsgesellschaft", berichtet über eine umweltpolitische Tagung der Ludwig-Erhard-Stiftung und bringt als Erstabdruck Ludwig Erhards Darstellung der Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform aus einem Streitgespräch mit Erik Nölting vom November 1948.**

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.

Comeback von Ligges

Münster (sid) – Nach zwölf Jahren kehrte Fritz Ligges jetzt an die Spitze der besten deutschen Springreiter zurück. In Münster gewann er auf Ramses überlegen die zweite Qualifikation zum „Großen Preis".

Steeb im Halbfinale

Barranquilla (sid) – Carl-Uwe Steeb vom TC Aalen hat bei den Weltmeisterschaften der Tennis-Junioren in der kolumbianischen Hafenstadt Barranquilla das Halbfinale erreicht. Sein Gegner ist der Franzose Gregoire Tournant.

Schlimbach-Preis an Persch

Kiel (dpa) – Rainer Persch von der Segelkameradschaft „Das Wappen von Bremen" erhielt den Ludwig-Schlimbach-Preis, der jährlich für die beste deutsche hochseeseglerische Leistung vergeben wird. Persch wurde die Trophäe für seine vierwöchige Segelreise mit der „Roland von Bremen IV" und einer neunköpfigen Crew *zur Nordmeerinsel Jan Mayen* und nach Irland zuerkannt.

Schuster erhält Freigabe

Barcelona (sid) – Bernd Schuster, beim FC Barcelona unter Vertrag stehender deutscher Fußball-Nationalspieler, erhält von seinem Verein die Freigabe für das Trainingslager der deutschen Mannschaft in Varna (12.–19. Februar) und das Länderspiel gegen Bulgarien (16. Februar).

Bernardini gestorben

Rom (sid) – Fulvio Bernardini, von 1975 bis 1977 Trainer der italienischen Fußball-Nationalmannschaft und selbst 26maliger Nationalspieler, ist nach längerer Krankheit im Alter von 78 Jahren gestorben.

Versehrtensport: Weniger Geld

Stuttgart (sid) – Die Kürzung der finanziellen Hilfen für den Versehrtensport von 10,21 auf 9,1 Millionen Mark durch die Bundesregierung wurde von Peter Büchner, dem sportpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, stark kritisiert. In einer Sitzung des Sportbeirats seiner Partei forderte er die Regierung gleichzeitig zur verstärkten Förderung der sozialen Aufgaben des Sports auf.

Rheinhausen ist Meister

Duisburg (dpa) – Zum erstenmal in seiner Vereinsgeschichte gewann der OSC Rheinhausen die Deutsche Badminton-Mannschaftsmeisterschaft. Er sicherte sich den Titel bereits am vorletzten Bundesligaspieltag durch einen 6:2-Erfolg über den Tabellenzweiten TV Mainz-Zahlbach.

Argentinien gewinnt Nehru-Cup

Kalkutta (dpa) – Argentinien gewann mit einer stark verjüngten Fußball-Nationalmannschaft den Nehru-Goalcup beim Sechs-Länder-Turnier in Indien. Im Endspiel wurde Gastgeber Indien mit 1:0 besiegt.

Cusma will Kampf verlegen

Pforzheim (sid) – In Frage gestellt ist der für den 3. Februar geplante Europameisterschaftskampf zwischen dem italienischen Titelverteidiger Lucio Cusma und dem Pforzheimer Boxprofi René Weller. Wegen einer Handverletzung fordert Cusmas Manager *eine Kampfverlegung auf den 20.* Februar.

Weltmeister Coghlan verletzt

New York (sid) – Der Ire Eamonn Coghlan, Weltmeister über 5000 m und Hallen-Weltrekordler über die Meile, kann wegen eines Ermüdungsbruchs im rechten Schienbein während der Leichtathletik-Hallensaison keine Wettkämpfe bestreiten.

Liboton siegt in Berlin

Berlin (sid) – Der belgische Querfeldein-Weltmeister Roland Liboton setzte seine Siegesserie fort und gewann auch das ausgezeichnet besetzte 20-km-Rennen für Radprofis und Amateure am Berliner Wannsee.

Erich Hof bleibt Teamchef

Wien (dpa) – Erich Hof, Teamchef der österreichischen Fußball-Nationalmannschaft, erhielt trotz der verfehlten Europameisterschaftsteilnahme einen neuen Zweijahresvertrag.

Testfahrten in Rio de Janeiro

Rio de Janeiro (sid) – Elf Formel-1-Teams, darunter McLaren, Ferrari und Williams, werden in dieser Woche Testfahrten auf dem Jacarepaguaring in Rio de Janeiro bestreiten, wo am 25. März der erste Lauf zur neuen WM-Saison stattfinden wird. Dort soll auch eine Entscheidung über das mögliche Comeback des zweimaligen Weltmeisters Emerson Fittipaldi fallen, der auf einem Spirit-Hart wieder in die Formel 1 zurückkehren will.

Testspiel in Hannover

Düsseldorf *(sid) – In Hannover* wird die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am 28. März ein Testspiel für die Europameisterschaft gegen die UdSSR bestreiten. Am 18. April folgt ein weiterer Test in Straßburg gegen Frankreich. Auf der DFB-Präsidi*umssitzung wurde außerdem* das Pokalfinale 1984 nach Frankfurt vergeben. Auch drei der vier Austragungsorte für die Qualifikationsspiele zur Weltmeisterschaft *1986* wurden festgelegt: Am 17. Oktober 1984 in Köln gegen Schweden; am 16. Oktober 1985 in Stuttgart gegen Portugal und am 17. November 1985 in München gegen die CSSR.

SKI ALPIN / Ein amerikanischer Überraschungssieg in Wengen

Als Johnson den Rückenwind nutzte

PETER LAND/dpa, **Wengen**

Das war die bisher überraschendste Weltcup-Abfahrt dieses Winters: Der 23jährige amerikanische Meister Bill Johnson gewann das klassische Lauberhorn-Rennen in Wengen vor dem österreichischen Slalomspezialisten Anton Steiner und dessen Landsmann Erwin Resch. Johnson, der seine fünfte Weltcup-Saison bestreitet, hatte im letzten Winter mit *dem 6. Platz in St. Anton sein bisher* bestes internationales Resultat erreicht. In Wengen war ihm vor seinem überraschenden Sieg eine Bestzeit im Training gelungen. Als Johnson im Rennen nach 2:10,89 Minuten im Ziel war, jubelte dessen Landsmann Phil Mahre (13. Platz) mit ihm gemeinsam über den ersten amerikanischen Sieg in der Geschichte der Weltcup-Abfahrt.

Es war ein kurioses Rennen, bei dem die großen Stars aus der Schweiz und Österreich – bis auf wenig Ausnahmen – den Außenseitern den Vortritt lassen mußten. Und dies, obwohl die Wengener Piste so hergerichtet war, daß fast alle Rennläufer die gleichen Voraussetzungen hatten. Allerdings trieb der Wind sein Spiel mit den Rennläufern. Bundestrainer Klaus Mayr: „Die einen hatten Gegenwind, die anderen Rückenwind. Wer clever genug war, nutzte seine Chance." Zu den Überraschungen der diesjährigen Lauberhorn-Abfahrt gehört so nicht nur der Sieg des Amerikaners Bill Johnson, sondern auch der zweite Platz des 27jährigen österreichischen Slalomläufers Anton („Jimmy") Steiner, des 75. in der Abfahrts-Weltrangliste. Mit Startnummer 44 war dann der 22jährige Kanadier Gary Athans ins Rennen gegangen – er wurde Fünfter. Und den sechsten Platz teilten sich gemeinsam der renommierte Schweizer Pirmin Zurbriggen und Australiens Meister Steven Lee. *Mit Startnummer* 57 erkämpfte sich der Sowjetrusse Valerij Zyganow – er gewann das letzte Rennen 1981 in Aspen (USA) – dann den achten Platz – noch vor Österreichs Weltmeister Harti Weirather. Franz Klammer wurde in seinem 100. Abfahrtsrennen nur 13. Einen Platz vor ihm landete als bester Deutscher Sepp Wildgruber aus Oberaudorf. Bundestrainer Klaus Mayr: „Seine Formkurve zeigt nach *oben.". Mayr möchte das deutsche* Abfahrtsteam deshalb erst kurz vor den Winterspielen in Sarajevo nominieren.

Zu den Geschlagenen gehörten in Wengen die Schweizer Räber, Müller, Heinzer, Canthomen und Kernen, die Österreicher Pfaffenbichler, Höflehner und Wirnsberger, die Kanadier Podborski und Brooker. Das Rennen war wegen Regen und *Sturmböen vom Samstag auf* Sonntag verlegt worden, leichter Neuschnee und ein wenig Nebel erschwerten dann die Bedingungen in Wengen – offenbar aber in erster Linie für die sieggewohnten Abfahrtsspezialisten.

Überraschungen bei den Herren und ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Liechtensteinerin Hanni Wenzel und der Allgäuerin Irene Epple um die Führung im Gesamt-Weltcup kennzeichnen das Geschehen bei den Damen. Hanni Wenzel vor Irene Epple – das war der Einlauf bei der Weltcup-Abfahrt der Damen in Badgastein. Im Slalom wurde die Doppel-Olympiasiegerin aus Liechtenstein Neunte, was für den Kombinationssieg in Badgastein reichte. Damit übernahm Hanni Wenzel die Führung im Gesamt-Weltcup vor Irene Epple.

Die *Liechtensteinerin,* die vorübergehend im Besitz einer B-Lizenz war, von der sie aber keinen Gebrauch machte, wurde deshalb vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) von der Teilnahme an den Olympischen Winterspielen in vier Wochen in Sarajevo ausgeschlossen. Der Liechtensteiner Ski-Verband hat zwar noch eine Art Gnadengesuch eingereicht, über den in diesen Tagen *endgültig befunden werden soll,* doch das hat wenig Aussicht auf Erfolg. Hanni Wenzel hatte deshalb gegenüber der WELT erklärt: „Wenn ich nicht in Sarajevo starten darf, werde ich im Weltcup alles in Grund und Boden fahren." Eine Ankündigung, die sie offenbar jetzt wahrmacht. Und für den Fall, daß Hanni Wenzel, die weltbeste alpine Rennläuferin der letzten fünf Jahre, endgültig Olympia fernbleiben muß, hat *Rudolf Schädler, der Generalsekretär* des Liechtensteinischen Olympiade-Komitees, angekündigt, den Schritt in die Öffentlichkeit zu wagen. Schädler in einem Gespräch mit der WELT: „Die Sperre von Hanni Wenzel ist nichts anderes als ein Ski-Politikum. Es gibt gerade im internationalen Ski-Verband einige einflußreiche Persönlichkeiten, die es gar nicht gerne sahen, wenn der kleine *liechtensteinische Verband den großen* Ski-Nationen Winter für Winter die Medaillen wegschnappte. Deshalb wurde Hanni Wenzels Olympiastart in Sarajevo vereitelt, und ich habe dafür die Beweise in meinen Akten."

Schwere Vorwürfe, die in Schädlers Feststellung gipfeln: „Wir sind zwar eine Ski-Großmacht, doch nur ein kleines Land und ein noch kleinerer *Verband. Ich kenne die Arbeit* in den internationalen Gremien seit Jahren, und ich weiß, daß wir deshalb nur zaghaft bitten und niemals fordern dürfen." Hanni Wenzel sagt zur Entwicklung um ihre Person: „Ich hätte nie gedacht, daß das IOC wirklich so weit geht und mich in Sarajevo ausschließt. Mir bleibt nichts anderes, als nun auf den Pisten voll zu attackieren."

Zurück zu den Rennen des Wochenendes. Den Slalom in Maribor (Jugoslawien) gewann die Schweizer Weltmeisterin Erika Hess vor den beiden Amerikanerinnen Tamara McKinney und Christin Cooper. Weil Hanni Wenzel in diesem Rennen Vierte wurde, baute sie ihre Führung im Gesamt-Weltcup um 16 Punkte aus. Drei Jahre lang hatte die französische Slalom-Spezialistin Perrine *Pelen aus Grenoble kein großes* Rennen mehr gewonnen, doch in Badgastein gelang ihr endlich wieder ein Slalom-Sieg. Es war für die Französin der 14. Erfolg in einem Weltcup-Slalom. Damit zog sie mit der Schweizer Weltmeisterin Erika Hess (ebenfalls 14 Slalomsiege) gleich.

SKI NORDISCH / Olympia-Kandidaten strengten sich besonders an

Drei Springer schafften die Normen

sid, **Pontresina**

Bei Regen, Sturm und Tauwetter kämpften die Veranstalter um ihre dahinschmelzenden Loipen. Doch trotz der widrigen Bedingungen legten sich die deutschen nordischen Olympia-Kandidaten am Wochenende vor der endgültigen Sarajevo-Nominierung durch das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) noch einmal mächtig ins Zeug.

So sorgten zum Beispiel die Langläufer für Klarheit auf den Plätzen hinter den fest nominierten Karin Jäger *(Hirschau) und Jochen Behle* (Willingen). Stefan Dotzler (München) gewann in Rastbüchl im Bayrischen Wald die letzte interne Qualifikation über 15 Kilometer vor Franz Schöbel (Sindelsdorf) und Peter Zipfel (Kirchzarten). Neben diesem Trio wird Josef Schneider (Grafenau) als fünfter Mann im Hinblick auf die 4 x 10-km-Staffel vorgeschlagen, obwohl Dieter Notz (Dettingen) in Rastbüchl als Fünfter knapp vor Schneider ins Ziel kam. „Notz fehlten 40 Sekunden oder fünf Punkte aus den drei Ausscheidungsrennen", begründete *Bundestrainer Detlef Nirschl die Entscheidung.*

Im Biathlon haben Weltcup-Verteidiger Peter Angerer (Hammer) und Fritz Fischer (Ruhpolding) ihre Teilnahme sicher. Die drei noch freien Plätze werden erst nach den Weltcup-Rennen am Donnerstag (20 km) und Samstag (10 km) in Ruhpolding vergeben.

Nach dem Sieg von Fritz Fischer (Ruhpolding) über 20 Kilometer sowie den guten Plazierungen von Walter Pichler (Ruhpolding/4.), Angerer (6.), Fischer (9.) und Stefan Höck (Benediktbeuren/15.) im Sprint verschenkte ausgerechnet Schlußläufer Fischer mit Strafrunden den Sieg in der abschließenden 4 x 7,5-km-Staffel.

Hinter Norwegen und der UdSSR belegte die von Bundestrainer Jürgen Seifert betreute Staffel in der Besetzung Höck, Pichler, Angerer und Fischer Platz drei. Nur die „DDR" lag noch vor der zweiten Mannschaft mit Hans Reiter (Eisenärzt), Thomas Sutter (Furtwangen), Franz Bernreiter (Rabenstein) und Herbert Fritzenwenger (Ruhpolding), die als Fünfte immerhin Frankreich und Italien bezwangen. Andreas Schweiger (Schwangau) reiste mit Rückenbeschwerden vorzeitig aus der Schweiz ab und muß jetzt um sein Olympia-Ticket bangen.

Bei der *Weltcup-Konkurrenz auf* der Großschanze in Harrachov griffen auch Ewald Roschers Skispringer noch einmal an. Peter Rohwein (Isny) als Elfter schaffte nach seinem neunten Platz von Innsbruck ebenso den geforderten Leistungsnachweis wie Georg Waldvogel (Feldberg), der wie in Thunder Bay auf Platz 15 landete. Weltcup-Punkte holte auch Andreas Bauer (Oberstdorf) als Zwölfter, nachdem seine Nominierung durch den fünften Platz von Thunder Bay und den sechsten Rang von Cortina bereits als unumstritten galt.

Auf der Strecke konnte Thomas Klauser (Reit im Winkl) bleiben, der seinen sechsten Platz von Oberstdorf zum Auftakt der 32. Vierschanzen-Tournee auch nicht mehr annähernd bestätigen konnte.

Frei vom Nominierungs-Druck zeigten sich die Nordischen Kombinierer. Hermann Weinbuch (Berchtesgaden), Thomas Müller (Oberstdorf) und Hubert Schwarz (Oberaudorf) machten beim Mannschaftsweltcup in Nesselwang in Abwesenheit der ersten „DDR"-Mannschaft in der abschließenden 3 x 10-km-Staffel gegenüber dem Springen einen Platz gut und wurden hinter Finnland und den beiden UdSSR-Teams Vierte. Zusammen mit Dirk Kramer (Willingen) werden sie in der kommenden Woche für Sarajevo eingekleidet. In der Weltcup-Wertung wurden Weinbuch, Müller und Hubert Schwarz sogar die Punkte für den dritten Rang gutgeschrieben, da nur ein Team pro Land gewertet wird.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Darmstadt – Nürnberg 1:2, SC Freiburg – Freiburger FC 2:1.

Erste englische Division: Queens Park – Manchester United 1:1, Southampton – Nottingham ausgefallen, Coventry – Watford 1:2, Liverpool – Wolverhampton 0:1, Luton – Arsenal 1:2, Norwich – Sunderland 3:0, Notts – Leicester 2:5, Stoke – Everton 1:1, Tottenham – Ipswich 2:0, Bromwich – Aston 3:1.

BASKETBALL

Bundesliga, Qualifikationsrunde, 1. Spieltag, Herren, Gruppe A: Wolfenbüttel – Leverkusen 76:90, Gießen – *Hagen 71:84. – Gruppe B:* Bayreuth – Charlottenburg 79:76, Heidelberg – Osnabrück 80:69. – Bundesliga, Damen, 13. Spieltag: Leverkusen – München 65:66, Porz/Hennef – Marburg 72:71, Leimen – Düsseldorf 45:117.

HANDBALL

Europapokal, Viertelfinal-Rückspiele, Landesmeister Herren: Metaloplastika Sabac/*Jugoslawien* – Kiel 26:23. – Honved Budapest – Lodz 28:21, damit Budapest im Halbfinale. – IHF-Pokal, Herren, Viertelfinal-Rückspiel: Hafnarfjordur/Island – Tatabanya/Ungarn 19:20, Tatabanya im Halbfinale.

Bundesliga: Herren, 15. Spieltag: Schwabing – Nürnberg 17:14, *Dankersen – Lemgo* 15:12, *Hofweier* – Hüttenberg 22:15, Reinickendorf – Günzburg 22:16. – Bundesliga, Damen, 9. Spieltag, Gruppe Nord: Jarplund-Weding – Minden 18:10, Kiel – Engelskirchen 16:14.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 8. Spieltag, Gruppe Nord: Hannover – Gladbach 10:8, Dürkheim – Stuttgart 12:8, Frankenthal – München 9:6. – Bundesliga, Damen, 9. Spieltag: Gruppe Nord: UHC Hamburg – Großflottbek 11:2, BW Köln – Klipper Hamburg 13:7, Leverkusen – Braunschweig 9:6. – Gruppe Süd: *Stuttgart – Pasing München* 4:4, Hanau – Brandenburg 6:7, Frankfurt – Charlottenburg 9:5, Berlin – Stuttgart 10:9.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom, Damen, in Badgastein: 1. Pelen (Frankreich) 1:34,47, 2. Steiner (Österreich) 1:35,05, 3. D. Tlalka (Polen) 1:35,08, 4. McKinney (USA) 1:35,24, 5. Kronbichler (Österreich) 1:35,25, 6. Cooper (USA) 1:35,35, 7. Zini (Italien) 1:36,11, 8. Hess (Schweiz) 1:36,20, 9. Wenzel (Liechtenstein) 1:36,63, 10. Charvatova (CSSR) 1:37,05, 11. M. Epple 1:37,16, ... 23. I. Epple 1:40,96, ... 30. Mösenlechner (alles Deutschland) 1:41,85. – Kombinationswertung (Abfahrt/Slalom): 1. Wenzel 17,5, 2. Charvatova 33,78, 3. McKinney 45,52, 4. Sölkner 46,46, 5. Cooper 47,59, 6. I. Epple 51,92, 7. Hess 56,81, 8. Figini 59,15, 9. Walliser 60,47, 10. Örtli (Schweiz) 69,83, ... 12. Mösenlechner 89,16.

5. Weltcup-Abfahrt der Herren in Wengen/Schweiz: 1. Johnson (USA) 2:10,89 Min., 2. Steiner 2:11,00, 3. Resch (beide Österreich) 2:11,06, 4. Mair (Italien) 2:11,26, 5. Athans (Kanada) 2:11,52, 6. Lee (Australien) und Zurbriggen (Schweiz) je 2:11,55, 8. Zyganow (UdSSR) 2:11,65, 9. Weirather (Österreich) 2:11,79, 10. Delago (Italien) 2:11,94, 11. Meli (Schweiz) 2:11,97, 12. Wildgruber (Deutschland) 2:12,06, 13. Klammer (Österreich/ 2:12,27, 14. P. Mahre (USA) 1:12,32, 15. Räber (Schweiz) 2:12,35, ... 17. Dürr 2:12,43, ... 33. Gattermann 2:13,34, ... 38. Renoth (alle Deutschland) 2:13,66. – **Zwischenstand im Gesamtweltcup:** 1. Zurbriggen 122 Punkte, 2. Heinzer (Schweiz) 98, 3. Wenzel (Liechtenstein) 85, 4. Stenmark (Schweden) und Räber je 84, 6. Franko (Jugoslawien) 61, 7. Resch 60, 8. Enn (Österreich) 59, 9. Weirather 55, 10 Gruber (Österreich) und Julen (Schweiz) je 51.

SKI NORDISCH

Olympia-Qualifikation und Bayerische Meisterschaften in Rastbüchl bei Zwiesel: 15-km-Langlauf, Herren: 1. Dotzler (München) 50:12,0, 2. Schöbel (Sindelsdorf) 50:42,7, 3. Zipfel (Kirchzarten) 51:05,2, 4. Benedikt (Oberammergau) 51:22,0, 5. Notz (Dettingen) 52:04,2, 6. Schneider (Grafenau) 52:26,1.

Weltcupspringen in Harachov: 1. Parma (CSSR) 205,9 Punkte (109 + 117), 2. Weissflog („DDR") 198,6 (107 + 117), 3. Ploc 192,7 (104 + 116,5), 4. Dluhos (beide CSSR) *185,2 (113,5 + 102)*, 5. Freitag („DDR") 181,7 (106,5 + 106,5), 6. Kogler 177 (101,5 + 106), 7. Wallner (beide Österreich) 174,8 (105 + 104,5), 8. Podzimek (CSSR) 171,3 (103 + 104), 9. Baic (Jugoslawien) *167 (106 + 99)*, 10. Ruud (Norwegen) 164,4 (99 + 103).

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Attacke (R. Elbers), 2. Weinrebe, 3. Germalit, Toto: 40/17, 17, 30, ZW: 164, DW: 3104, 2. R.: 1. Gina (R. Elbers), 2. Oscentia, 3. Massaro, Toto: 64/17, 14, 12, ZW: 248, DW: 940, 3. R.: 1. Banjo (P. Bocskai), 2. *Falkenhorst,* 3. *Limeira,* Toto: 44/22, 34, 62, ZW: 260, DW: 4196, 4. R.: 1. Runaway (P. Remmert), 2. Sandokan, 3. Premier Lord, Toto: 76/34, 22, 98, ZW: 676, DW: 31 952, 5. R.: 1. Kaiserfels (O. Schick), 2. Walzerkönig, 3. Streiter, Toto: 52/17, 18, 86, ZW: 228, DW: 6596, 6. R.: 1. Wetterhexe (D. Wildman), 2. Tomasina, 3. Thusmenia, Toto: 132/34, 30, 62, ZW: 1300, DW: 75 968, 7. R.: 1. Prins Nicolo (F. Gröger), 2. Gangster, 3. Old Surehand, Toto: 32/19, 34, 26, ZW: 280, DW: 3516, 8. R.: 1. Lucky (R. Hoffeld), 2. Leroy, 3. Washington, Toto: *52/21, 16, 19, ZW: 212, DW: 1536.*

Rennen in Dortmund: 1. R.: Nandor (P. Schiergen), 2. Mandrill, 3. Oger Toto: 44/22, 22, 22, ZW: 192, DW: 832, 2. R.: 1. Nauthi (D. Ilic), 2. Rodnina, 3. Admiral Blake, Toto: 44/18, 30, 15, ZW: 740, DW: 2004, 3. Rd.: 1. Naseweis (P. Schade), 2. Orangenzweig, 3. Megalith, Toto: 96/28, 15, 46, ZW: 312, DW: 4180, 4. R.: 1. Coburgerin (D. McCann), 2. *Murano,* 3. Observant, Toto: 172/26, 14, 13, ZW: 1076, DW: 4048.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 15, 23, 27, 32, 33, Zusatzzahl: 17. – Spiel 77: 3 9 3 0 1 9 2

(Ohne Gewähr)

„Smileys Leute": TV-Serie von John le Carré

Der Kampf gegen Karla

Daß *John le Carré, mit bürgerlichem* Namen David John Moore Cornwell, kürzlich dem deutschen Fernsehen ein Interview gewährte, war eine Konzession. Wie sein großer alter englischer Kollege Graham Greene scheute er jede Publicity – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. John le Carré ist ein Fanatiker des Details; er veröffentlichte keinen seiner Romane, ohne zuvor die Schauplätze des Geschehens, den Habitus der Personen und Organisationen, die politischen Verflechtungen, die Atmosphäre von Städten und Landschaften an Ort und Stelle ausgiebig studiert zu haben. Die fiktive Wirklichkeit seiner Bücher beruht immer auf Realien.

Daher rührt ohne Zweifel ein Teil seines Erfolgs, aber die aufwendigen

Smileys Leute (1) – ARD, 20.15 Uhr

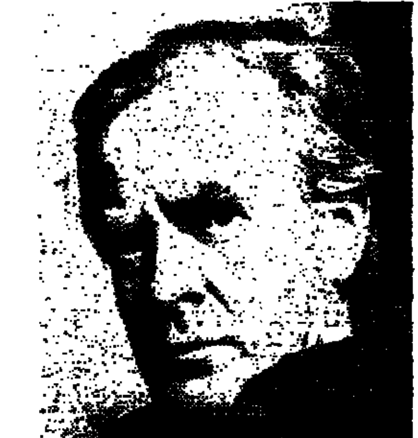
Recherchen kosten so viel Zeit, daß er fast immer die Anträge der Medien ablehnt – und ebenfalls die seiner Verleger, wenn sie ihn unter Termindruck setzen wollen. Das Erscheinen seines jüngsten Romans zum Beispiel, „Die Libelle" (s. WELT v. 3. 9. 83), mußte entgegen den Ankündigungen zweimal verschoben werden, weil der Autor so lange den Nahen Osten, das wichtigste Terrain der Geschichte, bereiste, bis er sicher sein konnte, auch die letzte Einzelheit überprüft zu haben.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, derartige Mühen seien für den vorhergehenden Thriller, für „Smileys Leute", nicht notwendig ge*wesen; denn hier verläuft alles auf* vertrautem europäischem Boden: in London, in Berlin, in Zürich, mit gelegentlichen Exkursionen in die englische, deutsche und schweizerische Provinz. Aber das täuscht; es sind ja nicht nur exotische Gegenden, die penibel erforscht sein wollen, auch die innere Landschaft der Charaktere unter den Eigengesetzlichkeiten des Agentenmilieus braucht ihre durchdachten Markierungen.

Nehmen wir etwa George Smiley, die Hauptperson des Romans und der heute anlaufenden Fernsehserie: Er wird vom „Circus", der Londoner Geheimdienstzentrale, aus dem Pensionsstand zu einem Sondereinsatz zurückgerufen. Er muß jetzt ein anderer Smiley sein als derjenige, der einst selbst die Behörde am Cambridge Circus im Herzen der britischen Hauptstadt geleitet hat. Er muß jetzt, da er Abstand gewonnen hat, anders denken, empfinden und handeln als in den Tagen seiner hektischen Betriebsamkeit.

Und John le Carré verleiht ihm auch die psychischen Nuancen, die in ihrer feinen Aussteuerung die Glaub*würdigkeit der neuen Situation* untermauern. Das ist ein zweiter Faktor für den internationalen Anklang des Autors: Er bringt die seelische Physiognomie seiner *Protagonisten stets* in Übereinstimmung mit der Aktion, mit der Dynamik der Story. Es leuchtet ein, was man liest.

In der Verfilmung stand für die Titelrolle ein idealer Darsteller zur Verfügung: Alec Guinness. Vielleicht entspricht er vom Aussehen her nicht ganz dem Vorbild der Romanfigur, die als „rundlich" geschildert wird, was Sir Alec gewiß nicht ist. Dafür *verkörpert er um so angemessener* und wirkungsvoller die latente Gewalt eines Top-Geheimdienstlers, der sein professionelles Können hinter einem müden Gesicht verbirgt. Und man glaubt ihm aufs Wort, daß er sich in seinen Mußestunden intensiv mit Martin Opitz beschäftigt, dem deutschen Literaturtheoretiker des 17. Jahrhunderts.



Ein Fanatiker des Details: Der britische Schriftsteller John le Carré FOTO: CAMERA PRESS

Aus eben diesen Studien wird George Smiley gerissen, als auf der nebligen Heide von Hampstead der baltische General Wladimir ermordet aufgefunden wird. Dahinter steckt ein Komplott, das auf Karla verweist, Smileys (fast) ebenbürtigen Gegner in der Moskauer Geheimdienstzentrale. Das Buch wie die Serie führen die Auseinandersetzung zwischen den beiden Profis zu einem Höhe*punkt, der sich im immer* spannenden Fluß der Handlung nirgendwo eindeutig orten läßt.

John le Carré hat mit „Smileys People" (deutsch hieß der Roman übrigens „*Agent in eigener Sache*"), eine Zäsur in seinem Schaffen gesetzt; es war der Schluß einer Trilogie um den kleinen George mit seiner Mannschaft, die er nun noch einmal zum entscheidenden Schlag gegen Karla um sich versammelte. Es darf prophezeit werden, daß niemand sich dabei langweilen wird.

ALFRED STARKMANN

KRITIK

Schadenfrohe Fröhlichkeit

Der *Ursprung unserer Unterhaltung* ist jener mythische Affe, der über den Affen lachte, der auf einer Bananenschale ausrutschte. So betrachtet ist der Frohsinn, den der glucksende Alemanne Kurt Felix produziert, auf einer soliden Basis, der Schadenfreude nämlich. Solange es so war, war es gut.

Nun aber fiel den Machern ein, diese sehr eigentümliche und unverwechselbare Sendung den anderen U-Abenden anzugleichen. Da gab es ein Quiz, mußte ein gezeichnetes Tier her, mit dem nach dem schlichten Muster des Wim Thoelke kindliche Gespräche geführt wurden, da gab es Einlagen, wo es nichts zum Einlegen gab, kurz: Auch diese neckische Veranstaltung wird durch die hektischen Nivellierungsversuche der Sender deformiert, Luxemburg ad portas?

Trotz alledem: *Die Streiche* mit versteckter Kamera tun immer noch ihre Wirkung, obwohl es neuerdings oft ohne Nachtarocken bleibt, will sagen ohne das erlösende Gespräch mit den Gefoppten. Dafür gab es den Anblick der imposanten Bergkulisse von Garmisch-Partenkirchen nebst dem Anblick des nicht minder imposanten Bürgermeisters: **Verstehen Sie Spaß?** (ARD).

Wer Spaß dabei findet, konnte ausgiebig schmunzeln. Wer nicht, der möge sich mit Fünf-Mark-Dabei einkaufen in die ARD-Fernsehlotterie, deren Auftaktsendung es war. Sagen wir es so: Der gute Zweck heiligt das Medium. Oder, wie Freddy Quinn es singend ausdrückte: Worauf wartest du?

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Eineinhalb Jahre nach seinem Tod beherrscht Rainer Werner Fassbinder noch immer die Schlagzeilen der internationalen Filmpresse. Bei der zum Jahreswechsel üblichen Bewertung des Filmjahres 1983 durch prominente amerikanische Filmkritiker erfuhr sein Film **Berlin Alexanderplatz** eine sensationelle Plazierung. Bei den Kritikern handelt es sich um Richard Corliss (Time), Vincent Canby (New York *Times)* und Andrew Sarris (Village Voice). Die New Yorker Zeitschrift „Village Voice" bezeichnet das Opus als die Nummer eins unter den 12 erfolgreichsten Filmen des Jahres 1983, für „Time" und „New York Times" zählt das monumentale Filmwerk zu den 10 besten und aufregendsten Kinoereignissen des vergangenen Jahres.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Tennis-Masters-Turnier
11.10 Erkennen Sie die Melodie?
11.55 Tagebuch
12.10 *Ein Land wie jedes andere?*
12.55 Presseschau
13.00 heute
13.15 Videotext für alle

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Montagsgeschichten
17.10 John Law und die zerplatzte Seifenblase
17.20 Die Besucher
3. Teil: Kontakt
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Smileys Leute (1)
Agent in eigener Sache
Sechsteiliger Agentenserie nach dem Bestseller von John le Carré
Mit Alec Guiness, Curd Jürgens u. a.
21.15 So kann das nicht weitergehen!
Die Gewerkschaften im sozialistischen Frankreich
Film von Dirk Ludwig Schaaf
Im Gegensatz zur Bundesrepublik verstehen sich die französischen Arbeiter als Klasse, als Arbeiterklasse. Redewendungen wie „sozialer Friede", treten in einer von schlechteren Arbeitsbedingungen gezeichneten Arbeitswelt in den Hintergrund. „Klassenkämpferische Härte" in Form von spontanen Streiks und Betriebsbesetzungen gehören zum selbstverständlichen Auftreten der französischen Gewerkschaften.
22.00 Souvenirs, Souvenirs
22.30 Tagesthemen
23.00 Bonas große Liebe
Philippinischer Spielfilm
(Deutsche Erstaufführung)
Regie: Lino Brocka
Brocka, 1939 auf den Philippinen geboren, ist im Westen ein vielgerühmter Regisseur, seitdem einige seiner Filme bei den Filmfestspielen in Cannes liefen. Die ARD hat von *ihm 1981 bereits „Das Mädchen* Insiang" und „Jaguar" mit großem Erfolg im „Nacht-Studio" gezeigt.
00.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Die Straßen von San Francisko
Der Frauenliebling (Wh. von 1976)
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Helmut Schmidt und der Rest der Welt
Der Exkanzler unterwegs, beobachtet von Knut Terjung
Helmut Schmidt, seit 15 Monaten nicht mehr Kanzler, aber nach Meinungsumfragen immer noch angesehenster Politiker der Bundesrepublik Deutschland, zeigt sich in dieser Reportage manchmal so, wie man ihn kennt, aber manchmal auch ganz anders – überraschend anders.
20.15 Drillinge an Bord
Deutscher Spielfilm, 1959
Es ist nicht ohne Reiz zu sehen, wie es Heinz Erhardt gelingt, aus den drei Hauptrollen, die er spielt, durch Nuancen der Darstellung drei Charaktere zu machen.
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
21.45 heute-journal
22.05 Das verwundete Land
Bilder einer Reise durch Vietnam
Bericht von Werner Kolteleiter
Das vom Krieg schwer gezeichnete Land wird Jahr für Jahr von *Naturkatastrophen* heimgesucht. Kurz bevor im Herbst 1983 vier Taifune die Ernte im Süden vernichteten, besuchte ein ZDF-Team Vietnam.
22.50 Verwirrung der Gefühle
Fernsehfilm nach Stefan Zweig
(Wh. von 1981)
00.20 heute



Dreimal Heinz Erhardt: *Die Drillinge Eduard, Otto und Heinz Bollmann müssen sich an Bord eines Ozeanriesen mit Verbrechern herumschlagen.* **(Drillinge an Bord – ZDF, 20.15 Uhr)** FOTO: DEFO

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Heute live aus Coesfeld
21.45 Träume und Zwänge
Film von Doris Schöttler-(Boll über drei Kommunikationszentren: die „Werkstatt" in Witten, die Bochumer „Zeche" und die „Schulenburg" (Hattingen)
22.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Monika W.: Depressiv aus Liebe?
Im neuen Jahr wird die im Oktober 1982 abgesetzte Lebenshilfe-Sendung wieder monatlich ausgestrahlt.
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik (2)
19.15 Von Menschen und Maschinen (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme:
Drogen und Strafvollzug
21.00 Das Montagsthema
22.00 Der Schrecken vom Amazonas
23.15 Jack Arnold erzählt (5)
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Australien
18.55 Baker Street
19.00 Musik, Gespräch, Information und Muskel-Spiele
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Einführung in die zeitgenössische Musik (2)
(Sendeschl.: 23.35)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Menschen unter uns
21.00 Mad Movies – oder als die Bilder laufen lernten
21.25 Denkmodell Kalter Krieg
22.10 Jazz am Montagabend

BAYERN
17.45 Telekolleg
18.15 Kulturberichte der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Als der Wind Flügel bekam
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Die Schnüffler
Kriminalfilm
23.30 Rundschau

Pankraz, Bernstein und die Seelenwanderung

Ist Leonard Bernstein wirklich, wie er vor einiger Zeit erklärte, die „Wiedergeburt Gustav Mahlers", und darf sich das exzentrische Schachgenie Bobby Fischer wirklich als Re-Inkarnation des kubanischen Schachweltmeisters José Raoul Capablanca fühlen? Bernstein führte als „Beweis" an, daß es ihn beim Anblick der handgeschriebenen Partitur von Mahlers 9. Symphonie wie ein Blitz durchfahren habe und er plötzlich „wußte": „Das hast ja du selbst geschrieben!" Und Bobby Fischer weist auf die in der Tat unübersehbare Ähnlichkeit seines Spielstils mit dem von Capablanca hin. Als naturwissenschaftliche Rechtfertigung der Theorie von der Seelenwanderung reicht das natürlich nicht aus, aber es war doch immerhin bemerkenswert, daß niemand lachte, als Bernstein und Fischer mit ihren Entdeckungen herausrückten.

Die Lehre von der Wiederverkörperung der Seelen in neuen Leibern ist, nach einer Beobachtung Carl Friedrich von Weizsäckers, nicht nur die „weltweit wirksamste Vorstellung vom Jenseits des Todes", sie sammelt unter modernen, religiös suchenden europäischen und amerikanischen Intellektuellen auch immer mehr Anhänger. Besonders *Naturwissenschaftler* finden gar nichts daran, die Seelenwanderung ernsthaft zu diskutieren. Und im hochseriösen, jeder Sektiererei abholden Walter-Verlag in Olten ist soeben ein gewichtiges Buch von Werner Trautmann mit dem Titel „Naturwissenschaftler bestätigen Re-Inkarnation" erschienen. „Nichts als Fakten und Denkmodelle" verspricht sein Autor, und zustimmend zitiert er C. G. Jung: „Ich könnte mir gut vorstellen, daß ich in früheren Jahrhunderten gelebt habe und dort an Fragen gestoßen bin, die ich noch nicht beantworten konnte; daß ich wiedergeboren werden mußte, weil ich die mir gestellte Aufgabe nicht erfüllt hatte ..."

Für aufgeklärte Zeitgenossen, die sich angewöhnt haben, Wissens- und Glaubenssachen strikt auseinanderzuhalten, und den Bereich jenseits des Todes von vornherein dem Glauben zuzuschlagen, mag das alles abenteuerlich klingen, und *gute Christen mögen sogar Ketzerei* wittern, ist doch seinerzeit der Kirchenlehrer Origines, der die Seelenwanderung predigte, vom Konzil von Kostantinopel im Jahre 553 eindeutig verurteilt worden. Doch Konstantinopel ist lange her, und das Wissen läßt sich keineswegs so säuberlich vom Glauben trennen, wie das Puristen gerne hätten. Religiöser Glaube entfaltete sich zu allen Zeiten vor dem Hintergrund dessen, was die Zeitgenossen jeweils „unwiderlegbar" zu wissen meinten. *Nicht* zuletzt beim „Unglauben" war das der Fall: Die physikalischen Tatsachen erschienen den Materialisten des 18. und 19. Jahrhunderts so überzeugend, daß sie den *Geist* ohne weiteres als eine bloße Funktion der lebenden Zellen hinstellen zu können glaubten, die mit dem Tod erlösche.

Mittlerweile haben sich die physikalischen Tatsachen bekanntlich grundlegend verändert. Platon siegte über Demokrit, die Atome, eben noch zu „letzten", alles determinierenden Bausteinen der Welt erklärt, lösten sich auf in Energieverhältnisse, deren Erscheinungsform zudem vom Standpunkt des Beobachters abhängig war. Mathematik und Biologie wurden zu neuen Leitwissenschaften, die Grenzen zwischen Belebtheit und Unbelebtheit verwischten sich, Jean E. Charon stellte seine sensationelle Theorie vom „lernenden, bewußten Elektron" auf, das unsterblich sei und bei seinem Herumvagabundieren sich mal hier, mal da in biologischen Organismen einquartiere.

Es überrascht nicht, daß Charon als einer der Kronzeugen bei Trautmann erscheint. Seine Elektronentheorie wird zusammengebracht mit Raymond A. *Moodys* Fallstudien zum „Leben nach dem Tode", die von einem merkwürdigen „Zusammenschnurren" des Geistes bei Sterbenden und von anschließender lichtvoller Abfahrt künden, und sie wird konfrontiert mit der ganzen Fülle überlieferten östlichen Wissens, von der indischen Bhagavadgita bis zum tibetanischen Totenbuch. Es ist eine tolle, streckenweise auch tolldreiste Lektüre, freilich stets gebändigt durch den biederernsten Sinn des Autors, der *niemandem etwas aufdrängen möchte.*

„Bewiesen", d. h. mit dem Erkenntnisstand der modernen Naturwissenschaft in logische Übereinstimmung gebracht, wird *in dem* Buch denn auch allenfalls, daß es Bewußtsein ohne Bindung an ein Gehirn oder ein sonstiges neurologisches Substrat möglicherweise gibt und daß die während unserer Lebensspanne von uns aufgebauten Identitätsstrukturen des Gefühls und des Intellekts nicht mit *dem* Tod unseres Körpers erlöschen müssen. Sehr viel weniger „Fakten und Denkmodelle" stehen schon zur Stützung der Vorstellung zur Verfügung, daß die Identitäten – statt sich in von den unseren gänzlich verschiedenen Seinsstrukturen miteinander zu verschwistern und zu potenzieren – in die uns bekannte Biologie zurückmüssen, wie es die Bhagavadgita lehrt. Und am allerwenigsten zeugt dafür, daß sich die Identität eines verstorbenen Menschen in einem später geborenen *gleichsam einnistet* und durch Anamnesis, durch Wiedererinnerung, zur Geltung bringt.

Wenn also Leonard Bernstein behauptet, *daß die* Seele *von Mahler* in ihm Platz gegriffen habe, so spricht fast alles dafür, daß er sich das nur einbildet, um seine Kreativität zu steigern. Mahler hätte jedenfalls unwahrscheinliches Glück, bzw. Pech gehabt, ausgerechnet in Bernstein zu re-inkarnieren statt im Körper einer Katze oder im Astralleib eines höheren potenzierten Seins. Beim Hören von Bernsteins eigener Musik kommt Pankraz übrigens oft der Gedanke, daß in diesem Komponisten nicht nur der Geist von *Mahler*, sondern auch der von vielen anderen verstorbenen Komponisten lebendig sein muß.

Pankraz



Von der ungewöhnlichen Schönheit des Nebensächlichen: Die „Drahtziehmühle", Aquarell von Albrecht Dürer, aus der Berliner Ausstellung

FOTO: BINDER/THIELE

Ruhmesblätter des Kupferstichkabinetts: Berlin zeigt seine Sammlung der Dürer-Zeichnungen

Weil Wien die Originale verhökerte

Wieder einmal Dürer? An Ausbreitung der Zeichnungen Dürers hat es im Berliner Kupferstichkabinett bislang schon nicht gefehlt. Es gab die, auch international weitgereiste, Schau „Dürer und seine Zeit" und, vor zwölf Jahren, eine reine Ausstellung der im Dahlemer Institut verwahrten Zeichnungen. Für eine neuerliche Darbietung gibt es nun allerdings gleich mehrere gute Gründe. Der lapidarste dürfte sein, daß innerhalb der Bestände altdeutscher Zeichnungen (die im letzten Krieg wunderbarerweise wenig Verluste erlitten) Grünewald und Dürer die Glanzpunkte bilden – man spricht von „Ruhmesblättern".

Überdies ist jetzt, nach zwölfjähriger Arbeit, der Kritische Katalog der Berliner Dürer-Zeichnugnen von Fedja Anzelewski und Hans Mielke fertiggestellt worden, willkommene Gelegenheit für den Dürer-Forscher Anzelewski, der Ende März als Direktor des Kupferstichkabinetts in den Ruhestand geht, hier noch einmal den Favoriten seines Lebenswerkes gleichsam auf dem frischesten wissenschaftlichen Stand zu präsentieren.

So wurden einige Blätter, die früher als Dürer-Arbeiten galten, inzwischen anderen Künstlern zugeschrieben. Vor allem aber sind drei neue „Dürer" gegenüber 1972 hinzugekommen. Die aquarellierte Pinselzeichnung „Christus an der Geißelsäule" wurde auf einer Berner Auktion erworben. Während man die stereometrisch hochinteressante Federzeichnung „Der Zeichner mit der Laute" und eine herrlich farbfrische Pflanzenstudie mit Akelei, Stiefmütterchen und Hundszunge in Aquarell- und Deckfarben erst jetzt als Dürer-Werke erkannte, obwohl sie sich schon nahezu ein Jahrhundert im Kupferstichkabinett befinden.

Nach London und Wien gehört *das* Berliner Museum mit 121 Arbeiten zu den größten Sammlungen mit Dürer-Zeichnungen. Es genießt zugleich den Vorzug, alle Stilstufen des Künstlers und seine diversen Techniken, Pinsel-, Kreide-, Kohle-, Feder- und Silberstiftzeichnungen, auf höchstem Niveau zeigen zu können.

Ein besonderes Kuriosum: Manche der Berliner Zeichnungen haben sich früher gewiß in der Albertina befunden. Sie verfügte nämlich einmal über 371 Dürer-Zeichnungen, die aus der Sammlung eines Enkels des Dürer-Freundes Pirckheimer und dann aus dem Prager Besitz Rudolf II. nach Wien gelangt waren. Irgendwann kam man in der Albertina jedoch zu der seltsamen Meinung, man besitze zuviel des Guten und verkaufte schlichtweg zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts Dürer „von der Stange". Heute hat die Albertina noch 139 Blatt.

Die früheste Zeichnung der Berliner Sammlung, eine thronende Maria mit Kind und musizierenden Engeln, wohl nach niederländischen Vorbildern, fertigte der erst 14jährige, als er noch in der väterlichen Werkstatt eine Lehre als Goldschmied absolvierte. Der Höhepunkt der Schau ist natürlich das berühmte Bildnis der Mutter kurz vor ihrem Tode. Das Porträt der 63jährigen, die achtzehn Kinder zur Welt gebracht hatte und *mehrmals die Pest gehabt haben soll*, erhebt, laut Wölfflin, Häßlichkeit zur Größe; es begründet geradezu eine neue Ästhetik des Häßlichen, die das Unschöne nicht mehr als negativ, sondern als tieferen würdigen Ausdruck des Menschseins versteht.

Dürers „Realismus", seine gelegentliche „Expressivität" – etwa im „Kopf eines nackten Mannes mit geöffnetem Mund" – haben auch hier wieder außerordentliche Wirkung. Nicht minder sein präzise skizzierendes Interesse für landschaftlich eher „nebensächliche" Aquarellstudien, die sich in hochberühmten Werken verwenden ließen – wie das Wasserfarben-Blatt „Steinbruch" im Kupferstich „Ritter, Tod und Teufel". Wie sehr Dürers Aufmerksamkeit auf textile Motive und Kostümdrapierungen gerichtet war, läßt sich aus Darstellungen „irischer Kriegsleute und Bauern" wie aus verschiedenen Gewandstudien oder der Darstellung seiner eigenen Frau „in niederländischer Tracht" sehen.

Mag das Kupferstichkabinett nicht gerade jenen Hasen beherbergen, der seinen festen Platz in dem imaginären Museum hat, das jeder Deutsche im Kopf herumträgt – die Tierstudien, die man hier sehen kann, begeistern wie beim ersten Anschauen, und nicht selten liegt ihr besonderer Reiz gerade in der Andeutung und *abgebrochenen Ausführung.*

Zum Unvergeßlichsten und Stärksten gehören wiederum die vier Pinselzeichnungen auf grün grundiertem Papier, Apostelstudien für den Heller-Altar, mit ihrer Vermittlung visionärer Religiosität in Blick oder Kopfhebung. Der Kopf des Markus schließlich, eine der erhaltenen Studien für die Münchner „Apostel"-Tafeln, bringt hier noch eine weitere – zugleich verinnerlichte wie menschlich-natürlich wirkende – Steigerung.

Die Dürer-Zeichnungen, der „größte Schatz" des Kupferstichkabinetts, werden zweifellos in den kommenden Wochen die Schaulustigen über*reichlich anziehen. Die Vielfalt* dieses Künstlers, der zu seiner Zeit dem Medium „Zeichnung" eine herausragende neue Wichtigkeit gab, begeistert ein breites, unterschiedlich interessiertes Publikum. (Bis 25. März, Katalog 26 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

München: Das 9. Filmgespräch der CDU/CSU

Anspruch auf Prämien?

Für seine Kritiker steht längst fest: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann *(CSU) will künftig* nach der Devise handeln: Kommerz statt Kunst. Das lesen sie aus den neuen Richtlinien für die Filmförderung, die am 1. Februar dieses Jahres in Kraft treten sollen. Das 9. Filmgespräch, zu dem die CDU und CSU am Wochenende in München geladen hatten, fand deshalb in einer mächtig *aufgeheizten Atmosphäre* statt.

Zimmermann ließ sich davon nicht irritieren: „Jeder kann drehen, was er will, allerdings den Anspruch auf Prämierung, den gibt es nicht mehr unbedingt." Ausgangspunkt für die Änderungen, erklärte er, sei die schlechte Lage des deutschen Films. Der Marktanteil der rein deutschen Filme – die *Co-Produktion* ausgenommen – ist 1983 auf ganze fünf Prozent gesunken. Auch die Zuschauerzahlen gingen 1982 um 11,8 Prozent zurück. Und in den europäischen Nachbarländern rangiert der deutsche Film mit drei Prozent an unterster Stelle.

Das ließe sich jedoch nicht ändern, so Zimmermann, indem wir den Menschen uninteressante und unliebsame Filme aufdrängen, sondern, indem wir herausfinden, was unsere Mitbürger bewegt und interessiert, um ihnen dann auch mit den Mitteln des Films eine hervorragende, eine hinreißende und gutgemachte Antwort zu geben. Und wörtlich: „Ich bin nicht bereit, jedes pseudo-künstlerische Produkt, das nur zur ‚Selbstbefriedigung' dient, zu subventionieren." Der *Bundesinnenminister* warf seinen Kritikern vor, „Subvention und Zensur durcheinanderzuwerfen". Dafür, daß Qualität sich durchsetzen kann, sei an jeder Stelle der Richtlinien gesorgt.

Die Resonanz bei den Geladenen blieb zwiespältig. Der Präsident des *Hauptverbandes* Deutscher Filmtheater, Herbert Strate, und Horst von Hartlieb vom Verband der Filmverleiher plädierten für eine Änderung der bisherigen Statuten, ebenso der Medienbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz, der in der Änderung eine Chance für den deutschen Kurzfilm sieht.

Demgegenüber übten sich die Filmregisseure, die Nutznießer der alten Regelung waren, in Untergangsszenarien. Hans-Jürgen Syberberg prophezeite den „Tod" des *Films und meinte*, „in zehn Jahren sind wir wieder da, wo wir beim Heimatfilm waren". Alexander Kluge warf dem Minister vor, den neuen deutschen Film nur vom Hörensagen zu kennen. Und Volker Schlöndorff räsonierte über die „Multiplizierung von Gremien", was schädlich sei für das Entstehen von Phantasieprodukten. *Auf die Praxis der bisherigen* Gremien ging er dabei wohlweislich nicht ein.

In dem aufgeregten Gerangel um die neuen Richtlinien ging das vom Vorsitzenden der CSU-Filmkommission Herbert Huber zuerst angesprochene problematische Verhältnis zwischen Film und Fernsehen völlig unter. Huber bemängelte, kaum *sei* die jüngste Gebührenerhöhung ratifiziert worden, „machte sich die ARD auf den Weg nach Amerika, um dort für runde *110 Millionen einzukaufen.* Das war und ist gewiß nicht der von uns erwartete Beitrag für den deutschen Film." Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Film und Fernsehen bleibt also weiterhin offen. Die Schlachten ums Geld mit dem Schlachtruf „Kunst" absorbieren das Interesse der meisten.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Wiederbelebung für Phädra – Racine in Berlin

Mit kalter Wortkunst

Das war im Schloßpark-Theater mit einem französischen Bühnenklassiker aber ein langwieriger, lähmender, überaus fremdartiger Abend. Man spielt ein Prunkstück französischer Bühnenklassik. Die *„Phädra" des Jean Racine*, das große, berühmte Vitrinenstück formaler Künstlichkeit.

Wenn ich richtig geforscht habe, ist es in Berlin seit mehr als 60 Jahren nicht gespielt worden. Lessing hat uns in seiner „Hamburgischen Dramaturgie" die Produkte der welschen Klassik gründlich madig gemacht. Daran haben sich die Theater unseres Landes ziemlich gehorsam gehalten. Molière wurde selig eingemeindet. Corneille und Racine, die seine Zeitgenossen waren, wurden seitdem vorsichtig gemieden.

Das letzte Mal, das die kühle Phädra über eine Berliner Bühne ging, war ausgerechnet im Revolutionsjahr 1918. Die Kritiker damals zogen vor der hohen, kalten Wortkunst ihren Hut. Die Aufführung aber wurde grausam verworfen. Wir haben kein Glück mit den dramaturgischen Perlen unseres rheinischen Nachbarn.

Jetzt wieder nicht. Ernst Wendt, der diesmal das Wagnis mit der Phädra eingeht, hat sich eine neue Über*setzung hergenommen.* Sie *stammt* von Henriette Beese. Sie meidet den eher deutschen fünffüßigen Jambus, in den Schiller, ein Jahr vor seinem Tode, das große Prunkstück der Worte gebracht hat. Frau Beese hält sich an das sehr französische Versmaß der Alexandriner mit ihren streng monotonen, sechsfüßigen Hebungen.

Es geht nicht. Es klingt nicht. Die Eindeutschung, so bemüht sie sein mag, wirkt nur kothurnig, sie bleibt fremd, schläfert in ihrer komplizierten Rhetorik ein. Sie macht den Abend von Beginn an schwierig.

Die Handlung ist klein. Klein, aber tragisch. Fürstenfiguren der Antike, in französischen Barock gekleidet, erleiden privates Schicksal. Theseus, der König von Athen, scheint verschollen. Phädra, seine hohe Gattin, ist ihrem erwachsenen Stiefsohn Hippolyt in Liebe und kalter Leidenschaft verfallen. Es findet (wenn man so sagen darf) eine Art umgekehrten *Don-Carlos-Dramas statt.*

Aber Theseus war nicht, wie man glauben mußte, tot. Er taucht wieder auf. Ihm wird von Phädras schöner Bediensteten die familienschändliche Neigung der Königin kundgetan. Die Tragödie ist perfekt. Der König rast in hohen Worten. Das Ende ist schlimm und mehrfach tragisch. Uns will die kalte Schicksalsverstrickung, wenn wir ihr schon mühsam folgen, kaum je erreichen.

Ernst Wendt *setzt sie streng statuarisch*, wie es sich sicher gehört, in Szene. Hier sprechen nicht Menschen. Hier öffnen Standbilder ihren Mund. Sie singen Wortarien – ohne Musik. Sie bewegen sich nur unwesentlich. Sie nehmen Positionen ein und lassen ihre Wortkoloraturen hören. Ihnen hat Johannes Schütz ein Bühnenbild gebaut, *das* eher einer neugriechischen Großgarage ähnelt als einem Fürstenhof. Das irritiert und beschläfert den Zuschauer zusätzlich.

Elisabeht Rath, eine so vife, herzhafte, oft berückend zarte oder auch robuste Darstellerin, greift das hohe, das tödliche Pathos, das hier verlangt ist, nur selten. Sie ist zu jung. Sie ist zu nervös, ist zu „modern". Sie müht sich enorm, sie läßt uns kalt.

Sabine Sinjen trifft den Ton der wortreichen Erregung da schon viel abhörbarer. *Gerhard Friedrich, der* im Grunde ein Komiker ist, kann hier seine heiteren Effekte nicht abstreifen. Das stört. Gerd Silberbauer, als der sündig geliebte Königssohn, rollt seine Verse eher lässig und indifferent als tragisch. Und Norbert Schwientek, der den König Theseus robust und mit einer oft unfreiwillig komischen Lustigkeit tönt, fällt ganz aus dem Bild solcher geronnenen Klassik.

Die Aufführung ist nicht gut. Sie *bleibt der (für uns nur vermutbaren)* französisch hochgezogenen Eindringlichkeit ganz fern. Nur Nicole Heesters kommt dem hohen Anstand und Anspruch zuweilen nahe. Der Abend wirkt lähmend. Racine bleibt uns ferner, als er uns ohnehin war. Schade. Wendt wollte uns doch wohl das Gegenteil vermitteln. Es mißlang. Darüber konnte auch der oft merkbar angeheizte Routine- und Haus-Beifall nicht hinwegtäuschen. Racine bleibt tot.

FRIEDRICH LUFT

Neue Schallplatten: Dvořáks „Stabat Mater"

Zehn Sätze Spannung

Dvořáks „Stabat Mater" op. 58 entstand auf Worte von Jacopone da Todi im Jahre *1876/77*, wurde begonnen und durchgeführt unter dem schmerzvollen Verlust dreier seiner Kinder. Es ist in seiner demutvollen Gestik, seiner schmerzvollen Diktion und der geradezu herzzerreißenden harmonialen Durchformung das zugleich artifiziell schlichteste, wenn auch wohl spirituell reichste von *Dvořáks geistlichen Großformen. Die* jüngst publizierte Aufnahme ist die dritte im deutschen Katalog: Hier zeichnet Wolfgang Sawallisch verantwortlich für die Gesamtleitung. Als Konkurrenzaufnahmen sind diejenigen von Kubelik (DGG) und Talich (Ariola-Eurodisc) zu nennen.

Daß nun die Ariola-Klassik, die sich wohl aus ihren Schwierigkeiten herauszumanövrieren scheint, sich gleich eine zweite Aufnahme ins Haus holte, hat schon seinen Sinn. Denn die klangtechnische und preßtechnische Qualität der Edition ist der alten Talich-Aufnahme überlegen, und die Konzeption Sawallischs, die eher aufs Statisch-Monumentale gerichtet ist, kann getrost als ästhetischer Kontrapunkt zu Talich empfunden werden.

Exzellent sind die Tschechische Philharmonie und der dazugehörige Chor; hervorragend auch Gabriela Benackova (Sopran), während der Alt von Ortrun Wenkel etwas flattert. Der Tenor Peter Dvorskys und der Baß von Jan-Hendrik Rootering kommen nicht gleichmäßig zur Entfaltung. *Das mag an der Klangbalance* liegen, die die Vokalisten einschließlich des Chores nicht immer präsent und den dramaturgischen Bedürfnissen entsprechend stark genug in den Vordergrund zieht.

Dennoch ist hier alles in allem eine Aufnahme entstanden, die genügend Neues bietet, um beachtet zu werden. *Dazu gehören vor allem die schier* symphonischen Spannungsbögen, die Sawallisch herausarbeitet – und das heißt viel in einer zehnsätzigen Partitur durchweg langsamer Sätze (Supraphon 302 187-435, 2 Platten mit Begleitheft, im Vertrieb der Ariola-Eurodisc, München).

KNUT FRANKE

Die Verwirrung des Zöglings Jonathan: Carlinos Pennäler-Film „Class"

Liebesglück im gläsernen Fahrstuhl

An Pennäler-Filmen herrscht seit Jahren kein Mangel. Da die Ta*schengelder fett geworden, zählen* Schüler zu den gierigsten Abnehmern des großen Kinokarten-Kontingents. Und natürlich wollen sie neben dem neuesten James Bond und der War Games-Saga auch immer mal wieder ein freches Leinwand-Ebenbild ihrer Klasse sehen. „Class" heißt denn auch ohne Umschweife ein neues Schülerfilm-Spektakel aus Amerika, für das man als reifen Lockvogel die schöne Jacqueline Bisset angeheuert hat nebst einem völlig Unbekannten namens Andrew McCarthy, der allerdings den auffallenden Vorzug hat, „Reifeprüfungs"-Star Dustin Hoffmann erfolgversprechend ähnlich zu sehen.

Jung-Andrew darf sich nun laut Drehbuch und alter Schablone als unerfahrener College-Absolvent Jonathan von eben jener Jacqueline Bisset in die bis dahin unbekannten Paradiese des Sex und des Eros ein*führen lassen*, wobei die ersten Seligkeiten in einem gläsernen Fahrstuhl zu besichtigen sind. Wie das Schicksal und Hollywood so spielen, entpuppt sich die Bisset jedoch als frustrierte Mutter seines College-Zimmergenossen und besten Freundes Skip. Die Verwirrungen des Zöglings Jonathan beginnen: Die Freundschaft kracht, die Liaison zerbricht. Erst eine saftige Prügelei schafft wieder reine Luft. Schließlich wartet ja Harvard auf die beiden leidgestählten Jungmänner ...

So weit, so gut hollywoodianisch, was „Resurrection"-Regisseur Lewis John Carlino zwar wacker, aber sehr *vordergründig in Szene gesetzt hat.* Mag dieser oder jener klein Gag auch Teenie-Herzen beglücken, die Witze insgesamt sind zu brav, als daß sie eine spritzige Komödie ergäben. Und für ein aufregendes Melodram um die Nöte heranwachsener Knaben sind *die Charaktere einfach zu flach angelegt.* Der lange Weg vom „Klassenzimmer zur Klassefrau", wie der Untertitel clever verheißt, wirft psychologisch in jeder Sequenz allzu kurze Schatten, als daß er mehr als flüchtiges Interesse wecken könnte. Film-Kenner dürften auch die offenkundigen Anleihen etwa an „Reifeprüfung" oder „Harald and Maude" verärgern. Immerhin wurschteln sich die beiden Youngster, Andrew McCarthy und Rob Lowe (Skip), mit Charme und adrettem Aussehen durch das Love-Histörchen. Ist die Bisset als Verführerin noch amüsant, só rutscht sie als liebesleidende Mut*ter fürchterlich ins Gefühlige ab.* Der Sprung von der Klassefrau zur Klasseschauspielerin hat eben seine Tükken.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Kunsthistoriker durfte nicht nach West-Berlin

PHG, Berlin

Zur Eröffnung der Ausstellung „Die Architektur Richard Neutras" im Bauhaus-Archiv in Berlin mußte die Rede von Siegbert Langner verlesen werden – die „DDR"-Behörden hatten dem Dresdner Kunsthistoriker überraschend keine Ausreiseerlaubnis erteilt. Der Kontakt des Museums für Gestaltung zu Langner war über das New Yorker Museum of Modern Art zustande gekommen, das die Neutra-Schau zusammengestellt hat. Sie wurde inzwischen auch in Wien und Barcelona gezeigt. In Deutschland ist die Ausstellung nur in Berlin, bis 19. Februar, zu sehen.

Besucherrückgang auch in der „DDR"

AP, Berlin

Nur noch viereinhalb Filme sahen die „DDR"-Bürger im Durchschnitt 1983. 1982 waren es noch fünf Filme. Gefragt war vor allem Unterhaltsames, „selbst wenn es sich plattfüßig präsentierte wie ‚Plattfuß am Nil'", schreibt dazu die (Ost)-„Berliner Zeitung". Dieser Film war nämlich der absolute Publikumsrenner. Erfolgreichster „DDR"-Film soll „Der Aufenthalt" nach Hermann Kants Roman gewesen sein.

Keine Käufer für „Wagner" in England und den USA

dpa, London

Der neunstündige britische „Wagner"-Film mit Richard Burton in der Titelrolle hat bisher weder in Großbritannien noch in den USA einen Verleiher *gefunden* und *ist auch* von keiner Fernsehstation dieser Länder für eine Ausstrahlung eingeplant. Deshalb sei das 29 Millionen Mark teure Unternehmen in Gefahr, schrieb der „Guardian" in einer Untersuchung, eine „schwere finanzielle Katastrophe" zu werden.

Ehrenlegion an Autoren und Sänger

AFP, Paris

Die Schriftsteller Elie Wiesel (USA), Jorge Amado (Brasilien) und Yachar Kemal (Türkei) sind in den Stand von Kommandeuren der franzöeischen Ehrenlegion erhoben worden. Der japanische Cineast Akira Kurosawa wurde Offizier der Ehrenlegion. Die amerikanische Protestsängerin Joan Baez, der spanische Sänger Placido Domingo und der Direktor der Oper von Triest, Raffaelo de Banfield, erhielten die Auszeichnung Ritter der Ehrenlegion. Außerdem wurde der Filmkomiker Jerry Lewis zum „Komtur der Kunst und Literatur" ernannt.

Reynolds-Porträt für Berliner Gemäldegalerie

dpa, Berlin

Das lebensgroße „Bildnis Lady Sunderlin" des Malers Sir Joshua Reynolds (1723–1792) hat die Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus englischem Privatbesitz für die Berliner Gemäldegalerie erworben.

Katalog zur Ausstellung „Das Prinzip Hoffnung"

DW. Bochum

Kurz vor Beendigung der Ausstel*lung „Das Prinzip Hoffnung" im* erweiterten Museum Bochum (s. WELT v. 2. Dez. 83) liegt nun auch der Katalog vor. Er versucht das Konzept „Aspekte der Utopie in der Kunst und Kultur des 20. Jahrhunderts" durchsichtiger zu machen. Der Katalog mit 442 Seiten und vielen Abbildungen kostet 45 Mark.

Goethes Werther auf georgisch

vp. Tbilissi

Goethes *„Leiden des jungen* Werther" sind jetzt erstmals in einer georgischen Übersetzung erschienen, die von dem Germanisten Othar Chuzischwili stammt. Sie erschien in der Reihe der Publikationen der Germanistischen Fakultät der kaukasischen Universität Tbilissi (Tiflis). Zuvor wurden bereits Novellen von Theodor Storm, die „Katharina von Georgien" von Gryphius und die „Deutschstunde" von Siegfried Lenz ins Georgische übertragen.

Der Kanzler kam zum „Arbeits-Ball"

Die meisten anderen Gäste feierten in Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

„Es ist eben prima, in Berlin zu sein", sprach Helmut Kohl ins Ball-Mikrophon des Hessischen Rundfunks und ließ sich den Spaß bei Berlins größter Lustbarkeit, dem Presseball, auch nicht durch die allgegenwärtige Opposition nehmen: Johannes Rau, NRW-Premier und Überbringer der neuesten Nachrichten im Fall Kießling war's, der die Nacht des Jahres in Deutschlands Festsälen für den Kanzler zum „Arbeits-Ball" werden ließ.

Frau Hannelore in zartfarbener Robe im Romantic-Look blieb zurück, als sich der Kanzler mit Rau und Sprecher Peter Boenisch zurückzog. Innenminister Herbert Schnoor hatte eine Informationsstafette von Düsseldorf bis in den Ballsaal arrangiert, um seinen Landesherrn an die Strippe zu bekommen. Ballgäste, die Kohl auf diesem lässigen, unverkrampften, dem Flanieren und Charmieren gewidmeten Stelldichein der Namen und Namenlosen ansprechen wollten, mußten sich gedulden: „Ich muß halt noch ein bissel regieren." Kohls Bungalow-Nachbar Karl Carstens – an sich Stammgast auf dem Ball der langen Rolltreppen-Wege – hatte diesmal Gottes freie Natur vorgezogen und wanderte im Emsland.

Opposition unter sich

Bonns liebe Gesichter, sie trafen sich in Berlin, als sei's ein Vorort des rheinischen Regierungssitzes, wieder: die Opposition war von den gastgebenden Berliner Journalisten kompakt an einen Tisch vis-à-vis vom Kanzler-Rayon verfrachtet worden. Rau scherzte über sein Töchterchen („In der Familie gibt es Streit, ob sie oder eigentlich ich schöner bin"), Hans-Jochen Vogel entwarf arbeitswütig schon wieder eine Presseerklärung über den Fall Kießling.

Richard von Weizsäcker genoß zum letzten Mal in alter Eigenschaft den Platzvorteil auf „seinem" Presseball und stellte sich brav in die Schlange der ellbogenbewußten Loskäufer der Traum-Lotterie: „Ein Rentner hat mir 50 Mark geschickt, ich soll für ihn Lose kaufen", lautete der Auftrag.

Unter lachsfarbenen Rosen, lila Amarylis und Veilchenbouquets gab sich „tout Berlin et Bonn" leger. Im Glasperlenspiel des Acht-Meter-Leuchters spiegelten sich Ford-Manager oder *Entertainer* wie Rosenthal und Harald Juhnke. Die Bedenklichkeit vor 1984 gab man an der Garderobe ab, und der Ballalmanach zum selben Thema versank in der cremefarbenen Plastiktüte für die Damen- und Herren-Spenden.

Für 250 Mark dabei

Das Völkchen der 3200, die bis zu 250 Mark pro Billett und das Vierfache und mehr an Spenden „zugebuttert" hatten, erwog für eine Nacht lang nicht „die Gefahren des Weltalls und die Probleme der Zeitgeschichte" (*Kohl*).

Für zwei Prominente warf Fortune wieder einmal die kleine Münze des großen Glücks auf die richtige Seite: *ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal* gewann einen silberfarbenen Opel Kadett GTE für 23 000 Mark. Ruth Galinski, Gattin des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, schmückte sich mit einer „Patek Philippe" aus Weißgold mit 40 Brillanten für 15 000 Mark.

Nach dem Motto „*Black* is beautiful" schlug sich die Bonner Wende auch auf dem Berliner Eichenparkett in viel schwarzem Taft, Samt und Seide nieder. Ein Herr ließ sich vom Patriotismus an den Kragen gehen – er trug eine schwarz-rot-goldene Fliege. Ein anderer Smokingträger hatte rote Blinklichter in die Kragenzier montieren lassen. Die Damen genossen Schulterfreiheit, aber scheuten die „grand robe". Nicht alle Tombolagewinne entsprachen den hohen Erwartungen: „Ein sogenanntes Hygiene-Set – auf Deutsch ein Trocken-Klo", nannte einer der wichtigsten Berliner Wirtschaftsmanager nach Mitternacht sein eigen.



38 Tote bei Brand in Hotel

Nach dem Hotelbrand von Pusan in Südkorea, bei dem mindestens 38 Menschen ums Leben kamen, forderte die Polizei gestern Haftbefehle gegen den 40 Jahre alten Besitzer des Dae-A-Hotels, Kim Du-Ha, sowie fünf Angestellte, die in der Sauna im vierten Stock des Gebäudes arbeiteten. Dort war am Samstag das Feuer ausgebrochen. 74 Menschen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Ursache des Brandes war offensichtlich ein überhitzter Petroleumofen, der am frühen Morgen explodierte. Die Angestellten versuchten zunächst selbst, das Feuer auf eigene Faust zu löschen, flohen aber panikartig und ohne die Hotelgäste zu wecken, als die Flammen, angefacht von starkem Wind, außer Kontrolle gerieten. Von den Verletzten erlitten nach Angaben der Polizei viele starke Verbrennungen, so daß die Zahl der Toten noch steigen könne. Viele Menschen stürzten bei dem Versuch in den Tod, sich vom Dach und den höheren Stockwerken an Rettungsseilen in Hubschrauber hieven zu lassen. 18 Menschen gelang auf diesem Weg die Rettung. (Foto links)



Zu kritisch: „DDR" verweigert Kölner Band die Einreise

dpa, Berlin

Mehreren Musikern der Kölner Rockgruppe „BAP" ist am Samstag die Einreise nach Ost-Berlin von den „DDR"-Grenzbehörden verweigert worden. Sie seien „unerwünscht", habe man ihnen erklärt, schilderte Band-Mitglied Alexander Büchel gestern den Vorfall. Die Gruppe hatte ursprünglich am Samstagabend auf der Ostberliner Veranstaltung „Rock für den Frieden" auftreten sollen. Der Auftritt und eine anschließende „DDR"-Tournee kamen nicht zustande, weil die Band nicht bereit war, auf ein Lied mit kritischen Aussagen über die „DDR" zu verzichten. In dem von den offiziellen „DDR"-Stellen nicht gebilligten Text war von „Kalten Kriegern hochgeschätzt in Ost und West" und einer „Clique, die sich Volksvertreter nennt" die Rede.

Die geplanten 14 „BAP"-Konzerte waren alle ausverkauft. Der Popsänger Udo Lindenberg hatte am Wochenende noch versucht, die nach West-Berlin zurückgekehrte insgesamt 16köpfige Crew noch umzustimmen und einen von der „DDR"-Künstleragentur angebotenen Kompromiß anzunehmen. Dieser sah laut Lindenberg vor, daß die Band auf den Song selbst zwar verzichten sollte, den Inhalt aber sinngemäß dem Publikum hätte vermitteln können. Die Band erklärte jedoch, die Gruppe ließe sich „weder im Westen noch im Osten etwas vorschreiben". An einer Stelle des Liedes in Kölner Mundart hieß es übertragen auch: „Wann ist es hier soweit, daß man den Mund aufmachen darf, wenn man was sagen will?"

Kirche gegen sauren Regen

dpa, Ottawa

Kirchenvertreter aus den USA und Kanada haben auf einer dreitägigen Konferenz in Toronto zu einem verstärkten Kampf gegen den sauren Regen aufgefordert. Sie appellierten zum Abschluß der Tagung an die Menschheit, zur „Rolle des verantwortungsvollen Verwalters der Erde" zurückzukehren.

In der Wüste verdurstet

AFP, Paris

Tödlich endete für drei von vier Mitgliedern einer französischen Familie eine Autofahrt durch die Sahara. Die vier wurden am Wochenende 400 Kilometer südöstlich von ihrem Ziel, der algerischen Stadt Tamanrasset gefunden. Nur die ältere Tochter überlebte das Unglück – die anderen drei verdursteten.

Lottoscheine gestohlen

dpa, Hannover

Mehrere tausend Lotto- und Tototipper in Hannover bangen um einen möglichen Gewinn: Ein Dieb hat am Freitagabend rund 10 000 Tippzettel aus einem Fahrzeug der Lottozentrale gestohlen. Die Lottogesellschaft rief die betroffenen Tipper auf, am Samstag ihre A-Scheine kopieren zu lassen. Diese Kopien gelten als Kontrollschein. Doch nur die Hälfte der Betroffenen machte davon Gebrauch.

Von Roboter erschlagen

AP, Detroit

Die Hinterbliebenen eines Arbeiters, der 1979 in einem Automobilwerk in Detroit von einem Roboter erschlagen wurde, haben in einem gerichtlichen Vergleich eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Dollar (rund 42 Millionen Mark) zugesprochen bekommen. Die Summe muß der Hersteller des Roboters zahlen.

Geiselnehmer erschoß sich

dpa, Aichach

Nach einem zweistündigen Feuergefecht mit der Polizei hat sich gestern in Petersdorf im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg ein 57jähriger Geiselnehmer mit einem Schuß aus seiner Pistole getötet. Der Mann hatte sich in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau mit ihr und einem weiteren Ehepaar verbarrikadiert. Die Geiseln konnten später fliehen. In den Morgenstunden stürmte die Polizei die Wohnung. Dabei erschoß sich der Mann.

Ehepaar verbrannt

dpa, Bad Camberg

Bei einem Feuer in einem abseits gelegenen Haus in Bad Camberg (Kreis Limburg-Weilburg) ist ein junges Ehepaar erstickt. Die Eheleute hatten sich im oberen Geschoß des Hauses aufgehalten, als der Brand aus ungeklärter Ursache ausbrach.

15 Jahre – unfallfrei

AP, München

Ohne Unfall schafften zwei 15jährige Ausreißer mit einem Auto die rund 600 Kilometer lange Strecke zwischen Bünde in Westfalen und München. Einer von ihnen hatte den Wagen seiner Mutter entwendet. Von München aus wollten sie mit dem Zug nach Innsbruck fahren. Sie fielen der Polizei erst in den frühen Morgenstunden des Samstag auf dem Bahnsteig auf.

ZU GUTER LETZT

Aus einem Haiti-Prospekt: „Le Nouveau Monde, etwa 8000 Exemplare, jedoch Verbreitung weit höher, da Zeitung in der Provinz auch vorgelesen und weitergereicht wird."

Der große Run auf den schlummernden Schatz

Wenn Reuters an die Börse geht, werden Anteile an der Schwesteragentur PA aus dem 19. Jahrhundert zu barem Geld

SIEGFRIED HELM, London

Die Bauersfrau *Diana Parsons (38)* aus der englischen Grafschaft Wiltshire brach auf der Stelle ihren Skiurlaub in der Schweiz ab, als die Nachricht aus London eintraf: sie sei mit größter Wahrscheinlichkeit Erbin eines Vermögens im Wert von zwölf Millionen Mark. Diana Parsons war bei einer Suche nach den ahnungslosen Erben von rund 36 Millionen Mark aufgespürt worden, bei der gegenwärtig die prominentesten Ahnenforscher des Vereinigten Königreichs als Fahndungsleiter eingespannt sind. Es geht um einen Schatz, dessen Grundlagen noch während der Herrschaft Queen Viktorias anno 1868 gelegt wurden.

Der Schatz wurde gleichsam über Nacht in den Kellergewölben der britischen Nachrichtenagentur „Press Association" (PA) in der Londoner Fleet Street gehoben. Dort fand man verstaubte Akten, die Auskunft über Verleger von Provinzzeitungen gaben, die sich durch Kauf von Anteilen bei dieser „Nachrichtenhandlung" ihre Belieferung mit Informationen zu Vorzugspreisen gesichert hatten. Da das Unternehmen der Provinzverleger mit 41 Prozent weltumspannenden Nachrichtenagentur Reuters beteiligt ist, die noch in diesem Jahr die Börsenzulassung anstrebt, erleben die verstaubten Anteilspapiere in Kürze ihre Vergoldung. Denn der Aktienwert des Nachrichtengiganten wird von Experten schon jetzt auf vier Milliarden Mark taxiert. (Siehe WELT vom 16. 12. 1983.)

Wie die Wühlmäuse fielen die Ahnenforscher des Adelskalenders Burke's Peerage, aber auch der international angesehene Genealoge Giles *Smith* über Todesurkunden und Testamente her, um die erbberechtigten Anteilseigner aufzuspüren.

„Wir werden von einer wahren Flut von Anrufen und Briefen vermeintlicher Erben eingedeckt", stöhnte PA-Finanzdirektor Jack Purdham. „Viele scheinen zu glauben, daß wir hier auf einer Schatzkiste sitzen, in die sie nur hineinzulangen brauchen, weil sie Vorfahren hatten, die Bradley oder Jones hießen."

Inzwischen hat man gemerkt, daß es nicht nur um Ahnenforschung, sondern auch um die Klärung der Besitzverhältnisse von *1800* Anteilen geht, die weiland von den Verlegern längst eingegangener Zeitungen erworben wurden. Schon haben mehr als *150* Einzelpersonen „hier" geschrien.

Was die Auffindung der echten Erben so ungemein erschwert, ist die Tatsache, daß die Erbfolge in den meisten Fällen nicht registriert wurde, weil die Anteile ja doch keinen praktischen Wert hatten. Doch nun ist in Kürze mit 20 000 Mark pro Anteil zu rechnen. (SAD)

Es brodelt im Müll und im Senat

Nach der Stoltzenberg-Affäre droht nun ein Skandal um die Deponie von Georgswerder

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Rund vier Jahre nach der Stoltzenberg-Affäre, an deren Beginn ein Kind ungesichert gelagerten Kampfstoffen aus dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer fiel und in deren Verlauf ein Senator den Hut nehmen mußte, erschüttert ein neuer Skandal die Hansestadt: Aus dem Müllberg von Georgswerder im Süden der Hansestadt, nahe der Autobahn, rinnt im Öl der Sickerwässer das Sevesogift TCDD (Dioxin). Daß im Inneren der Kippe auch das hochgiftige Parathion (E 605) in rund 150 Fässern lagert, weiß man sogar seit etwa zehn Jahren. Die beiden gefährlichen Substanzen ängstigen und erhitzen derzeit die Hamburger Bürger, die neben der Müllkippe leben müssen. Politiker und Parteien suchten nicht nur vergeblich nach Lösungen zur Sanierung des Berges, sondern auch nach Schuldigen für den Skandal.

Noch liegt im dunkeln, wie viele giftige und umweltschädigende Substanzen seit den sechziger Jahren sorglos auf der Kippe „beseitigt" wurden. Die Liste der Genehmigungen für die Anlieferung von Industriemüll wurde mit so lapidaren Bezeichnungen angegeben wie „Rückstände bei der Destillation", aber auch konkret mit „chlorierte Kohlenwasserstoffe, Tri- und Perchloräthylen".

Suche nach „Seveso"-Gift

Trotz täglich neuer Alarmmeldungen von angeblichen Bombenblindgängern und radioaktiven Abfallstoffen aus Hamburger Krankenhäusern, im Müllberg konzentrieren sich Untersuchungen und Recherchen auf das „Seveso"-Gift. Die für die Überwachung zuständige Umweltbehörde (Senator Wolfgang Curilla) und der für die Sanierung verantwortliche Entsorgungssenator Jörg Kuhbier bestreiten eine akute Gefahr.

Die Nachbarn der Deponie und die politischen Gegner der SPD-Senatoren wittern Verschleierung.

Nach offizieller Lesart erhärtete sich der Verdacht auf Dioxin in Georgswerder mit Proben vom 15. Juni 1983. Nach Gegenproben kam die „Diagnose" zum 10. Dezember in die Öffentlichkeit, daß bis zu 45 Mikrogramm TCDD (pro Kilogramm) in der Ölschicht auf den Sickerwässern schwimmen.

Da in Hamburg bei der Produktion des Chemie-Unternehmens Boehringer auch Dioxin-Abfälle vorkommen, war die Idee, den Stoff im Zuge der Routine-Überprüfungen auch in Georgswerder zu suchen, allerdings nicht so neu. Schon im Jahr 1980 tauchte in der „Anstalt für Hygiene" eine Notiz auf, nach der man ohne Befund Proben auf TCDD geprüft hatte. Damit im Zusammenhang stand aber eine Notiz aus dem Jahr 1979, nach der in Proben vom Februar des Jahres im Juni zwar kein TCDD, wohl aber OCDD, ein anderes Mitglied der „Dioxin-Familie", gefunden worden war. Und das eine ist ein möglicher Hinweis auf das andere. Bemerkenswert war auch, daß sich 1980 ein Mitarbeiter der Umweltbehörde auf eine Kongreßreise nach Rom machte. Thema der internationalen Veranstaltung: Dioxin.

Schließlich hatten bereits 1981, als der heute rund fünf Jahre alten Umweltbehörde offiziell die Aufsicht des Müllbergs übertragen wurde, deren Mitarbeiter angeregt, TCDD in die Routineüberwachung einzubeziehen – ohne Erfolg. Dem Hygienischen Institut fehlten die erforderlichen Apparate. Auf die Idee, auswärtige Wissenschaftler und Institute zu bemühen, wie das auch jetzt gemacht wird, kam offenbar niemand.

War Senator eingeweiht?

Welche Verzögerungen und Versäumnisse sich in den Behörden aufspüren lassen, wer dafür verantwortlich ist, und wer von den TCDD-Informationen aus den Jahren 1979 und 1980 wußte, das hoffen die Politiker in den nächsten Tagen herauszufinden.

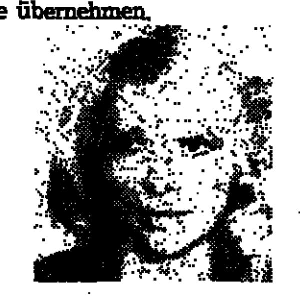
Dabei geht es darum, ob der Umweltsenator eingeweiht war, und was der jetzige Entsorgungssenator wußte, der seit 1980 als oberster Beamter in der Umweltbehörde saß.

Eine strenge Abrechnung mit eventuell Schuldigen oder Nachlässigen fordert vor allem die Hamburger CDU. Denn schon vor zehn Jahren hatte der Berg im Zentrum eines *parlamentarischen Untersuchungsausschusses* gestanden, damals wegen der verschwundenen E-605-Fässer. Seither hatte die Opposition mehrfach über kleine Anfragen an den Senat auf die Gefährlichkeit des Berges aufmerksam gemacht. Doch obwohl die Parathion-Fässer noch im Berg rosten, wurde die Deponie bis 1979 angefahren. Danach wurde sie mit Erde abgedeckt und damit die eventuell nötige Sanierung erschwert.

LEUTE HEUTE

Pause beendet

Die französische Schauspielerin **Mireille Darc**, die im vergangenen Jahr bei einem Autounfall in Italien nur knapp dem Tode entkam, will nach 20 Jahren Pause wieder Theater spielen. Sie wird in einem Stück des amerikanischen Autors Neil Simon die Hauptrolle übernehmen.



Löchriges Dementi

„Die Berichte über meinen Tod sind etwas verfrüht", kommentierte Mark Twain eine *Zeitungsmeldung*. Ähnlich ging es dem Komödianten **Bob Hope** (80), von dem es hieß, er könne nicht mehr Golf spielen. „Gestern habe ich zwölf Löcher mit (Ex-Präsident) **Jerry Ford** und **Tip O'Neill** gespielt. Ich spiele besonders gerne mit Tip, weil er so viel Schatten spendet", frotzelte Hope über den großgewachsenen und rundlichen Sprecher des Repräsentantenhauses.

Schönheits-Prozeß

Ein Gericht in Joplin (US-Bundesstaat Missouri) hat der Fernseh-Journalistin **Christine Craft** (39) 325 000 Dollar Schadensersatz zuerkannt. *Die* Moderatorin war wegen mangelnder Attraktivität von der TV-Gesellschaft entlassen worden.

Orkan tobte über Europa

Viele Tote bei Sturm und Eis / Hoher Sachschaden

AP, Frankfurt

Schwere Stürme, die seit Tagen mit Windgeschwindigkeiten bis zu 160 Stundenkilometer über Nordeuropa hinweggerast sind, haben bis zum Wochenende mindestens 18 Menschen das Leben gekostet und Sachschäden in Millionenhöhe verursacht. Mehrere Schiffe gerieten in Seenot. Wie der Deutsche Wetterdienst in Offenbach gestern erklärte, waren in der Nacht zuvor die stärksten Orkanböen bei Bocholt in Nordrhein-Westfalen mit 142 Kilometer pro Stunde gemessen worden. Einen solchen Wert habe es nach den Aufzeichnungen des Wetterdienstes im Binnenland noch nicht gegeben. Bei Temperaturen bis zu vier Grad plus herrschte besonders im Norden der Bundesrepublik Deutschland Schauerwetter. Wintersport war erst in den Höhenlagen von 1000 Metern möglich. Für den Wochenbeginn sagten die Meteorologen nach vorübergehender Wetterberuhigung ein neues Sturmtief mit zunehmendem Wind vom Atlantik her voraus.

Auf den britischen Inseln, die von dem Orkan am schlimmsten betroffen waren, kamen seit Mittwoch mindestens 13 Menschen ums Leben. Im Nordwesten Englands wurden am Samstag drei Bergsteiger vom Orkan aus der Wand des 900 Meter hohen Berges Hellvellyn gefegt und stürzten in den Tod. In Doncaster in der Grafschaft Yorkshire wurden 130 Häuser beschädigt und drei Menschen verletzt. In Teilen Schottlands war die Stromversorgung unterbrochen. Außerdem traten mehrere Flüsse über die Ufer.

Nach Mitteilung des Deutschen Wetterdienstes erreichten die Orkanböen in den Mittelgebirgen Geschwindigkeiten bis zu 138 Kilometer pro Stunde, nachdem der Luftdruck binnen drei Stunden um elf Millibar abgefallen war. Die Temperaturen gingen in den meisten Bundesländern bis auf 14 Grad hinauf, um dann in der Nacht zum Sonntag auf Werte um den Gefrierpunkt zurückzufallen. Bundesweit meldeten Polizeidienststellen und Autobahnmeistereien Straßenglätte. In Taunus, Rhön und Vogelsberg wurden wegen umgestürzter Bäume Straßen gesperrt.

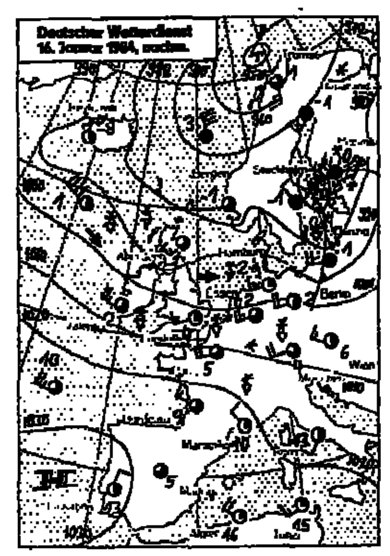
Ein heftiger Orkanwirbel mit Windstärke zehn bis zwölf fegte in der Nacht zum Sonntag über Berlin hinweg. Die Feuerwehr rief den Ausnahmezustand aus und mußte bis gestern mittag mehr als 600mal ausrücken, um Sturmschäden zu beseitigen.

Starke Regenfälle haben am Wochenende die Mosel in Trier ansteigen lassen. Am frühen Sonntagmorgen wurde an mehreren Stellen die Moselschiffahrt eingestellt. Der Pegel in Trier erreichte die Marke von 7,38 Meter. Das Wasser- und Schiffahrtsamt Trier rechnete mit einem Höchststand von etwa 7,60 Meter in den Nachmittagsstunden. Der Normalpegel liegt bei drei Meter.

In der „DDR" erreichten die orkanartigen Sturmböen am Wochenende ebenfalls Spitzengeschwindigkeiten bis zu 110 Stundenkilometern im Thüringer Wald. Gerissene Freileitungen verursachten nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN vorrübergehend Störungen in der Energieversorgung.

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: In der zweiten Tageshälfte greifen die Fronten eines atlantischen Tiefs auf Deutschland über.



Vorhersage für Montag

Bundesgebiet und Berlin: Im Laufe des Tages von Westen her Bewölkungsverdichtung und nachfolgend ab Mittag im Rheinland, bis zum Abend auch im Berliner Raum Regen und Schneeregen, im Mittelgebirgsraum Schnee. Tageshöchsttemperaturen zwischen 2 Grad in Bayern und 6 Grad in Westdeutschland. Tiefstwerte in der Nacht zum Dienstag um 2 Grad. Frischer, in Böen stürmischer Wind aus Südwest bis West, in Süddeutschland mäßiger Wind.

Weitere Aussichten:
Schauer und Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	2°	Kairo	16°
Bonn	4°	Kopenh.	2°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	2°	London	4°
Frankfurt	3°	Madrid	5°
Hamburg	2°	Mailand	6°
List/Sylt	3°	Mallorca	18°
München	4°	Moskau	–5°
Stuttgart	4°	Nizza	16°
Algier	16°	Oslo	–9°
Amsterdam	3°	Paris	5°
Athen	12°	Prag	3°
Barcelona	14°	Rom	13°
Brüssel	2°	Stockholm	–1°
Budapest	5°	Tel Aviv	17°
Bukarest	3°	Tunis	15°
Helsinki	0°	Wien	6°
Istanbul	3°	Zürich	4°

* **Sonnenaufgang am** *Dienstag*: 8.19 Uhr, Untergang: 16.45 Uhr, **Mondaufgang**: 15.12 Uhr, Untergang: 7.38 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mexikos Gewerkschafter – Herrscher über einen Morast

W. THOMAS, Mexico City

Salvador Barragan Camacho besitzt eine dreistrahlige Boeing 727, die ihn und seine besten Freunde zu Wochenendausflügen nach Las Vegas bringt. In der amerikanischen Glücksspieler-Metropole läßt der Mexikaner die Dollars tanzen. Er soll in einer Nacht auch schon mal eine Million verspielt haben.

Barragan ist Senator und Generalsekretär der „Ölarbeitergewerkschaft der Republik Mexiko" (STPRM). *Nicht die erste*, sondern die *zweite* Position garantiert ihm diesen luxuriösen Lebensstil. Wer diese Gewerkschaft führt, braucht sich um Geld keine Sorgen mehr zu machen. *Die* STPRM gilt als die reichste und korrupteste Arbeitnehmervertretung der Welt.

Seit der Amtsübernahme von Präsident Miguel de la Madrid vor fast 14 Monaten werden die Mexikaner mit einer Flut von Informationen über diese bemerkenswerte Organisation gefüttert. Zeitungen und Zeitschriften melden regelmäßig die neuesten Entwicklungen. *Auch Manuel* Buendia, einer der angesehensten Kolumnisten des Landes, der für den „Excelsior" schreibt, beteiligt sich an den Enthüllungen, die de la Madrid selbst *in Gang gebracht hat*: Er will die Nation vom Krebsgeschwür der Korruption befreien.

Viele Mexikaner bezweifeln heute schon, daß de la Madrid, nach allgemeiner Einschätzung ein integrer Mann, dieses Ziel erreicht. Ein diplomatischer Beobachter urteilte: „Die Korruption ist hier genauso institutionalisiert wie die Revolution."

Die STPRM ist die größte (110 000 Mitglieder) und mächtigste Gewerkschaft des Staates. Sie gehört dem „Mexikanischen Arbeiterverband" (CTM) an, einer tragenden Säule der „Partei der *institutionalisierten* Revolution" (PRI), die seit mehr als einem halben Jahrhundert regiert. Wie sich durch die verschiedenen Veröffentlichungen herausstellte, haben die STPRM-Bosse mehr Einfluß und Geld als die meisten Politiker und Manager.

Die Gewerkschaft besetzt fünf der elf Sitze im Aufsichtsrat des staatlichen Ölkonzerns Pemex. Sie braucht deshalb nie zu streiken, sie drückt ihre Wünsche per Firmendekret durch. Sie darf die Hälfte aller Aufträge für Bohrungen vor der Küste und die dazu notwendigen Ausrüstungen vergeben. Zwei Prozent des Ölumsatzes fließen in ihre Kassen. Sie kontrolliert schließlich ein Firmenimperium, das Viehfarmen, Textilfabriken, *Beerdigungsinstitute* und Hotels umfaßt.

Der Kolumnist Buendia schätzt, *daß die Spitzenfunktionäre der* STPRM ein Jahreseinkommen von 750 Millionen Dollar von ihren legalen und illegalen Aktivitäten kassieren. Neben Senator Barragan zählt auch Joaquin „La Quina" Hernandez Galicia zu diesem exklusiven Kreis, der zweite Mann der Organisation. Hebraicaz Vazquez Gutierrez, der Chef einer kleinen unabhängigen Ölgewerkschaft, behauptet, daß seine reicheren Kollegen sogar ihre eigenen Bohrlöcher besitzen und die Produktion auf dem freien Markt in Rotterdam verhökern.

Solche Mitteilungen sind mit Gefahren verbunden. Rogelio Perez Castillo, ein kritischer STPRM-Funktionär, der in einem detaillierten Bericht den Korruptionsmorast dokumentieren wollte, ist am 10. November vergangenen Jahres vor seinem Haus in der Hafenstadt Coatzacoalcos erschossen worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Man rätselt auch noch über den Fall Garcia Hernandez. Hector Garcia *Hernandez*, der frühere Sekretär für Bildungsfragen der STPRM, sitzt seit September hinter Gittern. Er soll Gewerkschaftsmittel in Höhe von mehr als 17 Millionen Mark unterschlagen haben. Garcia Hernandez ist aus der texanischen Grenzstadt McAllen nach Mexiko verschleppt worden, die Gewerkschaft hatte ein Kidnapper-Team angeheuert.

In Mexico City wird vermutet, daß *Garcia Hernandez als Sündenbock* geopfert werden soll und damit eine ähnliche Rolle spielt wie der frühere Pemex-Chef Jorge Diaz Serrano, gegen den die Staatsanwaltschaft ebenfalls im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten ermittelt. Beiden geht es jedoch nicht schlecht. Sie warten im Prominenten-Gefängnis von Mexico-City auf ihr weiteres Schicksal. Garcia Hernandez ließ sich seine Zelle mit einem Teppich auslegen, zudem steht ihm ein Farbfernseher zur Verfügung. (SAD)